

Verfasser: Alexander Häusler, Mitarbeit: Jürgen Peters

RECHTSPOPULISMUS IN GESTALT EINER „BÜRGERBEWEGUNG“

Struktur und politische Methodik
von PRO NRW und PRO DEUTSCHLAND

EXPERTISE
DER ARBEITSSTELLE NEONAZISMUS
FORSCHUNGSSCHWERPUNKT
RECHTSEXTREMISMUS UND NEONAZISMUS
DER FACHHOCHSCHULE DÜSSELDORF

Impressum

Herausgeber

LAGA NRW

(Landesarbeitsgemeinschaft der
kommunalen Migrantenvertretungen
Nordrhein-Westfalen)

Helmholtzstraße 28

40215 Düsseldorf

Telefon 0211/99 416-0

Fax 0211/99 416-15

Unterstützer

*Ak Ruhr (Arbeitskreis der Ruhrgebietsstädte
gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen)
Düsseldorfer Appell gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus
Migrationsrat der Stadt Oberhausen*

Erstellt von

*Arbeitsstelle Neonazismus / Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus
und Neonazismus der Fachhochschule Düsseldorf*

Verfasser: Alexander Häusler

Mitarbeit: Jürgen Peters

Der vorliegende Text ist eine erweiterte Langfassung der im November 2007 veröffentlichten Druckfassung unter dem gleichen Titel. Die Druckfassung ist erhältlich bei der LAGA NRW.¹

Aufgrund der erheblichen Nachfrage ist die vorliegende Fassung auf den Internetseiten des Herausgebers wie der Unterstützer der Expertise dokumentiert.

Voraussichtlich im Mai 2008 wird an der vorliegenden Version eine erneute Aktualisierung vorgenommen.

Düsseldorf, Januar 2008

Sämtliche Nachdrucke oder sonstige inhaltliche Wiedergaben der Expertise – auch in Auszügen – bedürfen der ausdrücklichen Genehmigung des Verfassers.

INHALT

Vorwort	Seite 4
0. Einleitung	Seite 5
1. Anti-Islam-Kampagnen als zentrales Thema	Seite 8
2. Initiator und Motor: Die „Bürgerbewegung pro Köln“	Seite 12
2.1. Ein Rückblick: Die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“	Seite 13
3. Die „Bürgerbewegung pro Deutschland“	Seite 14
3.1. Manfred Rouhs – ein Kurzportrait	Seite 16
4. Die „Bürgerbewegung pro NRW“	Seite 18
4.1. Markus Beisicht – Ein Kurzportrait	Seite 22
5. Jugendarbeit von Pro Köln und Pro NRW	Seite 23
6. Verhältnis Pro NRW / Pro D und ‚Abgrenzung‘ nach Rechts	Seite 26
7. Strategie	Seite 31
8. Rechtspopulistische Themen und Kampagnen	Seite 38
9. Rechtspopulismus und Rechtsextremismus	Seite 44
10. Von Rechts zur Mitte	Seite 48
11. Gegenstrategien	Seite 51
12. Adressen	Seite 58
13. Dokumentenanhang	Seite 59

VORWORT

In der öffentlichen Auseinandersetzung über „den Islam“ sind Stimmen laut geworden, die von Pauschalisierungen und Vorurteilen geprägt sind. Die unsachliche Verknüpfung des Themas mit den Debatten um politischen Fanatismus, Zuwanderung und Integrationsanforderungen im gesellschaftlichen Zusammenleben hat Stimmungen angeheizt, die sich negativ auf das Zusammenleben auswirken. Dabei erhalten sensationslüsterne Dramatisierungen von „Parallelkulturen“, „schleichender Islamisierung“ oder vom „Scheitern der Multi-Kulti-Träumereien“ manchmal schon hysterische Züge. Zugewanderter = Türke = Muslim = Verfassungsfeind: So erscheint oftmals der Tenor diffamierender Zuschreibungen, die das gesellschaftliche Klima vergiften. Aus dem Blick gerät dabei die vielfältige Lebensrealität gläubiger wie atheistischer gesinnter zugewanderter Bevölkerungsteile unterschiedlichster Herkunft und sozialer Stellung in unserem multikulturell geprägten Lebensalltag.



Apokalyptische Verzerrungen der Wirklichkeit sind Wasser auf die Mühlen von Rechtspopulisten, die mit Anti-Islam-Kampagnen auf Stimmenfang gehen.

In Köln hat dies beispielsweise dazu geführt, dass die extrem rechte „Bürgerbewegung PRO KÖLN“ in den Stadtrat gewählt wurde und mit rechtspopulistischen Kampagnen gegen Moscheebau und Islam Feindseeligkeiten schürt. Die extremen Rechten sehen in der Instrumentalisierung von Ängsten und Vorurteilen gegenüber „dem Islam“ einen Anknüpfungspunkt für politische Wahlerfolge. Unter dem Dach von PRO NRW versuchen sich die Rechtspopulisten aktuell am landesweiten ‚Export‘ dieser Form von Aufwiegelei.

Die LAGA NRW war deshalb gerne bereit, die Arbeitsstelle Neonazismus der Fachhochschule Düsseldorf in ihrem Bestreben zu unterstützen, die Machenschaften dieser rechtspopulistischen „Bürgerbewegung“ und deren Expansionsbestrebungen zu untersuchen und deren Strategie offen zu legen.

Die hier vorliegende Untersuchung soll eine Hilfestellung für die konkrete Aufklärung über rechtspopulistische Kampagnen in den Kommunen bieten.

Ich freue mich darüber, dass sich hierbei auch der „AK-Ruhr“, der „Düsseldorfer Appell“ und der Migrationsrat Oberhausen zur Unterstützung bei der Erstellung und Herausgabe dieser Expertise bereit erklärt haben.

Hiermit möchten wir gemeinsam mit vielen anderen Initiativen im Land und vor Ort zur Versachlichung der Debatte um Integrationsfragen beitragen und den rechtspopulistischen Stimmenfängern das Wasser abgraben.

Tayfun Keltek
Vorsitzender der LAGA NRW

0. EINLEITUNG

Die extreme Rechte versucht seit geraumer Zeit auf unterschiedlichen Wegen, sich kommunal zu verankern und hat dabei in einigen Bundesländern durchaus Erfolg. Während sich das öffentliche Interesse bei diesen Bestrebungen zumeist auf die NPD und deren Einflussnahme in den ostdeutschen Bundesländern richtet, sind derartige Bestrebungen auch in Nordrhein-Westfalen zu beobachten.

In mehreren Städten und Kreisen des Landes Nordrhein-Westfalen tritt seit einiger Zeit eine Gruppierung unter dem Deckmantel einer angeblich lokal organisierten Bürgerinitiative in Erscheinung, die sich als „Bürgerbewegung“ bezeichnet.

Wir haben es hierbei mit einer neuen Form von rechter öffentlicher Selbstinszenierung zu tun: Ein Rechtspopulismus inszeniert als „Bürgerbewegung“.

Meist beinhaltet der Name dieser „Bürgerbewegungen“ die Vorbezeichnung „pro“ in Verbindung mit dem Namen der jeweiligen Stadt oder des jeweiligen Landkreises, wie beispielsweise „pro Gelsenkirchen“ oder „pro Oberhausen“. Die Aktivitäten verlaufen zumeist nach dem gleichen Muster: Zunächst beginnen diese Gruppen mit der Verteilung von Flugblättern und Petitionen an die Öffentlichkeit. Diese sind aufbereitet als Unterschriftensammlungen und richten sich oftmals gegen den Bau einer Moschee und gegen „Islamismus“.

Durch die Thematisierung lokaler Ereignisse wie etwa Moschee-Bauvorhaben soll augenscheinlich der Eindruck erweckt werden, es handle sich lediglich um eine ortsansässige Bürgerinitiative, die Anspruch auf Mitsprache erhebe.

In Wirklichkeit jedoch handelt es sich hierbei – die genauere Betrachtung des Namens dieser Gruppierung zeigt es – um einen kommunalen Ableger einer überregionalen Gruppierung. Einer Gruppierung, die politisch weit mehr als bloß Mitspracherecht bei Fragen um eine Moscheeeinrichtung in der Kommune erreichen will. Diese angeblich lokalen „Bürgerbewegungen“ sind real Ableger eines Netzwerkes, das unter folgenden Bezeichnungen und Vereinigungen operiert: Dem im Januar 2005 gegründeten Bundesverband der „Bürgerbewegung pro Deutschland“ (PRO D) und dem im Februar 2007 gegründeten Verein „Bürgerbewegung pro NRW“ (PRO NRW), aus dem im September 2007 eine Partei gleichen Namens formiert wurde. Diese organisatorischen Konstruktionen wurden auf Initiative von Akteuren der „Bürgerbewegung pro Köln“ ins Leben gerufen. PRO KÖLN wird im Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen im Jahr 2006 unter der Rubrik „Rechtsextremismus“ aufgeführt.

Die Gründung von PRO D und PRO NRW stellt den Versuch dar, das Modell der extrem rechten Gruppierung PRO KÖLN auf andere Städte zu übertragen.

Dieses rechtspopulistische Vorgehen unter dem Deckmantel einer „Bürgerbewegung“ stellt eine neue Methode dar, um von Rechtsaußen an Einfluss zu gewinnen. Das Schüren von Ängsten und Vorurteilen gegenüber ‚dem Islam‘ steht dabei im Zentrum rechtspopulistischer Agitation.² Unterschriftensammlungen haben als Agitationsform einen besonderen Stellenwert in der Strategie dieses rechten Netzwerkes.

² Vgl. Andrea Brand/Guido Kleinhubbert, Rechtsextremisten. Das Spiel mit der Angst, in: Der Spiegel Nr. 1/2008; s. D 0-0

Bei genauer Betrachtung der Strategiepapiere dieses Netzwerkes wird augenscheinlich, dass über Unterschriftensammlungen in Form von „Bürgerbegehren“³ in undurchsichtiger Weise versucht wird, an Adressen und politisches Klientel für eigene politische Wahlkampfzwecke heranzukommen. Augenscheinlich dient das Mittel der Unterschriftenaktionen lediglich den eigenen Wahlkampfambitionen – der Erstellung eines Verteilerkreises für die nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen im Jahre 2009. Dies stellt eine Form von Instrumentalisierung vorhandener Ängste und Vorurteile für politische Zwecke dar, die offensichtlich gegen das interkulturelle friedliche Miteinander gerichtet sind. Deshalb werden die Methoden dieser Gruppierung, ihre politischen Hintergründe und ihr Netzwerk folgend ausführlich dargelegt.

Um den politischen Gesamtkontext dieser Gruppierung einschätzen und bewerten zu können, ist eine genaue Kenntnis über die Entstehung, Entwicklung und Praxis von PRO KÖLN / PRO NRW und ihr politisches Umfeld erforderlich.

Denn auch PRO KÖLN hat vor Jahren als unbedeutende Truppe von extremen Rechten angefangen, die heute als Fraktion im Stadtrat sitzen und mit ihren Kampagnen zu erheblichen Störungen des multikulturellen Zusammenlebens beitragen. In der vorliegenden Untersuchung wird dargestellt, wie sich eine rechtspopulistische Struktur entfalten kann, welcher Methoden sich dabei bedient wird und wie einem solchen Bestreben begegnet werden kann.

Zudem wird aufgezeigt, dass es einen Wirkungszusammenhang gibt zwischen dem Erstarren eines rechten Populismus und der Auseinandersetzung um Integrationsfragen in der Mitte der Gesellschaft. Rechtsextremismus und Rassismus sind keine isoliert zu betrachtenden Phänomene. Sie gedeihen in einem gesellschaftlichen Kontext von Auseinandersetzungen um soziale, kulturelle und politische Fragen. Gefährliche Wirkungen entfaltet organisierter Rechtspopulismus dann, wenn die Abgrenzung der politischen Mitte von extrem rechten Positionen inhaltlich zu erodieren beginnt.

In der Expertise wird aufgezeigt, dass der organisierte Rechtspopulismus dort ansetzen kann, wo vorhandene Ängste und Vorurteile kanalisiert werden können. Dabei wird versucht, von Rechtsaußen in die politische Mitte hinein zu wirken. Dies bedeutet, dass es nicht zuletzt auch die etablierte Politik Verantwortung dafür trägt, ob der Rechtspopulismus auf gesellschaftlichen Resonanzboden trifft.

Zur wirkungsvollen Unterbindung kommunaler Einflussnahmen von Rechtsaußen gehört die präventive und offene Aufklärung über die Strategie und Machenschaften von PRO NRW. Dies bedarf eines breiten Austausches zwischen kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren vor Ort.

Die Expertise dient der praktischen Auseinandersetzung vor Ort mit dieser Form von Rechtspopulismus. Sie soll helfen zu erkennen, was diese rechtspopulistischen Kampagnen darstellen: Politisch motivierte Aufwiegelei auf Kosten eines friedlichen und gleichberechtigten interkulturellen Miteinanders.

3 Postwurfsendung mit Bürgerbegehren von PRO KÖLN s. Dokumentenanhang D0-1

Die vorliegende Expertise basiert inhaltlich auf einer im April 2007 erstellten Untersuchung zu dem Wirken der „Bürgerbewegung pro Oberhausen“.⁴ Sie ist mit Schwerpunkt auf das Wirken von PRO NRW inhaltlich in wesentlichen Teilen erweitert und aktualisiert worden.

Der Migrationsrat Oberhausen, damals Herausgeber jener Untersuchung sowie aktuell Unterstützer der vorliegenden Expertise, hat mit gezielter öffentlicher Aufklärung in der Kommune ein praktisches Beispiel für wirkungsvolles präventives öffentliches Engagement gegen rechtspopulistische Indoktrinationsversuche gegeben.

⁴ Migrationsrat der Stadt Oberhausen (Hrsg.): Rechtspopulismus im Mantel einer „Bürgerbewegung. „Bürgerbewegung pro NRW, „Bürgerbewegung pro Deutschland“ und „Bürgerbewegung pro Oberhausen, Oberhausen 2007.

1. ANTI-ISLAM-KAMPAGNEN ALS ZENTRALES THEMA

Die Aktivisten von PRO NRW kündigten im Oktober 2007 den Start einer „landesweiten Anti-Islamisierungs-Kampagne“ an. Damit schwimmen die Rechtspopulisten auf einer Welle, die auch bei anderen extrem rechten Gruppen propagandistisch hoch im Kurs steht.

Die extreme Rechte sieht – nicht nur in Deutschland – aktuell in populistischen und rassistischen Kampagnen gegen ‚den Islam‘ ein Erfolgsrezept für ihre Propaganda. War früher in diesen Kreisen die platte Parole „Ausländer raus“ Ausdruck ihres dumpfen Rassismus, so versteckt sich dieser Rassismus aktuell oftmals hinter populistischen Parolen zur Verteidigung von „deutscher Leitkultur“ und „christlichem Abendland“ gegen „Islamisierung“ und „Moscheebau“. „Stoppt die Islamisierung Deutschlands – Keine Großmoschee in Frankfurt-Hausen!“, so hieß es etwa in einem Demonstrationsaufruf des NPD-Landesverbandes in Hessen zum 20. Oktober 2007.⁵ In Nordrhein-Westfalen ist es wiederkehrend die NPD gewesen, die mit solchen Kampagnen Aufmerksamkeit zu erzielen versuchte. So etwa am 1. April 2006 in Dormagen in Form einer „Mahnwache“. Zu deren inhaltlichem Gehalt erklärte der NPD-Kreisverband Krefeld:

„Ziel der Aktion war zu einem gegen den Bau einer weiteren Moschee in UNSEREM Land zu protestieren, zum anderen unsere deutschen Mitbürger über die massive Überfremdung, die von den Systemparteien hier absichtlich herbeigeführt wird, zu informieren.“⁶

Die Verknüpfung von dumpfem Rassismus mit antiislamischen Ressentiments kommt hierbei inhaltlich deutlich zum Ausdruck. Auch die in „Kameradschaften“ organisierten neonazistischen Netzwerke in NRW versuchen seit geraumer Zeit, dieses Thema öffentlichkeitswirksam zu instrumentalisieren. So etwa am 30. Juli 2005 in Duisburg unter dem Motto „Multikultur abschaffen – Moscheebau stoppen“, veranstaltet durch das neonazistische Netzwerk „Aktionsbüro Westdeutschland“ (AB-West) und angemeldet durch den später wegen Volksverhetzung inhaftierten Kölner Neonazi Axel Reitz.

Solche Parolen gelten in jenen Kreisen als gesamtgesellschaftlich konsensfähig. Diese Annahme ist durchaus nicht unbegründet. Denn die Themenkombination Islam / Islamismus ist eines der zentralen Themen in den Medien und der Öffentlichkeit. Meist findet hierbei eine undifferenzierte Verknüpfung mit Integrationsfragen im multikulturellen Alltag statt. Damit wird die Debatte oft politisiert wie zugleich emotionalisiert: Populistische Pauschalisierungen und politische Instrumentalisierungen dieses Themenfeldes verstärken ein gesellschaftliches Klima der Angst und Vorurteile, das negative Auswirkungen auf die Gestaltung eines interkulturellen Alltagslebens hat. Pauschale Gleichsetzungen von religiösen Fragen mit politisch motivierter Gewalt öffnen dabei das Tor für pauschale Kulturalisierungen und Ideologisierungen von

⁵ Die NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ berichtete in ihrer Ausgabe Dezember 2007 ganzseitig über die NPD-Demonstration am 20.10.2007 und dokumentierte die Rede des sächsischen NPD-MdL Jürgen Gansel, s. Dokumentenanhang D1-1

⁶ <http://www.kleve.npd.de/>, erstellt am 4. April 2006 von der NPD-Krefeld

Glaubensfragen und Integrationsanforderungen im alltäglichen gesellschaftlichen Miteinander. Dies hat gravierende Folgen: Laut einer empirischen Studie aus dem Jahr 2004 von Oliver Decker und Elmar Brähler unter Mitarbeit von Norman Geißler im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung weist nahezu jede/r dritte Bundesbürger/in rassistische Einstellungsmuster auf.⁷ Dort weisen laut repräsentativer Befragung 25 Prozent der Frauen und 26 Prozent der Männer das Merkmal „Ausländerfeindlichkeit“ auf. Derartige empirisch erhobene Einstellungsmuster aus der Mitte der Gesellschaft werden auch durch die seit dem Jahr 2002 jährlich durchgeführten Befragungen zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ bestätigt, wobei dort zudem noch auf eine ansteigende Tendenz hingewiesen wird.⁸ Auch die jährliche Befragung des Landes Thüringen weist in ihrem „Thüringen-Monitor“ aus dem Jahr 2005 einen minimal höheren Frauenanteil (26 Prozent gegenüber 25 Prozent männlicher Befragter) auf, der als „ausländerfeindlich“ eingestuft wird. Untersuchungen zu xenophoben (d.h. Angst vor „Fremden“) Einstellungen bei Jugendlichen weisen zudem einen bedenklichen Anstieg von Ressentiments gegenüber Zugewanderten auf. So heißt es in der aktuellen 15. Shell-Jugendstudie, dass 58 Prozent der Jugendlichen gegen weiteren Zuzug von MigrantInnen eingestellt seien. Dies beinhaltet eine prozentuale Steigerung von 10 Prozent gegenüber der letzten Shell-Jugendbefragung.⁹

Die pauschale Verknüpfung des Themas Islam mit Zuwanderungsfragen und Integrationsproblemen bewirkt eine unsachliche Emotionalisierung und Kulturalisierung der öffentlichen Debatte. Hierbei sind mangelnde Differenzierungen zwischen dem Islam als Religion und dem Islamismus als extremistischer politischer Bewegung nahezu an der Tagesordnung. Seit einigen Jahren verzeichnen empirische Befragungsergebnisse einen rapiden Anstieg pauschaler Ablehnung von Muslimen.

Laut einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Mai 2006 sprachen sich 56 Prozent der Befragten für ein Verbot von Moscheebauten aus, weil in „manchen islamischen Ländern keine Kirchen gebaut werden dürfen“. Zudem vertraten 56 Prozent der Befragten die Ansicht es herrsche „zur Zeit ein Kampf der Kulturen“ und wiesen dabei eine prozentuale Steigerung von 10 Prozent gegenüber einer solchen Zustimmung bei einer zwei Jahre zurückliegenden Erhebung des Instituts auf.¹⁰

Eine pauschale Islamfeindlichkeit erhält durch kulturalisierende Zuschreibungen Nahrung. Seit Jahren registriert das Team des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung um Wilhelm Heitmeyer in den Untersuchungen über „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ einen kontinuierlichen Anstieg der „Islamophobie“. Unter diesem Begriff fassen die Forscher die Ablehnung von und Angst vor Muslimen, ihrer Kultur und ihren politischen und religiösen Aktivitäten.

Solche Ängste werden politisch gezielt von Rechts instrumentalisiert und geschürt.

So verkündete der PRO-NRW-Vorsitzende Markus Beisicht zu der angekündigten „landesweiten Anti-Islamisierungs-Kampagne“ in populistischer Manier:

7 Vgl. <http://www.library.fes.de/pdf-files/do/04088a.pdf>

8 Vgl. Wilhelm Heitmeyer (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 1-5, Frankfurt a.M. 2002 ff.

9 Vgl. http://www.shell.com/home/content/de-de/society_environment/jugendstudie/2006/dir_jugendstudie.html

10 <http://www.faz.net/s/RubFC06D389EE76479E9E76425072B196C3/Doc-E2D1CB6E9AA1045B291A1FC21272D467D~ATpl~Ecommon~Scontent.html> v. 17.10.2007

„Islamismus und Terrorismus bedrohen uns alle. Wer dieses Thema im Namen ‚politischer Korrektheit‘ tabuisiert, versündigt sich an unserem Gemeinwesen. Daher fordern wir die Vorlage eines jährlichen Situationsberichtes über den Stand der Islamisierung. Ein solcher Bericht hat sich kritisch mit der Integration von Muslimen zu befassen im Hinblick auf die Themenbereiche Praktizierung der Scharia, Gewaltpotential und Terrorismusgefahr, Lebensweise und Bildung einer Parallelgesellschaft, Haßprediger, religiöse Erziehung, Haltung zum Extremismus, Zwangsehe, Ehrenmord, Menschenrechte, Gleichberechtigung von Mann und Frau, Demokratieverständnis und Toleranz.“¹¹

Mit einer solchen Aneinanderreihung von Schlagworten und Plattitüden, die aus öffentlichen Debatten über den Islam hinreichend bekannt sind, versuchen die Rechtspopulisten, sich „zu ‚der‘ Anti-Islam-Partei in Nordrhein-Westfalen“ zu inszenieren:

„Damit greifen wir Sorgen und politische Forderungen auf, die in der einheimischen Bevölkerung absolut mehrheitsfähig sind, wie auch alle Meinungsumfragen bestätigen. Die etablierten Parteien von CDU bis hin zu den Grünen werden sich deshalb in Zukunft warm anziehen müssen!“¹²

In ganz Europa sind rechtspopulistische Kampagnen gegen Moscheen gestartet worden. PRO KÖLN und PRO NRW verweisen in ihrer Propaganda gegen Islam und Moscheebau regelmäßig auf ihre internationalen Kontakte zu extrem rechten Parteien wie dem VLAAMS BELANG aus Belgien oder der FPÖ aus Österreich, die ebenfalls Anti-Islam-Kampagnen betreiben.

Oftmals mischen sich in solchen Kampagnen Ressentiments mit gezielten Provokationen zur Zuspitzung gesellschaftlicher Konflikte. In Italien etwa kündigte im September 2007 die rassistische LEGA NORD in Bologna einen „Schweinetag“ gegen Moscheebaupläne an. Der Spitzenpolitiker der Lega, Roberto Calderoli, verkündete öffentlichkeitswirksam, das Gelände für einen geplanten Moscheebau in Bologna durch eine Begehung mit Schweinen „infizieren“ zu wollen.¹³ Während derartige Aktionen der Rechtspopulisten noch als Provokationen wahrgenommen werden, sind Kampagnen gegen den Bau von Minaretten bei vielen Parteien in Europa an der Tagesordnung. In Österreich ringen die konkurrierenden rechtspopulistischen Parteien FPÖ und BZÖ um die Vorherrschaft auf dieses Thema. So verkündete etwa der BZÖ-Vorsitzende Jörg Haider eine Kampagne für ein Minarettverbot in Kärnten, um eine angeblich „schleichende Islamisierung Europas“¹⁴ zu verhindern, während der FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache forderte, ein Bauverbot für Minarette in die Bundesverfassung aufzunehmen.¹⁵

Im Unterschied zu pauschalen Kampagnen gegen den Islam gelten Forderungen nach Minarettverboten als gesellschaftlich deutlich mehrheitsfähig und bieten daher eine ideale Projektionsfolie zur Schürung von Ressentiments und so genannten Überfremdungsängsten.

11 http://www.pro-nrw.org/artikel/071001_vorstand.htm v. 18.10.2007

12 Ebd.

13 <http://www.kurier.at/nachrichten/ausland/108973.php?from/nachrichten/oesterreich/108969> v.14.10.2007

14 <http://derstandard.at/Text/?id=3014945> v.10.09.2007

15 http://www.welt.de/welt_print/article1142601/Joerg_Haiders_Kampf_gegen_die_Minarette_in_Kaernten.html v. 3.10.2007

Eine Vorreiterrolle für einen solchen offensichtlich mehrheitsfähigen Populismus nahm die rechtspopulistische „Schweizerische Volkspartei“ (SVP) ein, die im Mai 2007 eine „Eidgenössische Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten“ startete, mit dem Ziel der Aufnahme eines Minarettverbots in die helvetische Verfassung.¹⁶ Ganze Passagen aus diesem Verbotsantrag sind augenscheinlich von der FPÖ und der BZÖ übernommen worden.¹⁷

PRO NRW wiederum übernahm offensichtlich diese Kampagnen in Form einer Petition an den Landtag unter dem Motto „Nein zu Großmoscheen, Minaretten und Muezzinruf!“ Forderungen nach Minarett-Verbot haben sich zu einem rechten Exportschlager entwickelt. Der von dem BZÖ-Politiker Eduard Mainoni offen als „Geschäft mit der Angst“ bezeichnete Kampagnenstil¹⁸ zeigt Wirkungen im politischen und gesellschaftlichen Alltag.

Aus genau einem solchen „Geschäft“ versucht PRO NRW politisch Kapital zu schlagen. Ein Anliegen, das in der extremen Rechten auf Wohlwollen stößt: „Anti-Islamisierungskampagne in Nordrhein-Westfalen: Köln als Erfolgsmuster“, so titelt die Zeitschrift *Nation & Europa* einen Artikel über PRO NRW in ihrer Januarausgabe 2008. Die Zeitschrift – bundesweit das älteste Theorieorgan der extremen Rechten – wurde 1951 vom ehemaligen SS-Sturmbannführer und Chef der Bandenbekämpfung im Führerhauptquartier, Arthur Ehrhardt und dem Schriftsteller und ehemaligen SA-Obersturmführer Herbert Böhme gegründet. In dem Artikel wird frohlockt, dass mit der Anti-Islam-Kampagne von PRO NRW „die Bürger mit rechten Politikansätzen konfrontiert und zum Teil auch langfristig für die nationale Sache gewonnen“ werden könnten.¹⁹

Rechtspopulistische Kampagnen gegen den Islam, so ist herauszulesen, werden in diesen Kreisen als Ticket zum Eintritt von Rechtsaußen in die politische Mitte begriffen.

16 S. http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=4232. v. 19.10.2007

17 Vgl. <http://derstandard.at/Text/?id=3014945> v. 10.09.2007

18 Vgl. http://www.swp-berlin.org/de/common/get_document.php?asset_id=4232 v. 19.10.2007

19 Thomas Weber, Anti-Islamisierungskampagne in Nordrhein-Westfalen: Köln als Erfolgsmuster, in: *Nation & Europa* Nr. 1/2008, S. 29. S. D1-2

2. INITIATOR UND MOTOR: DIE „BÜRGERBEWEGUNG PRO KÖLN“

Sämtliche Gründungen aus dem Spektrum von PRO sind auf den Verein „Bürgerbewegung pro Köln e.V.“ (PRO KÖLN) bzw. dessen Akteure zurückzuführen. Dieser wurde im Sommer 1996 in Köln gegründet. Als erster Vorsitzender fungierte zunächst Sven Möller, ein ehemaliges Mitglied der extrem rechten Partei „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ (DLVH). Zwischen 1996 und 1999 spielte PRO KÖLN jedoch politisch noch keine Rolle. Dieses änderte sich erst nach den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen 1999, bei denen die Kölner DLVH trotz des Wegfalls der 5-Prozent-Hürde mit 0,1 Prozent gescheitert war. Diverse lokale DLVH-Funktionsträger, allen voran der Kölner Verleger Manfred Rouhs und der Leverkusener Rechtsanwalt Markus Beisicht, sattelten nun auf PRO KÖLN um. Der Vorsitz des Vereins wechselte von Sven Möller auf Judith Wolter, die zuvor als Kommunalwahlkandidatin der extrem rechten Partei „Die Republikaner“ (REPs) in Erscheinung getreten war. Den stellvertretenden Vorsitz übernahm das spätere PRO-KÖLN-Stadtratsmitglied Bernd Michael Schöppe, der zuvor sowohl als DLVH-Kandidat aufgetreten, als auch auf neonazistischen Aufmärschen anzutreffen war, so zum Beispiel am 22. Mai 1999 bei einer Neonazidemonstration in Köln gegen die Präsentation der Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht.

In seinem Verfassungsschutzbericht des Jahres 2001 charakterisierte das nordrhein-westfälische Innenministerium PRO KÖLN als „Ableger der in den vergangenen Jahren bedeutungslos gewordenen DLVH. Der Verein würde „maßgeblich von DLVH-Mitgliedern und Ex-Funktionären der DLVH getragen“. Im Jahresbericht 2003 heißt es ergänzend zu PRO KÖLN: „Die Gruppierung stellt sich selbst als konservativ dar, arbeitet allerdings eng mit Neonazis und anderen Rechtsextremisten zusammen.“

Trotz dieser Offenkundigkeit gelang PRO KÖLN bei den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen 2004 ein Wahlerfolg: 16.531 Wählerinnen und Wähler bescherten der Gruppierung 4,7 Prozent bei der Wahl zum Kölner Stadtrat. Seitdem ist PRO KÖLN mit vier Mandaten (Rouhs, Schöppe, Regina Wilden und Wolter) im Stadtrat vertreten, ein fünftes folgte später durch den Übertritt eines Ratsherrn der REPs, Hans-Martin Breninek. Auch in allen Kölner Bezirksvertretungen ist die Gruppierung seit 2004 vertreten.

Ab 2005 wurden parallel zur kommunalpolitischen Arbeit in Köln mit der Gründung von PRO D (2005) und PRO NRW (2007) die Rahmenbedingungen für den Export des lokal erfolgreichen Modells in andere Städte sowie für einen NRW-weiten Wahlantritt bei den Landtagswahlen 2010 gesetzt.

Federführende Akteure von PRO KÖLN sind der aktuell amtierende Vereinsvorsitzende Markus Beisicht, die geschäftsführende stellvertretende Vereinsvorsitzende sowie Fraktionsvorsitzende Judith Wolter, der Politologe und zweite stellvertretende PRO-KÖLN-Vorsitzende Markus Wiener, Angestellter der Ratsfraktion, sowie der formell nur als Kassenwart des Vereins auftretende Fraktionsgeschäftsführer Manfred Rouhs. Laut Verfassungsschutzbericht des Innenministeriums NRW für das Jahr 2006 hat PRO KÖLN zirka achtzig Mitglieder, zwischenzeitlich dürfte sich diese Zahl aber erhöht haben.²⁰

2.1. Ein Rückblick: Die „Deutsche Liga für Volk und Heimat“

Bei der DLVH handelte es sich um eine 1991 gegründete extrem rechte Partei, die sich als Sammlungsbewegung verstand und zur „Einheit der Rechten“ aufrief. Unter den Gründungsmitgliedern befanden sich eine Reihe von ehemaligen Aktivisten und Funktionsträgern der NPD und der „Republikaner“, beispielsweise Harald Neubauer, der zuvor mit seinem Versuch, den damaligen „Republikaner“-Bundesvorsitzenden Franz Schönhuber zu stürzen, gescheitert war. Real aber stellte die DLVH lediglich eine weitere und zudem relativ bedeutungslose Partei der extremen Rechten dar, die ihrem Anspruch einer Sammlungsbewegung zu keinem Zeitpunkt gerecht werden konnte. Schwerpunkt in NRW war die Stadt Köln, wo 1991 mit Manfred Rouhs und Markus Beisicht zwei der 1989 über die „Republikaner“-Liste in den Stadtrat gewählten Personen zur DLVH übertraten und dort bis zu den Kommunalwahlen 1994 eine DLVH-Fraktion bildeten.

1994 scheiterte die DLVH in Köln mit 1,3 Prozent an der Fünfprozenthürde. Im „Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 1994“ des Innenministeriums NRW heißt es:

„Ihre Agitation betreibt die DLVH auf der Basis nationalistischer, rassistischer und völkisch-kollektivistischer Vorstellungen, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbar sind. Das (...) Parteiprogramm lehnt sich sprachlich und ideologisch an das Programm der NPD an.“

Bundesweit in die Schlagzeilen schaffte es die Kölner DLVH Anfang 1993 mit der Auslobung einer Belohnung in Höhe von 1.000 DM in Form eines Steckbriefes für Hinweise, die zur Ergreifung einer versteckt lebenden abgelehnten Asylbewerberin führen würden.²¹

Im Oktober 1996 löste sich die DLVH als Partei auf und wandelte sich in einen Verein um. In NRW spielte die Organisation in den letzten Jahren keine Rolle mehr, ihre lokale Rolle in Köln wurde von der „Bürgerbewegung pro Köln“ übernommen.

20 Zu PRO KÖLN siehe auch die Artikel im Dokumentenanhang D2-1, D2-2, D2-3, D2-4

21 S. Dokumentenanhang D2.1-1

3. DIE „BÜRGERBEWEGUNG PRO DEUTSCHLAND“ (PRO D)

„Pro Deutschland ist eine unabhängige politische Organisation, die in rechtlicher Hinsicht Parteistatus hat“, heißt es auf der Homepage der laut Eigenangaben am 20. Januar 2005 gegründeten selbst ernannten „Bürgerbewegung“. Man sei „eine politische Vereinigung“, die „den abendländischen Charakter Deutschlands bewahren“ wolle.

„Pro Deutschland tritt bei Wahlen nur dort an, wo die Bürgerbewegung wahlkampffähig ist. Die Wahlkampffähigkeit bemißt sich an einem objektiven Kriterium, und zwar an der Zahl der mit Name und Anschrift erfaßten Unterstützer im Wahlgebiet. Dies beugt einer Zersplitterung der patriotischen Kräfte vor und verhindert einen Verschleiß der ‚Marke‘ pro Deutschland. Pro Deutschland hat nichts zu tun mit Splitterkandidaturen von Vereinigungen (...), die bei Wahlen antreten, ohne wahlkampffähig zu sein.“²²

Initiator und Bundesvorsitzender von PRO D ist Manfred Rouhs. Ebenso wie bei PRO NRW wird hier versucht, das Modell PRO KÖLN auf andere Städte zu übertragen, das Zielgebiet ist hierbei allerdings die gesamte BRD. So fanden sich nach Eigenangaben zufolge²³ am 18. November 2006 in Bonn „mehr als 200 Sammlungsteilnehmer aus Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bayern, Berlin und Brandenburg“ zur „erste[n] ordentliche[n] Bundesversammlung der Bürgerbewegung pro Deutschland“ ein „und setzten sich ausführlich mit der Frage auseinander, wie über ein kommunalpolitisches Engagement Einfluß auf die politische Entwicklung in Deutschland genommen werden kann“.²⁴ Man ist bemüht, „Verfassungstreue“ zu geloben, „jeder Form von politischem Extremismus“ erteile man „eine scharfe Absage“. Eine Einschränkung folgt jedoch sofort:

„Viele Wege führen nach Rom. Das patriotische Spektrum ist in Bewegung, und wir maßen uns nicht an, zu entscheiden, ob womöglich andere Ansätze zur politischen Erneuerung Deutschlands klüger und in höherem Maße erfolgversprechend sind als derjenige, für den wir uns entschieden haben. Wir lehnen es deshalb auch ab, Bewertungen der Aktivitäten anderer Vereinigungen, Parteien sowie publizistischer oder sonstwie gearteter Unternehmungen abzugeben, deren Akteure sich dafür entschieden haben, ihr Glück auf anderen Wegen zu suchen. Möge ein jeder tun, was er selbst für richtig hält!“²⁵

22 http://www.pro-deutschland.net/index.php?option=com_content&task=view&id=104&Itemid=2, v. 8.3.2007

23 S. Dokumentenanhang D3-1

24 http://www.pro-deutschland.net/index.php?option=com_content&task=view&id=90&Itemid=2, v. 19.11.2006

25 http://www.pro-deutschland.net/index.php?option=com_content&task=view&id=104&Itemid=2, v. 8.3.2007

Aktivitäten entfaltete PRO D bislang unter anderem in Hambühren (Landkreis Celle, Niedersachsen), im Hochtaunuskreis (Hessen), in Frankfurt/Oder (Brandenburg), im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen (Bayern), in Oberhausen (NRW), in Hannover (Niedersachsen) und insbesondere in Berlin. In der Bundeshauptstadt hat sich die selbsternannte „Bürgerbewegung“ ihrer Lieblingsthemen „Moscheebau“, „Multi-Kulturalismus“ und „EU-Beitritt der Türkei“ angenommen und versucht, sich als Speerspitze und langfristig als parlamentarischer Arm der Islam- und „Multikulti“-Gegner zu etablieren. Angestrebt wird eine erfolgreiche Teilnahme an den Berliner Wahlen zum Abgeordnetenhaus im Jahr 2011. Am 31. Juli 2007 erklärte PRO D einschränkend, dass „eine Entscheidung über eine Teilnahme an der Berliner Landtagswahl 2011 [...] erst nach der nordrhein-westfälischen Kommunalwahl im Herbst 2009 getroffen“ werde.²⁶

In Oberhausen soll – Eigenangaben von „Pro Oberhausen“ zufolge – bereits am 28. August 2005 ein „Kreisverband Oberhausen der Bürgerbewegung pro-Deutschland gegründet“ worden sein. Dieser würde sich der „Auf- und Ausbauarbeit seiner Strukturen und der Ausarbeitung der kommunalpolitischen Schwerpunkte für die Städte Oberhausen, Mülheim und Duisburg“ widmen. Nachdem „Pro Oberhausen“ im Jahre 2006 eine Reihe von Aktivitäten entfaltete (u.a. Flugblattverteilungen „Koran statt Puppen“ und „Oberhausen sagt NEIN zum Islamismus“) und eine rege Internetpräsenz an den Tag legte, ist seit Frühjahr 2007 von der Gruppierung um den ehemaligen „Schill-Partei“-Kandidaten Torsten Stankus kaum noch etwas zu hören. Verantwortlich hierfür dürften insbesondere personelle Probleme sein, mehrere Aktive scheinen sich wieder zurückgezogen zu haben, nachdem auf Initiative des Oberhausener Migrationsrates in der Öffentlichkeit über den Charakter und die Hintergründe der rechtspopulistischen Gruppierung aufgeklärt worden war.

Eine anfänglich auch in Dormagen geplante PRO-D-Kreisverbandsgründung kam nicht zustande bzw. wurde 2007 von PRO NRW weitergeführt.

Zwischenzeitlich kommt es in immer mehr Städten und Regionen zu Gründungen nach dem Vorbild von PRO, z.B. in Niedersachsen, Bayern und Baden-Württemberg. Rouhs sah sich daraufhin an 8. März 2007 zu folgender Stellungnahme veranlasst:

„Eine große Zahl von Gründungen regionaler Vereinigungen mit einem ‚pro‘ im Namen macht mittlerweile einige Anmerkungen zum Selbstverständnis der Bürgerbewegung pro Deutschland nötig. [...] Pro Deutschland hat nichts zu tun mit Splitterkandidaturen von Vereinigungen – wie auch immer sie sich nennen mögen –, die bei Wahlen antreten, ohne wahlkampffähig zu sein. Pro Deutschland distanziert sich vielmehr ausdrücklich von solchen Splitter-Kandidaturen.“

Zunächst nicht behagt haben dürfte Rouhs beispielsweise die Entwicklung von „Pro München“, in der immer stärker NPD- und JN-Kader an Einfluss gewannen. Zwischenzeitlich hat sich jedoch der neonazistische Flügel zurückgezogen und möchte 2008 bei den bayrischen Kommunalwahlen unter „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ antreten. Doch selbst der amtierende „Sprecher der Bürgerbewegung pro München“, Rüdiger Schrembs, wurde noch im Sommer

26 http://www.pro-deutschland.net/index.php?option=com_content&task=view&id=112&Itemid=2, v. 31.7.2007

2007 als Mitglied des bayrischen NPD-Landesvorstandes geführt, verschwand dann allerdings plötzlich aus der Auflistung der Vorstandsmitglieder von der NPD-Homepage, dürfte also aus der NPD ausgetreten sein.

Am 31. Juli 2007 erklärte Rouhs, PRO D werde bis zu den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen im Herbst 2009 „keinen aktiven Verbandsaufbau betreiben, sondern lediglich Arbeitshilfen für selbständige politische Aktivitäten der pro-Deutschland-Mitglieder zur Verfügung stellen. Das gilt auch für die Aufbauarbeit in Berlin.“²⁷ Damit trug er offensichtlich den Spannungen zwischen PRO D und der PRO-NRW-Führung um Markus Beisicht Rechnung. Langfristig aber, so machte er in einer Rede auf der „zweiten ordentlichen Bundesversammlung der Bürgerbewegung pro Deutschland“ am 3. November 2007 in Remagen deutlich, ginge es um einen bundesweiten Wahlantritt „unter einem Namen (...), der unser Programm zusammenfasst: Bürgerbewegung pro Deutschland“.

Auf der genannten „Bundesversammlung“²⁸ wurde Rouhs in seinem Amt als Bundesvorsitzender bestätigt. Zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden wählte die Versammlung den ehemaligen „Republikaner“- und heutigen „Pro Heilbronn“-Funktionär Alfred Dagenbach, Mitglied des Heilbronner Stadtrats. Als Bundesschatzmeister wurde Tilmann Reichelt aus Bonn wiedergewählt, als Schriftführerin darf nun die PRO-KÖLN-Ratsfrau Regina Wilden wirken. Beisitzer wurden der Ex-„Republikaner“ Lars Seidensticker („Pro Hambühren“), Peter Werner („Pro München“), Ex-„Republikaner“-Funktionär Christian Perbandt („Pro Hannover“), Fred Steininger („Pro Heilbronn“), Friedrich Löffler (Wesseling) und der Kölner Michael Kucherov.²⁹

3.1. Manfred Rouhs – ein Kurzportrait

Als Jugendlicher engagierte sich der 1965 geborene Manfred Rouhs, heute Bundesvorsitzender von PRO D, in der CDU-Jugendorganisation „Junge Union“, entschied sich dann aber für den NPD-Jugendverband „Junge Nationaldemokraten“. 1984 wurde in der Zeitschrift „Die Bauernschaft“ des Auschwitzleugners Thies Christophersen ein Leserbrief veröffentlicht, der mit „Manfred Rouhs, Krefeld“ gezeichnet ist. „Im 3. Reich“ seien, so heißt es hier, „keine 6 Millionen Juden vergast oder sonstwie ermordet worden“ und „auch den 2. Weltkrieg haben wir Deutschen nicht verschuldet“. Dennoch, so der Leserbriefschreiber, spreche er sich für einen „demokratischen und sozialistischen NEUEN NATIONALISMUS“ und gegen eine „nicht lebensrichtige“ nationalsozialistische Ideologie aus.³⁰ Von 1985 bis 1987 amtierte Rouhs als JN Landesvorsitzender NRW. 1987 trat er den damals im Aufschwung befindlichen „Republikanern“ bei, für die er 1989 in den Kölner Stadtrat einzog. 1991 wechselte er zur DLVH, für die er bis 1994 im Kölner Stadtrat saß. 2004 zog Rouhs erneut in den Kölner Stadtrat ein, dieses Mal über die „Pro Köln“-Liste. Der als Verleger, Autor und aktuell als „Pro Köln“-Fraktionsgeschäftsführer tätige gebürtige Krefelder

27 http://www.pro-deutschland.net/index.php?option=com_content&task=view&id=112&Itemid=2, v. 31.7. 2007

28 S. Dokumentenanhang D3-2

29 http://www.pro-deutschland-online.de/index.php?option=com_content&task=view&id=120&Itemid=2, v. 4.11.2007

30 Rouhs selbst bestreitet, Autor jenes Leserbriefes gewesen zu sein.

fungiert seit den achtziger Jahren als Herausgeber diverser Zeitschriften. 1987 erschien die erste Ausgabe seiner extrem rechten Zeitschrift „Europa Vorn“, die etwa zehn Jahre später in „Signal“ umbenannt wurde. Seit 2003 gibt Rouhs – bei seit 1987 fortlaufender Nummerierung – ein rechtes Blatt mit dem Titel „nation.24“ heraus³¹. Über Rouhs’ Versand sind zudem Bücher, Filme und Musik erhältlich.

31 Einige Titelblätter von „nation.24“ und deren Vorgängern sowie einen Hintergrundartikel zu dieser Zeitschrift siehe Dokumentenanhang D3.1-1 und D3.1-2

4. DIE „BÜRGERBEWEGUNG PRO NRW“

Am 6. Februar 2007 wurde auf Initiative der „Bürgerbewegung pro Köln“ der Verein „Bürgerbewegung pro Nordrhein-Westfalen e.V.“ (PRO NRW e.V.) gegründet. Die Versammlungsleitung auf der Gründungsversammlung in Leverkusen oblag dem kurz zuvor aus der Partei ausgetretenen ehemaligen stellvertretenden „Republikaner“-Bundesvorsitzenden Dr. Björn Clemens, der als Rechtsanwalt unter anderem auch für die NPD und für militante Neonazis aktiv ist. Auf NPD- und DVU-Veranstaltungen tritt er zudem als Redner in Erscheinung.

Ziel von „Pro NRW“ sei die „Koordinierung und Bündelung nonkonformer NRW-Wählervereinigungen“. Zum „Gründungsvorsitzenden“ wurde Markus Beisicht gewählt, zu seinen Stellvertretern Judith Wolter und Kevin Gareth Hauer, der 2004 über die „Republikaner“-Liste in den Gelsenkirchener Stadtrat gewählt worden war und die REPs im Streit verlassen hatte bzw. aus der Partei herausgedrängt wurde. In der Ausgabe Februar 2007 der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ gab Hauer ein ganzseitiges Interview und kritisierte hierin vehement die Abgrenzungspolitik und den parteiinternen Umgang mit Kritikern dieses Kurses seitens der Bundes- und Landesführung der „Republikaner“.³² Zum „Organisationsleiter“ des PRO NRW e.V. wurde der Dormagener Daniel Schöppe, einst DLVH-Landesjugendbeauftragter, später Landesvorstandsmitglied der nordrhein-westfälischen REPs, ernannt.

Die Gründung des PRO NRW e.V. stellte aber nicht nur eine Ausdehnung des Modells PRO KÖLN auf andere NRW-Städte dar, sondern auch den Startschuss für einen Wahlantritt bei den nordrhein-westfälischen Landtagswahlen 2010. Voraussetzung für einen Landtagswahlantritt sei ein erfolgreiches Abschneiden in mehreren Städten bei den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen im Jahre 2009. Beisicht:

„Wir sind (...) von unserem Modell überzeugt, das im Prinzip auf jede andere größere Stadt übertragen werden kann. (...) Konsequente Basisarbeit ist der Schlüssel zum Erfolg. Wir sprechen die Menschen direkt vor Ort auf Probleme an, die sie bedrücken und die von den etablierten Parteien ignoriert werden: Islamisierung, Überfremdung, Kriminalität und politischer Filz samt ausufernder Korruption in der öffentlichen Verwaltung. Je unmittelbarer die Bürger dabei von Mißständen betroffen sind, um so eher kann man sie auch mit nonkonformen, patriotischen Politikansätzen erreichen.“³³

Am 25. März 2007 führte der PRO NRW e.V. in einer Gaststätte in Dormagen-Nievenheim (Rheinkreis Neuss) eine „Großveranstaltung“ durch, an der laut Eigenangaben „über 150“ (Augenzeugen zufolge zirka 80 bis 90 Personen) teilnahmen. Der Titel der Einladung lautete „Von pro Köln über pro NRW in den Landtag 2010?“³⁴ Als Hauptredner traten Beisicht und der ehemalige DLVH-Bundesvorsitzende Harald Neubauer auf. Neubauer, Mitherausgeber des extrem

³² S. Dokumentenanhang D4-1

³³ <http://pro-nrw.org/interview.htm>,

³⁴ S. Dokumentenanhang D4-2

rechten Ideologieorgans „Nation & Europa“ und Eigentümer des „Nation Europa Verlages“ sowie 2005 Bundestagskandidat der NPD, plädiert seit vielen Jahren für einen Schulterchluss der extremen Rechten und unterstützt entsprechende Projekte. „Es werden zahlreiche kommunale Mandatsträger und Sympathisanten aus dem Rheinland und dem Ruhrgebiet erwartet“, hieß es zuvor vor der Veranstaltung auf der Homepage von PRO KÖLN. Das Spektrum der TeilnehmerInnen umfasste dann auch nahezu das gesamte Spektrum der populistischen und extremen Rechten bis hin zu NPD-Funktionsträgern, wie beispielsweise den ehemaligen rheinland-pfälzischen NPD-Landesvorsitzenden und heutigen NPD-Kreisvorsitzenden Düsseldorf/Mettmann/Wuppertal³⁵, Martin Laus, und den nordrhein-westfälischen DVU-Landesvorsitzenden Max Branghofer aus Dortmund. Lediglich die neonazistischen „Freien Kameradschaften“ zeigten sich nicht interessiert. Sie waren qua Einladung an alle „politikfähigen Patrioten“ auch nicht erwünscht. Eben diese Politikfähigkeit spricht PRO NRW nämlich dem militanten Arm des deutschen Neonazismus ab. Man möchte in NRW offensichtlich den nicht zuletzt durch den Niedergang bzw. Bedeutungsverlust der REPs frei werdenden politischen Raum zwischen der CDU und der recht schwachen NPD füllen.

Auf einem „Gründungsparteitag“ am 9. September 2007 in Bonn³⁶ beschloss PRO NRW „einstimmig die Umwandlung zu einer landesweiten Regionalpartei“. Man werde sich „sowohl an den Kommunalwahlen 2009 als auch an der Landtagswahl 2010 beteiligen“. „Unter den gut 200 Parteitagsteilnehmern“ hätten sich „über 30 kommunale Mandatsträger aus ganz Nordrhein-Westfalen“ befunden, heißt es in einem Bericht vom 10. September 2007 auf der Homepage von PRO NRW. Die selbst ernannte „Anti-Islam-Partei“ kündigte zudem eine „landesweite Kampagne gegen die Islamisierung“ an.

Vorsitzender der Partei PRO NRW ist Markus Beisicht, als „Generalsekretär“ darf der Regensburger Burschenschaftler („Prager Burschenschaft Teutonia zu Regensburg“), Markus Wiener³⁷, walten, als Landesgeschäftsführer Bernd Michael Schöppe. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden Kevin Gareth Hauer, Daniel Schöppe, Manfred Rouhs und der ehemalige Generalsekretär der extrem rechten Kleinstpartei „Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland“, Dieter Danielzick aus Troisdorf, gewählt. Weitere Mitglieder des Vorstandes sind die Rechtsanwält/inn/en Judith Wolter, Jörg Frischauf (Leverkusen) und André Picker (Dortmund) sowie Stefanie Wohlfart (Gelsenkirchen), Andreas Akwara (Duisburg), Armin Weyrich und Udo Schäfer aus Radevormwald, Jennifer Pasenow (Gummersbach), Thomas Bendt (Viersen), die Kölner Martin Schöppe und Torsten Uhlenbrock sowie der Essener Henryk Dykier. Andreas Akwara wurde am 14. Dezember 2007 aus der Partei ausgeschlossen, nachdem er u.a. einen Redakteur des „Kölner Stadtanzeigers“ beleidigt und gedroht hatte:

„Ich traue ihm jedoch auch zu, dass er der typische Kinderpornokonsument ist. [...] Wer weiss, vielleicht bringt das Schicksal uns auf diesem Wege einmal zueinander. Dann aber, baumeln Sie am Strick!“

35 Laut Angaben des ehemaligen NPD-Ideologen Jürgen Schwab („Deutsche Akademie“), vgl.: http://de.altermedia.info/general/die-parteiligarchie-i-eine-kolumne-von-juergen-schwab-201007_11682.html#comments

36 S. Dokumentenanhang D4-3

37 Vgl. Thomas Witzgall: Die Oberpfalz und die NPD - eine Bestandsaufnahme, 16.5.2007, <http://www.redok.de/content/view/682/40/>

Für die namentliche Identifizierung eines unter einem Pseudonym agierenden Kritikers der PRO-Aktivitäten setzte Akwara „für sachdienliche Hinweise“ ein Kopfgeld von 1.000 Euro aus.³⁸ PRO NRW reagierte, besorgt um ihr angestrebtes Sauber- und Biedermann-Image, mit dem Rauswurf von Akwara³⁹. „Zu Polithooligans jeglicher Schattierung halten wir den nötigen Abstand“, so PRO-NRW-Generalsekretär Markus Wiener, nicht ohne verschwörungstheoretische Mutmaßungen über „geheimdienstliche Zersetzungsmaßnahmen und sogenannte ‚agent provocateurs‘“ anzustellen. Es sei „ein großes Problem nonkonformer Oppositionsgruppierungen, daß von staatlichen Stellen versucht wird, solche Gruppen von innen heraus zu schwächen“.

Das eigentliche Problem von PRO NRW dürfte indes in der noch qualitativ und quantitativ dünnen Personaldecke bestehen, so dass man gezwungen ist, gewisse personelle Risiken bei der NRW-weiten Ausdehnung einzugehen.

Die Zusammensetzung des Vorstandes zeigt zum einen deutlich die Dominanz der erfahrenen PRO-KÖLN-Mannschaft auf, zum anderen den Versuch, Aktivposten möglichst vieler lokaler Aufbauversuche von PRO-NRW-Gliederungen einzubinden, um die Anbindung an und Identifizierung mit dem Projekt zu stärken. Angestrebt wird der möglichst flächendeckende Aufbau von Verbandsstrukturen in NRW. Im Sommer 2007 wurde auch die Gründung neuer Kreisverbände in NRW in die Wege geleitet. In Gelsenkirchen ist die Gruppierung nach dem Beitritt des ehemaligen REPs Kevin Gareth Hauer bereits im Rat vertreten. Im Februar 2007 wurde die Gründung von „pro Bottrop“ gemeldet. Derzeitig (Stand 1. Januar 2007) wird laut Eigenangaben am Auf- und Ausbau von Strukturen im Rhein/Sieg-Kreis, im Oberbergischen Kreis, im Rheinisch-Bergischen Kreis, im Rhein-Erft-Kreis, im Märkischen Kreis, in Bonn, Remscheid, Leverkusen, Rheinkreis Neuss (insbesondere Dormagen), Düsseldorf, Aachen, Kreis Viersen (insbesondere Nettetal), Duisburg, Essen, Castrop-Rauxel, Münster, Kreis Lippe und Warendorf gearbeitet. Der Oberhausener PRO-D-Kreisverband findet in den Veröffentlichungen von PRO NRW keine Erwähnung.

„In NRW-Kommunen sind bereits fast ein Dutzend Pro-Köln-Ableger gegründet worden, die 2009 bei den Kommunalwahlen antreten wollen – unter anderem in Gelsenkirchen, Duisburg, Düsseldorf, Essen und Bottrop. Wo keine neuen Moscheen geplant seien, werde halt gegen die bestehenden gekämpft“,

so Beisicht am 3. Januar 2008.⁴⁰

Dabei kann behauptet werden, dass Aktivitätsgrad, Präsenz und Wirkungsmächtigkeit umso höher sind, je intensiver die jeweilige lokale Struktur von PRO-KÖLN betreut und unterstützt wird. Schon allein aus Praktikabilitätsgründen sinkt der Betreuungsgrad natürlich, je größer die Entfernung zum Standort Köln ist. So ist es zu vermerken, dass rund um Köln, z.B. in Leverkusen und in Dormagen zunehmend Präsenz und Aktivitäten entfaltet werden. Darüber hinaus wird ein besonderer Schwerpunkt auf das Ruhrgebiet gelegt.

38 Vgl. http://biedermanni-verliert.blogspot.com/2007_12_01_archive.html

39 Akwara legte Wert darauf, in einer E-Mail vom 14.12.2007 an einen seiner Kritiker festzustellen, dass er nicht ausgeschlossen worden, sondern von sich aus ausgetreten sei. „Politik jedenfalls, werde ich NICHT mehr machen.“

40 http://www.pro-nrw.org/artikel08/030108_spiegel.htm vom 3.1.2008

„Spätestens ab Februar werden die Kreisverbände des Ruhrgebietes durch einen übergeordneten Ruhr-Bezirksverband unterstützt werden, der besonders die Arbeit in den Schwerpunktgebieten – wie zum Beispiel Duisburg, Gelsenkirchen oder Bottrop – voran bringen soll“,

heißt es in einer Erklärung von PRO NRW vom 17. Dezember 2007.⁴¹

Markus Beisicht zum Vorgehen:

„Themen gibt es genug für rechtsgerichtete Aktivisten, man muß nur zugreifen (...). Dann werden auch Schritt für Schritt die Mitgliederzahl und das Umfeld wachsen. Pro Köln steht Interessenten in Nordrhein-Westfalen dabei gerne mit Rat und Tat zur Seite“⁴²,

insbesondere wohl denjenigen, die Rats- oder zumindest Bezirksvertretungsmandate zu bieten haben.

Schwerpunktthema von PRO NRW wird das Thema Islam bleiben. Am 23. Oktober 2007 kündigte die Partei an, im Rahmen ihrer „Antiislamisierungskampagne (...) Duisburg zum zweiten Schwerpunkt neben Gelsenkirchen im Ruhrgebiet“ zu machen. Hier geht es insbesondere um den nahezu abgeschlossenen Bau der Merkez-Moschee in Duisburg-Marxloh. Beteiligt am Bau dieser Moschee war übrigens das Solinger Bauunternehmen „Kissel-Rapid“⁴³. Einer dessen drei Geschäftsführer ist der seit vielen Jahren eng mit der extremen Rechten und dem Spektrum der Ausschwitzleugner verbandelte Günther Kissel, der im Sommer 2007 PRO NRW beitrug, sehr zur Freude von Markus Beisicht, dem die „prominente“ und insbesondere finanzkräftige Verstärkung trotz der Widersprüchlichkeit sogar eine Pressemitteilung wert war.

Und auch in Essen zieht PRO NRW gegen „den Bau einer weiteren Großmoschee orientalischen Stils, diesmal in Essen-Altendorf“ zu Felde. Am 26. Oktober 2007 kündigte man „Protest gegen den geplanten Moscheebau“ an. Kurz zuvor hatte der nordrhein-westfälische Landesverband der NPD bekannt gegeben, am 8. Dezember 2007 in Essen gegen den Moscheebau aufmarschieren zu wollen. Der Aufmarsch fand mit zirka 250 Teilnehmern aus dem Spektrum der NPD und „Freien Kameradschaften“ statt. Bereits im Sommer 2007 hatten die Essener „Republikaner“ das Thema Moscheebau auf die öffentliche Tagesordnung gesetzt. Der offene Konkurrenzkampf zwischen den Rechtsaußenparteien, insbesondere um die Vorherrschaft bei Anti-Islam-Kampagnen, wird mit zunehmender Nähe zur Kommunalwahl immer sichtbarer.

⁴¹ http://www.pro-nrw.org/artikel/171207_vorstand.htm vom 17.12.2007

⁴² <http://pro-nrw.org/interview.htm>

⁴³ Vgl. LOTTA – antifaschistische Zeitung aus NRW, #25, S. 29

4.1. Markus Beisicht – Ein Kurzportrait

Bis 1987 war der 1963 geborene und heute in Burscheid bei Leverkusen lebende Markus Beisicht Bundesvorsitzender des „Ring Freiheitlicher Studenten“ (RFS), der 1977 von Mitgliedern der Kölner Burschenschaft „Germania“ gegründet worden war.⁴⁴ 1988 trat das vorherige CDU-Mitglied den „Republikanern“ bei und wurde deren Kölner Kreisvorsitzender, später auch Mitglied des REP-Bundesvorstandes. 1989 wurde er über die „Republikaner“-Liste in den Kölner Stadtrat gewählt, von der sich 1991 unter Mitwirkung von Beisicht die Fraktion der neu gegründeten Partei „Deutsche Liga für Volk und Heimat“ abspaltete, für die Beisicht bis 1994 im Kölner Stadtrat saß. Beisicht stieg zum DLVH-Landesvorsitzenden und -Bundesvorstandsmitglied auf, bevor er 1999 auf PRO KÖLN umsattelte. Aktuell ist er Vorsitzender von PRO KÖLN und PRO NRW.

Beruflich ist Beisicht als Rechtsanwalt in Leverkusen tätig. Als Strafverteidiger von Akteuren der extremen Rechten, auch von militanten Neonazis, hat er sich auch überregional einen Namen gemacht.

44 Vgl. Antifaschistischer AutorInnenkreis Köln: Köln ganz rechts, Köln 2004, Seite 10

5. JUGENDARBEIT VON PRO KÖLN UND PRO NRW

Bereits in den neunziger Jahren hatte der heutige PRO-KÖLN-Ratsherr, PRO-D- Bundesvorsitzende und stellvertretende PRO-NRW-Vorsitzende Manfred Rouhs versucht, sowohl politisch als auch finanziell von der immer größer werdenden rechten Skinhead-Szene und dem damit einhergehenden boomenden RechtsRock-Markt zu profitieren.

„Gut gemachter ‘Rechtsrock’ kann helfen, Menschenmassen wenigstens oberflächlich im patriotischen Sinne zu politisieren. Ist es uns gelungen, einen Fuß in die Tür des öffentlichen Bewusstseins zu stellen, werden wir die Pforten bald weit öffnen für unsere in eine bessere Zukunft weisende politische Alternative zum Marxismus und Liberalismus“,

schrrieb er im Sommer 1993 in der „Spezial“-Ausgabe Nr. 6 seiner Zeitschrift „Europa Vorn“. Und weiter:

„Hat der (...) Jugendliche erst einmal an Bands, die patriotische Motive in ihren Texten verarbeiten, Gefallen gefunden, dann fragt er möglicherweise nach Mehr, nach dem Woher und Warum des Nationalismus. Das ist der Moment, in dem wir von Europa vorn zuschlagen, ihm Inhalte und Kontakte bieten müssen.“

Folgerichtig beteiligte sich Rouhs in den neunziger Jahren an mehreren extrem rechten Projekten, die sich auf die Zielgruppe rechte Jugendliche orientierten, so zum Beispiel an den Musikzeitschriften „Moderne Zeiten“ und „Neue Doitsche Welle“ sowie am Vertrieb und der Produktion von RechtsRock. Nicht zuletzt aufgrund seines bürgerlichen Gestus darf sein Versuch, Nachwuchs aus rechten jugend- bzw. subkulturellen Kreisen abzuschöpfen, aber letztendlich als gescheitert angesehen werden. Das von Rouhs Mitte der neunziger Jahre presserechtlich verantwortete Blatt „hoppla!“ (Untertitel „Junge Zeitung für Deutschland“), ein vierseitiger „Europa-Vorn“-Ableger, der sich als „Jugendzeitung“ verstand, erschien nur kurzzeitig – es fehlte nicht zuletzt an Multiplikatoren und Verteilern.

Trotz der beschriebenen Erfolglosigkeit im jugend- und subkulturellen Raum verzichteten PRO KÖLN und PRO NRW nicht darauf, Jugendliche anzuwerben. Ebenso wie die lokale DLVH, aus deren Reihen und Umfeld Anfang der neunziger Jahre beispielsweise die Jugendzeitung „Der Hammer“ herausgegeben wurde (presserechtlich Verantwortlicher war Bernd M. Schöppe), wird immer wieder versucht, beispielsweise mittels Schülerzeitungen junge Menschen anzusprechen und einzubinden. Seit 2006 wird versucht, die Postille „Objektiv“, Untertitel „Größte Kölner Schüler- und Jugendzeitung“, unter Kölner Jugendlichen zu verbreiten.⁴⁵ Das Vierfarbblatt im A5-Format gibt sich betont seriös und ohne jedwede subkulturelle Ausrichtung. Abgedruckte, aber nicht in Auftrag gegebene Werbeanzeigen, u.a. vom „Jugendrotkreuz“ und der Polizei,

45 Einige Titelblätter von „Der Hammer“, „hoppla!“ und „Objektiv“ siehe Dokumentenangang D5-1

Nachhilfeangebote, ein Interview mit dem Pressesprecher der „Deutschen Bahn AG“ über „Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung an den Kölner Bahnhöfen“ finden sich ebenso im Heft wie Werbung für die extrem rechte Monatszeitung „Nation & Europa“, Firmenwerbung von „Pro Köln“-Funktionären, Unterschriftenwerbung gegen den Bau von Moscheen sowie Artikel, die gegen Migrantinnen und Migranten zu Felde ziehen, da sich viele von ihnen „nicht auf die (...) deutsche Kultur einlassen“ würden. Man bemüht sich zumeist um sprachliche Mäßigung bzw. Verklammerung, Parolen wie „Ausländer raus“ sind nicht zu finden. Stattdessen ist von „Minuszuwanderung“ die Rede. Als Vertreter des „Objektiv-Teams“ begrüßt ein in Schlips und Kragen auftretender Martin Schöppe, ein Bruder Bernd Michael Schöppe, die „Liebe[n] Leser“. Martin Schöppe tritt auch als Herausgeber und presserechtlich Verantwortlicher von „Objektiv“ in Erscheinung. Die Auflage soll Eigenangaben zufolge anfangs 3.000 Exemplare betragen, die zum Teil kostenlos vor Kölner Schulen, zum Teil auch postalisch an Interessierte verschickt werden.

Der Versuch einer verbalen Mäßigung gelingt nicht immer. „Die letzten Deutschen“ nennt sich eine „politisch unkorrekte Glosse“, abgedruckt in der Ausgabe 3 der „Objektiv“.⁴⁶ Dass es sich hierbei weniger um eine schlechte Satire, als um ein etwas verklammernd vorgetragenes „Ausländer raus!“-Programm in offen rassistischer Machart handelt, deutet schon das Intro an:

„Wenn man im Frühjahr 2007 mit wachem Auge durch die Straßen von Kölner Problemvierteln mit besonders hohem Migrantenanteil geht, könnte man fast meinen, dass diese Glosse irgendwann einmal Wahrheit wird.“

Die „Glosse“ endet mit einem apokalyptischen Szenario:

„Wahrscheinlich werden wir, wie viele unserer alten Bekannten, in die anatolische Steppe auswandern. Die türkische Regierung hat dort allen Deutschen großzügigerweise ein Stück Land angeboten. Es ist eine Art Reservat für uns, wir wären unter uns und könnten unsere Sprache und Kultur pflegen.“

Parallel zur Ausdehnung von PRO KÖLN und deren „Jugend Pro Köln“ (Jugendbeauftragter ist der 25-jährige Martin Schöppe) auf weitere Regionen in NRW wurde zwischenzeitlich auch eine „Jugend pro NRW“ gegründet, aktueller Jugendbeauftragter ist der 21-jährige Jan Weber. Mit dieser Ausdehnung einher geht die Verbreiterung der „Objektiv“ über Köln hinaus. „Objektiv Nr.: 4 erschienen!“ vermeldeten die Aktivisten am 23. Dezember 2007. Der bisherige Untertitel „Größte Kölner Schüler- und Jugendzeitung“ wurde ersetzt durch „Schüler- und Jugendzeitung pro Nordrhein-Westfalen“.

„Zum ersten Mal hat dabei eine junge Redaktionsmannschaft aus ganz Nordrhein-Westfalen die Zeitschrift gestaltet. Dementsprechend ist die neue ‘Objektiv’ ausdrücklich für die Verteilung in ganz NRW konzipiert. [...] Diese werden Anfang 2008 an den Schulen in NRW verteilt.“

Die Auflage soll Eigenangaben zufolge 10.000 Exemplare betragen.

Auch in dieser Ausgabe wird die inhaltliche Mäßigung und Verklausulierung nicht immer aufrecht gehalten. Vielmehr wird die ‚Volksgemeinschaft‘ hochgehalten, auch wenn diese Vokabel nicht benutzt wird. Die „Droge Liberalismus“ sei Schuld daran, dass das „Erbe“, also die „gemeinsamen Sitten und Gebräuche, die Normen und Werte und die Kultur, die uns unsere Zugehörigkeit zu einem Volk fühlen lassen“, zerstört würden: „Der Liberalismus ist bestrebt, diese Gemeinsamkeiten auszulöschen.“ Die Autorin Lydia Herzog, vorgestellt als 24-jährige Medizinstudentin, mahnt: „Gemeinnutz sollte immer vor Eigennutz stehen“ und bewegt sich damit – bewusst oder unbewusst – in gefährlicher Nähe der NSDAP-Parole „Gemeinnutz vor Eigennutz“ im 25-Punkte-Programm der NSDAP.⁴⁷ Auch Jugendbeauftragter Jan Weber bedient sich in dieser Ausgabe mit der Verwendung des Begriffes „Mitteldeutschland“ eines revisionistischen Jargons. Laut Weber sei „unser Vaterland“ nämlich bisher nur „zum Teil wiedervereinigt“ worden, schreibt er auf Seite 10 der genannten „Objektiv“-Ausgabe.⁴⁸

Letztendlich aber verfügen PRO KÖLN und PRO NRW bislang über keine jugendkulturelle Ausstrahlung und über kein attraktives Konzept für eine politische Jugendarbeit. Die wenigen jüngeren PRO-Aktivposten bemühten sich um den erwünschten Nachwuchs, bislang beschränkten sich die Aktivitäten allerdings noch auf einige wenige Flugblattverteilaktionen vor Schulen im Rheinland. Zwischen Realität und Propaganda klafft demnach noch eine große Lücke. O-Ton der PRO-„Jugend“ hierzu:

„Viele positive Schülerreaktionen, pro Köln und pro NRW als Gesprächsthema Nummer Eins auf den Pausenhöfen und in den Klassenzimmern, sowie ein erfolgreiches Aufbrechen der Medienblockade: Denn über die Jugendverteilaktionen im ganzen Rheinland gab es u.a. bereits mehrere Radioberichte [...] Und: Die Mitgliederzahlen im Jugendbereich steigen weiter, sowohl bei pro Köln als auch landesweit bei pro NRW!“⁴⁹

47 S. Dokumentenanhang D5-3

48 Vgl. <http://www.bnr.de/bnraktuell/aktuellemeldungen/braunesossefuerdiejugend> und <http://www.jugend-pro-nrw.de/objektiv4.pdf>

49 <http://www.jugend-pro-nrw.de/jugendaktionstagdormagen.php>

6. VERHÄLTNIS PRO NRW / PRO D UND ‚ABGRENZUNG‘ NACH RECHTS

Nicht immer bestand in der Vergangenheit Einigkeit zwischen den PRO-KÖLN-Funktionären Manfred Rouhs auf der einen sowie Markus Beisicht und Judith Wolter auf der anderen Seite über die richtige Strategie bei der Ausdehnung ihrer „Bürgerbewegung“ über Köln hinaus. Noch in Juni 2007 betonte Beisicht in einem Interview mit der bundesweiten NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ (DS), „dass die Partei ‚pro Deutschland‘ in keiner organisatorischen Verbindung zum Verein pro Köln“ stünde⁵⁰. „Im Gegenteil: Es gibt eine klare Beschlußlage im pro-Köln-Vorstand, dass die Aktivitäten dieser Partei von pro Köln nicht unterstützt werden.“

Die Gründe für diese Abgrenzung wurden bisher nicht offengelegt. Es kann aber angenommen werden, dass die von Rouhs vollzogene und recht willkürlich erscheinende bundesweite Ausdehnung der Mehrheit der PRO-KÖLN -Funktionäre als zu früh erschien und zudem Rouhs nicht als geeigneter Repräsentant angesehen wurde. Weiterhin dürfte es anfangs Differenzen bei der Frage gegeben haben, wie offensiv eine Abgrenzung von der extremen Rechten, insbesondere der NPD, auszusehen habe. PRO D bekundete, man positioniere „sich innerhalb des Verfassungsbogens“ und erteile „jeder Form von politischem Extremismus eine scharfe Absage“. Die „Definitionsgewalt über den Extremismus-Begriff“ läge „beim Bundesverfassungsgericht und bei denjenigen Verwaltungsgerichten, die sich an dessen juristischen Leitsätzen orientieren.“⁵¹ Markus Beisicht äußerte sich hierzu pragmatischer:

„Jeder, der in der Bundesrepublik Deutschland Politik betreiben will, muß sich zu den freiheitlich-demokratischen Grundwerten bekennen. (...) Wir brauchen (...) vor echter Meinungsfreiheit, Demokratie und politischen Pluralismus keine Angst zu haben“,

ließ er in einem Interview auf der Homepage von „pro NRW“ wissen.⁵²

Letztendlich ging es hier auch um die Frage, welche Zielgruppen angesprochen werden sollen, um dringend benötigte Akteure für den Ausbau der PRO-Strukturen zu gewinnen. Beim Aufbau von PRO NRW profitieren deren Akteure nicht unwesentlich auch vom Zerfall der REPs, bei denen es reihenweise zu Austritten kam, nicht zuletzt wegen der strikten Abgrenzung des REP-Mehrheitsflügels um den Bundesvorsitzenden Rolf Schlierer und die NRW-Landesvorsitzende Ursula Winkelsett von der NPD und DVU, also der Verweigerung einer Mitwirkung an einer „Nationalen Volksfront“. PRO NRW bietet sich hier als neue politische Heimat an und versucht sich an einem Spagat. Einerseits wäre eine offensive Verweigerungspolitik gegenüber einer sich kooperationsbereit und bündnisfähig operierenden NPD bei der Anwerbung von Mitstreitern kontraproduktiv gewesen, andererseits war und ist man aber auch nicht an einem Bündnis mit der NPD interessiert, da ein solches den

50 S. Dokumentenanhang D6-1

51 http://www.pro-deutschland.net/index.php?option=com_content&task=view&id=104&Itemid=2, v. 8.3.2007

52 <http://pro-nrw.org/interview.htm>

Bestrebungen, sich als verfassungstreue basisnahe „Bürgerbewegung“ anzubiedern, um erfolgreich in die politische „Mitte“ hinein wirken zu können, zuwiderlaufen würde. Man möchte die Stigmatisierung als extrem rechts abstreifen. Mittels Klagen, z.B. gegen das nordrhein-westfälische Landesamt für Verfassungsschutz bzw. das Landesinnenministerium, versucht PRO KÖLN, sich juristisch gegen die Erwähnung im Kapitel „Rechtsextremismus“ der Verfassungsschutzberichte zur Wehr zu setzen, bislang erfolglos. Am 4. Dezember 2007 wies die 22. Kammer des Verwaltungsgerichts Düsseldorf die Klage von PRO KÖLN gegen die Aufnahme in die NRW-Verfassungsschutzberichte 2005 und 2006 des Landes Nordrhein-Westfalen ab.

„In der mündlichen Urteilsbegründung führte das Gericht aus, dass bei der Klägerin Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung vorlägen, die die Erwähnung in den genannten Verfassungsschutzberichten rechtfertigten. Die Publikationen der Klägerin enthielten u. a. Äußerungen, die bei einer Gesamtbetrachtung darauf zielten, Ausländer vor allem muslimischer Herkunft pauschal wegen ihrer Abstammung und Religionszugehörigkeit herabzusetzen und auszugrenzen“,

heißt es in der Pressemitteilung des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf vom 4. Dezember 2007.⁵³ PRO KÖLN kündigte noch am selben Tag an, den „Weg durch die Instanzen [...] bis zum Bundesverfassungsgericht“ gehen zu wollen.⁵⁴

Nicht nur zu Kölner DLVH-Zeiten bis 1999, auch in der Zeit bis zum Wahlerfolg bei den Kommunalwahlen 2004 war bei PRO KÖLN von Abgrenzung zu anderen extrem rechten Gruppierungen kaum etwas zu bemerken. Sogar Aktivisten der neonazistischen „Freien Kameradschaften“ waren auf diversen demonstrativen Aktionen von PRO KÖLN anzutreffen und durften manchmal sogar Reden halten. Noch am 15. März 2003 demonstrierte PRO KÖLN mit Unterstützung des nordrhein-westfälischen NPD-Landesverbandes in Köln-Chorweiler und -Mülheim gegen den Bau von Moscheen. Die Demonstrationsordner wurden vom NPD-Bundesordnerdienst unter der Leitung von Manfred Börm gestellt.

Im Januar 2003 gab die damalige PRO-KÖLN-Vereinsvorsitzende und heutige Fraktionsvorsitzende Judith Wolter der „Deutschen Stimme“ ein ganzseitiges Interview⁵⁵ und bemühte sich um Entspannung, nachdem es zum Streit zwischen Rouhs und NPD-Funktionären gekommen war.⁵⁶ Befragt nach der „zukünftige[n] Entwicklung des Verhältnisses zu anderen nationalen Organisationen“ antwortete sie:

„Jeder, der sich mit unseren Zielen identifiziert, kann bei uns mitarbeiten – unabhängig von seiner Parteizugehörigkeit. Wir bemühen uns stets um ein gutes Verhältnis zu anderen nationalen Organisationen und um eine konstruktive Zusammenarbeit.“

Zur Person Rouhs befragt, antwortete sie:

53 Vgl. <http://www.vg-duesseldorf.nrw.de/presse/pressemit/2007/p071204.htm>

54 Vgl. <http://www.pro-koeln.org/artikel5/klageabweisung.htm>

55 S. Dokumentenanhang D6-2

56 S. Dokumentenanhang D6-3

„Manfred Rouhs ist Vorstandsmitglied von ‚Pro Köln‘. Vorsitzende bin jedoch ich. (...) Ich kann (...) sagen, daß ich bisher niemanden angefeindet habe und dies auch künftig nicht vorhabe.“

In der Ausgabe von Oktober 2005 der „Deutschen Stimme“ war dann Folgendes von der DS-Redaktion zu lesen:

„Die Frage an die Bürgerbewegung, ob einer der Repräsentanten für eine kritische Befragung zur Verfügung stünde, wurde prompt beantwortet. Man müsse verstehen, daß ein Interview mit der DS nicht in Frage käme. Dies würde die Bürgerbewegung kompromittieren. Das ‚freundliche‘ Schreiben wurde von Manfred Rouhs unterzeichnet, (...) der vor einigen Jahren seine Ziele in anderen Zeitungen ausbreitete und sich als NPD-Funktionär anpries.“⁵⁷

Markus Beisicht wiederum stand der „Deutschen Stimme“ in deren Ausgabe 6-2007 für ein ganzseitiges Interview zur Verfügung.⁵⁸ Hierin grenzte er sich zwar – befragt zum Verhältnis zur örtlichen NPD – vom Kölner NPD-Kreisverband ab, da „es einfach zu viel Trennendes, sowohl inhaltlicher als auch strategischer Natur“ geben würde, signalisierte aber alleine durch seine Bereitschaft, ein Interview zu geben, Gesprächsbereitschaft. Außerdem sehe er die „Hauptaufgabe im Kampf gegen Multikulti, Kriminalität und Korruption, und nicht in der Auseinandersetzung mit rechten Konkurrenzparteien“, so Beisicht. Zum Verhältnis zur NPD insgesamt äußerte er sich in dem Interview nicht.

Zum Eklat zwischen PRO und NPD kam es dann im Vorfeld einer für den 16. Juni 2007 von PRO KÖLN anberaumten Demonstration in Köln. Motto: „Köln macht mobil gegen Großmoschee und Islamismus“.

„Die NPD im Rheinland und Westfalen unterstützt den Protest der ‚Bürgerbewegung Pro Köln‘ und der Kölner Bürgerinnen und Bürger“, erklärte die NPD, und auch ihre Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ rief zur Teilnahme auf. In einer „Internen Mitteilung“ der NPD NRW an ihre Mitglieder heißt es:

„Allen Teilnehmern sei noch einmal in Erinnerung gerufen, daß es sich bei ‚Pro Köln‘ um keine befreundete Organisation handelt. Die NPD-NRW unterstützt lediglich das Thema der Demonstration und will durch ihre Anwesenheit zeigen, daß die wirklich nationale Kraft im Rheinland und Westfalen hinter den Protesten der Kölner Bürgerinnen und Bürger steht.“

Auch aus den Reihen der neonazistischen „Freien Kameradschaften“ waren Stimmen zu vernehmen, die auf die Kölner Demonstration orientierten:

57 S. Dokumentenanhang D6-4

58 S. Dokumentenanhang D6-1

„Beste Möglichkeit zu zeigen, dass wir die wahren Widerstandskämpfer gegen Überfremdung und Islamisierung sind. Gerade diese Demo sollte man besuchen!“,

so ein Aktivist der „Freien Nationalisten Gladbeck“ im Internet.

PRO KÖLN sah sich nun zu einer klaren Abgrenzung gezwungen:

„Alleine die Ehrenfelder Anwohnerinitiative, pro Köln und pro NRW sind die legitimen Veranstalter dieser Demo. Aufrufe anderer Parteien oder irgendwelcher obskurer Politsekte sind nicht autorisiert und in keiner Weise mit uns abgesprochen! [...] Wir werden [...] nicht zulassen, daß anderer Gruppierungen, die bislang in der Großmoschee-Debatte eisern geschwiegen bzw. von einer Zusammenarbeit mit gewaltbereiten Islamisten geträumt haben, unsere Kundgebung zweckfremden.“⁵⁹

Ergebnis war, dass den zirka 200 angereisten NPDlern und „Freien Nationalisten“ die Teilnahme an der letztendlich 150-köpfigen PRO-KÖLN-Demonstration verwehrt wurde. „Pro Köln“ sei eine „pseudorechte Populistentruppe“, bewertete die NPD NRW diese Haltung: „Die Taktik der Bürgerbewegung ist klar. NPD und freie Kräfte sollen vor den Pro Köln-Karren gespannt werden und sollen sich gefälligst mit der Statistenrolle begnügen, während Pro Köln die politischen Früchte erntet.“⁶⁰

Das neonazistische „Aktionsbüro Westdeutschland“ schloss sich an:

„Die selbsternannte ‚Bürgerbewegung Pro Köln‘ ist eine reaktionäre, populistische, philosemitische und absolut spießbürgerliche Partei. [...] Den Moscheebau UND ‚Pro Köln‘ stoppen – Für einen revolutionären Nationalismus!“⁶¹

Einen weiteren Tiefpunkt im ohnehin schon angespannten Verhältnis zwischen PRO NRW und der NPD stellte die vom NPD-Landesvorstandsmitglied Matthias Pohl zu verantwortende Homepage <http://www.pro-muenster.de.ms/> dar, auf der sich Ende 2007 eine „Bürgerbewegung pro Münster“ zu Wort meldete:

„Als aktive Bürgerbewegung setzen wir uns in der Westfalenmetropole gegen Multi-Kulti, Moscheebau und Überfremdung ein. Gegründet wurde ‚pro Münster‘ im August 2007.“

Die „Münstersche Zeitung“ berichtete am 11. Dezember 2007:

„Die rechte Bürgerbewegung ‚Pro NRW‘ will nach Auskunft ihres Vorsitzenden Markus Beisicht Ende Januar in Münster einen Kreisverband gründen. Den Namen ‚Pro Münster‘ allerdings hat sich schon eine andere Gruppe gesichert.“

⁵⁹ http://www.pro-nrw.org/artikel/070605_interviewanderegg.htm, v.5.6.2007

⁶⁰ http://www.npd-nrw.net/index.php?sek=0&pfad_id=12&cmsint_id=1&detail=266, v. 15.6.2007

⁶¹ <http://www.ab-west.net/abwest.html>, v. 18.6.2007

Hierbei dürfte es sich seitens der NPD weniger um einen ernsthaften Versuch handeln, Konzept und Auftreten von PRO für sich selbst nutzbar zu machen, als um eine offene Kampfansage an PRO. Die Reaktion von PRO NRW erfolgte umgehend:

„Pro NRW hat mit dem NPD-Plagiat ‘pro Münster’ weder organisatorisch noch politisch etwas zu tun. Die NRW-NPD, die bekannterweise von sogenannten V-Leuten des Verfassungsschutzes regelrecht zersetzt ist, möchte mit Hilfe dieser perfiden Aktion im Interesse der verbrauchten Altparteien pro NRW ins rechtsextreme Ghetto drängen bzw. stigmatisieren. [...] Pro NRW hat mit diesem extremistischen Narrensaum nichts zu tun. Gegen die NPD-Fälscher aus Münster wird rechtlich vorgegangen werden.“

Während PRO NRW und NPD also weniger als zwei Jahre vor den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen in den offenen Konkurrenzkampf eingetreten sind, demonstrieren PRO D und PRO NRW offiziell wieder Geschlossenheit. Rouhs erklärte am 31. Juli 2007 seinen Beitritt zu PRO NRW. Er werde sogar beim Aufbau von Strukturen im Rheinland mithelfen. Bis zur Kommunalwahl 2009 werde PRO D „keinen aktiven Verbandsaufbau betreiben“.⁶² Die Partei dankte es ihm und wählte ihn auf dem Gründungsparteitag der „Bürgerbewegung pro NRW“ am 9. September 2007 zu einem ihrer vier stellvertretenden Vorsitzenden.⁶³ Seitdem wird Rouhs auch als „Beauftragter für den Großraum Aachen“ geführt. Diese vermeintliche Umorientierung dürfte ihn jedoch nicht daran hindern, das Modell PRO D weiterzuentwickeln und spätestens nach den nordrhein-westfälischen Landtagswahlen bundesweite Ansprüche unter dem Dach PRO D anzumelden.

Dass die Abgrenzungen seitens PRO NRW zur NPD großteils taktischer und weniger inhaltlicher Natur sein könnten, darauf deutet die Teilnahme von Markus Beisicht und „Pro NRW“-Generalsekretär Markus Wiener an einem von der extrem rechten EU-Parlamentsfraktion „Identität, Tradition, Souveränität“ (ITS) anberaumten Treffen am 25. September 2007 in Straßburg, an dem auch DVU-Chef Gerhard Frey und NPD-Vorsitzender Udo Voigt teilnahmen – und erstaunlicherweise auch der REP-Vorsitzende Rolf Schlierer.⁶⁴ Zu einer Einigung bezüglich einer von der ITS-Fraktion angestrebten gemeinsamen Kandidatur der deutschen Rechtsaußenparteien bei der nächsten Europawahl aber kam es erwartungsgemäß nicht.

⁶² http://www.pro-deutschland.net/index.php?option=com_content&task=view&id=112&Itemid=2, v. 31.7.2007

⁶³ Zum „Burgfrieden“ zwischen PRO NRW und PRO D siehe auch Dokumentenanhang D6-5

⁶⁴ S. Dokumentenanhang D6-6

7. STRATEGIE

Die Gründung möglichst vieler lokaler PRO- Ableger und deren Vernetzung dient offenkundig dem Bestreben zur Etablierung einer neuen Sammlungsbewegung des politischen Rechtsaußen-Spektrums.

Die Führungsriege von PRO KÖLN versucht, mit der Taktik der Inszenierung als „Bürgerbewegung“ die Etablierung einer neuen rechtspopulistischen Partei zu erreichen.

Erklärtes Ziel der rechtspopulistischen Macher ist es, als neue Wahlpartei zunächst zu den Kommunalwahlen in NRW im Jahr 2009 und danach zu den Landtags- und Bundestagswahlen anzutreten. Es wird versucht, das PRO-KÖLN-Modell landes- und bundesweit zu exportieren. So heißt das Motto in einem der ersten Werbeblätter von PRO NRW nach deren Konstituierung als Partei:

„Vom Erfolgsmodell pro Köln ... zu einem erfolgreichen Neuanfang in ganz NRW!“

Das Kölner „Erfolgsmodell“ wird als exportfähig eingeschätzt:

„Mit der Bürgerbewegung pro NRW wird dieses Erfolgsmodell jetzt auf andere Städte Nordrhein-Westfalens übertragen. Ziel ist es, bei der Kommunalwahl 2009 und danach bei der Landtagswahl 2010 für ein politisches Erdbeben an Rhein und Ruhr zu sorgen.“⁶⁵

Um diesen Export zu ermöglichen, werden Gleichgesinnte gesucht, um in anderen Kommunen vor Ort Kreisverbände unter dem Mantel von „Bürgerbewegungen“ zu gründen. Die Strategie ist darauf ausgelegt, mit Hilfe dieser angeblich kommunalen „Bürgerbewegungen“ den Einfluss als rechtspopulistische Wahlpartei netzwerkartig auszuweiten.

In einem Anschreiben wirbt der PRO-KÖLN-Vorsitzende Beisicht:

„Mit unseren Schwerpunkten – Kampf gegen Multikulti-Auswüchse, Kriminalität und Korruption – haben wir eine ernstzunehmende, seriöse Opposition von rechts aufbauen können. Dieser erfolgreiche politische Neuanfang hat inzwischen in mehreren Städten und Landkreisen in ganz Nordrhein-Westfalen Nachahmer gefunden. Zur Förderung und Koordinierung dieser Neugründungen wurde von pro Köln eigens die ‚Bürgerbewegung pro NRW‘ ins Leben gerufen. Mit ihr soll in ganz NRW ein wirkungsvolles Gegengewicht gegen die verbrauchte politische Klasse aufgebaut werden, sowohl auf kommunaler Ebene als auch hinsichtlich eines möglichen Antritts zur Landtagswahl 2010 (...) Natürlich wollen wir im Zuge dieses Neuaufbaus besonders auch im Rheinland und im näheren Umfeld von Köln noch bestehende Lücken schließen. Gerade aufgrund der geringen Entfernung Ihrer Heimatstädte und – Kreise nach Köln könnten hier eine hervorragende Zusammenarbeit geschafft und Synergieeffekte erzielt werden. Im Großraum Bonn, in Leverkusen, im Rhein-Erft-Kreis, im Oberghischen Kreis, im Rheinisch-Bergischen Kreis und in Dormagen gibt es bereits zahlreiche Interessenten, die im Rahmen von pro NRW mitarbeiten bzw. selbst vor Ort eine nonkonforme Wählervereinigung ins Leben rufen wollen.“⁶⁶

65 S. „Bürgerbewegung PRO NRW: Nordrhein-Westfalen ist unsere Heimat!“ pdf-Flugblatt unter: <http://buergerbewegung-pro-nrw.de/pdf/nrwflugblatt.pdf>

66 <http://www.pro-nrw.org/pdf/anschreiben.pdf> v.29.06.2007

Die Methodik zum Aufbau und zur Steuerung eines rechtspopulistischen Netzwerkes ist in einem Strategiepapier dargelegt, das als „Aufbaukonzept“ die Grundlagen zum Aufbau der PRO-Bewegung aufzeigt.

Aufbaukonzept

In einem „Strategieseminar“ in Köln wurde am 28. Januar 2006 von Manfred Rouhs ein Aufbaukonzept für die „Bürgerbewegung pro Deutschland“ vorgestellt.⁶⁷ Dieses Aufbaukonzept hat offensichtlich auch in der praktischen Arbeit von PRO NRW Gültigkeit und kann daher als strategisches Grundlagenkonzept der PRO-Aktivitäten interpretiert werden. Das Konzept orientiert sich an der Strategie der „Bürgerbewegung pro Köln“ und beinhaltet den Versuch, PRO KÖLN als Exportmodell auf andere Kommunen zu übertragen – auf „West- und Mitteldeutschland“, wie es in revanchistischem Jargon⁶⁸ verkündet wird. Da in diesem Aufbaukonzept sehr deutlich die strategischen Mittel und Zielsetzungen benannt werden, kann es als Grundlage zur Analyse der Arbeitsweise herangezogen werden. Das Aufbaukonzept stellt dezidiert die einzelnen Handlungsschritte der Rechten in den Kommunen dar und ist zugleich ein Beleg für den instrumentellen Charakter ihrer Kampagnen. Zudem wird darin der zentralistische Führungsanspruch der Macher von PRO KÖLN im Netzwerk von PRO D und PRO NRW offen herausgestellt.

Drei Schritte werden zum Export des PRO-KÖLN-Modells benannt:

- >> „Handlungsfähigkeit herstellen“
- >> „Menschen binden“
- >> „Wahlantritt“

Unter dem Punkt „Handlungsfähigkeit herstellen“ wird in zentralistischer Manier aufgeführt:

„Mindestens sieben Mitglieder der Bürgerbewegung pro Deutschland müssen vor Ort ansässig sein und in Absprache mit dem Bundesvorstand einen Kreisverband gründen.“

Weiter heißt es:

„Vorhanden sein muss allerdings ein geeigneter Kandidat für den Kreisvorsitz und ein zuverlässiger Bewerber für das Amt des Schatzmeisters.“

Das Anforderungsprofil beinhaltet die Fähigkeit zur Vereinsgründung durch den Kreisverband. Zugleich wird zur Einrichtung eines Kontos angeraten:

⁶⁷ <http://www.pro-deutschland-ob.de/modules.php?op=modload&name=UpDownload&file=index&req=viewsdownload&sid=3> v. 16.02.2006. S- D7-1

⁶⁸ Die Verwendung des Begriffes „Mitteldeutschland“ für das Gebiet der ehemaligen DDR soll die in der extremen Rechten gängige Forderung nach Rückgewinnung der ehemaligen deutschen Ostgebiete unterstreichen.

„Der Kreisverband muß eine Postanschrift einrichten, beispielsweise ein Postfach, und bei der örtlichen Sparkasse ein Girokonto eröffnen.“

Aussagekräftig ist hierbei die Begründung für die Wahl des Kreditinstituts:

„Die Sparkassen sind verpflichtet, auch für oppositionelle Gruppen Girokonten auf Guthabenbasis zu führen.“

So zentralistisch wie die strukturellen Anforderungen zur Gründung von Kreisverbänden formuliert sind, so zentralistisch sind auch die inhaltlichen Anregungen zur Öffentlichkeitsarbeit und Mitgliederwerbung. Zum Auftakt der Mobilisierung vor Ort wird die Verwendung vorgefertigter Materialien empfohlen:

„Zur Mitglieder-Werbung in der Startphase kann das Kampagnen-Flugblatt des Bundesverbandes gegen die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union herangezogen werden.“

Hilfe vom Bundesverband wird den zu gründenden Kreisverbänden auch bei der Entwicklung der Internetseite versprochen:

„Und eine eigene Internetseite gehört zum Pflichtprogramm! Sie muß freigeschaltet werden, bevor die ersten Kampagnen-Flugblätter in Druck gehen, damit von Anfang an jedes verteilte Flugblatt gleichzeitig für die lokale Internetseite wirbt. Bei der Einrichtung der Internetseite kann der Bundesverband, falls nötig, Hilfe leisten.“

Bei der Zusammenkunft des Kreisverbandes wird zur Konspiration angeraten:

„Ort und Zeit werden nicht öffentlich bekannt gegeben. Eingeladen werden nur Mitglieder sowie Personen, die als zuverlässig bekannt sind.“

Der Punkt „Menschen binden“ wird in dem Aufbaukonzept als „Kernarbeit der Bürgerbewegung“ beschrieben: „Wir müssen unsere Mitbürger ansprechen und sie mit unseren politischen Vorstellungen vertraut machen.“ Hierzu sollen speziell Themen aufgegriffen werden, die zu dem klassischen Repertoire eines rechten Populismus gehören:

„Zu den für uns interessanten Bereichen Multi-Kulturalismus, Kriminalitätsentwicklung, Korruption und soziale Gerechtigkeit sollten jeweils aktuelle Meldungen auf der Internetseite erscheinen.“

Dies bedeutet faktisch die Anregung zur Anlehnung an das rechtspopulistische Konzept von PRO KÖLN, sensible Themen in rassistischer Stoßrichtung zuzuspitzen. Bedeutsam ist hierbei die Taktik des Vorgehens: Es soll dabei auf kommunale Ereignisse und vermeintliche Missstände im Kontext der oben benannten Themen Bezug genommen und diese in rechtspopulistischer Manier ausgerichtet werden:

„Und sobald im Segment Multi-Kulturalismus irgend etwas geschieht, was unseren Widerspruch herausfordert, werden wir dazu eine Petition aufsetzen, die im Regelfall an den Beschwerdeausschuß des Stadtrates gerichtet ist.“

Aus jahrelanger Erfahrung im Verfassen rassistischer und rechtsextremer Pamphlete wissen die Strategen dieses Netzwerkes, dass allzu offener Rassismus und Rechtsextremismus nicht so wirkungsvoll für die Propagandaarbeit unter dem Deckmantel einer Bürgerbewegung in der Kommune ist wie ein verklausulierter Rassismus, der im Anschein eines „Bürgerbegehrens“ erscheint: „Der Text der Petition darf nicht ausländerfeindlich sein“, heißt es vorbeugend, denn die Verfasser des Aufbaukonzeptes kennen offensichtlich die wahre Intention ihrer Mitstreiter. Daher betonen sie: „Seriösität ist wichtig!“ Zudem haben die Macher von PRO KÖLN erkannt, dass ein Einhalten formaler Kriterien im Umgang mit Petitionen und „Bürgerbegehren“ Spielräume zur Entfaltung öffentlichkeitswirksamer Inszenierungen eröffnet. Im Aufbaukonzept heißt es:

„Der Inhalt der Petition muß so gehalten sein, dass der Stadtrat für die Angelegenheit sachlich auch tatsächlich zuständig ist; dabei kann der Bundesvorstand helfen.“

Hieraus erfolgt der nächste Schritt:

„Aus der Petition machen wir nun mit einem erklärenden Text ein Flugblatt, das wir in hoher Auflage an die Haushalte verteilen.“

Hierbei wird auf die Erfahrung von PRO KÖLN im Umgang mit Petitionen zurückgegriffen und dieses Rezept zur Nachahmung empfohlen:

„Je nach der Größe des Einzugsgebietes werden wir eine Auflage von 5.000, 10.000, 20.000 oder 50.000 Stück drucken. (Die allgemeine Petition der Bürgerbewegung pro Köln gegen den geplanten Bau einer Großmoschee in der Domstadt wurde mit sieben Mal 50.000 Exemplaren aufgelegt, also insgesamt 350.000 Stück). Dafür kann der Bundesverband einen Zuschuß leisten.“

Eine besondere Funktion hat hierbei die Erfassung von Adressen der unterschriebenen Petitionen. Sie dienen als „wichtigstes politisches Kapital“ der Gruppierung zur Entfaltung weiterer Propagandastrategien. Die Methoden im Umgang mit Adressen werden deshalb nachfolgend ausführlich gesondert dargestellt.

Ziel der Petitionen ist die Behandlung des eingereichten „Bürgerantrages“ im zuständigen Beschwerdeausschuss der Kommune, der dann wiederum genutzt werden soll für weitere Selbstinszenierungen:

„Zu dieser Sitzung des Beschwerdeausschusses muß unbedingt eine Einladung an alle in der Region vorhandenen Adressen verschickt werden; der Termin kann genutzt werden, um unsere dort erscheinenden Unterstützer, von denen wir manche wahrscheinlich noch gar nicht persönlich kennen, anzusprechen. Den Verlauf der Ausschusssitzung werden wir selbstverständlich – am besten mit Fotos – im Internet dokumentieren und auch zum Gegenstand der Berichterstattung in der nächsten Aussendung machen.“

Das Mittel der Petitionserstellung wird also gezielt genutzt, um Leute als Unterstützer für die eigenen Wahlkampfambitionen einzuspannen – als „Kerngeschäft“ wird das Ausnutzen der Möglichkeit zur Erstellung von Petitionen für ein Bürgerbegehren offen bezeichnet:

„Die auf die Anbindung von Menschen abzielenden Petitionen aber sind unser Kerngeschäft, mit dem der Erfolg unserer politischen Arbeit steht und fällt.“

Hier kommt deutlich zum Ausdruck, welche Strategie verfolgt wird: Die Instrumentalisierung kommunalpolitischer Mitbestimmungs- und Beschwerdemöglichkeiten für eigene Wahlkampfzwecke. Im Aufbaukonzept wird dazu aufgerufen, diesen Mechanismus ständig zu wiederholen:

„Das hier beschriebene Procedere zur Ansprache von Menschen – Thema suchen, Petition erstellen, Adressen einpflegen, Info-Blatt aussenden usw. – wird ständig wiederholt. Sobald ein Handlungszyklus abgeschlossen ist, folgt der nächste: wir suchen ein neues Thema, erstellen eine neue Petition, und so weiter.“

Das eigentliche Ziel der Verfassung von Petitionen und „Bürgerbegehren“ wird in dem Aufbaukonzept als dritter Schritt aufgeführt: Der „Wahlantritt“.

Die Methode: Adressenerfassung

In dem Aufbaukonzept wird deutlich zum Ausdruck gebracht, dass die Erfassung und Strukturierung der Unterschriftenlisten für die eigenen Propaganda- und Wahlkampfzwecke zur zentralen Aufgabe der Kreisverbände der „Bürgerbewegung pro Deutschland“ gehört. Das instrumentelle Verhältnis zu den Inhalten der Petitionen und „Bürgerbegehren“ als Mittel zur Ausweitung des Adressenbestandes wird wie folgt zum Ausdruck gebracht:

„Die eingehenden Petenten-Adressen müssen sorgfältig erfasst werden. Den Adressen-Bestand werden wir strukturieren, z.B. nach Mitgliedern, Spendern, Unterstützern und Interessenten, wobei jeder, der lediglich eine Unterschrift geleistet hat, zunächst die Kennung ‚Interessant‘ bekommt und später gegebenenfalls ‚hochgestuft‘ wird. Jede Aussendung werden wir mit dem Vermerk ‚Falls verzogen, bitte mit neuer Anschrift zurück!‘ oberhalb des Adressenrandes versehen. Und die Rückläufer werden wir selbstverständlich zeitnah bearbeiten, um unseren Adressenbestand, der unser wichtigstes politisches Kapital darstellt, auf dem neusten Stand zu halten.“

Dieses Vorgehen bedeutet in der Praxis, dass Bürgerinnen und Bürger, die ohne Kenntnis des Wirkens dieser Gruppierung ihre Unterschrift unter eine ihrer Petitionen setzen – beispielsweise gegen die geplante Einrichtung einer Moschee – damit zugleich von der „Bewegung“ erfasst, katalogisiert und mit Propagandamaterial umworben werden – „Bindung von Menschen“ lautet hierzu die Devise. So heißt es in dem Aufbaukonzept:

„Für die regelmäßige Kommunikation mit den Menschen, die wir überzeugen und an uns binden wollen, werden wir eine eigene Informationsschrift herausgeben, für die der Bundesvorstand eine Hilfestellung leisten kann. Diese Publikation verschicken wir bis zu vier Mal im Jahr an den gesamten Adressenbestand – versehen jeweils mit einem Spendenaufruf, durch den die Aussendungen finanziert werden.“

Zugleich wird in dem Aufbaukonzept in zentralistischer Manier gefordert, die Adressen für die Wahlkampfabsichten des Bundesverbandes der „Bürgerbewegung pro Deutschland“ weiterzuleiten:

„Zudem müssen die Adressen an den Bundesvorstand weitergegeben werden, damit die interessierten Bürger zusätzlich gelegentliche Aussendungen des Bundesvorstandes erhalten, so dass eine möglichst häufige, umfassende Ansprache erfolgt. Das schafft Bindungen.“

Offen wird das eigentliche Ziel dieser Strategie benannt:

„Wer zwei, drei Jahre lang ständig von pro Deutschland hört, wird nachhaltig geneigt sein, der Bürgerbewegung bei der nächsten Kommunalwahl seine Stimme zu geben.“

Neben inhaltlichen Bedenken gegenüber solchen Methoden sind auch rechtliche Bedenken aufzuführen. Denn eine Weitergabe von zweckbedingten Unterschriften für eine Petition oder ein Bürgerbegehren zu Wahlkampfzwecken kann als Verstoß gegen den Datenschutz angesehen werden. So meldete der „Kölner Stadt-Anzeiger“, dass der Landesbeauftragte für Datenschutz „Beschwerden über die mögliche Nutzung aus der Unterschriftenliste gegen den Bau der Moschee in Ehrenfeld durch die rechtsextreme Organisation ‚Pro Köln‘ nachgehen“ werde.⁶⁹

Daraufhin reagierten die Macher von „Pro Deutschland“, indem sie auf der Internetseite ihrer Homepage in das Aufbaukonzept folgenden Zusatz einfügten:

„Die eingehenden Rückläufer müssen – eine Einverständniserklärung der betreffenden Personen vorausgesetzt – unter Beachtung der weiteren Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes sorgfältig erfasst werden.“⁷⁰

Offensichtlich dient diese nachträgliche Umformulierung des Aufbaukonzeptes der Vorbeugung weiterer Klagen. Dies ändert jedoch nichts daran, dass bis zu diesem Zeitpunkt augenscheinlich in dieser Form durch das PRO-Netzwerk mit den Adressen verfahren wurde. Auch von „Pro Oberhausen“ sind Unterschriften zu verschiedenen Petitionen gesammelt worden und zeitgleich präsentierte der Kreisverband auf seiner Internetseite das Aufbaukonzept der Bewegung in seiner ursprünglichen Form.⁷¹

⁶⁹ Peter Berger, Datenschutz will „Pro Köln“ prüfen, in: Kölner Stadt-Anzeiger v. 02.04.2007

⁷⁰ Ebd.

⁷¹ Vgl. <http://www.pro-deutschland-ob.de/modules.php?op=modload&name=UpDownload&file=index&req=viewsdownload&sid=3> v. 16.02.2006

Auch wenn auf der Internetseite des Bundesverbandes daraufhin eine Umformulierung im Aufbaukonzept vorgenommen wurde, ändert dies nichts an dem instrumentellen Charakter der Unterschriftensammlungen zur Gewinnung von Adressen für eigene Propaganda- und Wahlkampfzwecke. Bei der näheren inhaltlichen Betrachtung der unterschiedlichen Petitionen wird ersichtlich, dass diese das übliche Themenrepertoire rechtspopulistischer Propaganda repräsentieren.

8. RECHTSPOPULISTISCHE THEMEN UND KAMPAGNEN

In ihrer Selbstdarstellung bezeichnet sich PRO NRW⁷² als „nonkonform“. Dort heißt es:

„Am 6. Februar 2007 wurde in Leverkusen die ‚Bürgerbewegung pro Nordrhein-Westfalen e.V.‘ (pro NRW) ins Leben gerufen. Unter der bewährten Versammlungsleitung des Düsseldorfer Rechtsanwaltes Dr. Björn Clemens trafen sich zahlreiche kommunale Mandatsträger aus ganz Nordrhein-Westfalen, um einen Verein zur Koordinierung und Bündelung nonkonformer NRW-Wählervereinigungen zu gründen.“

Zentral dabei ist die Orientierung an PRO KÖLN:

„Erfolge im Jahr 2009 werden aber nur durch engagierte Basisarbeit möglich sein. Das hat das Modell pro Köln gezeigt.“

Demnach geht es darum, dieses Modell landes- und bundesweit zu exportieren:

„Dabei sollte in ähnlichem Stil eine möglichst breite Wahlplattform aller seriösen rechten Kräfte in NRW angestrebt werden.“⁷²

Hinweise auf die rechtspopulistische FPÖ aus Österreich wie dem VLAAMS BELANG als „befreundete Organisationen“ auf der Homepage weisen auf die politischen Vorbilder von PRO NRW hin. Zu der extrem rechten belgischen Partei VLAAMS BELANG⁷³ pflegen die Macher von PRO KÖLN und PRO NRW gar seit vielen Jahren einen engen Kontakt. Der Aufstieg der belgischen rassistischen Partei VLAAMS BLOK in das etablierte Parteiengefüge dient den extremen Rechten aus Köln erklärtermaßen als Vorbild. Zum Jahresbeginn 2008 wurde gar propagandistische eine „Städtepartnerschaft gegen Islamisierung“ in Antwerpen unter Beteiligung der Vorsitzenden von PRO NRW, FPÖ und VLAAMS BELANG angekündigt.⁷⁴

PRO NRW bedient sich inhaltlich wie in der Wortwahl des plakativen Stils rechtspopulistischer Propaganda. Probleme, Ängste und Vorurteile werden schlagwortartig zugespitzt, undifferenziert miteinander vermischt und Feindbilder aufgebaut, um sich selbst als moralische Instanz und politische Ordnungsmacht inszenieren zu können, welche die Sorgen der Bevölkerung aufzunehmen bereit ist. So heißt es beispielhaft unter der Überschrift „Die große Koalition der Abzocker“ in populistischer Manier:

⁷² S. „Bürgerbewegung pro Nordrhein-Westfalen“, unter: Über pro NRW, auf der Homepage <http://www.pro-nrw.org/>

⁷³ Ehemals VLAAMS BLOK. Als im Jahr 2004 das oberste Berufungsgericht Belgiens eine Verurteilung der Partei wegen offener Ausländerdiskriminierung bestätigte, löste sich der VLAAMS BLOK auf und agierte fortan unter dem Namen VLAAMS BELANG.

⁷⁴ Vgl. <http://www.pro-nrw.org/> v. 08.01.2008

„Nachdem sich die Bundestagsabgeordneten ihre Luxus-Pensionen erhöht haben, holen nun die Parteien zum nächsten Griff in die Tasche des Steuerzahlers aus: CDU und SPD fordern mehr Geld vom Staat. (...) Die große Koalition der Abzocker kennt keine Scham!“

Der Stil ist typisch für rechtspopulistische Kampagnen: Zunächst werden vorhandene Missstände und Ressentiments verallgemeinert und zugespitzt. Dann wird auf Tugenden wie Anstand, Idealismus, Ordnung und Sauberkeit verwiesen. Darauf Bezug nehmend inszenieren sich Rechtspopulisten als Sprachrohr für „Volkes Stimme“. So heißt es bei PRO NRW weiter:

„Unser Land braucht endlich wieder Idealisten, die zum Wohle der einheimischen Bevölkerung Verantwortung übernehmen. Menschen, die nicht von der Politik, sondern für die Politik leben. Die große Koalition der Abzocker dagegen gehört abgewählt, besser heute als morgen!“⁷⁵

Hierbei wird bewusst mit Simplifizierungen und Feindbildern operiert. So heißt es in einer Selbstdarstellung von PRO NRW:

„Massenzuwanderung trotz millionenfacher Arbeitslosigkeit, immense Staatsverschuldung, hohe Kriminalität und arrogante Entscheidungen wider den Volkswillen – das hat Unmut hervorgerufen. Die Bürgerbewegung pro NRW tritt an, um der ‚schweigenden Mehrheit‘ wieder eine Stimme zu geben.“⁷⁶

Mit derartigen Plattitüden wird versucht, komplexe Probleme in nationalistischer Manier zu vereinfachen.

Ein Blick in das „Parteiprogramm“ von PRO NRW offenbart diese Methodik rechtspopulistischer Simplifizierung. Dieses Programm, das am 7. September 2007 auf dem Landesparteitag von PRO NRW beschlossen wurde, erschöpft sich in ganzen sieben Programmpunkten, die in inhaltlich simpelster Form das rechtspopulistische Themenrepertoire abzudecken versuchen:

1. Innere Sicherheit gewährleisten!
2. Ausbildung statt Zuwanderung!
3. Stoppt Korruption und Parteibuchwirtschaft!
4. Besinnung auf Werte in der Kulturpolitik!
5. Bürgerfunk statt Parteibuchsender!
6. Das Ruhrgebiet stärken!
7. Wer heilt unser Gesundheitssystem?⁷⁷

Ein Blick in den Inhalt dieser „Programmpunkte“ offenbart schnell, dass es dabei nicht um realpolitische Zielsetzungen, sondern lediglich um simple politische Propaganda auf der rechtspopulistischen Klaviatur geht.

So heißt es etwa unter dem ersten Programmpunkt in apokalyptischer Wortwahl:

⁷⁵ <http://www.pro-nrw.org/> v. 18.08.2007

⁷⁶ „Bürgerbewegung PRO NRW: Nordrhein-Westfalen ist unsere Heimat!“ pdf-Flugblatt unter: <http://buergerbewegung-pro-nrw.de/pdf/nrwflugblatt.pdf> S. D8-1

⁷⁷ Parteiprogramm, unter: <http://www.pro-nrw.org/>

„In den Städten unseres Landes gibt es immer mehr rechtsfreie Räume, in denen sich selbst die Polizei nur noch in großer Zahl traut. ‚No-Go-Areas‘ also – aber nicht für Ausländer oder Asylbewerber, sondern für die einheimischen Bürger!“

Die populistische Forderung nach ‚law and order‘ wird verknüpft mit Vorurteilen gegenüber Zugewanderten und liberaler Rechtsprechung. So heißt es dort weiter:

„Daneben muß der Schutz der normalen Bevölkerung Vorrang vor den Interessen der Täter haben. Windelweiche Alt-68er- ‚Resozialisierungs‘-Phrasen haben angesichts brutaler Jugendgewalt, rücksichtsloser Straßenkriminalität, organisiertem Verbrechen und hoher Ausländerkriminalität wahrlich keinen Platz mehr!“

Im zweiten Programmpunkt werden Bildungsanforderungen unsachlich mit der Zuwanderungspolitik verknüpft:

„So wie wir benachteiligte Kinder fördern müssen, so sollten wir auch begabten Schülern die Ausschöpfung ihres ganzen Potentials ermöglichen. Dann wird auch die Anwerbung ausländischer Spezialisten und Experten auf bestimmten Fachgebieten bald überflüssig werden, so wie Masseneinwanderung bildungsferner Schichten bereits jetzt völlig überflüssig ist.“

Weiter heißt es dann propagandistisch:

„Pro NRW sagt nicht umsonst NEIN zur Einwanderung in unsere Sozialsysteme, zu Asylmißbrauch, Überfremdung und Islamisierung!“

Hierbei werden in agitatorischer Absicht Prozesse und soziale Strukturen („Einwanderung“, „Sozialsysteme“) miteinander in Beziehung gesetzt und mit zentralen Begrifflichkeiten extrem rechter Propaganda wie „Überfremdung“ sowie mit Schlagwörtern aus dem rechtspopulistischen Themenrepertoire („Asylmissbrauch“, „Islamisierung“) verknüpft. Demnach geht es also nicht um differenzierte Betrachtung oder die Entwicklung von Lösungsansätzen für soziale Aufgaben und Probleme, sondern schlicht um die Bündelung von Ressentiments.

Mit dem dritten Programmpunkt wird das klassische rechtspopulistische Thema „Korruption“ in simpelster Form präsentiert:

„Die politische Klasse in Düsseldorf hat abgewirtschaftet und ist aufgrund der unzähligen Skandale moralisch diskreditiert. Diese Klasse steht für Bestechung, Vorteilsnahme, Ämterpatronage, Spendenskandale und Betrugereien zu Lasten der Bürger. Eine Erneuerung ist von ihr nicht zu erwarten.“

Hier wird das Bild vom ‚raffenden Staat‘ kolportiert, um sich als ‚unverbrauchte‘, am Gemeinwohl orientierte Alternative inszenieren zu können.

Ein ähnliches Niveau weist inhaltlich der vierte Programmpunkt „Kulturpolitik“ auf, der in einigen Passagen wie unfreiwillige Realsatire klingt:

„Die Bürgerbewegung pro NRW fordert eine nachhaltige, auf Dauer angelegte Förderung der Hochkultur in Nordrhein-Westfalen und eine klare Absage an die Unterstützung avantgardistischer Projekte, die für den Normalbürger nicht von Interesse sind.“

Die Ablehnung künstlerischer Avantgarde und experimenteller Kunstformen ist ein propagandistisches Merkmal rechter Kulturpolitik und fand historisch ihre Zuspitzung in der Nazi-propaganda gegen eine angeblich „entartete Kunst“.

Auch der fünfte Programmpunkt „Bürgerfunk“ erschöpft sich in rechtspopulistischen Plattitüden gegen den als politisch links eingestuften WDR:

„Versatzstücke linker Ideologie prägen nicht nur die politischen Magazine und die Nachrichtensendungen, sondern insbesondere auch das Unterhaltungsprogramm, das oft ein unrealistisches, von multi-kulturellen Trugbildern geprägtes Weltbild transportiert. Wir brauchen kein Fernsehen und kein Radio, das uns Bürger mit erhobenem Zeigefinger zu belehren versucht!“

Anstelle von Inhalten werden auch hier lediglich Anschuldigungen vorgetragen.

Mit dem sechsten Programmpunkt wird versucht, die Strukturkrise im Bergbau mit standortnationalistischen Parolen zu instrumentalisieren:

„Wir in Nordrhein-Westfalen dürfen uns nicht vollständig von importierter Energie abhängig machen“,

heißt es da inhaltsleer, ohne realistische Alternativen anbieten zu können:

„Unsere heimische Kohleförderung muß überall dort und so lange erhalten bleiben, wo und wie dies wirtschaftlich vertretbar ist.“

Fassbare Konzepte für den Bergbau hingegen werden nicht benannt. Stattdessen werden lediglich Ressentiments gegen den Solidaritätszuschlag geschürt:

„Gleichzeitig muß in den Bergbau-Regionen in die Zukunft investiert werden. In diesem Zusammenhang ist 20 Jahre nach der Wiedervereinigung der Solidaritätszuschlag auf den Prüfstand zu stellen.“

Anstelle von tragbaren Vorschlägen zur Beschäftigungspolitik werden inhaltsleere Worthülsen präsentiert:

„Die Sicherung von Arbeitsplätzen hat Vorrang (Rechtschreibung i. O.) vor gut gemeinten umweltschützerischen Experimenten, deren Erfolg oft zweifelhaft ist.“

Inhaltlich widersprüchlich ist auch der siebte Programmpunkt zum Thema „Gesundheitssystem“. Zunächst wird dort „Gerechtigkeit“ eingefordert: „Die Bürgerbewegung pro NRW fordert ein gerechteres Krankenversicherungskonzept.“ Wie dies konkret aussehen soll, bleibt nebulös. So wird eine „Kombination aus bewährten Bismarckschen Traditionen und dem Beveridge-System“⁷⁸ gefordert, ohne näher erläutern zu können, wie dies gestaltet werden soll. Weitere Ausführungen hierzu werfen die Frage auf, ob die grundsätzlichen Unterschiede zwischen beitragsfinanzierten und steuerfinanzierten Gesundheitsversorgungsmodellen von den Verfassern dieses „Programms“ überhaupt analytisch erfasst worden sind. So wird sowohl „die Pflicht, sich zu versichern“ und der „Erhalt privater Krankenversicherungen“ gefordert wie zugleich zusammenhanglos gefordert:

„Das Allgemeinwohl hat prinzipiell über den Interessen von Gesundheits-Managern und wirtschaftlicher Lobbygruppen zu stehen!“

Das eigentliche Ziel dieser Ausführungen besteht offenkundig wieder einmal darin, in plumper Manier Ressentiments gegen Zugewanderte zu schüren. So heißt es dort weiter:

„Im Hinblick auf Immigranten muß zudem darauf geachtet werden, keine zusätzlichen Anreize für eine ‚Einwanderung ins soziale Netz der Bundesrepublik‘ zu schaffen.“

Ein besonderes Merkmal rechtspopulistischer Propaganda ist, dass Themen und Vorurteile aus der gesellschaftlichen Mitte herausgegriffen werden, um sich als ‚Vollstrecker‘ von gesellschaftlich angeblich berechtigten Interessen darzustellen.

Zusammengefasst sind es folgende Themen, mit denen kampagnenartig operiert wird:

- >> Zuwanderung / Islam / Nationale Identität
- >> Filz / Klüngel / Korruption
- >> Sicherheit / Kriminalität
- >> Verfolgung / Meinungsfreiheit

Wie das funktioniert, hat PRO KÖLN demonstriert: Rechtspopulistische Kampagnen gegen den „Drogenstrich“ in Köln-Longerich oder gegen ein Flüchtlingswohnheim im Stadtteil Weidenpesch werden unter dem Mantel von „Bürgerbegehren“ inszeniert. Hierbei werden gesellschaftliche Vorurteile populistisch aufgeladen und zugespitzt. Ziel ist dabei augenschein-

⁷⁸ Benannt nach dem britischen Ökonom und Politiker William Henry Beveridge (1879-1963) wurde der so genannte Beveridge-Report bekannt, der zur Grundlage des Aufbaus der englischen sozialen Sicherungssysteme wurde. Dieses Gesundheitsmodell beinhaltet im Wesentlichen eine aus Steuermitteln finanzierte, staatlich organisierte, relativ egalitäre Einheitsversicherung mit niedriger Leistung, die alle Bürger erfasst. Zum Thema s. Karl-Heinz Wehkamp, Balanceakt zwischen Beveridge und Bismarck. Soziale Sicherungssysteme in Europa, in: Das Parlament Nr. 50 v. 11.12.2006

lich die Kanalisierung von Ängsten und Vorurteilen, um sich selbst als handlungsorientierte Interessenvertretung inszenieren zu können. Aufrufe gegen den „Kölner Klüngel“ oder den „Tango Korrupti“ sollen suggerieren, dass PRO KÖLN als „Anwalt der kleinen Leute“ gegen die „korrupten Altparteien“ auftritt.

Auf Stammtisch-Niveau werden Vorurteile gebündelt und in autoritärer Manier das Bild von gesellschaftlicher „Ordnung und Sauberkeit“ beschworen. So heißt es etwa bei „Pro Gelsenkirchen“:

„Uns sind 270.000 Gelsenkirchener wichtiger als eine Handvoll alternativer Spinner! Die Bürgerbewegung Pro Gelsenkirchen e.V. (Pro Gelsenkirchen) setzt sich ein für eine Kulturförderung, die den Interessen der Mehrzahl der Gelsenkirchener Bürger Rechnung trägt. Zu fördern sind ferner die vielen kleinen Vereine in den einzelnen Stadtvierteln. Nicht länger unterstützt werden sollten verfassungsfeindliche Extremisten, Selbsterfahrungstrips auf Steuerzahlerkosten, homosexuelle Spaßgruppen sowie obskure Multi-Kulti-Projekte (Rechtschreibung i.O.) von Alt-68ern.“⁷⁹

Der Rechtspopulismus von PRO NRW lebt von der Skandalisierung sowie der dumpfen Provokation. Dabei kommt den Rechtspopulisten zugute, dass sie durch den Übertritt einiger ehemaligen REP-Mitglieder deren Funktion als Stadtratsmitglieder propagandistisch nutzen können. So etwa in Gelsenkirchen durch das Ratsmitglied Hauer, zugleich stellvertretender Vorsitzender von PRO NRW, der öffentlichkeitswirksam eine „islamkritische Anhörung im Ratssaal der Stadt Gelsenkirchen zur ‚Kommunalen Integrationspolitik‘“ ankündigte. Eingeladen zu dieser „Anhörung“ wurden PRO-NRW-Chef Beisicht, die PRO-KÖLN-Fraktionsvorsitzende Wolter und der PRO-MÜNCHEN- Sprecher Rüdiger Schrembs, was auf den inhaltlichen Gehalt dieser Veranstaltung schließen lassen kann. Dabei wird offenkundig versucht, das Rathaus als propagandistische Bühne für einen parteipolitisch motivierten Populismus gegen kommunale Integrationsbelange zu nutzen.

Zugleich stellen sich die Macher derartiger Propaganda als Opfer und Verfolgte durch ein angebliches Kartell aus etablierter Politik sowie einer angeblich verordneten „political correctness“ dar:

„Die Presse bzw. unser OB mögen sich ereifern wie sie wollen. Auch die Stadt Gelsenkirchen wird sich an pro NRW als Vertreter der Interessen eines Großteils der einheimischen steuerzahlenden Bevölkerung gewöhnen müssen. Die kritische Anhörung zum Scheitern des multikulturellen Experiments im Ruhrgebiet sowie die Folgen einer unkontrollierten Zuwanderungspolitik für unsere Großstädte am Beispiel Gelsenkirchen wird auf jeden Fall stattfinden. Wir verteidigen vehement das Recht auf freie Meinungsäußerung, das auch in Gelsenkirchen durch die grassierende Political Correctness bedroht ist.“⁸⁰

Der öffentlichen Kritik an dieser Instrumentalisierung politischer Funktionen im Stadtrat wird damit der Augenschein von ‚Einschränkung der Meinungsfreiheit‘ zu geben versucht.

⁷⁹ <http://progelsenkirchen.de/1957108.htm> v. 23.10.2007

⁸⁰ http://www.pro-nrw.org/artikel/221007_gelsenkirchen.htm v. 22.10.2007

9. RECHTSPOPULISMUS UND RECHTSEXTREMISMUS

In ihrer Eigendarstellung bezeichnet PRO NRW sich selbst offen als „rechtspopulistisch“. Als Schlüssel zum Erfolg wird der flächendeckende Aufbau von „Bürgerbewegungen“ angesehen: „Umso wichtiger ist es also, politikfähige und willensstarke Menschen vor Ort zu haben. Erst dann sind Neugründungen rechtspopulistischer Wahlvereinigungen sinnvoll. Der Aufbau von unten nach oben ist der Schlüssel zum Erfolg!“⁸¹

Intensive Auslandskontakte von PRO NRW deuten auf Schnittstellen zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus hin. So erschien etwa in der österreichischen Zeitschrift AULA, laut dem Journalisten Hans-Henning Scharsach publizistische Kontaktbörse zwischen den Anhängern der FPÖ und dem etablierten Rechtsextremismus,⁸² ein Bericht über einen Vortragsabend zum Thema „Der ‚rechte‘ Weg für Europa – Kommunale Entwicklungen zwischen Bürgerfreiheit und Ghettoentwicklung“, an dem die führenden Köpfe von FPÖ, VLAA-AMS BELANG und PRO NRW teilnahmen. Laut Bericht wurden dort Thesen aus dem klassischen Repertoire eines extrem rechten Populismus vertreten: So etwa Hasstriaden von Markus Beisicht gegen „illegale“ und „Zigeuner“ in Köln, welche der Stadt „auf der Tasche liegen“ oder völkische Parolen des FPÖ-EU-Abgeordneten Andreas Mölzer der laut Bericht dazu aufrief, sich dem „Ethnosuizid, der Umvolkung entgegenzustellen.“ Der Artikel veranschaulicht inhaltlich die Schnittmengen zwischen plattem Populismus und extrem rechten Denkansätzen.⁸³

Im Verfassungsschutzbericht 2006 des Landes Nordrhein-Westfalen wird PRO KÖLN als organisatorisches Vorbild von PRO NRW unter der Rubrik „Rechtsextremismus“ aufgeführt. Die Macher von PRO KÖLN wiederum versuchen bislang erfolglos, auf dem Klageweg ihre verfassungsrechtliche Einstufung als rechtsextremistisch zu unterbinden. Dies führt in der Alltagsbetrachtung zu einem höchst widersinnigen Tatbestand: Während aktuell PRO KÖLN weiterhin seitens des Verfassungsschutzes unter der Rubrik Rechtsextremismus aufgeführt wird, ist diese Bezeichnung für die Gruppierungen PRO DEUTSCHLAND und PRO NRW noch nicht juristisch eindeutig belegt. Diese Widersinnigkeit rührt daher, dass PRO D und PRO NRW nach formalen Kriterien bislang als eigenständige Gruppierungen definiert werden, obwohl in der Praxis eine Steuerung durch den Kreis der Macher von PRO KÖLN augenscheinlich ist.

Sinn und Zweck der vorliegenden Untersuchung ist jedoch nicht eine formaljuristische Begutachtung dieser Frage; dies ist Aufgabe der Gerichte. Die vorliegende Untersuchung dient vielmehr der Aufklärung über die Entwicklung, Strategie und Alltagspraxis dieses rechtspopulistischen Netzwerkes. Sie soll argumentative Hilfestellung gegen Rassismus vor Ort geben und rechtspopulistische Machenschaften offen legen.

Dies beinhaltet allerdings auch, sich mit dem Phänomen des Rechtspopulismus auseinanderzusetzen und zwar auf der Ebene der Strategie und der Agitationsform.

81 S. „Bürgerbewegung pro Nordrhein-Westfalen“, unter: Über pro NRW, auf der Homepage <http://www.pro-nrw.org/>

82 Hans-Henning Scharsach, Haiders Clan. Wie Gewalt entsteht. Wien, München, Zürich 1995, S. 171f.

83 Martin Pfeiffer, Hunderte wider dem Pöbel, in: DIE AULA Dezember 2007. S. D9-1

In der Alltagswahrnehmung überschneiden sich Rechtspopulismus und Rechtsextremismus. Der Unterschied besteht hierbei in dem Tatbestand, dass sich rechtspopulistische Strömungen selbst dem rechtskonservativen Spektrum zuordnen und sich mit propagandistischem Bezug auf Ängste und Vorurteile aktionsorientiert als „Anwälte des Volkes“ zu inszenieren.

Der Begriff des Rechtspopulismus hat seit dem Aufstieg Jörg Haiders in Österreich Konjunktur. Er erhielt Auftrieb durch die Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien in den skandinavischen Ländern, in Belgien durch den VLAAMS BLOK (heute VLAAMS BELANG), durch den kometenhaften Aufstieg und die Ermordung des Niederländers Pym Fortuyn sowie durch die Wahlerfolge der rechtspopulistischen SVP in der Schweiz. In Deutschland erhielt der Begriff des Rechtspopulismus zunächst durch die Kampagnen des „Bundes freier Bürger“ (BfB), dann durch die Schill-Partei sowie durch die Wahlkampfinszenierungen der FDP durch Jürgen Möllemann Aufmerksamkeit.

Wie der Begriff nahe legt, wird hierbei Bezug genommen auf propagandistische Simplifizierungen in Anlehnung an „des Volkes Stimme“: Rechtspopulismus bedeutet demnach allgemein die volkstümlich und rebellisch-autoritär inszenierte Verkündung extrem rechter Theoreme auf der Basis emotionalisierter Agitation: „Charakteristisch für die politischen Inhalte des Populismus ist die prekäre Synthese von Personalismus und Gemeinschaftsdenken und seine ambivalente Haltung zum gesellschaftlichen Fortschritt. Historisch und auch gegenwärtig besteht ein starker Hang nach rechts, der auf eine gegebene ideologische Affinität hindeutet.“⁸⁴ Hans-Henning Scharasch sieht in solch unterschiedlichen Parteien wie dem VLAAMS BLOK, der FPÖ, dem Front National, Berlusconis Regierungsbündnis, der FDP unter dem Duo Möllemann/Westerwelle und weiteren neu- wie altrechten Parteien das Aufkommen eines „rechten Populismus in Europa“.⁸⁵

In der wissenschaftlichen Diskussion wurde der Begriff des Rechtspopulismus zunächst meist bei denjenigen Parteien und Bewegungen verwendet, die trotz der Verwendung rechtsextremer Propagandaelemente erstens kein geschlossen rechtsextremes Weltbild aufwiesen und zweitens ihre autoritären Forderungen nach einem „starken Staat“ mit neoliberalen Politikansätzen verbanden. In der Tat zeigt sich hier eine Tradition spezifisch rechter Agitation gegen den „schmarotzenden Abzockerstaat“, der im skandinavischen Raum schon in den sechziger Jahren zu Wahlerfolgen von extrem rechten Parteien geführt hat, die in der europäischen Populismusforschung als „Vorreiter des europäischen Populismus“⁸⁶ bezeichnet werden. Nach ersten Erfolgen der finnischen „Landpartei“ etabliert der „Steuerrebell“ Mogens Glistrup in Dänemark das Modell der „Fortschrittspartei“, das dann in Norwegen und in vergleichbarer Form auch in weiteren Ländern Europas als Vorbild für Parteien mit rechtspopulistischer Ausprägung dient. War der proklamierte Aufstand der Kleinbürger gegen Steuer, Bürokratie und „Wohlfahrtsstaat“ bis in die achtziger Jahre hinein noch schwerpunktmäßig geprägt von wirtschaftsliberalistischer Kritik am Sozialstaat, so traten danach in diesen Strömungen nationalistische und rassistische Tendenzen in Verbindung mit Forderungen nach einer national orientierten Beschäftigungspolitik in das Zentrum ihrer Agitation. Exemplarisch hierfür steht die Abspaltung der dänischen Fortschrittspartei, die Dänische Volkspartei unter Pia Kjärsgaard. Die

84 Frank Decker, Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien, in: „Rechtspopulismus auf dem Vormarsch?“ Eine Tagung der SPD Hamburg am 1. Dezember 2001, Broschüre, S. 10

85 Vgl. Hans-Henning Scharasch, Rückwärts nach rechts. Europas Populisten, Wien 2002

86 Hans-Henning Scharasch, Rückwärts nach rechts, a.a.O., S. 152

Mischung aus populistischem „Sicherheitsdiskurs“ gegen „Kriminelle“, „Fremde“ und „Schmarotzer“ im Kontext von medial inszenierten Aufständen des Kleinbürgers gegen Steuer, Bürokratie, EU und Zuwanderung machte Schule für vergleichbare Strömungen in Europa.

Geradezu prototypisch für den Rechtspopulismus in Westeuropa stehen Jörg Haider und seine FPÖ, deren Wahlerfolge primär darauf beruhten, dass sie über einen längeren Zeitraum hinweg neben sozialen Aufsteigern und Befürwortern eines Modernisierungskurses auch sozial Benachteiligte und zutiefst verunsicherte Mittelständler gewinnen konnten.⁸⁷

In der Diskussion um den Rechtspopulismus wird weitestgehend ausgeklammert, dass dessen zentrale propagandistische Bausteine – Nationalismus, Rassismus, Sozialneid und Autoritarismus gepaart mit einer sich volkstümlich inszenierenden Protestbewegung gegen das „Etablisement“ – zugleich Eingang gefunden haben in den Diskurs der sog. politischen Mitte.⁸⁸

Ein populistischer Politikstil ist in allen politischen Lagern zu finden und prägt auch wiederkehrend in Wahlkämpfen das politische Geschehen. Simplifizierende Zuschreibungen und verkürzte Personalisierungen komplexer Phänomene wie etwa Migration oder Globalkapitalismus in plakative Feindbilder wie etwa die Parole „Kinder statt Inder“ zum Thema Zuwanderung von Hochqualifizierten oder die Titulierung von Hedge-Fonds als „Heuschrecken“ bedienen zugleich rassistische und antisemitische Stereotype.

In der jüngeren Populismusforschung existieren – ähnlich der Rechtsextremismusforschung – recht unterschiedliche Deutungen dieses Phänomens. Frank Decker und Florian Hartleb etwa sehen auch in der Politik der PDS einen populistischen Politikstil.⁸⁹ Auch wenn solchen Deutungen in dieser Pauschalität nicht zuzustimmen ist, verweisen Äußerungen im politischen Führungspersonal auf populistische Elemente. So deuten etwa von Oskar Lafontaine in Boulevardblättern platzierte Begrifflichkeiten auf eine Übernahme eines bislang Rechtsaußen verorteten populistischen Vokabulars hin. Die Soziologin Karin Priester verweist darauf, dass sich der heutige Vorsitzende der Partei DIE LINKE im Jahr 2005 durchaus „populistischer Stilmerkmale“ bedient habe:

„Das unselige Wort von den ‚Fremdarbeitern‘, leider mehr als nur ein Lapsus, spielte ganz bewusst mit der Wut auf ‚die da oben‘ und der Verlagerung von der Ursache von Missständen nach ‚außen‘, auf ‚Fremde‘, Ausländer, Immigranten etc. mit dem Ziel, einer frustrierten Klientel Identitätsangebote zu machen, wie man sie bisher nur von der Rechten kannte.“⁹⁰

87 Vgl. z.B.: Brigitte Bailer-Galanda/Wolfgang Neugebauer, Haider und die Freiheitlichen in Österreich, 2. Aufl. Berlin 1997; Christa Zöchling, Haider. Licht und Schatten einer Karriere, 2. Aufl. Wien 1999; Hans-Henning Scharsach (Hrsg.), Haider. Österreich und die rechte Versuchung, Reinbek bei Hamburg 2000; ders./Kurt Kuch, Haider. Schatten über Europa, Köln 2000

88 Vgl. Christoph Butterwegge/Alexander Häusler, Rechtsextremismus, Rassismus und Nationalismus: Randphänomene oder Phänomene der Mitte?, in: Christoph Butterwegge u.a., Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein, Opladen 2002; Frank Decker, Der neue Rechtspopulismus, Opladen 2004; Joachim Bischoff/Klaus Dörre/Elisabeth Gauthier u.a., Moderner Rechtspopulismus. Ursachen, Wirkungen, Gegenstrategien, Hamburg 2004

89 Vgl. Frank Decker/Florian Hartleb, Populismus auf schwierigem Terrain. Die rechten und linken Herausfordererparteien in der Bundesrepublik, in: Frank Decker (Hrsg.), Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, Wiesbaden 2006

90 Gespräch mit Karin Priester, „Eine Revolte gegen die Auswüchse der Moderne“, in: Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte 5/2007, http://www.ng-fh.de/gespraech/gespraech_07_5a.html

Die populistische Verknüpfung der sozialen mit der nationalen Frage durch die Anrufung von „nationaler Identität“ und „deutscher Leitkultur“ erweist sich als Einfallstor für die extreme Rechte. In diesem Kontext wies der Historiker Lutz Niethammer darauf hin, dass es neurechte und nationalkonservative Intellektuelle wie Armin Mohler, Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing, Henning Eichberg oder Bernhard Willms waren, „die um 1980 in der Bundesrepublik den Begriff der nationalen Identität in den Mittelpunkt zu rücken versuchten und damit seiner Etablierung in der rechten Mitte zuvorkamen oder sie mit vorbereiteten.“⁹¹ Karin Priester verweist darauf, dass der Populismus „ein konservatives Phänomen ist, das jedoch meist in Verschmelzung mit anderen politischen Richtungen auftritt.“⁹² Laut Priester beruht der zeitgenössische Populismus auf der „Gleichsetzung von ‚Volk‘ mit dem selbstständigen Mittelstand oder den ‚kleinen Leuten‘.“⁹³ Mit dieser Verknüpfung weist der Populismus eine inhaltliche Verortung in der rechten Denktradition auf – egal, welche Partei sich dieser Verknüpfung bedient. Der Rechtspopulismusforscher Oliver Geden warnt in diesem Kontext vor einer Banalisierung des Rechtspopulismus:

„Die antagonistische Gegenüberstellung einer (aus Volk und Rechtspopulisten bestehenden) ‚Wir-Gruppe‘ und ‚den Anderen‘ (bestehend aus den Eliten und ihren ‚Günstlingen‘) kann umso überzeugender vermittelt werden, je stärker die etablierten Parteien und Medien dazu neigen, rechtspopulistische Herausforderer als wenig ernst zu nehmende Außenseiter zu behandeln.“⁹⁴

Daher sollte es in der öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus weniger um juristische Begriffsklaubereien gehen. Denn trotz höchst unterschiedlicher Ansätze extrem rechter Parteien und Bewegungen in Europa stellen die als ‚Rechtspopulisten‘ bezeichneten Strömungen mehrheitlich keine Abkehr sondern eine politisch konformere Neuausprägung der extremen Rechten dar. Wichtiger erscheint hingegen die Aufgabe, sich offensiv der Zunahme eines rechten Populismus in der allgemeinen politischen Auseinandersetzung entgegenzusetzen.

91 Lutz Niethammer, Kollektive Identität. Heimliche Quellen einer unheimlichen Kultur, Hamburg 2000, S. 487

92 Karin Priester, Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen, Frankfurt am Main 2007, S. 14

93 Ebd., S. 216

94 Oliver Geden, Rechtspopulismus. Funktionslogiken – Gelegenheitsstrukturen – Gegenstrategien, SWP-Studie, Berlin 2007, S. 6

10. VON RECHTS ZUR MITTE

Mit ihren rechtspopulistischen Kampagnen versuchen die PRO-Aktivisten, sich als „Alternative zu rotem Filz und schwarzem Klüngel“ zu inszenieren, wie es in einem Werbeflugblatt von PRO NRW heißt.⁹⁵ Eine „Politik für Normalbürger“ wird dort populistisch gefordert, um auch ein Wählerklientel diesseits des rechten Randes ansprechen zu können. Ziel dieses rechten Netzwerkes ist laut PRO-KÖLN- Chef Markus Beisicht eine „rechtspopulistische Bewegung“ zu entfalten, die den „Protest aus der Mitte der Gesellschaft“ organisiert.⁹⁶ Dieses Unterfangen war in Köln durchaus erfolgreich. PRO KÖLN konnte hierbei von vorherrschenden Vorurteilen und auch von kulturalisierenden Zuschreibungen aus etablierten Medien- und Politikkreisen profitieren. So nutzte PRO KÖLN beispielsweise einen reißerischen Aufmacher der BILD-Zeitung⁹⁷, um ihrer rechtspopulistischen Kampagne durch Abdruck des Artikels in einem selbst erstellten „Sonderblatt für den Stadtbezirk 4“ Gewicht zu verleihen. Unter der Überschrift „Kölner Terror-Bomber aus dem Umfeld der DITIB-Moschee?“ hieß es dort:

„Unsere Unterstützung des Bürgerbegehrens gegen die DITIB-Großmoschee erweist sich vor diesem Hintergrund als notwendiger denn je. Von den benötigten 20.000 Unterschriften für einen Bürgerbescheid über das Islamisierungsprojekt wurden bereits knapp 7.000 eingebracht – den Rest wollen wir bis Ende des Jahres schaffen!“⁹⁸

Im öffentlichen Bild soll so der Eindruck vermittelt werden, als ob die Propaganda von PRO KÖLN inhaltlich auf realen Tatsachen beruhe. In Wirklichkeit jedoch nutzen die rechten Macher kulturalisierende Zuschreibungen in etablierten Medien für ihre Strategie des Stimmenfangs unter dem Gewand einer Bürgerbewegung.

Hierbei sind bedenkliche Entwicklungen zu verzeichnen, denn trotz rechtlicher Unklarheiten muss konstatiert werden, dass es PRO KÖLN mit diesen Inszenierungen gelungen ist, weit über 20.000 Unterschriften gegen den geplanten Moscheebau in Köln-Ehrenfeld präsentieren zu können. Dieser bedenkliche Tatbestand hat Ursachen, die sich nicht allein durch das perfide Vorgehen der extremen Rechten erklären lassen. Vielmehr hat PRO KÖLN hierbei lediglich in impertinenter Form eine politische Leerstelle besetzt und auf vorhandene Ressentiments im Alltag aufgebaut sowie den auch in der etablierten Politik existenten Populismus nach Rechtsaußen gelenkt. Auch auf Vertreter der CDU wurde die Propaganda ausgerichtet. So rief PRO KÖLN zur

„Wahl von Helmut Nowak auf, dem CDU-Kandidaten zur Bundestagswahl 2002 für den Bezirk Mühlheim-Leverkusen. Nowak hatte mit der Losung ‚Weniger Zuwanderung, mehr Arbeitsplätze‘ geworben.“⁹⁹

95 „Bürgerbewegung PRO NRW: Nordrhein-Westfalen ist unsere Heimat!“ pdf-Flugblatt unter: <http://buergerbewegung-pro-nrw.de/pdf/nrwflugblatt.pdf>

96 Zit. aus: Helmut Frangenberg, Raus aus den Hinterzimmern. Moschee-Protest soll „Pro Köln“ helfen, neue Wähler zu gewinnen, in: Kölner Stadtanzeiger v. 27.09.2006

97 „In diese Moschee ging er zum Beten“, in: BILD Köln v. 23.08.2006

98 <http://pro-koeln-online.de/images7/bomber-ehrenfeld.pdf>

99 Vgl. Antifaschistischer AutorInnenkreis Köln (Hg.), Köln ganz rechts, Köln 2004, S. 7

In der Kampagne gegen den Moscheebau in Köln-Ehrenfeld hingegen war es laut dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ der CDU-Ortsverband Ehrenfeld, der dieses Anliegen ebenfalls unterstützte und dabei gar offen Partei für die „Anwohnerinitiative“ und PRO KÖLN ergriff. So meldete der „Kölner Stadt-Anzeiger“:

„Die Partei, so die CDU Ehrenfeld, sollte die Fraktion zurückpfeifen, die sich klar für die Baupläne an der Inneren Kanalstraße ausgesprochen hatte. ‚Wir sind gegen eine Zentralmoschee in dieser Größe und mit überregionaler Bedeutung‘, sagt Jörg Uckermann, Chef des Ortsverbandes. Nun geht er noch einen Schritt weiter: Das Bürgerbegehren einer Anwohnerinitiative und der rechtsextremen Gruppierung ‚Pro Köln‘ gegen den Moscheebau werde ‚von der Ehrenfelder CDU als Volkspartei unterstützt‘.“¹⁰⁰

Diese Unterstützung weitete sich zu einem handfesten innerparteilichen Streit aus, der bis hinein in den CDU-Parteitag getragen wurde. Das PRO- Netzwerk setzt sich propagandistisch mit der Aufforderung an CDU-Mitglieder, die sich „gegen den Islam“ aussprechen wollen, einen Parteiübertritt zu wagen in Szene und verweisen dabei auf angebliche potenziell übertrittswillige Personen in mehreren Kommunen NRWs.¹⁰¹

Auch wenn derartige Verkündungen offensichtlich rein propagandistischem Kalkül entspringen, sind in politischen Debatten über „den Islam“ inhaltliche Überschneidungen zwischen Vertretern rechtspopulistischer und demokratischer Parteien festzustellen.

Laut „Berliner Zeitung“ beteiligte sich PRO D an einem Aufmarsch von Rechtsextremen bei der Mobilisierung einer so genannten „Initiative Pankow-Heinersdorfer Bürger“ gegen den Bau einer Ahmadiyya-Moschee im Berliner Stadtteil Pankow. Unter dem Titel „Vorwurf Volksverhetzung“ heißt es dort:

„Auch Republikaner und NPD sowie die rechtsgerichtete Bürgerbewegung pro Deutschland hatten zu der Demonstration aufgerufen. Der NPD-Bundesvorsitzende Udo Vogt und der Berliner Republikaner-Chef Peter Warnst waren gekommen.“¹⁰²

Dort war es ein ortsansässiger CDU-Funktionsträger, der zur Erosion von Rechts zur Mitte aktiv beitrug. Der Chef des Pankower CDU-Kreisverbandes, Rene Stadtkewitz, erklärte sich in einem Interview mit der neurechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF) zum Fürsprecher der Bewegung.¹⁰³ Nach parteiinternen Debatten über sein rechtspopulistisches Gebaren erklärte er seinen Parteiaustritt. Allerdings hatte der CDU-Kreisverband schon vor der öffentlichen Bekanntgabe des Bauvorhabens auf einer Delegiertenkonferenz beschlossen, daraus ein Wahlkampfthema zu machen. Die öffentliche Aufwiegelung durch rechtspopulistische Aktivitäten im Stadtteil zeitigte bedenkliche Konsequenzen. So meldete der „Berliner

¹⁰⁰ Helmut Frangenberg, CDU-Ehrenfeld stützt Bürgerbegehren, in: Kölner Stadtanzeiger v. 24.03.2007. S. D10-1

¹⁰¹ Auf der Homepage von PRO D wird gar ein „Ausstiegsangebot für CDU-Mitglieder“ angeboten. Siehe http://www.pro-deutschland-online.de/index.php?option=com_content&task=view&id=121&Itemid=2 v. 20.12.2007

¹⁰² Stefan Strauss, Vorwurf Volksverhetzung, Polizei ermittelt gegen acht Teilnehmer der Demonstration gegen die Moschee, in: Berliner Zeitung v. 16.09.2006

¹⁰³ Vgl. Stefan Strauß, CDU-Kreischef im politischen Abseits, Aktionen für und gegen den geplanten Moscheebau, in: Berliner Zeitung online v. 14.09.2006; <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2006/0914/lokales/0087/index.html>

Tagesspiegel“, dass auf die Moscheebaustelle ein Brandanschlag verübt wurde. Der Pankower SPD-Abgeordnete Peter Treichel sprach in diesem Kontext von einem „verabscheuungswürdigen vorläufigen Höhepunkt einer Stimmungsmache.“¹⁰⁴

Jedoch sind derartige pauschalisierende Stellungnahmen von Politikern etablierter demokratischer Parteien gegenüber vermeintlichen „Fremden“ in rechten Zeitungen beileibe nicht auf die CDU beschränkt, wie das Beispiel des Neuköllner Bürgermeisters Heinz Buschowsky zeigte, der ebenfalls in jener JF „Gutmenschen und sozialromantische Multi-Kulti-Träumer“ für eine „gescheiterte Integrationspolitik“ verantwortlich gemacht hatte. Darauf hin waren es dann die CDU-Abgeordneten aus Neukölln, welche die SPD wegen Beschädigung der „Integrationsbemühungen in Neukölln und Berlin“ zum Handeln gegen ihren Parteikollegen aufforderten, der sich folgend für das Interview öffentlich entschuldigte.¹⁰⁵

Derartige Vorkommnisse aus dem politischen Alltag in den Kommunen machen deutlich, wie gefährlich es ist, wenn in Debatten um Integrationsfragen die eindeutige inhaltliche Abgrenzung gegenüber rechtspopulistischer Rhetorik und Organisation zu verschwimmen beginnt.

¹⁰⁴ Claudia Pietsch, „Bedrohung des friedlichen Zusammenlebens“, in: Der Tagesspiegel online v. 22.03.2007, unter: <http://www.tagesspiegel.de/tso/drucken.asp?TEXTID=96840>

¹⁰⁵ Vgl. http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/bin/dump.fcgi/2005/0315/lokales/0156/index.html?_=print

11. GEGENSTRATEGIEN

Rechtzeitig handeln

Um zur kommenden Kommunalwahl in NRW möglichst flächendeckend antreten zu können, versuchen die PRO-NRW- Aktivisten die Gründung vieler Regionalgruppierungen voranzubringen.

Hierbei ist zu konstatieren, dass bei Politik und Verwaltung in den Kommunen bislang noch zumeist mangelnde Kenntnis über die Hintergründe dieser rechtspopulistischen Wahlpartei und deren Methodik besteht. Zudem herrscht in vielen örtlichen politischen Gremien der Irrglaube vor, eine öffentliche Thematisierung dieses Themas gäbe den Rechtspopulisten nur unnötig Aufmerksamkeit. In der Praxis hat sich eine solche bewusste öffentliche Nicht-Beachtung als folgenreicher Fehler erwiesen, das zeigt nicht nur das Beispiel Köln. Denn der Erfolg der PRO-Propaganda steht und fällt mit den Möglichkeiten zur Anknüpfung an Problemfelder und zum Schüren von Konfliktherden vor Ort. Die PRO-Aktivisten operieren hierbei sowohl mit dem Mittel der Selbstinszenierung als ‚Anwohner‘- oder ‚Bürgerinitiative‘ als auch mit dem Mittel der Skandalisierung. Von zentraler Bedeutung für eine wirksame Gegenstrategie ist daher die präventive Aufklärung über die rechtspopulistische Strategie vor Ort, bevor diese zur Entfaltung kommen kann. Eine solche Öffentlichkeitsarbeit bedarf allerdings laut Thomas Feltes von der FH Villingen-Schwenningen – Hochschule für Polizei, einer genauen Kenntnis der Situation vor Ort, insbesondere der Aktivisten fremdenfeindlicher Gruppierungen, deren Struktur und Strategie:

„Um eine gezielte Prävention durchführen zu können, muss in der Kommune eine umfassende Bestandsaufnahme der Situation und der Probleme vor Ort gemacht werden.“¹⁰⁶

Methodik enttarnen

Im Fall der Kampagnen von PRO NRW beinhaltet das die Offenlegung, wer da eigentlich was für welche Zwecke betreibt. Hierbei ist es von grundlegender Bedeutung, den instrumentellen Charakter der Unterschriftensammlungen, die politischen (Wahlkampf-)Ambitionen der Akteure und deren politische Verortung im Netzwerk der extremen Rechten herauszustellen.

Die Inanspruchnahme der Bezeichnung PRO suggeriert der Öffentlichkeit, dass sich dort eine Gruppierung ‚für etwas‘, für die Interessen der Bürgerschaft in der Kommune einsetzen will. Den allermeisten Bürger/innen wird auf den ersten Blick überhaupt nicht bewusst, dass es sich dabei um eine rechtspopulistische Wahlpartei handelt, die ein im Höchstmaß instrumentelles Verhältnis zu demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten aufweist. Durch die Themati-

¹⁰⁶ Thomas Feltes, Kommunale Kriminalprävention. Vernetzte Initiativen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, in: Stefan Braun/Daniel Hörsch (Hrsg.), Rechte Netzwerke – eine Gefahr, Wiesbaden 2004, S. 267

sierung lokaler Entwicklungen – hier besonders geplante Moscheebauvorhaben – soll augenscheinlich der Eindruck erweckt werden, es handele sich lediglich um eine Bürgerinitiative, die Anspruch auf Diskussion erhebe.

Im Umgang mit der der Bezeichnung „PRO“ werden zudem diffamierende Methoden deutlich. So wurde von PRO NRW die „PRO“- Bezeichnung in diffamierender Manier gegenüber dem real seit Jahrzehnten für regionale Belange aktiven Verein „Pro Ruhrgebiet“ in die Debatte geworfen und dessen Engagement für das gesellschaftliche Miteinander in Misskredit zu bringen versucht.¹⁰⁷

Der Verein „pro Ruhrgebiet“ entgegnete darauf mit einer deutlichen Verurteilung „rechtsradikalen Gedankenguts“.¹⁰⁸

Bei der in dieser Untersuchung vorgenommenen Prüfung der Inhalte dieser rechtspopulistischen Partei ist deutlich geworden, dass dort rein gar nichts an „PRO“ im Sinne einer ausgleichenden politischen Regelung gesellschaftlicher Belange vorzufinden ist – im Gegenteil: Sowohl deren „Parteiprogramm“, eine Ansammlung von Parolen-Sätzen mit Ausrufezeichen, wie erst recht deren politische Stellungnahmen bestehen lediglich aus schlichten CONTRA- Parolen auf Stammtischniveau. Dies verwundert nicht, bezeichnen sich deren Macher doch offenherzig selbst als „Rechtspopulisten“.

Laut Recherchen des WDR-Magazins WESTPOL beschrieb der PRO-NRW-Vorsitzende Markus Beisicht seine Methodik schon in den Neunzehnhundertneunziger Jahren; damals noch als Funktionär der REP-Abspaltung DLVH, in entlarvender Deutlichkeit: „Wir wollen die Schlammschlacht.“¹⁰⁹

Kommunale Netzwerke gegen Rassismus und Rechtsextremismus unterstützen

Die zivilgesellschaftlichen Netzwerke und auch die kommunalen Integrations- und Migrationsräte spielen bei der Entfaltung wirkungsvoller Maßnahmen gegen rechtspopulistische Aufwiegelei eine wichtige Rolle. Hier sind präventiv Aktivitäten zu entfalten, bevor sich rechtspopulistische Strukturen verfestigen können. So ist es beispielsweise auf Initiative des Migrationsrates in Oberhausen gelungen, durch gezielte Öffentlichkeits- und Pressearbeit sowie durch Aktivierung von zivilgesellschaftlichen Netzwerken eine Verankerung von „pro Oberhausen“ in den Stadtteilen zu unterbinden.

Von zentraler Bedeutung für eine wirksame Gegenstrategie zu rechtspopulistischen Aufwiegeleien im Alltag ist die Entfaltung und Unterstützung von Netzwerken zur Integration und zum interkulturellen Austausch. Ein solches Engagement sollte verknüpft werden mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen im Alltag. So weist etwa Thomas Feltes auf die Bedeutung eines alltagsorientierten zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rassismus hin:

107 Vgl. Meldung von PRO NRW v. 12.12.2007: „Zweifelhafte Interessenvertretung des Ruhrgebiets. Selbsternannter Verein ‚pro Ruhrgebiet‘ betreibt einseitige Parteipropaganda zu Lasten der einheimischen Bevölkerung“; s. Dokumentenanhang D11-1

108 S. „Pro Ruhrgebiet“ verurteilt rechtsradikales Gedankengut, unter: http://www.ruhr-guide.de/rg.php/left/menu/mid/artikel/id/13540/kat_id/51/parent_id/123/kp_titel/Pro%20Ruhrgebiet%20verurteilt%20rechtsradikales%20Gedankengut, s. Dokumentenanhang D11-2

109 O-Ton Markus Beisicht; zitiert in: Westpol, Rechtspopulismus in NRW, Sendemanuskript vom 02.12.2007, Autor: Christian Bernstein, http://www.wdr.de/tv/westpol/beitrag/2007/12/20071202_rechstpop.jhtml

„Es können öffentlichkeitswirksame Aktionen für die breite Bevölkerung veranstaltet werden, die das Thema Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zum Thema haben und in denen Erwachsene und Jugendliche über die unterschiedlichen Formen informiert und sensibilisiert werden.“¹¹⁰

Auch in den Lokalmedien sollte zu diesen rechtspopulistischen Aktionen eindeutig Stellung bezogen werden. Überall dort, wo diese Form der Propaganda nach außen getragen wird, muss öffentlich aufgeklärt und eindeutig dagegen Stellung bezogen werden. Der politische Kontext und der Zweck solcher Propaganda, ob gegen die Moschee im Stadtteil oder gegen Mitschüler/innen aus Zuwandererfamilien auf den Schulhöfen, müssen öffentlich aufgedeckt werden. Dies beinhaltet zugleich die Notwendigkeit zur Entfaltung einer öffentlichen Auseinandersetzung über die Inhalte, welche die Rechtspopulisten zu instrumentalisieren versuchen, mit dem Ziel eines Engagements für ein demokratisches Miteinander.

Politik in die Verantwortung nehmen

Das Problem des Rechtspopulismus hat zugleich eine gesamtgesellschaftliche Dimension. Denn die extreme Rechte kann umso mehr soziale Problemfelder propagandistisch besetzen, je weniger diese in der etablierten Politik Berücksichtigung finden. Dies zeigt sich in besonderem Maße in der Integrationspolitik. So führt etwa der Orientalist Navid Kermani, Mitglied der Deutschen Islamkonferenz aus:

„Helmut Kohl hat noch vor zehn Jahren behauptet, Deutschland sei kein Einwanderungsland. Auf der linken Seite des Spektrums war die Haltung verbreitet, alles, was nicht deutsch ist, ist an sich gut. Völlig unreal, diese Romantisierung des Ausländers.“

Ob nun angefeindet oder kulturalistisch verklärt –anstatt mittels zielgerichteter integrativer Maßnahmen den zumeist aus kulturell anders geprägten dörflichen Strukturen angeheuerten Arbeitsmigrant/inn/en soziale und rechtliche Eingliederung zu ermöglichen, wurden diese seitens der Politik mehrheitlich schlicht sich selbst überlassen. Die heute oft angeprangerten Parallelgesellschaften sind dort, wo es sie jenseits medialer Hysterie real gibt, Ergebnis einer Politik, die sich in der Vergangenheit eher als Integrationsverhinderungspolitik dargestellt hat. Hierzu Kermani:

„Viele Türken haben einfach ihr Dorf in Deutschland neu gebaut. Das Problem ist: Man hat sie in Ruhe gelassen. Die einzigen, die sich um sie gekümmert haben, waren die Moscheen. Und die wollten ja gerade, dass sie Türken bleiben. Es fand also das Gegenteil von Integration statt.“¹¹¹

¹¹⁰ Thomas Feltes, a.a.O., S. 267

¹¹¹ Navid Kermani, Identität ist nichts Starres, in: Das Parlament Nr. 50, 10.12.2007, S. 2

Eine wirkungsvolle Integrationspolitik ist faktisch jahrzehntelang versäumt worden. Damit sind reale Probleme erst geschaffen worden, die nun zu lösen sind, wenn den Rechten nicht das Feld überlassen werden soll. Soziale und ökonomische Spaltungstendenzen in der Gesellschaft und ein immer mehr auf Konkurrenz ausgerichtetes Gesellschaftsmodell erzeugen in der Bevölkerung soziale Zersetzungsprozesse und Angstpotenziale, die nationalistisches, rassistisches und autoritäres Abwehrverhalten hervorrufen. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass besorgniserregende rassistische Einstellungsmuster nicht nur bei der angestammten deutschen Mehrheitsbevölkerung zu verzeichnen sind: Qualitative und quantitative Erhebungen verzeichnen beispielsweise zugleich einen gefährlichen Anstieg eines sich immer aggressiver artikulierenden Nationalismus etwa bei hier lebenden türkischstämmigen Jugendlichen und jungen (meist männlichen) Erwachsenen.¹¹² Zugleich weisen andere Untersuchungen auf einen erheblichen Anteil antisemitischer Einstellungsmuster bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus muslimisch geprägten Zuwandererfamilien hin.¹¹³ Das Problem des Rassismus stellt sich demnach als vielfältiger und problematischer als ein lediglich auf ein paar extrem rechte Gruppen oder Gewalttäter zu beschränkendes Phänomen dar. Der Politikwissenschaftler Kemal Bozay fordert daher zugleich mehr Aufmerksamkeit für die Problemlage Jugendlicher in spezifischen Zuwanderungsgruppen:

„Die Verantwortung für die Einstellungen und Probleme der Jugendlichen unterschiedlicher Nationalitäten müssen in einer interkulturellen Gesellschaft gemeinsam getragen werden.“¹¹⁴

Wo sich sonst niemand um sie kümmert, bieten die Rechten den Jugendlichen den Nationalstolz als Ersatz für fehlende soziale Anerkennung.

Der Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer verweist auf den Kausalzusammenhang von gesellschaftlicher Desintegration und rechtsautoritärem Abwehrverhalten:

„Wenn Menschen das Gefühl haben, ihnen geht dauerhaft der Arbeitsplatz verloren, sie haben politisch keine Stimme mehr, die Familien brechen weg, sind das Verklüftungserfahrungen. Aber eines kann man den Menschen nicht nehmen, nämlich das Deutschein. Da kommt plötzlich eine quasi biologische Kategorie ins Spiel. Wenn rechte Mobilisierungsexperten das aufgreifen, kann das gewaltig schief gehen.“¹¹⁵

112 Vgl. Bundesministerium des Inneren: Integration und Integrationsbarrieren, unter: http://www.bmi.bund.de/Internet/Content/Common/Anlagen/Broschueren/2007/Muslime_20in_20Deutschland,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Muslime%20in%20Deutschland.pdf

113 Vgl. Zentrum für Antisemitismusforschung, Manifestations of anti-Semitism in the European Union, First Semester 2002, Synthesis Report, Berlin 2003; http://eumc.eu.int/eumc/material/pub/FT/Draft_anti-Semism_report-web.pdf sowie: IDA e.V. (Hrsg.): Jugendliche zum Thema Antisemitismus: Zwischen "bin sowieso nicht interessiert" und "wichtig, sich mehr damit zu beschäftigen". Ergebnisse einer projektbezogenen Umfrage des IDA, Düsseldorf 2004, S. 26f.; http://ida.de/migration-online.de/data/film_material_pdf_1149602736.pdf, sowie: Stephan Bundschuh, Eine Pädagogik gegen Antisemitismus, unter: <http://www.bundestag.de/dasparlament/2007/31/Beilage/006.html#27>

114 Kemal Bozay, „...ich bin stolz, Türke zu sein!“. Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte im Zeichen der Globalisierung, Schwalbach/Ts. 2005, S. 358

115 Wilhelm Heitmeyer, Spaltung droht. Ein Gespräch mit dem Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer über wachsende Gewalt, Abstiegsängste der Mitte und den Einfluss der Rechtsextremisten, in: Die Zeit online v. 12.05.2007, <http://www.zeit.de/online/2007/15/gewalt-heimeyer?page=1>

Obwohl Sachlage und Anforderungen sehr komplex zu behandeln sind, lässt sich die Orientierungsanforderung zusammenfassend auf eine einfache Formel zuspitzen:

Je mehr demokratische Mitbestimmung und soziale Integration, umso weniger Rassismus und Rechtsextremismus – und umgekehrt.

Integrationspolitik in den Kommunen aktiv gestalten

Galt das Schlagwort der „Multi-Kulti-Gesellschaft“ vor Jahren noch als unspezifisches Modewort für Weltoffenheit, so wird heute wiederkehrend in populistischem Tenor das Ende der „Multi-Kulti-Illusionen“ entdeckt. Verkannt wird hierbei, dass wir in einer multikulturellen Realität leben und weiterhin leben werden, wie es der Orientalist Navid Kermani treffend benennt:

„Es geht nicht darum, die multikulturelle Gesellschaft zu verabschieden. Es geht darum, sie endlich zu gestalten.“¹¹⁶

Die kommunale Integrationspolitik hat hierbei eine herausragende Bedeutung. Sie ist zugleich ein nachhaltiges Mittel zur Vorbeugung gegen rechtspopulistische Aufwiegelei. Integration muss als Querschnittsaufgabe verstanden und praktiziert werden.¹¹⁷ Hierbei müssen Problemfelder offen benannt und bearbeitet werden.

Dies beinhaltet auch die Debatten über Moscheevereine und Moscheebauvorhaben. Um Vorurteilen wirksam begegnen zu können, ist ein vielfältiger Dialog in Gang zu setzen. Hierbei sind zugleich auch die Vereine gefragt, ihre Tätigkeiten und Anliegen im Dialog öffentlich transparent zu machen und sich für die angestammten Bevölkerungsteile wahrnehmbarer für integrationspolitische Belange zu öffnen.

Eine solche öffentlich wahrnehmbare Anstrengung im Kontext des Moscheebaus hat beispielsweise in Duisburg-Marxloh dazu geführt, dass es trotz vielfältiger sozialer Probleme der extremen Rechten bislang nicht gelungen ist, Ängste und Vorurteile sichtbar für eigene politische Zwecke zu instrumentalisieren. Dies ist nicht zuletzt auf eine intensive Anstrengung zivilgesellschaftlicher Netzwerke für interkulturellen Austausch im Stadtteil zurückzuführen. Hierzu erklärt der Pfarrer der an den Bauplatz der geplanten DITIB-Moschee angrenzenden evangelischen Gemeinde Ernst Raunig:

„Diese Ängste, die da sind, die kann man einfach auch nur überwinden, indem man sich kennen lernt und ins Gespräch kommt.“¹¹⁸

116 Navid Kermani, Wer sind Wir?, in: Süddeutsche Zeitung v. 7.12.2007

117 Vgl. Stadt Oberhausen (Hrsg.), Kommunales Integrationskonzept Oberhausen (Text: Alexander Häusler), in: Beiträge zur Stadtentwicklung Nr. 86, Oberhausen 2007 unter: http://www.oberhausen.de/downloads/KIKO_mitEinleger_download.pdf

118 Ernst Raunig, Gespräch, in: „Marxloher Modell“: Über den interreligiösen Dialog in Duisburg, WDR v. 14.12.2007, http://www.wdr.de/themen/kultur/religion/islam/konflikte/islam_diskussion/dialog/interview.jhtml

Gari Pavkovic, Integrationsbeauftragter der Stadt Stuttgart, weist zugleich auf die Notwendigkeit hin, auch die sozialen Anforderungen an eine erfolgreiche Integrationspolitik wieder in den Blickpunkt der Auseinandersetzung zu bringen:

„Die Integrationsfähigkeit unserer Gesellschaft wird nicht in erster Linie von der Höhe der Minarette in Köln oder Berlin abhängen, sondern davon inwieweit es uns gelingen wird, die strukturelle Benachteiligung unserer BürgerInnen mit Migrationshintergrund im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt abzubauen.“¹¹⁹

Positive Beispiele für Integration zeigen

Von großer Bedeutung ist die öffentliche Wahrnehmung interkulturellen Austausches, um vorhandene Vorurteile durch praktische Beispiele interkultureller Bereicherungen zu entkräften. Bekannte Persönlichkeiten aus Politik, Verbänden und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens können Zeichen setzen für Toleranz und interkulturellen Austausch. Hierbei kommt auch den lokalen Medien eine große Verantwortung zu. In der Integrationsforschung wird in diesem Kontext als negative Tendenz von einer Ethnisierung sozialer Konflikte gesprochen. Dies bedeutet, dass soziale Fragen und/oder Problemlagen zunehmend einseitig mittels ethnisierten Erklärungsmustern belegt werden. Der Migrationsforscher Erol Yildiz erläutert die Verselbstständigung solcher Zuschreibungen:

„Die Orientierung an der binären Konstruktion ‚Inländer – Ausländer‘ erscheint selbstverständlich. Man spricht von ‚überforderten Nachbarschaften‘, von ‚verdeckten Konflikten‘; häufig bemessen sich das Niveau und die Wohnqualität eines Stadtteils nach seinem ‚Ausländeranteil‘, und man sieht überall ‚Parallelwelten‘ entstehen.“¹²⁰

Die Häufung ethnisierender Zuschreibungen durch bestimmte Begriffe vermittelt ein einseitiges Bild von der Lebensrealität:

„Die Ghettonetaphorik und die Desintegrationsproblematik, welche die politische, wissenschaftliche und alltagspraktische Wahrnehmung entscheidend geprägt haben, tauchen öfter auch in den Medien auf. Die ethnischen Deutungen werden aufgegriffen und zu medienwirksamen Krisenszenarien verdichtet.“¹²¹

Daher ist es wichtig, einen öffentlichen interkulturellen Austausch über die kulturelle und soziale Vielfalt des Lebensalltags mit integrativer Stoßrichtung zu verstärken. Yildiz:

119 Gari Pavkovic, Integration und Leitkultur. Die Kirche im Dorf lassen – auch in Köln!, in: Die ZEIT vom 22.06.2007

120 Erol Yildiz, Stigmatisierende Mediendiskurse in der kosmopolitanen Einwanderungsgesellschaft, in: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hrsg.), Massenmedien, Migration und Integration, Wiesbaden 2006, S. 44

121 Ebd., S. 45

„Nötig ist ein radikaler Perspektivenwechsel. Statt sich auf den dominanten Ghettodiskurs zu konzentrieren und die Einwanderung zu skandalisieren, sollte man den Blick auf den Alltagsdiskurs richten und die veränderten Alltagsrealitäten adäquat präsentieren.“¹²²

Solche Öffentlichkeitsarbeit ist zu fördern und alltagsnah weiter zu entwickeln, um Vorurteile durch Transparenz und Dialog zu überwinden. Nur durch Austausch, Respekt und soziales Engagement kann ein friedliches Zusammenleben gemeinsam gestaltet werden. Den unterschiedlichen Vereinigungen Zugewanderter und ihrer Familien sollten hierzu Anregungen und Hilfestellungen zum interkulturellen Austausch gegeben sowie ihre eigenen Anliegen zur Integration berücksichtigt werden. Die Vielfaltigkeit ihrer Aktivitäten im kommunalen Alltag sollte öffentlich bekannt gemacht werden, um das öffentliche Bewusstsein für kulturelle Vielfalt und soziales Engagement zu schärfen.

Hierzu Yildiz:

„Es geht darum, Menschen, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgewachsen sind, fraglos als Bürger/innen der Gesellschaft zu betrachten, sie also einschließlich ihres für sie typischen Lebensstils mit ihren jeweiligen Lebenserfahrungen wie ihrer jeweiligen Sprachpraxis und in ihrer religiösen Orientierung als gleichberechtigte Mitglieder der Gesellschaft zu akzeptieren.“¹²³

Handlungsschritte gegen Rechtspopulismus

Zusammenfassend sind abschließend folgende Schritte bei der Entwicklung einer wirkungsvollen Gegenstrategie zu den beschriebenen Formen von rechtspopulistischer Aufwiegelei in den Kommunen zu berücksichtigen:

- » Präventive Aufklärung der Fachstellen und Fachleute vor Ort
- » Informierung und Aktivierung bestehender bürgerschaftlicher Netzwerke gegen Rassismus und Rechtsextremismus
- » Gezielte Aufklärung der Öffentlichkeit
- » Gezielte Verteilung von Informationsmaterial zu rechtspopulistischer Strategie
- » Aufklärung über die Taktik der Unterschriftensammlungen
- » Förderung öffentlicher Auseinandersetzung um Integrationsfragen
- » Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe betreiben
- » Entfaltung von Dialog und Öffentlichkeitsarbeit bei Moscheebauprojekten
- » Geschlossenes Auftreten in der Kommune gegen Rassismus, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus

¹²² Ebd., S. 51

¹²³ Erol Yildiz, a.a.O., S. 52

12. ADRESSEN

Herausgeber und Unterstützer

Ak Ruhr

Arbeitskreis der Ruhrgebietsstädte gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen,
www.ak-ruhr.de
 Für Anfragen nach Informationsmaterial:
 Stadt Essen, Jugendamt, Politische Bildung,
 Horst Zimmer, Papestr. 1, 45147 Tel:
 0201/8851187

Arbeitsstelle Neonazismus / Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus und Neonazismus der Fachhochschule Düsseldorf

Universitätsstr. 1, Geb. 24.21, 40225
 Düsseldorf, Tel. 0211 / 81-11491
www.arbeitsstelle-neonazismus.de

Düsseldorfer Appell gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus

Lacombletstr. 10, 40239 Düsseldorf
 Tel.: 0211/ 89 2 20 23
www.jugendring-duesseldorf.de
 E-mail:
volker.neupert@jugendring-duesseldorf.de

LAGA NRW

Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen
 Migrantenvertretungen Nordrhein-Westfalen
 Helmholtzstraße 28, 40215 Düsseldorf
 Tel.: 0211 / 99416-0
www.laga-nrw.de

Migrationsrat der Stadt Oberhausen

Geschäftsstelle im Rathaus
 Schwartzstraße 72, 46042 Oberhausen
 Tel.: 0208 / 825-3434
migrationsrat@oberhausen.de

Für Hilfestellungen bei der Beschaffung von Hintergrundmaterialien ist zu danken:

Antirassistisches Bildungsforum Rheinland c/o Buchladen

Le Sabot
 Breite Straße 76, 53111 Bonn
 Tel: 01520 / 8494450
bildungsforum@gmx.de

Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. (apabiz)

Lausitzer Straße 10, 10999 Berlin
 Tel.: 030 / 6116249
www.apabiz.de

Hartmut-Meyer-Archiv der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der AntifaschistInnen

Landesvereinigung NRW, VVN/BdA NRW, Gathe 55, 42107
 Wuppertal
 Tel.: 0202/45 06 29
www.nrw.vvn-bda.de

LOTTA

Antifaschistische Zeitung aus NRW
 Am Förderturm 27, 46049 Oberhausen, www.free.de/lotta

Weitere empfehlenswerte Quellen:

blick nach rechts

Online-Informationssdienst mit regelmäßiger
 Berichterstattung über das Spektrum der extremen
 Rechten
www.bnr.de

Antifaschistischer AutorInnenkreis Köln

Köln ganz rechts, Teil 1

Rechtspopulistische und neofaschistische Parteien in Köln
 Köln 2004, VVN-BdA Köln, Senefelderstraße 3, 50825 Köln,
 Broschüre

13. DOKUMENTENANHANG

Sämtliche folgend aufgeführte Darstellungen bereits erschienener und öffentlich zugänglicher Veröffentlichungen zum Thema dienen ausschließlich dokumentarischen und wissenschaftlichen Zwecken. Dies beinhaltet den ausdrücklichen Hinweis darauf, dass Herausgeber und Verfasser weder zu deren Wahrheitsgehalt Stellung beziehen können noch sich den Inhalt zueigen machen.



- [START](#)
- [MITGLIEDER](#)
- [VORSTAND](#)
- [ÜBER UNS](#)
- [SEMINARPROGRAMM](#)
- [VERÖFFENTLICHUNGEN](#)
- [ARCHIV](#)
- [KONTAKT](#)
- [LINKS](#)
- [KOMMUNALES WAHLRECHT](#)

Rechtspopulismus in Gestalt einer "Bürgerbewegung"

Neue Untersuchung zum Rechtspopulismus in NRW

28.11.2007

Die Arbeitsstelle Neonazismus / Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften der Fachhochschule Düsseldorf hat mit Unterstützung der LAGA NRW, des AK Ruhr, dem „Düsseldorfer Appell“ und dem Migrationsrat Oberhausen eine Expertise zu aktuellen rechtspopulistischen Bestrebungen erarbeitet.

Unter dem Titel „Rechtspopulismus in Gestalt einer ‚Bürgerbewegung‘:

Struktur und politische Methodik von PRO NRW und PRO DEUTSCHLAND“ wird auf knapp 40 Seiten detailliert über Hintergründe und Erscheinungsform dieses neuen rechtspopulistischen Netzwerks informiert. Diese Broschüre kann bei der LAGA NRW bestellt werden.



- ◆ [Pressemitteilung vom 27.11.2007](#)
- ◆ [Bestellen der Druckversion](#)



RECHTSEXTREMISTEN

Spiel mit der Angst

Kölner Radikale wollen mit der ersten „Anti-Islam-Partei“ in die Parlamente einziehen. Verfassungsschützer sind alarmiert – ebenso wie die NPD.

Die vier jungen Männer fallen kaum auf in der Fußgängerzone. Ab und zu drücken sie einem Passanten mit freundlichem Lächeln ein Flugblatt in die Hand – was die Herren auf der Hohen Straße in Köln treiben, wirkt so harmlos wie Spendensammeln für Hungernde in Afrika. Doch die Aktion ist Teil einer politischen Strategie, die nordrhein-westfälische Verfassungsschützer derzeit beunruhigt.

Denn die Zettelverteiler arbeiten für die Organisation „Pro Köln“, die seit Monaten argwöhnisch beobachtet wird. Ausgerechnet in der sonst so weltoffenen Domstadt bündelt die Truppe den Protest gegen die geplante Großmoschee im Stadtteil Ehrenfeld. Mehr als 20 000 Unterschriften haben die rund 300 Mitglieder schon gesammelt. Und den Erfolg wollen etliche bekannte Rechtspopulisten nun für den Einzug in deutsche Parlamente nutzen.

Mit ihrer aus dem Verein „Pro Köln“ hervorgegangenen Partei „Pro NRW“ planen deren Chefs Markus Beisicht und Manfred Rouhs für 2010 den Sprung in den nordrhein-westfälischen Landtag. In NRW-Kommunen sind bereits fast ein Dutzend Pro-Köln-Ableger gegründet worden, die 2009 bei den Kommunalwahlen antreten wollen – unter anderem in Gelsenkirchen, Duisburg, Düsseldorf, Essen und Bottrop. Wo keine neuen Moscheen geplant seien, werde halt gegen die bestehenden gekämpft, sagt Beisicht. Und sogar die Hauptstadt haben die Kölner Rechtspopulisten im Visier: Funktionäre ließen im Oktober in Berlin Postwurfsendungen gegen eine geplante Moschee in Charlottenburg verteilen und gründeten nebenbei die Bürgerbewegung „Pro Deutschland“.

Verfassungsschützer halten es für möglich, dass Beisicht und seine Kameraden mit ihrem Kampf gegen Muslime und Moscheen bei Wählern punkten – und im Westen gar an der NPD vorbeiziehen könnten. Deren Kader, die traditionell eher den Schulterschluss mit Israel-feindlichen Muslimen suchen, versuchen die neue Konkurrenz zu blockieren: In Münster gründeten sie sogar einen Verein mit dem Namen „Bürgerbewegung Pro Münster“, um den Kölnern den Weg nach Westfalen zu erschweren.



Protestaktion von „Pro Köln“: „Kein zweites Mekka“

Das Spiel mit der Angst vor einer angeblichen muslimischen Gefahr funktioniert auch auf der Hohen Straße in Köln: Etliche, die einen Zettel angenommen haben, tragen sich anschließend auf einer Unterschriftenliste gegen die Moschee ein. Ein Beamter sagt, er wolle „kein zweites Mekka in Köln“. Eine Verkäuferin fürchtet, dass es wegen der geplanten Großmoschee in ihrer Nachbarschaft „laut wird“. Wer einmal unterschrieben habe, so der Düsseldorfer Neonazismus-Experte Alexander Häusler, werde später zielgerichtet mit ausländischer Info-Post versorgt – was Pro NRW freilich dementiert.

Dass das dubiose Personal in Köln sich an die Spitze der Moschee-Gegner setzen konnte, lasten Kritiker auch den Stadtvätern an. Fast alle Ratsfraktionen hatten den Bau einer Großmoschee grundsätzlich begrüßt, ohne die Bürger hinreichend einzubinden. Eine Stadtsprecherin sagt, nun aber würden wenigstens „Gespräche über die Höhe der Minarette“ geführt. Die etablierten Parteien, so sieht es jedenfalls Forscher Häusler, „ignorierten zu lange Ängste und Sorgen von Bürgern“.



„Pro NRW“-Chef Beisicht
Kontakte in die ultrarechte Szene

Die Methode der Rechten hat auch bei der populistischen FPÖ in Österreich und dem Vlaams Belang in Belgien von sich reden gemacht. Im November stellte Beisicht FPÖ-Kollegen in einem Referat im Grazer Gothensaal die Kölner Anti-Moschee-Kampagne vor. „Ob Graz, Köln oder Wien: Wir werden den Kampf europaweit führen“, tönte er dabei. Für nächsten September hat er Freunde von der FPÖ, dem Vlaams Belang und dem französischen Front national zu einem „Anti-Islam-Kongress“ nach Köln eingeladen.

Jurist Beisicht und einige Vorstandskollegen pflegen seit Jahren Kontakte zur ultrarechten Szene. Mit den Radikalen der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ setzte Ex-Republikaner-Mitglied Beisicht Anfang der neunziger Jahre 1000 Mark Kopfgeld auf eine untergetauchte Asylbewerberin aus. Sein Vize Rouhs war NPD-Mitglied. Und Vorstand André Picker legte sich als Anwalt für die Nazi-Band Weiße Wölfe ins Zeug, die bereits Liedzeilen wie „Juda verrecke und Deutschland erwake“ auf CD bannte.

Mittlerweile haben die Pro-NRW-Leute auch einen solventen Geldgeber gefunden. Denn kürzlich trat der Solinger Bauunternehmer Günther Kissel, 90, der Partei bei. Der Greis ließ auf seinem Firmengelände schon einmal den britischen Holocaust-Leugner David Irving fabulieren.

Kissel trennt freilich sauber zwischen Politik und privaten Geschäften: Die von ihm gegründete Firma, deren geschäftsführender Gesellschafter er nach wie vor ist, arbeitet derzeit an einem Projekt, das so gar nicht zur Partei passen will. Das Bauunternehmen errichtet für voraussichtlich sieben Millionen Euro eine Großmoschee in Duisburg-Marxloh.

ANDREA BRANDT, GUIDO KLEINHUBBERT

Postwurfsendung zum Bürgerbegehren gegen die Kölner Großmoschee an der Venloer Straße

Sieben Gründe gegen die Ehrenfelder Großmoschee

- In Köln existierten bereits über 40 moslemische Gebetshäuser. Für repräsentative Moscheebauten besteht überhaupt kein Bedarf!
- Großmoscheen sind nicht nur religiöse Prunkbauten. Vielmehr sind sie auch eine politische Machtdemonstration und sichtbarer Ausdruck der erfolgreichen Islamisierung der deutschen Großstädte. Zudem steht der typisch osmanische Stil auch speziell für die türkische Einwanderung, frei nach dem Motto: „Wir sind hier und wir bleiben hier!“
- Großmoscheen verändern den Charakter des betroffenen Veedels vollständig. Die angeschlossenen islamischen Kultur-, Jugend- und Veranstaltungsräume würden aus Ehrenfeld einen weltlichen Mittelpunkt der Kölner Türken machen.
- Großmoscheen verfestigen die verhängnisvollen Parallelgesellschaften. In ihrem Umfeld, in der es sogar moslemische Läden und Dienstleistungsbetriebe gibt, braucht sich niemand mehr in die deutsche Mehrheitsgesellschaft zu integrieren, ja noch nicht einmal die deutsche Sprache beherrschen.
- Großmoscheen können auch ein Anlaufpunkt für Islamisten jeder Colour sein. Die Anschläge auf das World Trade Center am 11. September 2001 wurden u.a. im Umfeld einer Hamburger Moschee vorbereitet und auch einer der Kölner „Kofferbomber“ soll regelmäßig in der schon bestehenden DITIB-Moschee verkehrt haben.
- Minarette, Kuppeln und Muezzinruf haben in einer deutschen Großstadt nichts verloren! Dies könnte sehr wohl auch in den Bausatzungen berücksichtigt werden, die sonst jede Kleinigkeit vom Gartenzaun bis zur Farbe der Hauswand regeln.
- Eine Großmoschee ist für die Anwohner auch aus ganz praktischen Gründen eine enorme Belästigung: Massenaufläufe, Verkehrsprobleme und Parkplatznot werden die Lebensqualität der Ehrenfelder weiter einschränken.

Die Stadtverwaltung hat inzwischen zugegeben, daß es bei besonderen Festlichkeiten und an islamischen Feiertagen voraussichtlich zu erheblichen Verkehrsproblemen und Belästigungen der Anwohner kommen wird. Das sei nach Ansicht der Stadt aber „hinnehmbar“.

Bürgerbegehren gegen die Großmoschee:

● Bereits über 18.000 gültige Unterschriften gesammelt! ●

Sehr geehrte Damen und Herren, ein Erfolg des Bürgerbegehrens gegen die DITIB-Großmoschee in Köln-Ehrenfeld ist nun endlich in greifbare Nähe gerückt. Bis jetzt wurden bereits über 18.000 gültige Unterschriften gesammelt. In einem letzten Kraftakt soll mit dieser Postwurfsendung die entscheidende 20.000er-Marke deutlich übersprungen werden. Nun liegt es an den Bürgern im Stadtbezirk Ehrenfeld, schnell vollendete Tatsachen zu schaffen und den weiteren Planungen für die erste Kölner Großmoschee einen Riegel vorzuschieben!

tekten Böhm festgelegt - nicht mehr und nicht weniger. Unterstützt werden sie dabei von allen etablierten Parteien im Stadtrat, angefangen bei den Grünen, über FDP und SPD bis hin zur CDU! Einzig die Bürgerbewegung pro Köln hat sowohl in der Bezirksvertretung Ehrenfeld als auch im Stadtrat heftig protestiert



Auch Ehrenfeld soll nach dem Willen der türkisch-islamischen Union DITIB und der etablierten Kölner Ratsparteien mit einer Großmoschee samt 55-Meter-Minareten, riesiger Moscheekuppel und Muezzinruf beglückt werden. Jetzt sind die Bürger dazu aufgerufen, ihre Meinung kundzutun und das Bürgerbegehren gegen die Großmoschee zu unterschreiben, wenn sie die weitere Islamisierung ihres Stadtbezirkes verhindern wollen.

und mit mehreren Anträgen versucht, die geplante Großmoschee zu stoppen.

Deshalb ist das Bürgerbegehren der Ehrenfelder Anwohner-Initiative die letzte demokratische

Denn noch ist alles offen: Weder wurde bisher die notwendige Bebauungsplanänderung durchgeführt, noch überhaupt ein konkreter Bauantrag gestellt! Die türkisch-islamische Union DITIB hat sich lediglich offiziell auf den Entwurf der Archi-

● Fortsetzung auf Seite 2

Chance, diese türkisch-islamische Machtdemonstration im Herzen von Köln zu verhindern. Und es sieht gut aus: Bis jetzt haben über 18.000 Kölner eine gültige - also eine vollständige und gut lesbare - Unterstützungsunterschrift für das Bürgerbegehren gegen die Großmoschee geleistet. Wenn das Quorum von 20.000 Unterschriften erreicht wird, können die Bürger dann im Rahmen einer Volksabstimmung selbst über dieses gewaltige Islamisierungsvorhaben entscheiden. Dabei sollte sich jeder bewußt sein: Die Errichtung des geplanten DITIB-Moscheezentrums samt weltlicher und kultureller Einrichtungen - sowie

Bürgerbegehren nach § 26 Gemeindeordnung NRW

Im Unterschied zu normalen Petitionen oder Unterschriftensammlungen hat ein erfolgreiches Bürgerbegehren - gesetzlich geregelt - klare rechtliche Folgen:

- Sobald das sogenannte „Quorum“ von 20.000 gültigen Unterschriften erreicht wurde, muß sich der Stadtrat erneut mit dem Thema auseinandersetzen.
- Sollte der Stadtrat dann das Anliegen der Bürger immer noch ablehnen, so kommt es zwingend zu einem Bürgerentscheid (Volksabstimmung) über das Thema.

- Dann könnten alle Deutsche und EU-Bürger in Köln ab 16 Jahren an einem Sonntag über folgende Frage abstimmen: „Lehnen Sie den Bau einer repräsentativen Großmoschee an der Ecke Venloer Straße/Innere Kanalstraße ab?“

Es lohnt sich also auf jeden Fall, dieses Bürgerbegehren mit Ihrer Unterschrift zu unterstützen, auch wenn Sie früher schon einmal eine rechtlich unverbindliche Petition oder Ähnliches gegen die Großmoschee unterschrieben haben!



Marylin Anderegg (M.), und pro-Köln-Stadtrat Hans-Martin Brennek (l.) informieren die Bürger über die Pläne für eine Großmoschee in Ehrenfeld.

natürlich Minaretten, Kuppel und Muezzin-Ruf - wäre der Beginn einer grundlegenden Veränderung dieser Stadt.

Dagegen wehren sich die Ehrenfelder Anwohner-Initiative und pro Köln mit diesem Bürgerbegehren. Ein Bürgerbegehren, das angesichts der Entwicklungen im Jahr 2006 nötiger denn je erscheint. Denn die „Bild“-Zeitung brachte ans Tageslicht, daß einer der islamistischen „Kofferbomber“ tagtäglich in der bereits jetzt existierenden DITIB-Moschee verkehrt haben soll. Ein Terrorist im Umfeld derjenigen türkisch-islamischen Organi-

sation, die in Ehrenfeld die umstrittene Großmoschee zu bauen versucht?

Unerwartete Unterstützung bekam das Bürgerbegehren übrigens von der Regierung von Oberbayern: Die Behörde stoppte im September 2006 die geplante Großmoschee im Münchner Stadtteil Sendling. Zur Begründung hieß es u.a., daß die gewaltige Moschee den „sozialen Wohnfrieden“ störe und ein städtebauliches „Fremdobjekt“ darstellen würde. Eine Ohrfeige für alle Kölner Politiker, die seit Monaten gebetsmühlenhaft wiederholen, daß die Großmoschee nicht verhindert werden könnte und das Bürgerbegehren sowieso rechtswidrig sei!

Jetzt liegt es also nur noch an uns, ob wir die formalen Hürden schaffen und dann auf Volkes Stimme gehört werden muß. Deshalb unsere Bitte an Sie:

Wenn Sie noch nicht unterschrieben haben, dann nutzen Sie bitte jetzt die Gelegenheit dazu auf dem beiliegenden Formular!

Oder sprechen Sie Verwandte, Freunde oder Bekannte auf das Bürgerbegehren an. Jede Unterschrift ist wichtig, egal ob eine oder zwanzig!

Und: Das Formular bitte vollständig und gut lesbar ausfüllen!

Marylin Anderegg

Marylin Anderegg, Sprecherin der Ehrenfelder Anwohnerinitiative

Markus Beisicht

Markus Beisicht, Vorsitzender der Bürgerbewegung pro Köln

Nein zum Bau der Großmoschee an der Ecke Venloer Str./Innere Kanalstr.!

Bürgerbegehren gemäß § 26 Gemeindeordnung (NRW)

Die Unterzeichnenden beantragen, dass folgende Angelegenheit der Stadt Köln zum Bürgerentscheid gestellt wird:

Lehnen Sie den Bau einer repräsentativen Großmoschee an der Ecke Venloer Straße/Innere Kanalstraße ab?

Begründung:

Die türkisch-islamische Union DITIB plant an dem genannten Standort den Bau einer repräsentativen Moschee mit Kuppel und 55 Meter hohem Minarett, die mehreren tausend gläubigen Moslems Platz bieten soll. Eine Groß-Moschee paßt städtebaulich nicht ins Herz von Köln. An dem geplanten Standort würde sie außerdem jeden Freitag erhebliche Verkehrsprobleme verursachen. Zudem verfestigt eine Groß-Moschee die islamische Parallelgesellschaft und behindert die Integration unserer türkischen Mitbürger.

Name Vorname Straße Ort Geburtsdatum Datum, Unterschrift Vermerk d. Behörde

Berechtigt, die Unterzeichnenden zu vertreten, sind: Marylin Anderegg, Weinsbergstr. 136, 50823 Köln / Wilhelm Anderegg, Weinsbergstr. 136, 50823 Köln / Monika Maetzig, Subbelratherstr. 38, 50823 Köln

Bitte einsenden an: Marylin Anderegg, Weinsbergstr. 136, 50823 Köln

Zehn Jahre pro Köln!

● Seit über 10 Jahren kämpft die Bürgerbewegung pro Köln für ein lebenswertes Köln. Für eine sichere Großstadt. Für eine ehrliche Politik – ohne Korruption und Vetternwirtschaft. Für den rheinischen Charakter unserer Domstadt, damit wir Köln auch noch in 10 oder 20 Jahren wiedererkennen können. ●



Heinz Kurt Täubner,
Handwerksmeister,
62 Jahre,
Ehrenfelder
Bezirksvertreter

Pro Köln hat mit den bisherigen Bemühungen große Erfolge erzielen können: Bei der Kommunalwahl 2004 gelang der Ratseinzug in Fraktionsstärke. Außerdem wurden pro-Köln-Kandidaten in alle neun Bezirksvertretungen gewählt. Rund fünf Prozent der Kölner Wähler ermöglichten diesen Erfolg - gegen das Machtkartell der etablierten Parteien und des Großverlegers Alfred Neven DuMont („Stadt-Anzeiger“, „Rundschau“, „Express“, „Kölner Wochenspiegel“).

Seitdem sehen sich die etablierten Parteien in Köln mit einer echten und kämpferischen Opposition konfrontiert. Besonders das Versagen in der Zuwanderungspolitik, bei Kriminalität und Klüngel wird jetzt im Rat und den anderen Gremien konsequent offen gelegt.



Markus Wiener,
Politikwissenschaftler M.A.,
30 Jahre,
stellvertretender
Vorsitzender

Dabei stellt pro Köln stets auch Alternativen vor - Wege, wie man es besser machen könnte. Inzwischen hat pro Köln im Rat und in den Ausschüssen so bereits über 170



Markus Beisicht, Rechtsanwalt,
43 Jahre, Vorsitzender

Anfragen und Anträge eingebracht, in den Bezirksvertretungen waren es sogar über 200 Anfragen und Anträge! Nicht einmal die viel

Judith Wolter,
Rechtsanwältin,
Fraktionsvorsitzende



größeren Fraktionen von CDU und SPD haben annähernd soviel Fleiß und Gewissenhaftigkeit an den Tag gelegt.

Diese Arbeit werden die Fraktion und die Bürgerbewegung pro Köln auch in Zukunft unbeirrt fortsetzen. Dafür brauchen wir so viel Unterstützung wie möglich.



Manfred Rouhs,
Verleger,
41 Jahre,
Fraktionsgeschäftsführer

Deshalb bitten wir Sie:

Unterstützen Sie unsere Arbeit mit einer Spende, die übrigens zu vollen 50 Prozent von der Einkommenssteuerschuld absetzbar ist (Wenn Sie zum Beispiel 100 Euro spenden, bekommen Sie also 50 Euro von Ihrer Einkommenssteuer zurück!):

**pro Köln, Konto Nr. 27 60 21 76,
Sparkasse KölnBonn, BLZ 370 501 98**

TERMINE:

Nächste Ratssitzung:

Dienstag, 27. 3. 2007, 15.30 Uhr,
Rathaus, Spanischer Bau, Ratssaal
Zutrittskarten-Ruf: 02 21 / 221 - 2 20 75

Bürgersprechstunde:

Jeden Mittwoch von 17.00-19.00 Uhr,
Markmannsgasse 7, 50667 Köln

V.i.S.d.P.: Manfred Rouhs, Sülzburgstr. 243, 50937 Köln
Satz und Druck: Medienservice Bernd M. Schöppe,
Peter-Franzen-Str. 27, 50827 Köln

ICH WILL'S WISSEN:

- Bitte nehmen Sie ich in den Verteiler für „pro Köln“ auf.
- Ich möchte mit Ihnen Kontakt aufnehmen. Bitte rufen Sie mich an.

Vor- und Zuname

Straße & Haus-Nr. / Postfach

PLZ & Wohnort

Telefon

(Bitte deutlich schreiben)

**Bestellschein ausschneiden und einsenden an: Fraktion pro Köln, Markmannsgasse 7, 50667 Köln
Tel: 02 21 / 221 - 9 15 12 • Fax: 02 21 / 221 - 9 15 15**

»Stoppt die Islamisierung Deutschlands«

NPD demonstrierte gegen neuen Moscheebau im Frankfurter Stadtteil Hausen

Das Motto der Demonstration hätte es auch den Stadtverordneten in Frankfurt am Main angefallen. So beschloß die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung auf Antrag von CDU, SPD, Grünen und FDP am 4. Oktober: »... Die Oberbürgermeisterin als Ordnungsbehörde des Landes Hessen wird gebeten, alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel – bis hin zum Verbot – auszuschöpfen, um diese Kundgebung zu verhindern.« Der grundgesetzwidrige Antrag wurde gegen die Stimme des NPD-Stadtverordneten Jörg Krebs – bei Enthaltung des Vertreters der »Republikaner« –, erwartungsgemäß angenommen.

Dabei machten die selbsternannten Demokraten im Römer die Rechnung ohne die Judikative. Und so kam es, wie es kommen mußte, das Verwaltungsgericht Frankfurt zerpflückte das Demo-Verbot der Stadt in einer Eilentscheidung am 15. Oktober in seine Einzelteile. Die daraufhin eingelegte Beschwerde der Stadt wurde von den Richtern des hessischen Verwaltungs-

gerichtshofes in Kassel am 18. Oktober ebenfalls verworfen. Somit war zum einen ein erneuter juristischer Erfolg gegen verbotswütige bundesdeutsche Kommunalpolitiker und zum anderen der freie Weg für die NPD-Demonstration vom 20. Oktober errungen worden.

Am Tag der Willenskundgebung selbst trübte lediglich die unerwartet niedrige Teilnehmerzahl von etwa 150 Personen die Stimmung der hessischen Nationaldemokraten. Ging es doch immerhin um den Protest gegen eine geplante Großmoschee mit zwei 16 Meter hohen Minaretten in dem Frankfurter Stadtteil Hausen, in welchem bereits zwei Moscheen existieren. Die NPD im Stadtparlament hatte im Vorfeld bereits für Stimmung gesorgt, indem ihr Stadtverordneter Jörg Krebs – als einziger von 93 Stadtverordneten – entschieden gegen den Bau der Moschee eintrat und dieses Ansinnen auch in Form eines Antrags gegen das Gebetshaus verdeutlichte. Krebs wurde für seine im Plenum ge-



haltene Rede am 6. September sogar von der weiteren Teilnahme an der Sitzung ausgeschlossen. (Die DS berichtete.) Zudem wurden, zur Vorbereitung der Demonstration, im betroffenen Stadtbezirk rund 20.000 themenbezogene Flugblätter verteilt, die die NPD im Römer herausgab. Diese Flugblätter und alle Ge-

schehnisse um die Demonstration vom 20. Oktober sorgten für ein Rauschen im örtlichen Blätterwald, wie man es in der Metropole schon lange nicht mehr vernehmen konnte.

In seiner Rede geißelte der sächsische NPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Gansel während der Zwischenkundgebung

die Überfremdungspolitik der Altparteien im allgemeinen, als auch die Tatsache, daß alle etablierten Kräfte in Frankfurt blindwütig dem Bau der Großmoschee zustimmten (siehe auch die Dokumentation seiner Rede auf dieser Seite).

Der NPD-Landesvorsitzende Marcel Wöll kündigte in seiner

Rede auch für die Zukunft den erbitterten Widerstand der hessischen Nationaldemokraten gegen Moscheebauprojekte in ganz Hessen an und stellte fest: »Allein die NPD tritt heute gegen die Islamisierung unserer Heimat ein. Wir sind keine Gegner des Islam, aber wir sind entschiedene Gegner einer schleichenden Landnahme in Deutschland.«

Die Spitzenkandidatin der hessischen NPD zur Landtagswahl am 27. Januar 2008, Doris Zutt, sagte nach der Demonstration: »Heute wurde von der NPD wieder einmal bewiesen, daß wir die einzige politische Kraft sind, welche sich wirklich für den Volkswillen einsetzt. Die etablierten Parteien haben sich aus der Diskussion verabschiedet oder streiten sich um Parkplätze. Wir werden diese weitere bauliche Manifestierung der Überfremdung nicht hinnehmen, diese Demonstration war nur der Auftakt zu weiteren Aktionen und einer größer angelegten Kampagne in Frankfurt-Hausen und ganz Hessen.« Jörg Krebs

»Gegen die planvolle Landnahme durch Islamisten«

Rede des NPD-Abgeordneten Jürgen Gansel in Frankfurt am Main

Nachfolgend dokumentieren wir die Rede des NPD-Landtagsabgeordneten Jürgen Gansel am 20. Oktober gegen den Moscheebau in Frankfurt-Hausen:

»Bürgerinnen und Bürger Frankfurts, liebe Landsleute! Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands demonstriert hier und heute unter dem Motto »Stoppt die Islamisierung Deutschlands – Keine Großmoschee in Frankfurt-Hausen«. Wir wollen es nicht widerstandlos hinnehmen, daß mit Hausen ein ganzer Stadtteil seine deutsche Kulturidentität verliert, weil immer mehr und immer größere Moscheen aus dem Boden schießen.

Wir erinnern uns: Im Jahr 2003 wurde im Stadtteil Hausen gegen den Mehrheitswillen der Deutschen schon die »Abu-Bakr-Moschee« eingeweiht. Und nun – wenige Jahre später – soll eine Großmoschee mit zwei 16 Meter hohen Minaretten entstehen, die zwangsläufig das Stadtbild dominieren werden.

Schon heute leben nach ungenauen Schätzungen des Magistrats 60.000 bis 70.000 Muslime in Frankfurt – und täglich werden es mehr. Eine Großmoschee in Frankfurt-Hausen darf es nicht geben, weil dieser Stadtteil damit kulturell und religiös endgültig kippen würde. Im Frankfurter Römer war der NPD-Stadtverordnete Jörg Krebs der einzige von 93 Stadtverordneten, der einen Antrag gegen

den Moscheebau einbrachte, der von den Überfremdungspolitikern natürlich niedergestimmt wurde. Ein einziger Abgeordneter hat also Partei ergriffen für die deutschen Bürger Hausens, die mit Recht keine Orientalisierung und Islamisierung ihres Stadtteils wollen.

An Schägigkeit nicht zu überbieten war das Verhalten des Frankfurter Ordnungszemten Boris Rhein von der ach so christlichen CDU, der gegen das moderate Demonstrationsmotto »Stoppt die Islamisierung – Keine Großmoschee in Frankfurt-Hausen« den Knebel-Paragrafen 130 des Strafgesetzbuches in Stellung brachte. Der CDU-Politiker hatte umgehend angekündigt, eine Strafverfolgung gegen die Demo-Anmelder wegen angeblicher Volksverhetzung zu prüfen. Soweit sind wir in diesem multi-kulturellen Absurdistan schon gekommen, daß bereits ein Aufruf gegen die Islamisierung unserer Heimat zur Strafverfolgung wegen Volksverhetzung führt.

Wir Deutschen haben aber das verdammte Recht, das Ausländerproblem beim Namen zu nennen und zu sagen, daß wir es nicht wollen, daß Fremde aus dem Morgenland hier zuerst ihre Moscheen bauen und uns dann die Bomben um die Ohren werfen. Deshalb haben die NPD-Fraktionen in den Landtagen von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern die Streichung des Ausländerschutzparagrafen 130 StGB gefordert.

Die von Boris Rhein beachtete Kastration der Meinungsfreiheit ließ ihm das Verwaltungsgericht Frankfurt aber nicht durchgehen und gab dem Widerspruch der NPD gegen das verhängte Demonstrationsverbot statt.

Damit scheiterten die Stadtobere mit ihrer Behauptung, die NPD-Lösung gegen die Islamisierung Deutschlands störe das friedliche Miteinander von Menschen unterschiedlichen Glaubens und unterschiedlicher Herkunft. Nicht diejenigen stören das friedliche Miteinander, die den Willen der Mehrheitsbevölkerung zur Geltung bringen, sondern aggressive Minderheiten, die der Mehrheit ihr Wertesystem aufzwingen wollen.

Eine solche aggressive Minderheit sind die Islamisten, die in Deutschland und Europa eine planvolle Landnahme betreiben, um die grüne Fahne des Propheten überall dort hinzutragen, wo sie noch nie wehte und auch niemals wehen darf.

Wir als geschichtsbewußte Deutsche erinnern uns noch der Jahre 1529 und 1683, als vor der deutschen Stadt Wien die Türken geschlagen wurden und damit die Islamisierung Mitteleuropas verhindert wurde.

Was den Muslimen 1529 und 1683 militärisch nicht gelang, wollen sie heute auf schleichendem Weg erreichen: den Bau von Brückenköpfen für die Islamisierung Deutschlands. Dazu sagen wir Nein und nochmals Nein!

Dabei richtet sich unser Volksprotest nicht gegen den Islam als solchen, sondern gegen seine Ausbreitung bei uns. In Europa ist er kultur- und lebensfremd und deshalb unerwünscht.

Dort aber, wo er historisch beheimatet ist und die Lebensordnung der Menschen prägt, hat er eine uneingeschränkte Existenzberechtigung. Und ich gehe noch einen Schritt weiter: Gegen den Neokolonialismus Amerikas und gegen den Staatsterrorismus Israels können sich die Muslime zuhause der Solidarität nationaler Deutscher sicher sein.

Natürlich hat der Iran das Recht auf eine selbstbestimmte Nutzung der Atomenergie. Natürlich ist die islamische Hamas ein legitimer Ausdruck des palästinensischen Überlebenskampfes. Und natürlich handelt es sich bei den irakischen Widerständlern um Freiheitskämpfer, wenn sie das Feuer auf amerikanische Besatzungssoldaten eröffnen. Die islamische Welt führt gegenwärtig einen moralisch gerechten Verteidigungskampf gegen den Weltaggressor Amerika, gleich ob in Afghanistan, im Irak oder zukünftig im Iran. Das ist die außenpolitische Sicht der Dinge.

Wichtiger ist uns aber die innenpolitische Sicht, die uns zu einer klaren Frontstellung gegen die Islamisierung zwingt. Es geht um nichts Geringeres als unsere Freiheit und unser geschichtliches Erbe, es geht um die Kultur und Identität Deutschlands und Europas.

Überall sprießen die Moscheen als Herrschaftssymbole eines Islam aus dem Boden, der Deutschland längst zum Missionsgebiet erkoren hat. Laut dem Islamarchiv in Soest gibt es in Deutschland schon 159 klassische Moscheen, und 184 weitere befinden sich im Bau oder in der Planung. Dazu kommt die offizielle Zahl von 2.600 Gebetshäusern. Ganz Westdeutschland ist mittlerweile von einem Spinnennetz islamischer Gotteshäuser überzogen, in denen die Landnahme im Land der Ungläubigen religiös überhöht wird. In muslimischen Quellen heißt es ganz offen: »Die Grenze des Islam ist die Grenze der Welt.« Was sagte ganz in diesem Sinne 1994 der damalige Bürgermeister von Istanbul, Erdogan: »Die Minarette sind unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme, die Moscheen unsere Kasernen, die Gläubigen unsere Soldaten.« Der, der diese Kampfansage an Europa formuliert, ist heute türkischer Ministerpräsident. Selbst die Zentralratsvorsitzende der ehemaligen Muslime sagt: »Die Moscheen werden immer größer, die Minarette immer höher. Das ist ein purer Machtbeweis, der einschüchtern soll.«

Und eines ist doch klar: wer baut, der will bleiben. Wir wollen die Orientalen hier aber nicht haben, sondern sie in rechtsstaatlicher Weise in ihre Heimatländer zurückführen. 3,4 Millionen Muslime leben bereits in Deutschland und stellen immer dreistere Forderungen.

Bei mehreren Konferenzen ließ sich Bundeskanzlerin Merkel von der Islam-Lobby regelrecht vorführen und machte noch 750 Millionen Euro für »Integrationsarbeit« locker, obwohl sich die Muslime doch gar nicht integrieren wollen. Dieses Geld droht nun auch in islamische Zentren zu fließen, die latente Bruststätten des Terrorismus sind.

Was hat Europa in der jüngeren Zeit nicht alles als Vorbote eines Kampfes der Kulturen erleben müssen: Vorstandskrawalle in Frankreich, den Karikaturenstreit in Dänemark, Ehrenmorde in Deutschland und den Islamisten-Mord an einem Filmemacher in Holland. Die Zeit der Multikulti-Illusionen und der falschen Toleranz ist vorbei. Realitätsverweigerung kann tödlich für Völker und Kulturen sein. Heute tolerant und morgen fremd im eigenen Land? Mit uns von der NPD niemals.

Liebe Freunde, werte Landsleute: Wir haben uns heute hier versammelt, um Nein zu sagen zur Islamisierung Deutschlands! Um Nein zu sagen zum Moscheebau in Frankfurt-Hausen und anderswo! Tragen wir den Volkswort am 27. Januar in die Wahlkabinen, damit dem nächsten hessischen Landtag mit der NPD eine Partei angehört, die unmißverständlich sagt: Deutschland ist das Land der Deutschen und kein Missions- und Aufmarschgebiet des Islam. In diesem Sinne: Alles für Volk und Heimat!«

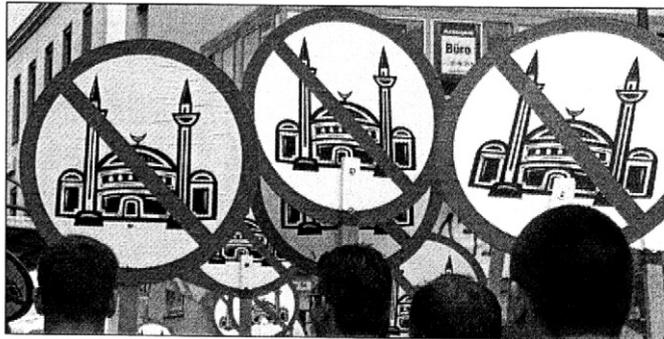
Anti-Islamisierungs-Kampagne in Nordrhein-Westfalen:

Köln als Erfolgsmuster

Das bevölkerungsreichste Bundesland Nordrhein-Westfalen gilt seit Jahrzehnten – zumindest wahltechnisch – als schlechtes Pflaster für rechte Parteien. Regelmäßige Ergebnisse für patriotische Formationen im Nullkommabereich scheinen diese These zu belegen. Doch wie steht es um die allgemeine politische Einstellung der NRW-Bevölkerung? Sind die Menschen zwischen Rhein und Ruhr, zwischen Aachen und Paderborn wirklich weniger „rechts“ als zum Beispiel die Bürger in Sachsen oder Baden-Württemberg?

Eine aktuelle landesweite Kampagne gegen Islamisierung und Überfremdung läßt Zweifel an der eingangs geäußerten Vermutung aufkommen. Bereits nach wenigen Wochen haben die Initiatoren von der „Bürgerbewegung pro NRW“ Tausende von Unterstützungsunterschriften für ihre Forderungen an den Landtag gesammelt: „Nein zu Großmoscheen, Minaretten und Muezzinruf – Islamistische Terrorgefahr bekämpfen!“ Die erfolgreich gestartete Kampagne spricht klar die Probleme der Massenzuwanderung an – klassisch „rechte“ Themen also.

Überall dort, wo die Pro-NRW-Aktivisten flächendeckend die Hausbriefkästen mit ihren Petitionen bestücken, kommt es zu heftigen Debatten über die Probleme der Überfremdung. Viele Bürger werden durch ihre Unterschriftsleistung – die übrigens auch im Internet unter www.pro-nrw.org erfolgen kann – basisdemokratisch „mitgenommen“: Sie diskutieren mit Nachbarn und Freunden darüber und machen das Thema zum Gesprächsstoff im Sportverein, in der Kneipe und



am Arbeitsplatz. Linke Zuwanderungsbefürworter gehen regelmäßig auf die Barrikaden und kochen in einschlägigen Internetforen vor Wut. In vielen Städten konnte bereits die Schweigespirale der etablierten Medien durchbrochen werden. Als zum Beispiel in der Stadt Dormagen (60 000 Einwohner) an einem Tag über 15 000 Petitionen verteilt worden waren, brachte die regionale Ausgabe der „Rheinischen Post“ gleich sechs Artikel zu Pro-NRW und deren Kampagne, was wiederum der Bürgerbewegung neue Mitstreiter bescherte. Auch überregional

Hetzjagd

Rund 20 Jugendliche mit „Migrationshintergrund“ haben in Köln zwei Flugblattverteiler der patriotischen „Bürgerbewegung pro Köln“ gewaltsam attackiert. Eines der beiden Opfer, ein 19jähriger, erlitt Prellungen und Schürfwunden. Die Polizei mußte mit mehreren Streifenwagen anrücken. „Den verbalen Entgleisungen und Diffamierungen in der Presse folgen nun Taten durch einen aufgehetzten Mob“, erklärte Pro-Köln-Chef Markus Beisicht. Von den Medien wurde der Angriff totgeschwiegen.

gab es ein beachtliches Presseecho, so zum Beispiel im „Kölner Stadt-Anzeiger“ („Das Strickmuster der Pro-Bewegung“), in der „Welt“ („Die neue Rechtspartei marschieren“) und in der „Westfälischen Rundschau“ („Neue Parteienkonkurrenz rechtsaußen“).

Die „Erfinder“ der Pro-Bewegung ver-wirklichten ihre Vorstellungen von rech-ter Oppositionspolitik zuerst in der größ-ten Stadt Nordrhein-Westfalens, in der Rheinmetropole Köln. Dort schaffte man mit einer jahrelangen Kampagne gegen eine geplante Großmoschee 2004 den Einzug ins Stadtparlament. Mit ei-nem Wahlergebnis von rund fünf Pro-zent stellt „Pro Köln“ seitdem die ein-zige rechte Stadtratsfraktion in einer deutschen Millionenstadt. In der Folge durchbrach Pro Köln mit einer weite-ren Verschärfung der Kampagne und ei-ner Demonstration mit FPO-Chef Heinz-Christian Strache sogar bundes- und eu-ropaweit die Medienblockade.

Über 30 Mandatare

„Interessenten aus dem Umland und weit darüber hinaus drängten uns förm-lich, etwas Ähnliches auch landesweit zu initiieren“, berichtet Pro-Köln-Vorsitzen-der Markus Beisicht. „Und da wir die Si-tuation in NRW aus unserer jahrelan-gen Tätigkeit im patriotischen Lager gut kannten, haben wir gesagt: Ein einfaches ‚Weiter so‘ kann es in Nordrhein-Westfa-len nicht geben. Hier muß frischer Wind rein und ein politischer Neuanfang ge-macht werden. Schließlich konnte ja kei-ne andere Formation rechts der Mitte be-

haupten, in NRW bereits bei Wahlen mit meßbaren Erfolgen aufzufallen zu sein!“

Nach der Schilderung des Pro-Köln-Vor-sitzenden, der auch landesweit an die Spitze von Pro NRW gewählt wurde, ging dann alles sehr schnell. „Innerhalb weni-ger Monate war der organisatorische Auf-bau und die Umwandlung in eine Regio-nalpartei vollzogen. Mit unseren Unter-gliederungen in verschiedenen Städten des Rheinlands und des Ruhrgebiets ha-ben wir inzwischen über 500 Mitglieder und bereits mehr als 30 kommunale Man-datsträger.“

Resonanz macht Mut

Die Anti-Überfremdungs-Kampagne soll im neuen Jahr noch verstärkt werden. Nach den bisherigen Erfahrungen ist Beisicht optimistisch: „Für uns war vor allem die Frage spannend: Funktioniert unser Konzept nur in Köln, nur in be-stimmten Großstädten, oder kann man damit landesweit Menschen für patrio-tische Überzeugungen begeistern und neue Anhänger gewinnen? Die Resonanz macht Mut. Über zwei Drittel der Unter-zeichner fordern ausdrücklich weitere Informationen an, bleiben unserer Sa-che also erhalten.“

Das Werbematerial der Bürgerbewe-gung ist ansprechend gestaltet: modern in der Aufmachung, mit bürgernahen Ar-gumenten. Radikale Phrasendrescherei oder gar Anflüge von NS-Diktion findet man dort ebensowenig wie rückwärtsge-wandte Debatten über Fragen, die den Normalbürger nicht interessieren. Statt

„Migranten“ gegen deutsche Patrioten

Vertreter der Ausländer-Lobby haben eine landesweite Kampagne gegen die „Bürger-bewegung pro NRW“ angekündigt. „Wir wollen darüber informieren, daß diese Grup-pierung Stimmung gegen den Islam und gegen Einwanderer macht“, erklärte der Vorsit-zende der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen (LAGA), Tayfun Keltik, in Düsseldorf. In Zusammenarbeit mit der – staatlichen – Landeszentra-le für politische Bildung werde man eine Veranstaltungsreihe in NRW-Städten wie Köln, Dormagen, Essen und Münster organisieren. Eigentlich ist die vom Steuerzahler fi-nanzierte Landeszentrale zu parteipolitischer Neutralität verpflichtet – doch gegenüber „rechten“ Gruppierungen nimmt man es nicht so genau.



Im Kampf gegen Überfremdung: der Vorstand der Bürgerbewegung pro NRW

dessen gibt es verständliche Aussagen in Themenbereichen, wo die deutsche Rechte erfahrungsgemäß auf starken Zu-spruch bauen kann: Islamisierung, Über-fremdung, Asylmißbrauch, Kriminalität, Korruption und Parteienflü. Eine reprä-sentative Umfrage des „Kölner Stadt-An-zeigers“ bestätigt diese Konzentration auf zeitgemäße Kernthemen: Rund zwei Drittel aller Kölner (Einheimische wie Zugewanderte) vertreten eine ähnliche Auffassung wie Pro Köln und lehnen die geplante Großmoschee ab.

Wer sich auf solche Themen konzentriert und Abseitiges vermeidet, scheint auch in als schwierig geltenden westdeut-schen Bundesländern Chancen zu haben. Beisicht, von Beruf Rechtsanwalt, will je-denfalls die rechten Nullkomma-Wähler-gebnisse in Nordrhein-Westfalen über-winden: „Wir sprechen mit unserem Po-litikstil und unseren Inhalten wesentlich größere Bevölkerungsschichten an. Dazu gehört vor allem das riesige Reservoir an frustrierten Nichtwählern und ent-fäuschten früheren SPD- und CDU-An-hängern. Dabei wissen wir natürlich, daß ein 18 Millionen Einwohner zählendes

Flächenland ein Mammutprojekt ist. Wir gehen realistisch an unsere Aufgabe her-an. Nur wenn es bei den nächsten Kom-munalwahlen 2009 neben Köln in meh-re anderen Städten wahrnehmbare Ach-tungserfolge gibt, werden wir auch eine Landtagskandidatur 2010 anstreben.“

Davon unabhängig werden schon heute in den ausgewählten Schwerpunktberei-chen die Bürger mit rechten Politikansät-zen konfrontiert und zum Teil auch lang-fristig für die nationale Sache gewonnen. Zumindest dieser Aspekt der Kampagne dürfte von allen wohlmeinenden Patri-oten begrüßt werden.

Thomas Weber

„Wir müssen die Multikulti-Romantik begraben. Immer und immer wieder sind es Jugendliche mit Migrations-hintergrund, die zustechen, die keine Hemmungen kennen, die sich über die Strafen kaputtlachen.“

Matthias Onken, Chefredakteur der „Hamburger Morgenpost“

Pro Köln

www.pro-koeln-online.de

DROGEN
STRICHNEIN
DANKEWas
macht
Ihr
mit
unserem
Köle ?Huren
und
DrogenDer Wähler
wird
betrogen !hier bei uns in
Longerich

Von Sina Weinreich

Alte Kader - neuer Mix

Das Erfolgsrezept der "Bürgerbewegung pro Köln"

16.531 WählerInnen (4,7 %) machten 2004 ihr Kreuz bei der extrem rechten Bürgerbewegung pro Köln. Die Truppe um Manfred Rouhs zog mit (anfangs) vier Sitzen – und damit in Fraktionsstärke – in den Stadtrat und mit elf Sitzen in alle Bezirksvertretungen ein. Seitdem stellt der "Stachel im Fleisch der Etablierten", zu dem sich der Verein stilisiert, nicht nur für die kommunalpolitischen Institutionen Kölns ein permanentes Ärgernis dar.

In Rat und Bezirken lässt die 1996 von bekannten Aktivisten der rechten Szene gegründete "Bürgerbewegung" keine Gelegenheit aus, die so genannten Altparteien vorzuführen. Dabei nutzt sie geschickt den wachsenden Vertrauensverlust vieler Menschen in die Politik der bürgerlichen Parteien aus und bezeichnet sich selbst als "einzige Oppositionsgruppe im Rat der Stadt", die "kompromisslos gegen Klüngel, Kriminalität, Multi-Kulti und den links-liberalen Zeitgeist Stellung" beziehe. Vorsitzende der Fraktion ist **Judith Wolter**, als Geschäftsführer fungiert **Manfred Rouhs**. Außerdem wurden **Regina Wilden** und **Bernd M. Schöppe** über die Liste der "Bürgerbewegung" in den Rat gewählt. Ende 2005 stieß der Ex-*Republikaner* **Hans Martin Breninek** zur Fraktion hinzu. Ebenfalls seit 2005 arbeitet der Politologe **Markus Wiener** hauptberuflich für die Fraktion.

Als sachkompetent und verantwortungsbewusst will sich *Pro Köln* darstellen. Nur wenige Themen werden

dabei ausgelassen: Man stellt Anträge zur "Feinstaubbelastung in Klassenzimmern" und "gegen Nachtsitzungen" des Kölner Rates ebenso wie zur "Markierung von Verkehrsinseln". Bis 2006 gab es im Rat über 90 solcher Anträge und Anfragen; in den Bezirken sogar über 100. Richtig ins Zeug legen sich die *Pro Köln*-Akteure aber, wenn es darum geht, Stimmung gegen Minderheiten zu schüren. Top-Themen sind die Agitation gegen Moscheen und Flüchtlingswohnheime, so genannte Klau-Kids, Junkies, die Förderung interkultureller Zentren, der Kampf gegen "Linksextremismus" usw..

Als Vorbilder dienen rechte Parteien wie die *Schill-Partei* oder die FPÖ. Nicht zufällig wurde der *Pro Köln*-Kandidat zur OB-Wahl 2001 als der "kölsche Haider" präsentiert. Das ging zwar gründlich daneben, inzwischen macht sich *Pro Köln* aber Hoffnungen, an Erfolge wie die des rassistischen *Vlaams Belang*, dessen Wahlerfolg in Belgien enthusiastisch begrüßt wurde,

anknüpfen zu können: "Wir wollen natürlich erreichen, daß auch in Deutschland zweistellige Ergebnisse für nonkonforme, rechtspopulistische Gruppierungen möglich werden - allen voran in Großstädten wie Köln!", so ihr Vorsitzender **Markus Beisicht**.

Mag das vorerst noch unrealistisch sein – ganz unbegründet sind solche Erwartungen nicht. Denn die "Bürgerbewegung" hat es tatsächlich geschafft, überall dort, wo urdeutsche Ordnungsvorstellungen Kölner Bürger beeinträchtigt werden, ein Ventil für ausgrenzende und diskriminierende Stimmungen zu bieten. Ihre AktivistInnen ziehen, einem Wanderzirkus gleich, durch die Stadtviertel und greifen immer wieder vermeintliche oder tatsächliche Missstände in populistischer Manier auf. Dabei geht es vor allem darum, ein Klima der Unsicherheit zu erzeugen mit dem Ziel, die Zahl der Mitstreiter zu erhöhen und ein potenzielles Wählerreservoir zu schaffen, das bei späteren Wahlen abgeschöpft werden kann. Nachdem *Pro Köln* schon in verschiedenen Stadtteilen Flugblatt- und Unterschriftenaktionen gegen Planungsvorhaben von Moscheebauten durchgeführt hatte, engagiert man sich derzeit in Köln-Ehrenfeld auf diesem Gebiet. 19.000 Unterschriften sollen bis Anfang November bereits gegen den Bau eines



Pro-Köln-Funktionäre:
Markus Beisicht und Judith Wolter



Pro-Köln-Ratsherr Manfred Rouhs



Pro-Köln-Ratsherr Bernd M. Schöppe (r.) begrüßt den ehemaligen DLVH-Bundesvorsitzenden Harald Neubauer

repräsentativen Moschee-Neubaus gesammelt worden sein. Wohlge-merkt ein Neubau, denn eine Moschee gibt es dort schon seit vielen Jahren. Wie schon bei ihren Aktivitäten gegen ein Flüchtlingswohnheim im Stadtteil Poll arbeitet *Pro Köln* dort eng mit einer "Anwohnerinitiative" zusammen, deren Sprecherin **Marylin Anderegg** in der Vergangenheit für die *Republikaner* kandidiert hatte, inzwischen aber *Pro Köln*-Mitglied ist und Ende Oktober auch als Beisitzerin in den Vorstand gewählt wurde.

Solche Initiativen wie in Ehrenfeld müssen aber nicht erst von *Pro Köln* selbst gegründet werden. Sie entstehen oft auf Betreiben von Menschen, die meinen, ihren Unmutgefühlen Luft verschaffen zu müssen – sei es gegen eine forensische Klinik in Porz, den Drogenstrich in Longerich oder den "Junkiebund" in Humboldt-Gremberg. Mit ihrem thematischen Fokus bieten sie Anschlussmöglichkeiten nach ganz rechts und unterliegen daher stets dem Bemühen von *Pro Köln*, in einem Wechselspiel aus Annäherung und Abgrenzung eingenommen zu werden. In Poll distanzier-ten sich die Anwohner zwar offiziell von Neonazis, machten sich jedoch die antiziganistische und diskriminierende Argumentation von *Pro Köln* gegen Roma und Sinti zu Eigen. Und sie hatten auch keine Probleme mit deren Mitgliedern bei Veranstaltungen. In Humboldt-Gremberg klebten sich Anhänger des lokalen "Bürgervereins" die gelbe Hand mit der Aufschrift "Mach meinen Kumpel nicht an" auf die Jacken und demonstrierten gemeinsam mit *Pro Köln*-Aktivisten für

die Schließung eines Ladenlokals, das der "Junkiebund" dort unterhält.

"Pro Köln" agiert nicht im Hintergrund, sondern zeigt sich stets vor Ort präsent. Bei einer im Mai 2006 in Ehrenfeld durchgeführten Bürgerversammlung der Bezirksvertretung zum Moscheebau, zu der mehrere hundert Menschen kamen, versuchten mehrere Dutzend Moscheebau-Gegner, darunter zahlreiche *Pro Köln*-AktivistInnen, immer wieder die Veranstaltung mit Zwischenrufen zu stören. Oftmals organisiert man auch eigene "Informationsabende" – wie im September 2005, als es um ein Flüchtlingswohnheim in Merkenich ging.

Unter den Ratsparteien hat sich inzwischen herumgesprochen, wes Geistes Kind *Pro Köln* ist. Bislang bemühen sie sich weitgehend geschlossen um Distanz zur extremen Rechten. Ausschüsse wurden verkleinert, Redezeiten eingeschränkt, die Höchstzahl der Anfragen im Rat vermindert u.a.m.. Aber manchmal scheinen erste Risse in der Abwehrfront zu drohen. So z.B., als die CDU in der Porzer Bezirksvertretung mit den Stimmen von *Pro Köln* die Pläne einer Immobilien-gruppe zum Bau eines Gewerbebeparks in Poll durchsetzte, als die CDU in Kalk mit NPD und *Pro Köln* gegen die Straßenbenennung nach NS-Opfern stimmte oder als sich die Ehrenfelder CDU – gegen die Entscheidung von Ratsfraktion und Stadtpartei – "gegen den Bau einer Großmoschee" aussprach. Manch konservativer Politiker mag durchaus seine Sympathien für *Pro Köln* haben und ihr in gewissen Punkten zustimmen. Zudem peilen die "Biedermänner" von *Pro Köln* ein

Wählerpotenzial an, das auch die bürgerlichen Parteien im Blick haben. Vor allem die ältere Generation scheint sich von den populistischen Parolen von *Pro Köln* angesprochen zu fühlen.

Ansonsten knüpft *Pro Köln* an die Erfolge der *Republikaner* von 1989 an. In der damaligen Ratsarbeit, später spaltete sich Manfred Rouhs mit weiteren REP-Mitgliedern von der Fraktion ab und gründete die *Deutsche Liga für Volk und Heimat*, sammelte man die Erfahrungen, auf die *Pro Köln* heute aufbauen kann. Und man sammelte Adressen von InteressentInnen. Heute kann *Pro Köln* auf einen riesigen Adressenbestand zurückgreifen. Nach eigenen Angaben werden über 14.000 Haushalte regelmäßig mit der Fraktionszeitung von *Pro Köln* (Auflage: 20.000) beliefert. Mit weiteren Flugblatt- und Unterschriftenaktionen würden so – laut *Pro Köln* – "mehrere hunderttausend pro-Köln-Druckerzeugnisse im Jahr an die Kölner Bürger gebracht". Zugute kommt der "Bürgerbewegung" dabei, dass ihr Stadtrat Bernd Michael Schöppe einen eigenen "Medienservice" betreibt. Kein Wunder also, dass *Pro Köln* mittlerweile so gut verankert ist. Die jahrelangen Vorarbeiten des Vereins wurden von der Lokalpresse weitgehend totgeschwiegen. Dies hat sich mittlerweile geändert. Aber so gelang es dem Verein – weitgehend unbeachtet von der demokratischen Öffentlichkeit –, seine Basis zu erweitern und den Einzug in den Rat vorzubereiten.

Um ihre lokalpolitische Strategie auch bundesweit erfolgreich zu machen, gründeten *Pro Köln*-Aktivisten um Manfred Rouhs, ehemaliger Funk-

tionär des NPD-Jugendverbandes und Herausgeber der extrem rechten Zeitschrift *Nation24.de*, im Januar 2005 die *Bürgerbewegung pro Deutschland*. Die *Junge Freiheit* berichtete darüber, und in der neofaschistischen Zeitschrift *Nation & Europa* erschien eine Anzeige, in der ein Massenflugblatt zum 8. Mai 2005 beworben wurde. (Zum Tag der Befreiung von Nazi-Regime und Krieg versuchte *Pro Köln*, nach dem Vorbild der CDU in Berlin-Steglitz-Zehlendorf eine Resolution durchzusetzen, in der deutsche Täter zu Opfern der Roten Armee und eines "sinnlosen Bombenkrieges" gemacht wurden.) Im Januar 2006 führte *Pro Deutschland* ein "Strategie-seminar" durch. Vereinsvorsitzender Rouhs, der schon 2004 geäußert hatte, dass "das Kölner Modell" auf "jede andere Region in Deutschland übertragbar" sei, stellte auf "der gut besuchten Veranstaltung" in drei Schritten den Weg vor, den *Pro Köln* von 2001 bis zum Einzug in den Stadtrat zurückgelegt hatte.

Dieses Konzept mache "politische Erfolge unabhängig von der oft wechselhaften oder gar destruktiven Berichterstattung der etablierten Massenmedien möglich", meint Rouhs. So seien zur Herstellung der Handlungsfähigkeit sieben Mitglieder erforderlich, um einen örtlichen Kreisverband von *Pro Deutschland* gründen zu können. Neben der Einrichtung von Postfach und Girokonto sei die Erstellung einer eigenen Internetseite erforderlich. Nun könnten in der eigenen Region "die seriösen patriotischen Kräfte gesammelt werden". Ehemalige Mitglieder der "klassischen politischen Parteien" seien dabei nicht ausgeschlossen, sofern sie sich "in glaubwürdiger Form" zum Programm des Vereins bekennen. Zu den regelmäßigen Treffen des Kreisverbandes sollten nur "Mitglieder sowie Personen, die als zuverlässig bekannt" seien, eingeladen werden. Nun müsse ein konkretes politisches Ziel, wie z.B. "die Teilnahme an der nächsten Kommunalwahl" gesetzt werden.

Als zweiten Schritt ("Menschen binden") erläuterte Rouhs die Notwendigkeit der Themensuche. Es dürfe nicht darauf gewartet werden, bis sich ein "Thema aufdrängt, wir müssen vielmehr die Themen aktiv suchen". Zu den "interessanten Bereichen" zählt er "Multi-Kulturalismus, Kriminalitätsentwicklung, Korruption und soziale Gerechtigkeit", zu denen Meldungen im Internet erscheinen müssten. Für eine Petition an den Beschwerdeausschuss der Stadt sollten dann Unterschriften gesammelt werden, wobei die Petition auch gleich als Flugblatt in hoher Auflage verteilt werden solle. Zur Sitzung des Ausschusses sollten auch alle Interessenten eingeladen werden, die dann dort – sofern persönlich noch nicht bekannt – angesprochen werden könnten. Im Anschluss an die Sitzung werde deren Verlauf im Internet dokumentiert und kommentiert. "Die auf die Anbindung von Menschen abzielenden Petitionen" bezeichnete Manfred Rouhs dabei als "Kerngeschäft, mit dem der Erfolg unserer politischen Arbeit steht oder fällt". Die gesammelten Adressen ("unser wichtigstes politisches Kapital") müssten strukturiert erfasst werden (Mitglieder, Spender, Unterstützer, Interessenten). Bis zu viermal im Jahr sollten eigene Publikationen zu überwiegend regionalen Themen an den gesamten Adressenbestand versandt werden. Ein- oder zweimal im Jahr müssten Veranstaltungen durchgeführt werden, "bei der ein Redner des Bundesverbandes" auftritt.

Der dritte Schritt, die Fähigkeit zum "Wahlantritt", sei erreicht, wenn es gelungen sei, in einem Wahlgebiet "zwei Prozent aller Haushalte in den Adressbestand aufzunehmen". Damit sei die Wahlkampffähigkeit zu 100 Prozent erreicht. Denn hinter zwei Prozent der Haushalte stünden – eine niedrige Wahlbeteiligung vorausgesetzt – rund vier Prozent der Wähler. Wer diese Hürde überspringe, habe "gute Chancen auf den Fraktionsstatus". Die "100prozentige Wahlkampffähigkeit" müsse etwa zwölf Monate vor dem Wahltag erreicht sein, denn

"aussichtslose Kandidaturen" kämen "nicht in Frage!" Die bei Erstkandidaturen notwendigen Unterstützungsunterschriften sollten über den Adressenbestand und bei Haustürsammlungen gewonnen werden. In den letzten sechs Wochen vor der Wahl müsse "eine massive Plakatierung sichergestellt werden", die von Infoständen, Flugblattaktionen und ggf. durch "zusätzliche unkonventionelle Werbemittel" ergänzt werden sollen.

"Politische Abläufe", so Rouhs abschließend, würden "bestimmten Regeln" unterliegen, die "erlernt und erfolgreich angewandt" werden können, um "positive Ergebnisse zur Folge" zu haben. Als Testgebiet für den Export des Kölner Erfolgs suchte sich der Verein die Nachbarstadt Dormagen aus. Dort ging es wieder um die Verhinderung eines Moscheebaus. *Pro Deutschland* kündigte die Verteilung von 25.000 Flugblättern und die Gründung eines Kreisverbandes im Sommer an. In Oberhausen gründete *Pro Deutschland* bereits einen Kreisverband. In Frankfurt/Oder traten jüngst zwei Ratsmitglieder über. Es ist fraglich, ob sich das Konzept von *Pro Köln* im Schatten der NPD-Wahlerfolge bundesweit so ausdehnen lässt. Von der Rechtsentwicklung profitieren wird *Pro Deutschland* aber in jedem Fall.

Geschickt verpackter Hass

Der Stadtrat erkennt nur langsam, dass er sich mit den Rechtsextremisten von »Pro Köln« inhaltlich auseinander setzen muss. Die so genannte Bürgerbewegung bastelt unterdessen an »Pro Deutschland«. Von Frank Überall.



»Pro Köln« im Rat: Hans Martin Breninek, Bernd M. Schöppe, Manfred Rouhs, Regina Wilden, Judith Wolter (v.l.)

oder anderen in den Reihen der Unionsfraktion schon mal andächtig nicken sehen. Formal darf das natürlich nicht sein – Granitzka findet die Ideologie von Pro Köln »miserabel«. Aber die Kölner CDU ist ein derart zerstrittener Haufen, dass es für den Fraktionsvorsitzenden manchmal einfacher wäre, den sprichwörtlichen Sack Flöhe zu hüten.

»Die größte Gefahr des Rechtsextremismus geht wahrscheinlich nicht von braunen Schlägerbanden aus, auch wenn sich das für diejenigen, die von gewalttätigen Übergriffen betroffen sind, anders darstellen mag«, sagt der Rechtsextremismus-Forscher Christoph Butterwegge. Der Politikprofessor an der Kölner Universität hat sich intensiv mit Gruppierungen wie Pro Köln beschäftigt: »Die eigentliche Gefahr für die Demokratie geht eher von Rechtspopulisten aus, die sich einen seriösen Anstrich geben und versuchen, auch bürgerliche Kreise anzusprechen.« Dieser gefährliche Rechtsextremismus »aus der Mitte der Gesellschaft« knüpfe oft an berech-

>Sitzungen des Stadtrates sind in Köln für viele Politiker eine vergnügliche Angelegenheit: Während die einen im Plenum sitzen, vertreiben sich die anderen die Zeit in der Kantine. Bei Schnittröcken und Kölsch, Kaffee und Weingummi plaudern sie über Gott und die Welt. Die Rechtsextremen der so genannten Bürgerbewegung Pro Köln saßen dabei immer am Katzentisch, niemand wollte mit ihnen etwas zu tun haben. Das hat sich in jüngster Zeit geändert: Da kann man CDU-Ratspolitiker sehen, die mit Vertretern der Rechtspopulisten freudig herumalbern. Ein neuer Trend?

Die CDU im Kölner Rathaus leidet unter den politischen Verhältnissen. Die Große Koalition ist geplatzt, die SPD will von den einstigen Freunden kaum noch etwas wissen. Zwar hatte die Union bei der Kommunalwahl 2004 die meisten Stimmen geholt, trotzdem hat sie im Rat wenig zu sagen. Dieser Verlust der Macht ist bitter – und er fördert Spekulationen über eine mögliche Zusammenarbeit mit den Rechtsextremen. In zwei Bezirksvertretungen stimmte die CDU schon Anträgen von Pro Köln zu.

Winrich Granitzka, Fraktionsvorsitzender der CDU im Stadtrat, sieht solche Voten als Ausrutscher: »Pro Köln schürt Fremdenfeindlichkeit«, sagt er und beteuert: »Eine Zusammenarbeit kommt für uns nicht in Frage.« Andere in seiner Partei sind da nicht so entschlossen. Sie mögen zwar (noch) nicht mit ihren Namen in den Medien auftauchen, gleichwohl betreiben sie strategische Gedankenspiele. »Wenn Rot-Grün den Stadtdirektor mit linken Extremisten wählen kann« – gemeint ist die Fraktion Die Linke –, »dann müssen wir uns überlegen, ob unsere Ablehnung von Pro Köln noch zeitgemäß ist«, heißt es hinter den Kulissen.

Manches Thema der rechten Redner liegt durchaus auf Linie der Konservativen im Rathaus. Wenn über den Bau einer Zentralmoschee oder die Kriminalität unter Jugendlichen lamentiert wird, kann man den einen

In den Gästebüchern rechtsextremer Internetseiten findet »Pro Köln« Beachtung

tigte Bedürfnisse an, sagt Butterwegge. So werde immer wieder das Thema Innere Sicherheit in den Mittelpunkt gestellt. Auf den ersten Blick durchaus vernünftige Diskussionsbeiträge würden dann aber stets »missbraucht, um Stimmung gegen Minderheiten zu machen«. Für demokratische Parteien sei es schwierig, mit Rechtsextremisten in Parlamenten umzugehen, räumt Butterwegge ein: »Ich halte aber nichts davon, so zu tun, als wären sie nicht da.« Man müsse sich zum Beispiel im Stadtrat mit guten Argumenten gegen ihre Propaganda wehren.

In der Rathaus-Kantine ist das allerdings schwierig. Das haben jetzt auch die Ratspolitiker eingesehen. »Die Strategie war bisher, sie auflaufen zu lassen«, gibt der SPD-Vorsitzende Jochen Ott zu. »Aber wir haben festgestellt, dass das auf der Besuchertribüne schlecht ankommt.« Gerade in den ersten Stunden der Sitzung, in denen die Anträge der Fraktionen behandelt werden, zeigt sich Pro Köln besonders fleißig. So kommt es, dass Schulklassen und Bürger reihenweise rechtspopulistische Reden hören und sich wundern, dass dabei der halbe Ratssaal leer ist und die andere Hälfte in Zeitungen blättert oder abwesend in die Luft starrt.

Mit Hilfe der Geschäftsordnung wollen die Fraktionen das ändern und die Bedingungen für das Schüren von Fremdenängsten im Stadtparlament verschlechtern. Das aber kann nur die eine Seite der Medaille sein – darüber sind sich inzwischen auch alle einig. Um eine inhaltliche Auseinandersetzung wird man nicht herumkommen. »Pro Köln betreibt eine

Politik, die zunehmend auf Radikalisierung setzt und auf Positionen, die fast in den nationalsozialistischen Bereich hineingehen«, sagt SPD-Chef Ott. Das müsse man thematisieren.

Solche Worte treffen bei den Rechtsaußen-Politikern natürlich auf wenig Begeisterung. Vor Gericht wollten sie sogar dem nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz verbieten, Pro Köln weiterhin als rechtsextremistisch zu bezeichnen. Erfolg hatten sie damit nicht, zu offensichtlich war den Richtern die ausländerfeindliche Gesinnung.

Trotz dieser Niederlage will sich die Gruppierung aber nicht auf den Kölner Raum beschränken. Ihren Kampf gegen die Ehrenfelder Zentralmoschee preisen die Funktionäre bereits als Modell für andere Städte und Gemeinden – und mit der neu gegründeten Organisation »Pro Deutschland« haben sie auch schon einen bundesweiten Verband geschaffen, der das »Erfolgsmodell Pro Köln« exportieren soll. In einem Strategiepapier wird zum Beispiel empfohlen, alle Anschriften von Menschen zu registrieren, die sich an schriftlichen Protestaktionen beteiligen. Von der zentralen Stelle in Köln aus sollen diese dann weiter mit rechtspopulistischer Agitation versorgt werden. Bereits jetzt verteilt man in Köln überall Flugblätter, wo sich Anwohnerproteste regen.

»Wir nehmen das zur Kenntnis und gehen deshalb selbst stärker in die Stadtteile«, sagt der Kölner Grünen-Vorsitzende Jörg Heinrich Penner. Es gehe darum, die Bürger wieder intensiver zu informieren, mit ihnen ins Gespräch zu kommen und als Partei eigene Diskussionsvorschläge zu machen. So soll eine funktionierende Demokratie dem Rechtsextremismus den Garaus machen. Doch Demokratie ist anstrengend.

Diese Anstrengung aufzubringen sind viele der ehrenamtlichen Kommunalpolitiker in den großen Parteien kaum noch bereit – siehe die Rathaus-Kantine während der Ratsitzungen. Zu unübersichtlich ist die Lage im Stadtparlament, zu oft muss man politische Niederlagen einstecken. Das mag zermürben. Die Rechtsextremen allerdings fühlen sich dadurch ermutigt: Auf ihrer Homepage lästern sie gegen die »etablierten Parteien«, werfen ihnen Klüngel und »mangelhaftes Demokratieverständnis« vor.

Unterdessen basteln sie im Hintergrund weiter an der Verpackung ihrer Politik. Der Hass auf Andersgläubige und Menschen anderer Herkunft werde zuweilen »gut versteckt«, sagt Professor Butterwegge, deswegen sei er im Einzelfall auch schwierig nachzuweisen. Butterwegge sieht Pro Köln trotzdem klar in einer Reihe mit NPD, DVU und Republikanern.

Auch in den Gästebüchern einschlägiger rechtsextremer Internetseiten finden Positionen und Statements von Pro Köln immer wieder Beachtung. Die Grundlage für »Pro Deutschland« ist offenbar bereits gelegt. □

Frank Überall, 35, lebt als freier Journalist und Buchautor in Köln. Zurzeit promoviert er über Kommunalpolitik.

„Indizien“ für Neonazi-Kontakte

Verfassungsschutz hat die „Bürgerbewegung Pro Köln“ nach wie vor im Blick

Ein halbes Jahr nach der ersten Ratssitzung sehen Staatsschützer keinen Anlass zur Entwarnung – eine Analyse.

VON ANDREAS DAMM UND DETLEF SCHMALENBERG

Für den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz besteht kein Zweifel: Ein halbes Jahr nach der ersten Sitzung des neuen Rates gibt die „Bürgerbewegung Pro Köln“ weiterhin allen Anlass zu aufmerksamer Beobachtung. Es gebe Indizien dafür, dass die Partei „mit Neonazis zusammenarbeitet und auch deren Interessen vertritt“, so heißt es im Jahresbericht 2004 des Verfassungsschutzes. Pro Köln klagt gegen die Erwähnungen in den Berichten. „Dem Verfahren sehen wir gelassen entgegen“, sagte eine Sprecherin des Innenministeriums am Freitag.

Ein Beispiel für die Gesinnung der ultrarechten Aktivisten lieferte Pro-Köln-Ratsfrau Judith Wolter im Zusammenhang mit dem bevorstehenden 60. Jahrestag des Ende des Zweiten Weltkrieges. Der 8. Mai sei für sie „sicherlich kein Datum zu feiern“, verkündete sie unlängst in einer Ratssitzung. Damals sei „de facto ein Drittel des damaligen Reichsgebietes verloren gegangen“.

Der Sozialdemokrat Götz Bacher rief der Rednerin daraufhin quer durch den Saal zu: „Dass man sich so etwas anhören muss. Sie sollten sich schämen.“ Dabei war es nicht der erste Eklat, den die Rechtsextremisten zu verantworten haben. So konnte Oberbürgermeister Fritz Schramma in einer Ratssitzung im vorigen November seinen Unmut nicht länger zurückhalten. „So etwas wie heute ist mir noch nicht untergekommen“, sagte er verärgert

Verfassungsschutz sieht der Klage von Pro Köln gelassen entgegen

und rügte die „Verschwendung öffentlicher Gelder“. Beifall wurde laut, so gut wie alle stimmten zu – bis auf die vier Mitglieder der rechtsextremen Fraktion Pro Köln.

Anschließend acht Stunden zog sich die Ratssitzung hin, weil die selbst ernannte „Bürgerbewegung“ reichweise geheime Abstimmungen über Routineentscheidungen beantragt hatte. Wahl für Wahl musste jeder Einzelne aufgerufen werden, nach vorne treten und seinen Stimmzettel in einer Urne werfen. Ein teures Verfahren, das der Rat nur selten bei höchst unstrittenen Entscheidungen anwendet.

Was nahezu alle Politiker als Schikane empfanden, ist für die Steuerzahler nicht ohne Folgen geblieben: Die Ratsmitglieder erhielten für die überlange Zusammenkunft höhere Sitzungsgelder aus der Stadtkasse, für das Personal der Verwaltung fielen obendrein Überstunden an. „Sie bewirken politisch und personell null und nichts“, sagte Schramma damals in Richtung Pro Köln. Diese Einschätzung lässt sich bis heute, ein halbes Jahr nach dem ersten Auftritt im Rat, auf die gesamte Arbeit der Fraktion um den bekannten Rechtsextremisten Manfred Rous übertragen.

Anträge produziert Pro Köln reichlich. Die Truppe gibt sich fleißig. Unter dem Deckmantel „vordergründig kommunalpolitischer“ Themen versuche die Partei, Gemeinsamkeiten mit Wählern aus dem bürgerlichen Lager „vorzutauschen“, glaubt der Verfassungsschutz. Die Behörde stuft „Pro Köln“ in ihrem Jahresbericht 2004



Neonazi Axel Reitz (links) und Pro-Köln-Wortführer Manfred Rous bei einer Kundgebung 1999. BILDER: INFOSTELLE RECHTSEXTREMISMUS



Pro-Köln-Ratsfrau Judith Wolter, NPD-Funktionär Thorsten Krämer (M.) und Pro-Köln-Vorsitzender Markus Beisicht bei einer Kundgebung 2003.

als „rechtsextremistisch“ ein. In ihren Veröffentlichungen schüre die Bewegung „einseitig Ängste und Feindlichkeit gegenüber Ausländern“. Der islamische Extremismus breite sich in Europa, „wie ein Krebsgeschwür aus“, stehe beispielsweise in einem Infoblatt der Rechtsextremen. Auf einer mit der NPD organisierten Demonstration sei die Parole „Ali, Mehmet, Mustafa – Zurück nach Ankara“ skandiert worden.

Die Rechtsradikalen sind sich für keine Kumpanei zu schade. Zu Kundgebungen in Chorweiler und Mülheim unter dem Motto „Keine Groß-Moschee“ rief dem Verfassungsschutz zufolge (Bericht 2003) außer Pro Köln unter anderem auch der neonazistische „Siegener Bären-



Ein Unterstützer der Deutschen Liga, bei der Pro Köln seine politischen Wurzeln hat. BILD: IC

sturm“ auf. Für Demonstrationen gegen den „Drogenstrich“, an denen überwiegend einschlägig bekannte Neonazis teilgenommen hätten, habe das neonazistische „Nationale Info-Telefon Rheinland“ geworben (Bericht 2001). Der ebenso braune „Nationale Widerstand“ habe vor der Kommunalwahl 2004 sogar um Stimmen für die rechten Hetzer von Pro Köln geworben. Die „Bürgerbewegung“, deren Funktionäre „offene Sympathien für uns und unsere Aktivitäten hegen“, könne die gemeinsamen Forderungen „inmitten der Gesellschaft verankern und hoffähig“ machen, hätten die Neonazis

im Internet geschrieben (Bericht 2004).

Pro-Köln-Wortführer Rous musste sich weiteren Vorwürfen stellen. In der von einem ehemaligen SS-Sonderoffizier herausgegebenen Zeitschrift „Die Bauernschaft“ war unter dem Namen von Rous ein Leserbrief veröffentlicht worden, wonach „im 3. Reich keine 6 Millionen Juden vergast oder sonst wie ermordet worden“ seien und die Deutschen auch den Zweiten Weltkrieg nicht verschuldet hätten. Rous leugnete zwar die Urheberchaft und wehrte sich gerichtlich gegen die Enthüllung. Doch weder das Kölner Landgericht noch das Oberlandesgericht folgten seinen „substanzarmen“ Versicherungen.

Die Verfassungsschützer wundern sich nicht über diese Einschätzung. Denn Pro Köln hat seine politischen Wurzeln bei der Deutschen Liga, die schon lange unter Beobachtung stand. Rous saß bis 1994 für die rechtsextreme Deutsche Liga im Rat, ebenso wie der Pro-Köln-Vorsitzende Markus Beisicht.

Mit Abscheu reagierte die Öffentlichkeit 1993 auf eine „Fahndungsaktion“ der rechten Eiferer. Auf „Steckbriefen“ und Plakaten wurde eine Belohnung für die „Ergreifung“ einer Roma-Frau ausgelobt, die sich illegal in Deutschland aufhielt. Das Landgericht Köln verurteilte die Liga im Jahr 1997 wegen der menschenverachtenden Kampagne zur Zahlung von Schadensersatz an die Frau. Diese hatte nach Angaben aus ihrem Umfeld „massive psychische Schäden“ erlitten.

Im Umgang mit öffentlichen Geldern waren Rous und Beisicht schon damals nicht zimperlich. So rechneten sie bei der Stadtkasse innerhalb eines halben Jahres mehr als 3000 Euro Taxikosten ab, umgerechnet auf die Fraktionsstärke 20 Mal mehr als die FDP, 130 Mal mehr als die Grünen. Kontrollen ergaben, dass die beiden Mitglieder der Deutschen Liga mehrfach Taxifahrten unternommen hatten, die nichts mit ihrer Ratsarbeit zu tun hatten.

Immer wieder wertete Rous in den vergangenen Jahren gegen angeblich kriminelle Ausländer. Dabei waren er selber und seine Wegbegleiter wenig wählerisch bei der

Auswahl ihres Umgangs. So kündigte Pro-Köln-Frau Wolter in der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ eine „Fundamentallopposition gegen die politische Klasse“ an. Interviewt wurde sie von NPD-Funktionär Thorsten Krämer, der wegen eines Überfalls auf Teilnehmer eines Treffens am KZ-Mahnmal Kenna zu zwei Jahren und drei Monaten Haft verurteilt worden war.

Bereits zu Zeiten der Deutschen Liga haben sich die Rechtsextremen mit zweifelhaften Figuren umgeben. Im Kölner Kommunalwahlkampf 1994 schoss einer ihrer Unterstützer an einem Info-Stand der Partei mit einer Gaspistole auf Kritiker. Von einem anderen dubiosen Anhänger ließ sich Rous nach eigenen Angaben zu seinen Veranstaltungen fahren. Thomas Adolf, der erstmals im Herbst 1992 in der rechten Szene aufgetaucht war, hatte sich kostenlos als Chauffeur und für Kurierfahrten angeboten. Erwa elf Jahre später machte der glühende Nationalsozialist als „Killer von Overath“ Schlagzeilen. Mit einer Schrotflinte erschoss er im Oktober 2003 einen Anwalt, dessen Frau und Tochter.

Schon Anfang der neunziger Jahre soll Adolf von angeblichen Söldnerereinsätzen und Killerkommandos erzählt, die Gründung einer Wehrsportgruppe geplant haben. Rous will davon nie etwas gehört haben. Aber er schätzte offensichtlich die ideologischen Fähigkeiten des Möchters-Söldners. Im November 1993 durfte Adolf in der Zeitschrift „Europa Vorn“, dem Zentralorgan der Deutschen Liga, einen Ar-

Sie bewirken politisch und personell null und nichts

OBERBÜRGERMEISTER SCHRAMMA

tikel über die Zukunft der rechten Parteien in Deutschland veröffentlichten. Unter der Schlagzeile „Zwei Hauptwege zur rechten Einheit“ schwadroniert der Nazi-Vercherer: „Die Erneuerung Deutschlands kann nur einer geistigen Abkehr unseres Volkes von dieser in ihren Grundfesten verkommenen Gesellschaft folgen.“

Dieser These kann sicherlich auch Axel Reitz folgen. Ein Foto zeigt ihn bei einer Kundgebung in Kalk vor der Kommunalwahl im Herbst 1999 neben Manfred Rous. Reitz ist laut Verfassungsschutzbericht 2004 einer der einflussreichsten Neonazis der Republik. Er ist wegen Volksverhetzung und Nutzung von Nazi-Symbolen verurteilt. Vor Gericht vertreten wurde er nach eigenen Angaben wiederholt vom Pro-Köln-Vorsitzenden und Rechtsanwalt Markus Beisicht.

Was sein Traumjob wäre, wurde Reitz einmal gefragt. Der Hitler-Fan brauchte keine Sekunde zum Nachdenken: „SA-Standarten-Führer“, sagte er. Was mit seinen Gegnern geschehe, wisse er auch schon. Irgendwann würde man denen „den Kopf abschlagen. Die werden dann auf dem Marktplatz gestellt und erschossen für das, was sie getan haben. In diesem Sinne: Sieg Heil!“

Pro-Köln-Kämpfer Rous, der so beharrlich an seinem Image als Saubermann arbeitet, passte das gemeinsame Foto nicht in den Kram. Er habe den jungen Mann nicht gekannt, habe nicht gewusst, wer neben ihm stand, behauptete Rous vor kurzem. Doch aus dem Munde von Reitz klingt das etwas anders. Der Pro-Köln-Mann habe ihn sogar gebeten, die Kundgebung mit zu organisieren, sagte er dem „Kölner Stadt-Anzeiger“: „Die meisten Teilnehmer sind auf meine Veranlassung gekommen.“

Ultra-Rechte holt die Vergangenheit ein

Totschläger war Anhänger der „Deutschen Liga“

Die Bürgerbewegung „Pro Köln“ wird im neuen NRW-Verfassungsschutzbericht in der Rubrik „Rechtsextremismus“ genannt. Im Umfeld des politischen Vorläufers der Partei, der „Deutschen Liga“, bewegten sich zahlreiche zwielichtige Figuren.

VON DETLEF SCHMALENBERG UND HARRIET DRACK

Er traktierte die junge Frau mit Faustschlägen, als sie blutüberströmt vor ihm auf dem Boden lag, hämmerte er mit dem Kolben eines Luftgewehres auf ihren Kopf ein, der Besinnungslosen schoss er mindestens zehnmal in die Schläfe und den Körper, dann stach er zweimal mit einem Messer zu und vernagelte sich anschließend sexuell an der Leiche. Weil er seine 27-jährige Mitbewohnerin nach einem Streit bestialisch getötet hat, wurde der 37-jährige Ulrich Klörries vergangene Woche wegen Totschlages vor dem Landgericht zu 15 Jahren Haft verurteilt.

Gegen diese Entscheidung hat die Staatsanwaltschaft jetzt Revision eingelegt. Die Strafe sei viel zu niedrig, meint Anklägerin Margarethe Reifferscheid, die schon im Prozess auf lebenslängliche Haft plädiert hatte: „Ich gehe nach wie vor von einem Mord aus.“

Der Mann, den die Staatsanwältin für den Rest seines Lebens hinter Gittern sehen möchte, ist in Köln kein Unbekannter. Ulrich Klörries, der in der Vergangenheit enge Kontakte zur Neonazi-Szene hatte, war 1994 bei der Kommunalwahl einer der Kandidaten auf der offenen Liste der ultrarechten „Deutsche Liga für Volk und Heimat“. Auf den vorderen Listenplätzen kandidierten die Rechtsextremen Markus Beisicht und Manfred Rouhs. Beide sind heute führende Köpfe der „Bürgerbewegung Pro Köln“, die wiederum ihre politischen Wurzeln bei der „Deutschen Liga“ hat.

„Unter dem Deckmantel kommunalpolitischer“ Themen versuche „Pro Köln“, Gemeinsamkeiten mit Wählern aus der politischen Mitte „vorzutäuschen“, glaubt Jörg Detjen, Fraktionschef der Linkspartei im Kölner Rat, ebenso wie seine Kollegen von der CDU und SPD.

Ralph Sterck-von der FDP spricht sogar vom „Wolf im Schafspelz, von rechten Rattenfängern, die populistische Themen dazu benutzen, um Menschen in ihren Dunstkreis zu ziehen.“

Gegen die Erwähnung in den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzberichten von 2002 bis 2005 hat „Pro Köln“ zwar geklagt. Doch nach Informationen des „Kölner Stadt-Anzeiger“ wird die Partei im Bericht für 2006 wieder unter der Rubrik „Rechtsextremismus“ geführt. Es lägen „gewichtige tatsächliche Anhaltspunkte“ für den Verdacht der extremistischen Bestrebungen vor, heißt es in dem Papier, das am Mittwoch veröffentlicht werden soll. Die Verfassungsschützer stützen sich in ihrer Bewertung unter anderem auf ein Urteil des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf.

Ich gehe nach wie vor von Mord aus

ANKLÄGERIN

Demnach würden Ausländer „pauschal als Ursache für Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Absenkung des Bildungsniveaus“ dargestellt. Zudem gebe es eine Zusammenarbeit „mit anderen rechtsextremistischen Organisationen“. Der Verdacht, Pro Köln wolle „tragende Strukturprinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung, zum Beispiel die Achtung der Menschenwürde“, beseitigen oder „außer Geltung“ setzen, sei begründet.

Die ultrarechten Kommunalpolitiker haben dies zwar stets bestritten. Bei dem Bemühen, ihr „Saubermann-Image“ zu pflegen, werden sie aber immer wieder von der Vergangenheit eingeholt. Denn im Dunstkreis der „Deutschen Liga“, deren Werdegang Rouhs und Beisicht maßgeblich mitbestimmt haben, bewegte sich so manch zweifelhafte Figur.

Er sei von 1993 bis 1998 Aktivist dieser Partei gewesen, sagte der alkoholabhängige Ulrich Klörries vor Gericht. In der Zeit wurde er dreimal wegen Körperverletzung verurteilt, zuvor war er sechs Jahre lang Mitglied der rechtsextremistischen FAP („Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“), einem Sammelbecken für militante Neonazis.

„Wie die aufgetreten sind, das hat mir schon sehr imponiert. Die waren

wie eine Familie für mich“, räumte Klörries vor Gericht nun ein. Der neonazistische Verein, berüchtigt unter anderem für gewalttätige, rassistisch motivierte Übergriffe, wurde im Februar 1995 vom Bundesverfassungsgericht verboten.

Ulrich Klörries, von dem die ehemaligen Liga-Funktionäre Rouhs und Beisicht behaupten, ihn nicht gekannt zu haben, ist nicht der einzige dubiose Unterstützer der rechtsextremen „Deutschen Liga“. Im Kommunalwahlkampf 1994 beispielsweise schoss ein Anhänger der Partei an einem Info-Stand mit einer Gaspistole auf Kritiker. Von einem anderen Kameraden ließ sich der Liga-Aktivist Rouhs, der heute für „Pro Köln“ im Stadtrat sitzt, zu seinen Veranstaltungen fahren: Thomas Adolf, der erstmals im Herbst 1992 in der rechten Szene aufgetaucht war, hatte sich kostenlos als Chauffeur und für Kurierfahrten angeboten.

Etwas elf Jahre später machte der glühende Nationalsozialist als „Killer von Overath“ Schlagzeilen. Mit einer Schrotflinte erschoss er im Oktober 2003 einen Anwalt, dessen Frau und Tochter. Schon Anfang der neunziger Jahre soll Adolf von angeblichen Söldnerinsätzen und Killerkommandos erzählt, die Gründung einer Wehrsportgruppe geplant haben. Rouhs will davon nie etwas gehört haben.

Aber er schätzte offensichtlich die ideologischen Fähigkeiten des Mochteger-Söldners. Im November 1993 durfte Adolf in der von Rouhs herausgegeben Zeitschrift „Europa Vorn“ einen Artikel über die Zukunft der rechten Parteien in Deutschland veröffentlichen. Unter der Schlagzeile „Zwei Hauptwege zur rechten Einheit“ schwadroniert der Nazi-Verehrer: „Die Erneuerung Deutschlands kann nur einer geistigen Abkehr unseres Volkes von dieser in ihren Grundfesten verkommenen Gesellschaft folgen.“

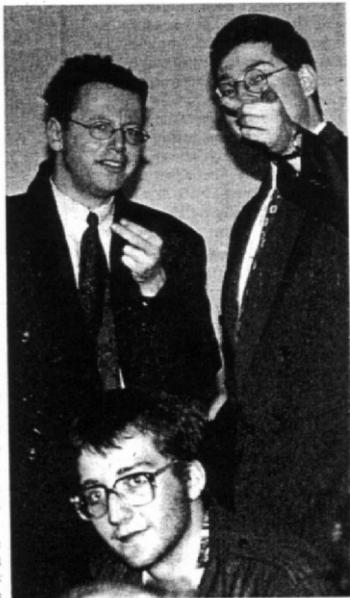
Dies glaubt vermutlich auch Axel Reitz. Ein Foto zeigt den jungen Pulheimer bei einer Kundgebung in Kalk vor der Kommunalwahl im Herbst 1999 neben Manfred Rouhs. Reitz ist laut Verfassungsschutz einer der einflussreichsten Neonazis der Republik. Er ist mehrfach wegen Volksverhetzung und Nutzung von Nazi-Symbolen vorbestraft, momentan verbüßt er eine 33-monatige Haftstrafe wegen Volksverhetzung.

Vor Gericht vertreten wurde er nach eigenen Angaben wiederholt vom Pro-Köln-Vorsitzenden und Rechtsanwalt Markus Beisicht. Was mit seinen Gegnern geschehe, wisse er genau, hat Reitz, der als Berufswunsch „SA-Standartenführer“ angegeben hat, bei einer Veranstaltung einmal gesagt. Irgendwann würde man denen „den Kopf abschlagen. Die werden dann auf den Marktplatz gestellt und erschossen für das, was sie getan haben. In diesem Sinne: Sieg Heil!“

Pro-Köln-Kämpfer Rouhs passt das gemeinsame Foto nicht in den Kram. Er habe den jungen Mann nicht gekannt, habe nicht gewusst, wer neben ihm stand, behauptete Rouhs vor geraumer Zeit. Doch aus dem Munde von Reitz klingt das etwas anders. Der Pro-Köln-Mann habe ihn 1999 sogar gebeten, die Kundgebung mit zu organisieren, sagte er dem „Kölner Stadt-Anzeiger“: „Die meisten Teilnehmer sind auf meine Veranlassung gekommen.“

Die ultrarechten Kommunalpolitiker Markus Beisicht (links stehend) und Manfred Rouhs Anfang der neunziger Jahre bei einer Diskussionsveranstaltung im Kölner Gürzenich. Sitzend davor der ehemalige Deutsche-Liga-Unterstützer Ulrich Klörries, der jetzt vom Landgericht Köln zu 15 Jahren Haft wegen Totschlages verurteilt wurde.

BILD: INFOSTELLE RECHTS-EXTREMISMUS



Abgeschobene Roma-Frau zurückgeholt

Kölner Unterstützer: „Muß Frau Pampurov erst gefoltert werden, bevor sie Schutz findet?“/Rechtsradikale setzen für Hinweise auf untergetauchte Frau 1.000 Mark „Belohnung“ aus ■ Von Walter Jakobs

Köln (taz) – In den Morgenstunden des 14. Januar holen zwei Männer und eine Frau sie unter den Augen ihrer verzweifelt wirkenden vierjährigen Tochter Misa aus dem Kölner Asylhotel ab. Nidar Pampurova, muslimische Roma aus Mazedonien, landet in Abschiebehaft. Zurück bleiben neben dem Mädchen ihr Mann Refik und der neunjährige Sohn Mur-tiza. Wenige Tage später, am 6.2. 1993, wird die 31jährige Frau, die seit vier Jahren in Köln lebte und deren Asylantrag vom Verwaltungsgericht als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt worden war, ins Flugzeug verfrachtet und ins mazedonische Skopje abgeschoben.

Eine alltägliche Szene in Deutschland, doch in diesem Fall mit ungewöhnlichen Folgen. Seit ein paar Tagen ist die Familie Pampurova wieder vereint – in Köln. Mit Hilfe von deutschen FreundInnen schaffte Frau Pampurova die Rückkehr in die Domstadt, wo sie sich seither zusammen mit Mann und Kindern bei Freunden versteckt hält. Auch das Asylgesuch ihres Mannes wurde zwar scheinrechtlich abgelehnt. Gegen die Abschiebung von Frau Pampurova hatten in den vergangenen Wochen Tausende in Köln vergeblich protestiert. Kölns Verwaltung, noch vor wenigen Monaten stolz auf das phantastische antirassistische Signal von 100.000 KölnerInnen unter dem Motto „Arsch hüh – Zäng useinander“, blieb hart.



Familie Pampurov: Wieder vereint, aber ins Versteck gezwungen.

„Muß Frau Pampurova“, so die Frage des Kölner Rom e.V. an die sozialdemokratische Verwaltungsspitze der Stadt, „erst gefoltert und vergewaltigt werden, bevor sie hier bei uns Schutz findet?“ Die untergetauchte Frau ist nach den Strapazen der letzten Wochen „völlig fertig und muß erstmal zur Ruhe kommen“, weiß Kurt Holl, Sprecher der Kölner Rom-Initiative. Die Stadt leiste sich die Schizo-

Stadtverwaltung und Gerichte ignorieren völlig die „neue Qualität der Bedrohung“ in Mazedonien, so Kurt Holl. Die Gerichte stützten sich auf einen Bericht des Bonner Außenamtes vom Juni 1992, der „völlig überholt“ sei. Daß sich die Lage in Mazedonien verschärft hat, läßt sich nicht zuletzt an der Mitte Februar erfolgten Entsendung von 700 UN-Blauhelmen in die Krisenregion ablesen. Wie gespannt die Lage rund um die Hauptstadt Skopje ist, belegt darüber hinaus eine knapp zwei Wochen zurückliegende gewalttätige Demonstration gegen den Bau einer Siedlung für muslimische Flüchtlinge. Mehrere tausend Menschen lieferten sich mit der mazedonischen Polizei eine Straßenschlacht, weil sie verhindern wollten, daß in der von NRW finanzierten Flüchtlingsunterkunft weitere Sinti und Roma untergebracht werden.

Während die Stadt Köln trotz solcher Nachrichten auf die Abschiebung pocht, aber nach den Worten des Ordnungsdezernenten Gerhard Kapius (SPD) „keine besonderen Anstrengungen“ unternimmt, die Familie aufzusuchen, schreiten andere zur Tat. Die rechtsradikale „Deutsche Liga“, als Fraktion dem Rat der Stadt Köln angehörend, hat eine „Belohnung für die Ergreifung der Nidar Pampurova“ ausgesetzt. 1.000 Mark zahlt die rechtsradikale Truppe für entsprechende Hin-

Foto: Manfred Wegener

weisen als Roma und als antifaschistische Partisanen schlimme Verfolgung erlitt.“ Die Kölner Stadtspitze verweist auf die Entscheidungen der Verwaltungsgerichte und beharrt darauf, daß die Roma-Familie Deutschland verlassen müsse. Um den Zustand der Illegalität zu beenden, wird jetzt von seiten der Roma-Unterstützer erwogen, einen Asylfolgeantrag zu stellen.

NAVIGATION

- [Startseite](#)
- [Kampagne](#)
- [Informationen](#)
- [Aktuell](#)
- [Offenes Forum](#)
- [Mitgliederforum](#)
- [Pressespiegel](#)
- [Suche](#)
- [Kontakt](#)

AKTUELL



Die Bürgerbewegung pro Deutschland fordert, Politiker zivilrechtlich in Haft zu nehmen für wirtschaftliche Schäden, die sie bei der Amtsausübung anrichten. Manfred Rouhs hat in Anlehnung an diesen Grundsatz im Rat der Stadt Köln einen Antrag eingebracht, der sich kritisch mit der Bestechungs-Affäre um den Bau der überbeurteilten Kölner Müllverbrennungsanlage auseinandersetzt.

INFORMATIONEN

- [Multikulturelles Weihnachten in München](#)
- [Unterschriftensammlung in München gestartet](#)
- [Ausstiegs-Angebot für CDU-Mitglieder](#)
- [pro Deutschland wählt neuen Bundesvorstand](#)
- [Plakat gegen Islamisierung](#)

HÄUFIG BESUCHT

- [pro Deutschland gegründet](#)
- [8. Mai - Mißbrauchte Geschichte](#)
- [Dormagen sagt NEIN zur Groß-Moschee](#)
- [Bundesversammlung der Bürgerbewegung pro Deutschland](#)
- [Zum Selbstverständnis der Bürgerbewegung pro Deutschland](#)



BUNDESVERSAMMLUNG DER BÜRGERBEWEGUNG PRO DEUTSCHLAND

Geschrieben von Administrator

Sonntag, 19 November 2006

Am 18. November 2006 fand in Bonn die erste ordentliche Bundesversammlung der Bürgerbewegung pro Deutschland statt. Die mehr als 200 Versammlungsteilnehmer aus Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bayern, Berlin und Brandenburg beschlossen Änderungen der Satzung, der Finanz- und Beitragsordnung sowie der Schiedsgerichtsordnung und setzten sich ausführlich mit der Frage auseinander, wie über ein kommunalpolitisches Engagement Einfluß auf die politische Entwicklung in Deutschland genommen werden kann. Hauptredner der Veranstaltung war der frühere „grüne“ Bundestagsabgeordnete Dr. Alfred Mechtersheimer, der „zur Strategie der Heuschrecken – wie internationale Finanzinvestoren die deutsche Wirtschaft ruinieren“ referierte.



Die Versammlung tagte unter der souveränen Leitung von Prof. Dr. Tilmann Reichelt, dem Bundesschatzmeister der Bürgerbewegung pro Deutschland. Den einzelnen Redebeiträgen schlossen sich jeweils lebhafte Diskussionen an.

Zahlreiche anwesende Gäste entschieden sich an Ort und Stelle, pro Deutschland beizutreten. Viele Teilnehmer der Versammlung kannten sich bislang nur durch die Kommunikation im Internet oder aus Telefonaten und nutzten die Gelegenheit zu einem persönlichen Kennenlernen.



Meinhard Gutowski, Fraktionsvorsitzender in Frankfurt (Oder), berichtete von der Aufbauarbeit der Bürgerbewegung in seiner Heimatstadt. Dort will pro Deutschland bis 2008 wahlkampffähig werden. Das kommende Jahr wird dafür entscheidend sein.



Lars Seidensticker hat vor wenigen Wochen bei der niedersächsischen Kommunalwahl in Hamburg im Landkreis Celle 6,6 Prozent der Stimmen eingefahren. Er begeisterte das Publikum mit einem Bericht über seinen Wahlkampf und die offensive Auseinandersetzung mit den alten politischen Kräften im Gemeinderat.

Dr. Alfred Mechtersheimers Vortrag über den Ausverkauf deutscher Unternehmen, von denen immer mehr durch ausländische Finanzinvestoren übernommen und ausgeschlachtet werden, enthielt für die Zuhörer viel Neues und – leider im negativen Sinne – Bemerkenswertes.



Rede von Dr. Mechtersheimer (Ausschnitt, 47,6 MB)



Manfred Rouhs, Bundesvorsitzender der Bürgerbewegung pro



Rechtsanwalt Markus Beisicht skizzierte den Weg der Bürgerbewegung pro Köln zum Wahlerfolg von 2004. Er stellte heraus, daß eine Konzentration der Kräfte auf die Arbeit in der eigenen Stadt, die Aufnahme brisanter kommunalpolitischer Themen und die Bindung möglichst weiter Bevölkerungskreise an die Bürgerbewegung mit Direktwerbmitteln Voraussetzung für einen zunächst regionalen politischen Durchbruch ist.



Rede von Markus Beisicht (54 MB)



Deutschland, faßte die Arbeitsergebnisse der Versammlung in seiner Schlußansprache zusammen.



Rede von Manfred Rouhs (17,2 MB)

Rouhs betonte, es sei nicht schwierig, einige hundert Menschen aus dem halben Bundesgebiet in einem Saal zu versammeln, wohl aber, zu erreichen, daß diese Menschen dann in ihrem jeweiligen Heimatort politische Öffentlichkeitsarbeit leisten. Er schloß die Versammlung mit dem Aufruf, es gelte, in möglichst vielen Städten und Landkreisen mit Petitionen zu Themen, die dem Bürger auf den Nägeln brennen, ins politische Geschehen einzugreifen. Die entsprechenden Flugblätter müßten in möglichst hoher Auflage an die Haushalte verteilt werden. Der Bundesverband der Bürgerbewegung pro Deutschland habe in 2006 jede dementsprechende Anforderung der regionalen Verbände erfüllen können und werde dies auch künftig leisten, sicherte Rouhs unter dem Beifall der Versammlungsteilnehmer zu.

Letzte Aktualisierung (Donnerstag, 23 November 2006)

[< zurück](#)

[weiter >](#)

[\[Zurück \]](#)



(C) 2008 Bürgerbewegung pro Deutschland

Joomla! is Free Software released under the GNU/GPL License.

Design by Mamboteam.com!



Startseite ► **Informationen** ► **pro Deutschland** ► pro Deutschland wählt neuen Bundesvorstand

Mittwoch, 09 Januar 2008

NAVIGATION

Startseite

Kampagne

Informationen

Aktuell

Offenes Forum

Mitgliederforum

Pressespiegel

Suche

Kontakt

AKTUELL

Viele Zuwanderer sind in Deutschland schlecht in den Arbeitsmarkt integriert, beklagt die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in einer Studie. Das gelte auch für Hochqualifizierte und für die Kinder von Zuwanderern. U.a. seien insbesondere Sprachbarrieren eine der Ursachen.

INFORMATIONEN

Multikulturelles Weihnachten in München

Unterschriftensammlung in München gestartet

Ausstiegs-Angebot für CDU-Mitglieder

pro Deutschland wählt neuen Bundesvorstand

Plakat gegen Islamisierung

HÄUFIG BESUCHT

pro Deutschland gegründet

8. Mai - Mißbrauchte Geschichte

Dormagen sagt NEIN zur Groß-Moschee

Bundesversammlung der Bürgerbewegung pro Deutschland

Zum Selbstverständnis der Bürgerbewegung pro Deutschland

PRO DEUTSCHLAND WÄHLT NEUEN BUNDESVERSTAND

Geschrieben von Administrator

Sonntag, 04 November 2007

Am 3. November 2007 fand in Remagen die zweite ordentliche Bundesversammlung der Bürgerbewegung pro Deutschland statt. Im Mittelpunkt der von mehr als 200 Mitgliedern und Unterstützern der Bürgerbewegung aus dem gesamten Bundesgebiet gut besuchten Veranstaltung stand die Wahl eines neuen Bundesvorstandes. Die Versammlung bestätigte das 42-jährige Kölner Ratsmitglied Manfred Rouhs als Bundesvorsitzenden. Ins Amt des stellvertretenden Bundesvorsitzenden wählte sie das 59-jährige Mitglied des Rates der Stadt Heilbronn, Alfred Dagenbach von pro Heilbronn. Als Bundesschatzmeister wurde Prof. Dr. Tilmann Reichelt aus Bonn (66) im Amt bestätigt. Neue Schriftführerin ist das Kölner Ratsmitglied Regina Wilden (61).

Sechs Beisitzer, denen die im Anschluß an die Bundesversammlung durchgeführte konstituierende Vorstandssitzung jeweils einen bestimmten Aufgabenbereich zuwies, vervollständigen den Vorstand: Lars Seidensticker (34), der bei der niedersächsischen Kommunalwahl im vergangenen Jahr mit 6 Prozent der Wählerstimmen in den Rat der Stadt Hamburg im Landkreis Celle gewählt worden ist, übernimmt das Ressort „Kommunalpolitik“. Peter Werner (70) von pro München ist zuständig für „Organisation“. Christian Perbandt (46) von pro Hannover wurde vom Vorstand zum Pressesprecher gewählt. Fred Steinger (68) aus Heilbronn, der als

Marketingfachmann jahrelang für die Werbeabteilung eines großen italienischen Automobilkonzerns in Deutschland gearbeitet hat, übernimmt das Ressort „Öffentlichkeitsarbeit“. Dr. Friedrich Löffler (75) aus Wesseling bei Bonn ist zuständig für „Inlandskontakte“ und Michael F. Kucherov (44), der in Wien geboren wurde, jahrelang in den USA lebte und seither die halbe Welt bereist hat, für „Auslandskontakte“.

Für den Vlaams Belang hielt das Mitglied des Flämischen Parlaments Hilde de Lobel aus Antwerpen einen für alle Versammlungsteilnehmer lehrreichen Vortrag über die Entwicklung des Vlaams Blok, der mittlerweile in Vlaams Belang umbenannt wurde, von einer kleinen Formation mit überschaubarem Wählerpotential zu einer bestimmenden Kraft in der flämischen Politik. Den von ihr beschriebenen Weg bezeichnete Manfred Rouhs als „vorbildlich für uns in Deutschland“. Rüdiger Schrems skizzierte zudem die politische Arbeit der Bürgerbewegung pro München, die im kommenden Jahr bei der Kommunalwahl den Einzug in den Rat der bayerischen Landeshauptstadt in Fraktionsstärke als Ziel ins Auge gefasst hat. Schrems schilderte insbesondere unter lautem Beifall der Anwesenden die Positionierung seiner Formation gegen von Extremismus und Rückwärtsgewandtheit geprägte politische Zusammenhänge, die leider anderenorts in Deutschland immer noch deutschen Patriotismus in Mißkredit bringen.

Manfred Rouhs ist mit Verlauf und Ergebnis der diesjährigen Bundesversammlung zufrieden:

„Der 3. November 2007 bedeutet für die Entwicklung der Bürgerbewegung pro Deutschland einen Qualitätssprung. Im neuen Vorstand sind vier kommunale Mandatsträger aus drei Bundesländern vertreten – das begründet selbstverständlich noch lange kein Mandat für eine bundesweite Kandidatur bei Wahlen, bestätigt aber unser Selbstverständnis als politische Organisation, die in ihrer gegenwärtigen Entwicklungsphase der kommunalpolitischen Aufbauarbeit Priorität einräumt: pro Deutschland dient mit zunehmend sichtbarem Erfolg der Vernetzung zukunftsorientierter, demokratischer Nonkonformisten, die in ihren jeweiligen Regionen bei Wahlen erfolgreich sind. Daraus kann schnell mehr werden, wie das Beispiel unserer Freunde und Bündnispartner in anderen europäischen Ländern gezeigt hat.“



Ein Teil der Versammlungsteilnehmer besichtigte vor Beginn der Bundesversammlung unter fachkundiger Führung das Friedensmuseum Brücke von Remagen. Besondere Aufmerksamkeit fand der Teil der Ausstellung, der sich mit den Rheinwiesenslagern befaßt. Dort starben nach Ende des Zweiten Weltkrieges unzählige deutsche Kriegsgefangene an den unmenschlichen Lagerbedingungen.

Manfred Rouhs konnte in seinem Rechenschaftsbericht auf steigende Mitgliederzahlen und wachsende Aktivitäten in den Regionen hinweisen. Plänen für eine bundesweite

Wahlteilnahme erteilte er dagegen eine Absage.



Redeauszug Manfred Rouhs (4,3 MB)



Prof. Dr. Tilmann Reicheit stellte in seinem Rechenschaftsbericht als Bundesschatzmeister klar, daß pro Deutschland keinerlei Gelder an Mitglieder oder Funktionäre auszahlt, sondern die gesamte Finanzkraft in die Öffentlichkeitsarbeit investiert. Porto- und Druckkosten bilden mehr als 90 Prozent der Ausgaben.



Alfred Dagenbach stellte die erfolgreichen Aktivitäten der Bürgerbewegung pro Heilbronn dar. Er wurde zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Bürgerbewegung pro Deutschland gewählt.



Rüdiger Schrembs berichtete von mehr als 60 Infoständen und einer sechsstelligen Zahl von an die Haushalte der bayerischen Landeshauptstadt verteilten Flugblättern der Bürgerbewegung pro München. Für die Münchener wurde Peter Werner in den Bundesvorstand gewählt.



Hilde de Lobel, Mitglied des flämischen Parlaments, kann sich noch an Zeiten erinnern, als Versammlungen ihrer Partei schlechter besucht waren als die pro-Deutschland-Versammlung in Remagen. Der Weg des Vlaams Belang zu einer bedeutenden Größe in der flämischen Politik ist für pro Deutschland vorbildlich.



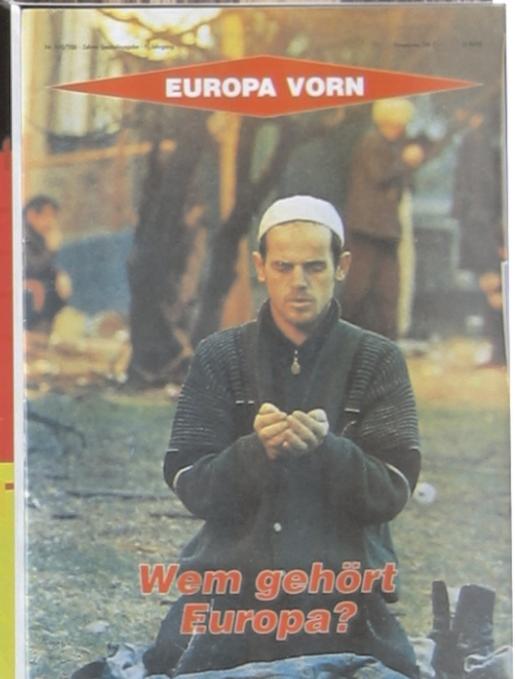
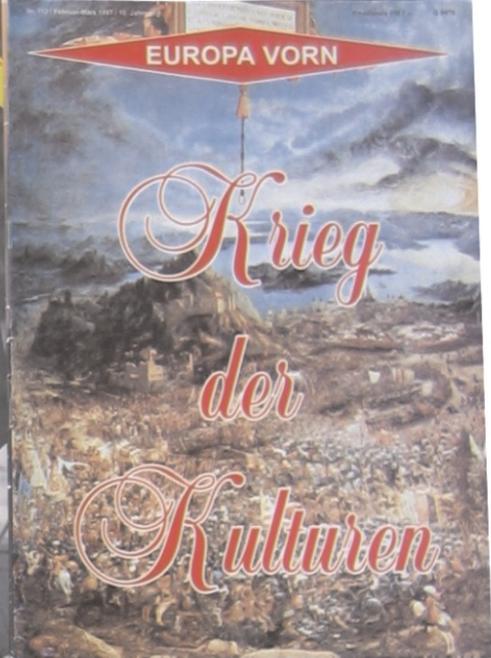
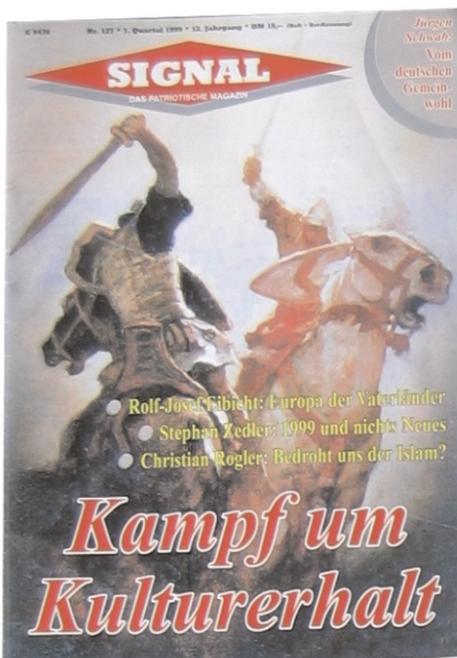
Der neugewählte Bundesvorstand v.l.n.r.: **Peter Werner** (Organisation), **Fred Steinger** (Öffentlichkeitsarbeit), **Christian Perbandt** (Pressesprecher), **Lars Seidensticker** (Kommunalpolitik), **Alfred Dagenbach** (Stellvertretender Bundesvorsitzender), **Manfred Rouhs** (Bundesvorsitzender), **Regina Wilden** (Schriftführerin), **Prof. Dr. Tilmann Reichelt** (Bundesschatzmeister), **Dr. Friedrich Loeffler** (Inlandskontakte), **Michael F. Kucherov** (Auslandskontakte).

Letzte Aktualisierung (Sonntag, 11 November 2007)

[< zurück](#)

[weiter >](#)

[



Extreme Rechte | Die Zeitschrift nation24.de



Von Johannes Lohmann

Pro Rechts

Die Zeitschrift nation24.de

“Wer das Ende der multikulturellen Gesellschaft fordert und damit meint, dass ein Staat auch eine kulturelle Identität und gemeinsame Grundwerte benötigt, [...] bewegt sich im Rahmen der freiheitlich demokratischen Grundordnung“, so begründete das Verwaltungsgericht Düsseldorf sein Urteil vom 21. November 2006, das die in den NRW-Verfassungsschutzberichten vorgenommene Bezeichnung ‘rechtsextrem’ für die Zeitschrift *nation24.de* für unzulässig erklärte. Für den Kölner Herausgeber **Manfred Rouhs** ein “Sieg für Demokratie und Pressefreiheit”.

Bereits 1987 gründete der damals 22-jährige Rouhs die Postille *EUROPA VORN*, das zeitweilig als eines der bedeutendsten Strategie- und Theorieorgane der so genannten Neuen Rechten galt. Nach etwa zehn Jahren erfolgte die Umbenennung in *SIGNAL*, seit 2003 kommt das Blatt nun unter dem Titel *nation24.de* daher. Die seit 1987 fortlaufende Nummerierung ist zwischenzeitlich bei Nr. 157 angelangt, die Auflage soll laut zu bezweifelnden Eigenangaben 5.000 betragen. Das dreimonatlich erscheinende und 3,75 Euro teure Heft mit Vierfarb-

Cover umfasst in der Regel 40 Seiten und ist auch über den Buchhandel erhältlich.

Pro Nation

Nation24.de enthält eine Mischung aus Theorie, Berichterstattung und Unterhaltung. Die meisten Artikel stammen von Rouhs selber, manchmal finden sich auch Gastautoren wie der ehemalige KSK-Kommandeur **Reinhard Günzel** oder **Markus Wiener**, stellvertretender Vorsitzender der extrem rechten *Bürgerbewegung pro Köln*, deren Fraktion im Kölner Stadtrat von Rouhs geleitet wird.

Inhaltlich wird die bekannte Themenpalette der extremen Rechten abgedeckt. Im Mittelpunkt steht die deutsche Nation und der Kampf gegen die multikulturelle Gesellschaft. In der aktuellen Ausgabe entwirft Rouhs einmal mehr ein Bedrohungsszenario, nach dem “weite Teile des etablierten politischen Apparates” tatenlos zusähen, wie die Deutschen “multi-kultureller, fremdsprachiger, ärmer und infolge dessen zunehmend unzufrieden werden”. Dabei werden die bekannten und weit verbreiteten Ressentiments gegen MigrantInnen bemüht. Anstelle von “Ausländer raus!”-Forderungen und offenem

Rassismus ist jedoch die Rede von “freiwilliger Rückkehr” und “Minus-Zuwanderung”. Die Ablehnung des Islams wird in *nation24.de* vielfach über die Thematisierung einer Unterdrückung der Frau begründet. Dass es dabei jedoch nicht um eine Kritik an patriarchalen Strukturen geht, sondern vielmehr um die Ablehnung von Zuwanderung, machen Überschriften wie “Multi-Kultopia in Trümmern” deutlich. Auch die Bebilderung ist so gestaltet, dass sie eine emotionale Ebene anspricht. Zu sehen sind gesichtslose Menschenmassen, große Moscheen und verschleierte Frauen. Das Bild der “Bio-Deutschen” hingegen: blond, sexy und mit Deutschland-Fahne in der Hand. Bei der Fußball-WM stimmte man ein in den Chor der “schwarz-rot-geil”-Betrunkenen. Die Deutschen hätten nun endlich einen positiven Zugang zu sich selbst und ihrem Land gefunden. Dieses jedoch war in fast allen bundesdeutschen Medien zu lesen.

Pro ethnische Gemeinschaft

Anders aber als beispielsweise bei der neoliberal geprägten nationalistischen Kampagne “Du bist Deutschland” (vgl. *LOTTA* Nr. 21 S. 10) ist der Nationalismus bei *nation24.de* weiterhin völkisch bestimmt. “Auch die modernsten Nationen bleiben [...] notwendig auch ‘ethnische Gemeinschaften’, die sich auf der identitätsstiftenden ‘Suche nach ihrer Vergangenheit’ befinden, und die auf eine immer neu interpretierte ‘eigene Geschichte und ein eigenes Schicksal’ angewiesen sind”, wird dem Verständnis von Nation als Staatsnation entgegengestellt. Deutscher kann demnach also nur sein, wer ‘deutschen Blutes’ ist, die Nation wird zur homogenisierten und ausgrenzenden Lebens- und Schicksalsgemeinschaft. Die darin zusammengefassten Individuen würden quasi naturgemäß ein Gefühl von Gemeinsamkeit entwickeln, das sich in einer kulturellen und einer nationalen Identität ausdrücke. Diese ist für Rouhs und Co. zum einen durch die ‘Gleichmacherei’ von

McWorld' bedroht und auf der politischen Ebene durch imperialistische Bestrebungen der USA und anderer, die dem "Selbstbestimmungsrecht der Völker" entgegenstünden. Das ethnopluralistische Konzept, nach dem jedes "Volk" gleich viel wert ist, aber im 'angestammten Territorium' zu verbleiben hat, zieht sich durch zahlreiche Artikel von *nation24.de*. Rouhs persönlich brüstet sich damit, die Parole "China den Chinesen, die Türkei den Türken und Deutschland den Deutschen" kreiert zu haben.

Pro 'Opfer'

In zahlreichen Artikeln wie "Mißbrauchte Geschichte -Wie die politische Klasse den 8. Mai propagandistisch ausschlachtet" werden die Deutschen zu Opfern erklärt, wird die Kriegsschuld in Frage gestellt und ein angeblich ausufernder 'Gedenkkult' angeprangert. Bei allen diesen Themen bezieht sich *nation24.de* gerne auf vermeintlich seriöse Wissenschaftler wie **Arnulf Baring** oder bekannte (Alt)Politiker wie **Helmut Schmidt**. Dieses, um die eigene Position aufzuwerten und zu 'belegen', dass in *nation24.de* letztlich nur "Volkes Wille" geäußert werde und man schließlich nur kundtue, was ein großer Teil der Deutschen denke. Folgerichtig wird immer wieder auf das "Recht auf freie Meinungsäußerung" gepocht. Diese werde den "politischen Nonkonformisten" durch ein "Meinungskartell der Altparteien", der "Diktatur der Bessemmenschen" und sich zusammenrottenden "Antifa-Banden" streitig gemacht.

Pro Köln

In regelmäßigen Abständen berichtet Rouhs über Neuigkeiten in eigener Sache, vor allem über die selbsternannte *Bürgerbewegung pro Köln*. Er plädiert dafür, dieses Modell bundesweit auszudehnen und nutzbar zu machen (vgl. *Lotta* # 25, S. 17 ff.). Die "Bürgerbewegung" gehöre zu den "heute leider noch wenigen Trägern eines zukunftsorientierten, demokratischen Patriotismus", so Rouhs, nicht

"Gegen Multi-Kultur": Das Schwerpunktthema blieb bis heute erhalten: nation24.de-Vorgänger



ohne sich von offenkundigen Neonazis zu distanzieren: "Glatze, Springerstiefel und ferngesteuerte Plastikmodelle deutscher Panzer aus dem Zweiten Weltkrieg, liebevoll bemalt in den Tarnfarben vergangener Zeiten, markieren den Schlusspunkt der Entpolitisierung. Wer in solche Biotope eintaucht [...] verkörpert in einer komplizierter gewordenen Welt mit seinen einfach gestrickten Losungen von vorgestern nicht wirklich eine Alternative zu den Regierenden." Auch die NPD sei lediglich eine Pseudo-Opposition. Es gehe darum, die wahren Interessen der Bürger zu vertreten. Diese Strategie wird durch *nation24.de* publizistisch flankiert. Und natürlich wird auch die von Rouhs 2005 mitgegründete *Bürgerbewegung pro Deutschland* in *nation24.de* bejubelt. Kein Zufall also, dass das Heft den Untertitel "Unabhängiges Magazin pro Deutschland" trägt.

Pro Rouhs

Zu den regelmäßigen Rubriken im Heft gehört die Rubrik "Unterhaltung", in der PC-Spiele, Filme und auch Bücher vorgestellt werden. Natürlich können die Produkte direkt beim *nation24.de*-Versand käuflich erworben werden. Neben Filmen und Büchern mit unverdächtigen Titeln sind auch solche mit extrem rechten Inhalten im Angebot. Wurde früher auch klassischer RechtsRock angepriesen, so besteht das Musikangebot heute fast ausschließlich aus dem Liedgut der bündischen Jugend, rechter Liedermacher und aus Marsch- und Militärmusik.

Bedeutung

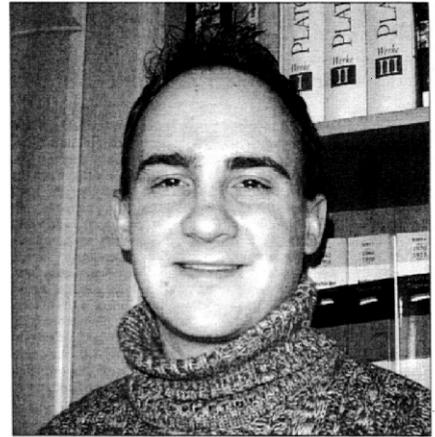
Nation24.de hat nicht die Bedeutung für die extreme Rechte, die anderen politischen Magazinen wie beispielsweise *Nation Europa* zukommt. Die Neonazi-Szene lehnt die "Demokröte" Rouhs und damit auch *nation24.de* sogar strikt ab. Interessant ist das Heft für diejenigen, die an rechter Theoriebildung jenseits einer offenen nazistischen Ideologie partizipieren wollen und/oder an der Strategie von *pro Köln* und *pro Deutschland* Gefallen finden. In dieser Hinsicht ist *nation24.de* auch eng mit dem Erfolg oder Misserfolg von Rouhs als Lokalpolitiker verknüpft. Ein Scheitern könnte das Ende oder zumindest eine weitere Marginalisierung des Blattes bedeuten.

Eigenen Aussagen zufolge strebte Rouhs mit *nation24.de* auch eine Wandlung von der "klassischen politischen Zeitschrift" zum "modernen Internetmagazin" an. Das Internet böte "politischen Nonkonformisten" die Möglichkeit, "tagesaktuell Nachrichten, Informationen & Meinungen für Jedermann bereit zu halten" und "nonkonforme politische Ansätze in Deutschland vor[zustellen". Tatsächlich aber dient die Homepage vornehmlich dem Bewerben und dem Verkauf seiner Produkte. Bei den Veröffentlichungen handelt es sich zumeist um Zweitverwertungen. Nur als Besteller der Printausgabe bekommt man zudem Zugriff auf tiefergehende Artikel und auf das Forum. Aber auch hier fühlen sich nur wenige Nutzer eingeladen, über Inhalte oder Strategien zu diskutieren. Von einem "modernen Internetmagazin", wie ursprünglich angekündigt, kann also nicht wirklich die Rede sein.

»Mit dieser Bundesführung haben die Republikaner keine Chance«

Im Gespräch mit dem REP-Stadtverordneten von Gelsenkirchen

Kevin Gareth Hauer



Kevin Gareth Hauer wurde 1978 in Gelsenkirchen geboren. Er ist Leutnant der Reserve der Fallschirmjägertruppe. Zur Zeit studiert er Pädagogik, Politik, Sozialökonomie M.A. und BWL. Hauer ist Mitglied der Deutschen Burschenschaft und der Burschenschaftlichen Gemeinschaft. Als Stadt- und Bezirksverordneter der Republikaner wirkt er im Stadtrat Gelsenkirchen, wo er gleichzeitig Kreisvorsitzender der REP ist. Kevin Gareth Hauer ist Vater eines Kindes. www.hauer-mit-rat.de

DS: Herr Hauer, die Republikaner haben Anfang Dezember 2006 die Wiederwahl Rolf Schlierers verkündet. Eine noch vor dem Parteitag befürchtete, wie auch immer geartete Zusammenarbeit zwischen Republikanern, DVU und NPD schien in weiter Ferne. Nun üben Sie Mitte Dezember ankündigen, der Parteitag werde angefochten (die DS berichtete). Können Sie uns aus Ihrer Sicht die Gründe dafür nennen?

Hauer: Für die Entscheidung gibt es mehrere Gründe. Bereits bei der im Vorfeld erfolgten Delegiertenaufstellung wurde erheblich manipuliert. Man konnte beispielsweise beobachten, daß von interessierter Seite aus versucht wurde, sicherzustellen, daß nur Delegierte aufgestellt werden, die auf Schlierer-Winkelsset-Kurs sind. Weiterhin wurden bereits gewählte »kritische« Delegierte einfach gestrichen und einige Leistungsträger sogar aus der Partei gedrängt. Auch folgten Sicheleinen, die in einer demokratischen Partei unüblich sein sollten, aber an innerparteiliche stalinistische Säuberungsaktionen erinnern: Kritikern, darunter mir, wurde der Zugang zu parteiinternen Diskussionsforen unter haarsrübenden Argumenten gesperrt und kritische Beiträge auf den entsprechenden Internet-Seiten wurden gelöscht oder durch andere ersetzt. So hat man unter anderem dem Landesvorsitzenden von Sachsen-Anhalt den Zugang gesperrt, nachdem er sich offen für den Gegenkandidaten von Rolf Schlierer ausgesprochen hatte. Auch das Löschen einer Pressemeldung von Dr. Clemens, dem Gegenkandidaten, auf der offiziellen Weltweitzseite kann nur so erklärt werden, diese Hetzkampagne führte dazu, daß Kritiker des offiziellen Parteikurses mundtot gemacht wurden. Allerdings konnte man bereits früher eine solche parteischädigende Linie der Parteiführung bemerken, zuletzt beim Landtagswahlkampf in Berlin, der von der Parteileitung boykottiert wurde, um anschließend das schlechte Ergebnis dem Spitzenkandidaten und Gegenkandidaten von Schlierer, Dr. Björn Clemens, in die Schuhe zu schreiben.

Die Krönung aber war die Feststellung des Parteivorstandes in dem von ihm heruntergewirtschafteten »Parteiabläschen«, daß der Berliner Landesverband seine Hilfe ja gar nicht angenommen hätte! Aber auch am eigenen Leib mußte ich den Versuch der Parteileitung spüren, nur unkritische Delegierte für den Parteitag zu gewinnen. Frau Winkelsset versuchte mich mit allen Mitteln vom Parteitag fernzuhalten: So wurde die Delegiertenwahl in meinem Kreisverband Gelsenkirchen für ungültig erklärt, da der Landesverband angeblich keine Einladung erhalten hatte. Natürlich eine glatte Lüge! Weitere Lügen folgten: Nach dem Bruch der Gelsenkirchener Stadtratsfraktion, der ich als Kreisvorsitzender ebenfalls angehörte, versuchte sie mir die Schuld zu geben, was sie auch veröffentlichte. Mir blieb nur übrig, mich anwaltdich gegen verschiedene Behauptungen zu wehren, so daß ich eine hässliche Verfügung erwirken mußte. Ein in anderen Parteien wohl mehr als unübliches Procedere. Danach überzog mich Frau Winkelsset mit Ordnungsmaßnahmen und letztlich mit einem Parteiaus-schlußverfahren mit dem Ziel, daß meine Mitgliedsrechte ruhen und sie selbst zu einer Mitgliederversammlung des KV Gelsenkirchen einladen konnte, um einen ihr genehmen Kreisvorstand wählen zu lassen. Auch hier blieb mir

nur der Weg über die Gerichte, so daß ich mich im Rahmen einer erneuten einstweiligen Verfügung wieder einklinken konnte. Zuvor mußte Winkelsset erkennen, daß die überwiegende Zahl der Gelsenkirchener Mitglieder ohnehin hinter mir stand, weshalb sie die einberufene Mitgliederversammlung kurzerhand abbrach. Der Zusammenhalt in meinem Kreisverband bestärkte mich, der Partei treu zu bleiben. In der Gelsenkirchener Erklärung distanzieren sich die KV-Mitglieder nahezu geschlossen vom Schlierer-Winkelsset-Kurs und mißbilligen jegliche Zusammenarbeit mit der Antifa, wie in Bremen geschehen. Dennoch verweigerte man mir auf dem folgenden Bundesparteitag den Zutritt.

DS: Welche Chancen geben Sie Ihrem juristischen Vorstoß?

Hauer: Unter normalen Umständen würde ich mir sehr gute Chancen ausrechnen, da ich moralisch und rechtlich im Recht bin. Für jedes ordentlich agierende Schiedsgericht liegen die Beweise auf der Hand. Allerdings habe ich erhebliche Zweifel, ob das Parteischiedsgericht auch dementsprechend urteilt. So sagte der Vorsitzende des Bundes-schiedsgerichts, Wolfgang Wengle, unter Zeugen zu mir: »Es interessiert mich nicht, welchen »Wisch« Sie vom Gericht haben. Sie kommen hier zum Bundesparteitag, DS) nicht rein!« Daraufhin wurde das Sicherheitspersonal des Bundesparteitages nochmals ausdrücklich angewiesen, mich den Zutritt zu verweigern. Zudem unterschrieb Herr Wengle das Urteil des Landes-schiedsgerichts gegen mich mit den Hinweisen, die Berufungsmöglichkeit auf Bundesebene wiederum ihm zukommen zu lassen, da er dafür verantwortlich sei. Das ist meiner Meinung nach juristisch mehr als bedenklich, wenn in der Berufungsinstanz die gleiche Person urteilt, die auch in der ersten Instanz geurteilt hat. Das ist nicht mehr rechtsstaatlich. Dem werde ich mich auch mit allen möglichen Mitteln widersetzen.

DS: Nun haben die Schlierer-Republikaner sich ja stets etwas auf ihre demokratische Grundhaltung zugute gehalten. Bekommt das Bild des guten Demokraten Schlierer zunehmend Risse?

Hauer: Welches gute Bild als Vorseize-Demokrat? Durch die Schlierer-Winkelsset-Clique existiert keine interne Demokratie. Wer nicht auf »Linie« ist, wird systematisch bekämpft. Dabei geht Schlierer selbst sehr geschickt vor und nutzt seine Kettenhunde für die »Drecksarbeit«. In kritischen Fragen hält Schlierer sich formal zurück. Gehezt wird einerseits gegen freie Kameradschaften, derweil ein verurteilter Drogen-dealer als Delegierter fungieren darf. So werden Lügen und Gerichte über eigene Mitsreiter verbreitet, um Kritiker mundtot zu machen. Auch bei Uschi Winkelsset ist das Demokratieverständnis unterentwickelt: Meine Kritik an ihrer Wahl zur Landesvorsitzenden tat sie als inakzeptabel und undemokratisch ab, meine erwirkte einstweilige Verfügung ist für sie aber eine nicht-sagende Erklärung.

DS: Wer steckt hinter diesem merkwürdig anmutenden undemokratischen Gebaren, und wer hat davon eigentlich einen Nutzen? Von einem erfolgreichen Kurs der Schlierer-Republikaner kann man ja gewiß nicht sprechen.

Hauer: Bei dieser Frage sind die »Verschwörungstheoretiker« gefragt! Entweder man führt die Partei mit Absicht ins Verderben, oder man ist einfach nur dumm und unfähig. Aber kann ein promovierter Parteivorsitzender dumm und unfähig sein?

In erster Linie ziehen die Systemparteien ihren Nutzen aus der Misere. Eine vernünftige politische Führung wird natürlich, daß nur eine nationale Konzentration das Unheil in unserem Lande bekämpfen und aufhalten kann. Der »Erfolg« des Parteitages dagegen ist beispielsweise, daß neben dem Landesvorsitzenden und einem Großteil der Mitglieder von Sachsen-Anhalt nun auch der Landesvorsitzende von Berlin seinen Austritt verkündet hat. Wenn man sich überlegt, daß ein einziges nationales Lager oder zumindest eine Übereinkunft Wählerstimmen, Einfluß, Geld und Infrastrukturen bedeutet, muß man sich fragen, wie die Erfolgsbilanz nach dem Parteivorstand von Schlierer aussieht. Und da kann ich nur feststellen, daß die »Kartelldemokraten« noch fester im Sattel sitzen als vorher!

DS: Welche Rolle spielt Ursula Winkelsset?

Hauer: Frau Winkelsset ist die »Axt im Walde«. Sie ist für die »großen« Dinge zuständig. Dabei ist sie in der Wahl der Mittel nicht gerade zimperlich. Zudem nutzt sie Landesvorstandsmitglieder, um Lügen zu verbreiten. Beispielsweise übernimmt Barbara Behrendt, stellvertretende Landes-schatzmeisterin und Kreisvorsitzende aus Dortmund, gern diese Funktion. Als ich noch nicht als Kritiker eingestuft war, erzählte sie mir oft Dinge, die sich später als Lügen herausstellten. Natürlich wurden auch gegen mich Falschaussagen getätigt. Zudem nutzt Winkelsset auch gemischte Geister, die sie gut lenken kann. Hier ist beispielsweise Herr Menke aus Gelsenkirchen zu nennen, der mehrmals durch Alkohol-exzesse aufzufallen ist und mich als Handlanger von Winkelsset in Gelsenkirchen bekämpfte. Frau Winkelsset benötigt Besätigung – die Funktionen in der Partei mißbraucht sie, um sich selbst zu definieren und zu profilieren. Reiner Geltungsdrang. Darum hängt sie auch an den Funktionen. Aber ihre eigene moralische Integrität ist dadurch mittlerweile erheblich ins Schwanken gekommen. Nachweislich hat sie über Jahre hinweg ihren Mann betrogen, übrigens mit einem anderen hochrangigen Parteifunktionär. Ihr Sohn wurde wegen Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz strafrechtlich verfolgt. Nicht gerade allzu positiv und weit entfernt von einem familiären »Sauberemann-Image!« Selbst für Schlierer dürfte diese Frau nicht mehr lange tragbar sein.

Aber es gibt auch andere Angehörige der Schlierer-Clique: Der Bundesschatzmeister Goertz und der stellvertretende Bundesvorsitzende Gärtner sind hier exemplarisch zu nennen. Herr Gärtner führt sich in Bayern so selbstherrlich auf wie Frau Winkelsset in Nordrhein-Westfalen. Herr Goertz ist der Mann der »tausend Aufgaben«. So sperrt er unter anderem Parteiseiten von in Ungnade gefallenen Mitgliedern.

Sehr kurios sind auch die finanziellen Verzweigungen in der Partei, die nicht selten etwas mit Frau Winkelsset zu tun haben. So soll die Partei an verschiedenen Firmen Geld für bestimmte Leistungen zahlen, zum Beispiel an die Firma Wingo Office, neuerdings Winkelsset/Goertz-Management. Zudem steht dem Bundesschatzmeister Goertz ein

Betrag zu, den sich dieser selbst erhöht hat. Für den Anschein von Demokratie hat er sich dies zuvor vom Bundesvorstand bestätigen lassen – der schöne Schein der Demokratie. Interessant ist, daß Goertz neben der Wingo Office und als Bundesschatzmeister auch noch als Kommunalbeamter in Erkelenz Geld erhält. Bei Herrn Gärtner hört man intern häufiger einen Zusammenhang zur Firma Sun-shine GmbH. Der Dienst an der Partei scheint für manche Parteifunktionäre auch ein Verdienst an der Partei zu sein.

DS: Warum wurde Schlierer überhaupt gewählt?

Hauer: Gute Frage! In erster Linie deshalb, weil die »kritischen« Delegierten durch die vorhergehenden Manipulationen nicht teilnehmen konnten. Mich beispielsweise ersetzte man durch den Winkelsset-Getreuen Reinhard Menke. Rechtlich unhaltbar, da er nicht als Ersatzdelegierter – er war nur zweite Wahl – meines Kreisverbandes gewählt worden war, und ich auch vor Ort war, mir allerdings der Zutritt zum Parteitag verweigert wurde. Interessant dabei ist, daß ich einen Tag vor dem Bundesparteitag vom Landes-schiedsgericht das Urteil zum Parteiaus-schluß erhalten hatte. Nur legte ich umgehend Berufung ein, was eine aufsehenswerte Wirkung zur Folge gehabt hätte und mir der Zutritt deshalb nicht hätte verweigert werden dürfen. Wie einige alte Hasen aus der Partei auf dem Parteitag feststellten, waren viele neue Gesichter anwesend. Wenn man sich seine Delegierten aussucht, sind Traumergebnisse natürlich nicht verwunderlich. Die neuen Delegierten wußten vermutlich nicht, was hinter den Kulissen passiert. Das Ganze dürfte gerade die mittledeutschen Leser noch an die Zustände in der DDR-Volkskammer erinnern.

DS: Wie kann es nun politisch weitergehen? Nehmen wir an, Dr. Clemens bekommt eine zweite Chance und kann die Delegierten hinter sich vereinen. Wie könnte die politische Zukunft in nationalen Lager dann aussehen?

Hauer: Dann passiert genau das, was kein Etablierter will: Gespräche rund um den Deutschlandpakt könnten stattfinden und eine nationale Konzentration wäre, zumindest was Wahlabsprachen angeht, erreichbar. Das nationale Lager hat nur eine Chance, wenn es zusammenhält und geballt zuschlägt. Abspaltungen, kleine Neugründungen und sonstige Mutationen haben heutzutage auf lange Sicht gesehen keine Erfolgchance. Bestes Beispiel ist hier die Schill-Partei. Und das wird auch den ohne tatsächliche Basis existierenden Deutschen Konservativen und auch der substanzlosen Vereinigung »Heimat Hamburg« so ergehen. Dagegen ist Dr. Clemens ein Mann mit Visionen, der »anpacken« kann. Mit Dr. Clemens bekäme die Partei zumindest wieder eine Überlebenschance, und aus den derzeitigen Resten könnte sich wieder etwas Lebhafteres entwickeln. Ich persönlich würde mir wünschen, daß wir als Partei mit gemeinsamen Idealen auch gemeinsam an einem Strang ziehen, so wie ich es als Burschenschafter von meinem Bund beziehungsweise der Deutschen Burschenschaft her kenne. Denn einen wirklichen Zusammenhalt in der Partei habe ich bislang schmerzlich vermissen müssen.

DS: Was werden Sie tun, wenn die Gerichte Schlierer bestäti-

gen? Da dieser der etablierten Politik in seiner Funktion nutzt, besteht die Gefahr ja durchaus, auch wenn Sie im Recht sind.

Hauer: Es ist davon auszugehen, daß das Bundesschiedsgericht Schlierer bestätigt. Wenn sich selbst der Vorsitzende des Schiedsgerichts nicht an geltendes Recht hält, wer dann? Dann muß eben der Weg vor ein ordentliches Gericht beschritten werden. Vor allem ist es wichtig, daß die undemokratischen Methoden dieser Clique endlich aufgedeckt werden. Öffentlichkeit in Form dieses Gesprächs ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

DS: Lassen Sie mich noch abschließend eine persönliche Frage loswerden. Sie stehen ja jetzt doppelt im politischen Schußfeld: Nach außen hin, als REP-Stadtverordneter von Gelsenkirchen, gelten Sie als »Rechtsradikaler«, vom Schlierer-Winkelsset-Lager werden Sie aber ebenfalls mit allen Mitteln bekämpft. Woher nehmen Sie die Kraft, an zwei Fronten zu kämpfen?

Hauer: Meine Kraft schöpfe ich aus Dingen, die ich nicht will und aus meiner Familie! Meine Lebensgefährtin steht fest für mich und unterstützt mich. Dafür möchte ich ihr von dieser Stelle aus noch einmal herzlich danken! Vor allem möchte ich meinem Sohn nicht einmal die Frage beantworten müssen: »Warum hab ich nichts getan?« Ich möchte, daß mein Sohn mit deutschen Traditionen und Bräuchen aufwächst und nicht den Multikulti-Wahn der Systemkräfte ertragen muß.

Ich möchte nicht, daß mein Sohn eine »Erbtschuld« von den Etablierten aufgebürdet bekommt, die nicht existiert. Wir Deutschen haben eine erstaunliche Geschichte und Kultur, auf die wir stolz sein können.

Ich möchte nicht, daß mein Sohn in der Schule hier in Deutschland zur Minderheit gehört und Angst vor ausländischen Kindern haben muß. Ich kämpfe dafür, daß mein Sohn nie die Erfahrung machen muß, die deutsche Kinder in Berliner Schulen machen müssen. Als guter Christ möchte ich nicht weiter dulden, daß Kirchen zu Diskos und Moscheen umgebaut werden und sich der Islam in Deutschland ausbreitet. Dem burschenschaftlichen Dreiklang – Ehre, Freiheit, Vaterland – verpflichtet, weiß ich als Burschenschafter, daß es sich lohnt, für seine Ideale einzustehen und zu kämpfen!

DS: Wie sieht die Zukunft der Republikaner aus?

Hauer: Mit dieser Führung haben die Republikaner keine Zukunft. Sämtliche Kritiker – zumeist auch Leistungsträger – werden vergrault und die letzten Gelder verpraßt. Es dürfen keine anderen »Götter« neben Schlierer und Winkelsset existieren. Bei der nächsten Bundestagswahl werden die Republikaner dann unter 0,6 % fallen und somit keine Parteienfinanzierung erhalten. Dann hat sich das Thema Republikaner erledigt und die Partei wird aufgelöst. Ich bin froh, daß Franz Schönhuber diesen Niedergang nicht mit ansehen muß!

Das Gespräch führte Andreas Mola.



Bürgerbewegung pro Nordrhein-Westfalen e.V.

Am Weiher 12 - 51399 Burscheid - Tel.: 02171 – 40 49 49
info@pro-nrw.org - http://www.pro-nrw.org

Burscheid, den 01.03.2007

Von pro Köln über pro NRW in den Landtag 2010?

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

die Gründung der Bürgerbewegung pro Nordrhein-Westfalen e.V. (pro NRW) sorgte in den vergangenen Wochen für erhebliches Aufsehen. Die etablierte politische Klasse nahm mit Schrecken zur Kenntnis, dass sich eine neue, lokalpolitisch verankerte Opposition von rechts formiert hat. So jammerte der oberste „Verfassungsschützer“ Heinz Fromm nach der Gründung von pro NRW in einem WDR-Interview, seine Behörde sehe jetzt „die Rechten in der Offensive“, wenn nicht gar auf dem Weg zur „Meinungsführerschaft“!

Und in der Tat: Die Chancen für einen politikfähigen Neuanfang der Patrioten in Nordrhein-Westfalen stehen besser denn je. Pro NRW hat es sich zum Ziel gesetzt, nonkonforme Wählervereinigungen im ganzen Bundesland zu bündeln und bei der Kommunalwahl 2009 für ein politisches Erdbeben an Rhein und Ruhr zu sorgen. Wenn das gelingt, besteht auch die Option für ein breit angelegtes Wahlbündnis zur NRW-Landtagswahl 2010! Zu unserer ersten

**Großveranstaltung am Sonntag, den 25.03.2007 um 16 Uhr in Dormagen,
(Treffpunkt wird ab Sonntag, 12.00 Uhr, über Infotel. 0172-2626151 bekannt gegeben)**
möchten wir Sie daher recht herzlich einladen. Es sprechen:



Rechtsanwalt Markus Beisicht

Als Vorsitzender von pro NRW und pro Köln wird Beisicht das Erfolgsrezept der Bürgerbewegung erläutern: Konsequente Fundamentalopposition, knallharte Lobbyarbeit für die einheimische Bevölkerung, Zusammenarbeit aller politikfähigen Patrioten – nur so kann der Durchbruch gelingen.



Harald Neubauer, MdEP a.D.

Der bekannte Publizist, Mitglied des Europaparlaments von 1989-94, Herausgeber der Zeitschrift *Nation & Europa*, zählt zu den besten Rednern des gesamten patriotischen Spektrums. Freuen Sie sich auf seine fulminante Generalabrechnung mit den etablierten Polit-Versagern dieser Republik!

Gerne können Sie zu dieser Veranstaltung auch Bekannte und Freunde mitbringen!

Mit freundlichen Grüßen

Markus Beisicht,
Vorsitzender

Judith Wolter
stv. Vorsitzende

Gareth Hauer
stv. Vorsitzender

10. September 2007

Neue Rechtspartei gegründet:

Bürgerbewegung pro NRW nimmt Kurs auf den Landtagseinzug 2010!

Die Bürgerbewegung pro NRW führte im September 2007 ihren Gründungsparteitag in der ehemaligen Bundeshauptstadt Bonn durch. Unter der hervorragenden Versammlungsleitung durch den Sprecher der Bürgerbewegung pro München, Rüdiger Schrembs, beschlossen die über 200 Delegierten aus ganz Nordrhein-Westfalen einstimmig die Umwandlung zu einer landesweiten Regionalpartei, die sich sowohl an den Kommunalwahlen 2009 als auch an der Landtagswahl 2010 beteiligen wird. Zum ersten Vorsitzenden wurde mit überwältigender Mehrheit der pro-Köln-Vorsitzende Markus Beisicht gewählt. In Anwesenheit des Generalsekretärs der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) Harald Vilimsky und des FPÖ-Landespartei sekretärs Hans-Jörg Jenewein wurde zudem die enge Partnerschaft zwischen den erfolgreichen rechtspopulistischen Formationen in Europa weiter vertieft.

?



Unter den gut 200 Parteitagsteilnehmern befanden sich auch über 30 kommunale Mandatsträger aus ganz Nordrhein-Westfalen. Denn schon jetzt besitzt pro NRW in vielen Städten und Kreisen eine feste kommunale Verankerung. „Ein hervorragendes Fundament, auf das wir bei den Kommunalwahlen 2009 aufbauen werden“, so der frisch gewählte Vorsitzende, der 44jährige Rechtsanwalt Beisicht. „Und eine Kandidatur bei der Landtagswahl 2010 steht bereits jetzt fest, wenn wir bei den Kommunalwahlen 2009 in unserer Hochburg Köln und in weiteren ausgewählten Schwerpunktgebieten deutliche Erfolge erzielen können!“ Für die unmittelbare Zukunft kündigte Beisicht unter dem tosenden Beifall des Parteitages eine landesweite Kampagne gegen die Islamisierung an. „So wie in Köln werden wir in ganz Nordrhein-Westfalen gegen Moscheebauten, Minarette und Muezzin-Ruf mobil machen. Pro NRW wird die Anti-Islam-Partei werden!“

Stehenden Beifall gab es auch für die Reden der FPÖ-Spitzenfunktionäre Vilimsky und Jenewein. Die beiden freiheitlichen Frontmänner bekundeten erneut die enge Verbundenheit mit der pro-Bewegung. „Wir werden Euch in jeder erdenklichen organisatorischen und personellen Weise unterstützen! Denn gerade in Deutschland bedarf es einer seriösen Opposition von rechts“, so der FPÖ-Generalsekretär Vilimsky. Jenewein betonte zuvor die Notwendigkeit der europäischen Zusammenarbeit aller Patrioten: „Gegen die Tintenbug der Brüsseler Technokraten und Großindustriellen, für ein Europa der freien Völker und Vaterländer!“

Der neu gewählte Vorstand der Bürgerbewegung pro NRW verdeutlicht den gelungenen Ansatz einer breiten Sammlungsbeziehung aller politikfähigen, seriösen Patrioten in Nordrhein-Westfalen:

Neben Markus Beisicht als Vorsitzender wurde der 31jährige Kölner Politikwissenschaftler Markus Wiener zum Generalsekretär gewählt. Als stellvertretende Vorsitzende gingen aus den Wahlen der 29jährige Gelsenkirchener Stadtrat Kevin Gareth Hauer, der 33jährige Geschäftsführer Daniel Schöppe aus Dormagen, der 41jährige Kölner Verleger Manfred Rouhs und der 61jährige Kaufmann Dieter Danielzick aus Troisdorf hervor. Zur Schatzmeisterin wurde die 29jährige Rechtsanwältin und pro-Köln-Fraktionsvorsitzende Judith Wolter gewählt, das Amt des Schriftführers wird der 38jährige Leverkusener Rechtsanwalt Jörg Frischauf bekleiden. Landesgeschäftsführer wurde der 35jährige Kölner Ratsherr Bernd M. Schöppe. Als Beisitzer setzten sich die 21jährige Arzthelferin Stefanie Wohlfart aus Gelsenkirchen, der Dortmunder Rechtsanwalt André Picker, der Vorsitzende der Bürgerbewegung Duisburg Andreas Akwara, der selbstständige Kaufmann Armin Weyrich aus Radevormwald, die 22jährige Gummersbacherin Jennifer Pasenow, der 53jährige Udo Schäfer aus Radevormwald, der 23jährige Student Thomas Bendt aus Viersen, der pro-Köln-Fraktionsvorsitzende in der Bezirksvertretung Chorweiler Martin Schöppe, der 33jährige Kölner Versicherungskaufmann Torsten Uhlenbrock und der Essener Apotheker Henryk Dykier durch. Zum Präsidenten des Schiedsgerichtes wurde der Kölner Rechtsanwalt Volker Jung bestellt, und als Rechnungsprüfer fungieren Dr. Gabriele Beisicht sowie die Sprecherin der Ehrenfelder Anwohnerinitiative gegen die Großmoschee, Marylin Anderegg.

Über 200 Delegierte aus allen Teilen Nordrhein-Westfalens waren zum Gründungsparteitag der Bürgerbewegung pro NRW nach Bonn gekommen.



Sowohl der FPÖ-Landespartei sekretär Hans-Jörg Jenewein ...

... als auch der FPÖ-Generalsekretär und Nationalratsabgeordnete Harald Vilimsky ...





... erhielten dort für ihre mitreißenden Ansprachen stehenden Beifall.

Unter der hervorragenden Versammlungsleitung durch den Vorsitzenden der Bürgerbewegung pro München Rüdiger Schrembs ...



... konnte in Rekordzeit der neue 19köpfige Landesvorstand gewählt werden.

Anschließend stellte der alte und neue Vorsitzende Beisicht die große Anti-Islam-Kampagne von pro NRW vor, mit der wie in Köln landesweit gepunktet werden soll.





Das Tagungspräsidium konnte am Abend auf einen rundum gelungenen Parteitag zurückblicken (v.l.): Harald Vilimsky, Hans-Jörg-Jenewein, Markus Beisicht, Markus Wiener und Judith Wolter.

Und auch diese netten Damen vom Empfang verabschiedeten sich gegen 21.00 Uhr in den wohlverdienten politischen Feierabend ...





Wenn man im Frühjahr 2007 mit wachem Auge durch die Straßen von Kölner Problemvierteln mit besonders hohem Migrantenanteil geht, könnte man fast meinen, dass diese Glosse irgendwann einmal Wahrheit wird:

Die letzten Deutschen – eine politisch unkorrekte Glosse –

Ich wurde wach vom Ruf des Muezzin, der über Lautsprecher von der benachbarten Moschee an mein Ohr drang. Ich hatte mich längst daran gewöhnt. Früher war sie mal eine Kirche gewesen, aber sie war schon vor vielen Jahren zur Moschee umfunktioniert worden, nachdem es der islamischen Gemeinde in unserem Veedel in ihrer alten Moschee zu eng geworden war. Die wenigen damals noch verbliebenen Christen hatten keinen Widerstand mehr erhoben.

Unser türkischer Oberbürgermeister, Herr Mehmet Özal, meinte damals, es sei längst an der Zeit gewesen, der einzig wahren Religion, dem Islam, mehr Platz zu schaffen. Die wenigen Deutschen, die noch in unserer Gegend wohnen, schicken ihre Kinder auch fast alle in die Koranschule, damit sie es später leichter haben, sich zu integrieren. In den Schulen wird inzwischen hauptsächlich in Türkisch unterrichtet, manchmal auch in Russisch oder Arabisch, je nach der Mehrheit. Die Klassen werden entsprechend zusammengestellt. Die wenigen deutschen Kinder müssen sich dann eben anpassen, aber Kinder haben ja wenig Mühe mit dem Erlernen von Fremdsprachen.

Ich will die Nachrichten im Radio einschalten, finde aber erst nach längerem Suchen

den deutschsprachigen Sender. Seit die Frequenzen nach dem jeweiligen Bevölkerungsanteil vergeben wurden, mussten wir uns einschränken. Außerdem soll auf einstimmigen Beschluß ein „Tag der deutschen Schande“ eingeführt werden, an dem der bösen Taten der Deutschen gedacht werden soll, vor allem unserer Ausländerfeindlichkeit.

Endlich Kopftuch auch für deutsche Frauen

Der Sprecher sagt, dass auf Druck der fundamentalistischen „Partei der einzig richtigen Weges“ im Bundestag ein Kopftuchzwang für alle Frauen eingeführt werden soll. Meine Frau trägt seit einiger Zeit auch eins, um weniger aufzufallen bei uns im

Veedel. Sie wird jetzt nicht mehr so oft als Deutsche erkannt und in den Geschäften freundlicher behandelt. Alex, unser Zehnjähriger, spricht zu Hause meist gebrochen deutsch, aber hin und wieder fällt er auch ins Türkische; wir müssen ihn dann immer wieder daran erinnern, dass wir das nicht können, und wir schämen uns ein bisschen dafür. Alex ist das einzige Kind mit deutschen Eltern in seiner Klasse, er versucht, sich – so gut er kann – anzupassen.

„Wir Deutschen sind mehrheitlich zu gutgläubig, um auch nur zu ahnen, was man mit uns treibt!“
Werner Nixdorf

Ich sehe aus dem Fenster auf die Straße. Die Barrikaden sind noch nicht weggeräumt und rauchen noch ein bisschen, aber die Müllmänner, fast alles Schwarze, sind schon beim Aufräumen. Gestern hatten sich wieder serbische und kroatische Jugendliche in unserer Straße eine Straßenschlacht geliefert. Oder waren es türkische und kurdische? Nein, das war letzte Woche, aber unsere Scheiben sind diesmal heil geblieben.

Meine Frau hat wieder Arbeit gefunden, in einem türkischen Restaurant, als Aushilfe. Da Ausländer bei der Arbeitsplatzvergabe jetzt vorrangig behandelt werden (eine Folge des neuen Anti-Diskriminierungsgesetzes), ist das ein großes Glück.

Ich muss vorläufig nicht mehr zum Arbeitsamt. Gestern sagte mir mein Berater, Herr Hassan Muftlu, ich sei als Deutscher ohne Türkischkenntnisse nicht mehr vermittelbar. Er hat mir einen Sprachkurs

Anzeige

Mathe-Nachhilfe
(auch gerne
andere Fächer)

01 73/9 65 39 13

in Aussicht gestellt. Ich habe natürlich zugestimmt, so eine Chance bekommt man nicht alle Tage. Mein Vermieter, Herr Ali Yüksel, erwähnte gestern beiläufig, dass er unsere Wohnung einem seiner Brüder und seiner Familie versprochen hätte, und wir sollten uns schon mal nach etwas anderem umsehen. Auf meinen schüchternen Einspruch meinte er nur, er hätte gute Beziehungen zu den örtlichen Behörden. Nun müssen wir also raus, aber besonders schwer fällt uns der Abschied von unserem alten Veedel nicht.



Foto: 18. November 2004, Robert Raderschatt, GNU Free Documentation License
Die Hagia Sophia in Istanbul wurde 532 bis 537 als christliche Kirche erbaut und 1453 in eine Moschee umgewandelt. Mit Blick auf die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland ist es nicht völlig abwegig, christlichen Kirchen in Köln ein ähnliches Schicksal vorauszusagen.

Wahrscheinlich werden wir, wie viele unserer alten Bekannten, in die anatolische Steppe auswandern. Die türkische Regierung hat dort allen Deutschen großzügigerweise ein Stück Land angeboten. Es ist eine Art Reservat für uns, wir wären unter uns und könnten unsere Sprache und Kultur pflegen. Diese Idee beschäftigt uns schon lange.



Köln ist UNSERE Heimat!

Damit das auch in Zukunft so bleiben kann, machen wir Politik. Das ganze Jahr über, Woche für Woche und nicht nur alle paar Jahre vor irgendwelchen Wahlen. Wenn Du Dich über unsere aktuellen Projekte und unsere Ziele informieren willst, dann kannst Du das auf unseren Netzseiten:

www.jugend-pro-koeln.de

www.pro-koeln-online.de



Macht mit und meldet Euch unter:

info@jugend-pro-koeln.de

info@pro-koeln.org

Einer für alle, alle für einen?

Wie viel Liberalismus verträgt der Mensch?

Unser gesellschaftliches Leben hat sich in den vergangenen Jahrzehnten deutlich verändert. Im folgenden Bericht werde ich darauf eingehen und euch für die Vorgänge in unserer Gesellschaft zu sensibilisieren versuchen.

Ihr habt doch sicherlich auch schon mal ein Referat in der Schule gehalten. Aus welcher Motivation heraus habt ihr das getan? Bestimmt nicht nur, um euren Mitschülern etwas Lehrreiches zu vermitteln, vielmehr auch, damit ihr persönlich eine gute Note erhaltet. Das zeigt im Kleinen, was viele im Großen perfekt beherrschen. Der Liberalismus hat sehr erfolgreiche Arbeit geleistet, jeder sieht im anderen nur noch den Feind oder den Ballast, den es abzuschütteln gilt. „Jeder ist sich selbst der nächste“, ist der Leitspruch unserer Gesellschaft geworden, in der Charakterstärken wie Hilfsbereitschaft, Rücksichtnahme und Verständnis keinen Stellenwert mehr haben. Egoisten in Reinform. Die Gedanken an das, was jeden einzelnen von uns mit anderen verbindet, wem wir das Wissen und die Grundlagen unseres intellektuellen Lebens und Wohlstandes zu verdanken

haben, gelten heute leider meist als verschwendet. Viel zu schnelllebig ist die Zeit geworden, um sich mit Dingen der Landesgeschichte zu befassen. Viel zu gefährlich ist der tägliche Daseinskampf, als dass man sich mit gemeinsamen kulturellen Wurzeln beschäftigt.

Wir drehen uns nur noch um die eigene Achse und bemerken gar nicht, dass sich unsere sozialen Bindungen auflösen.

Aber was verbindet uns mit anderen Menschen gleicher Herkunft?

Das Wort Erbe verliert in diesem Zusammenhang zunehmend an Bedeutung, es ist aber das Schlüsselwort. Gemeint sind die gemeinsamen Sitten und Gebräuche, die Normen und Werte und die Kultur, die uns unsere Zugehörigkeit zu einem Volk fühlen lassen.

Der Liberalismus ist bestrebt, diese Gemeinsamkeiten auszulöschen. Die Interessen jedes Einzelnen werden über die Interessen des Volkes gehoben. Warum aber existiert diese politische Strömung überhaupt, da sie doch offensichtlich höchst schädlich für alle Menschen ist? Wie und warum hat sie sich entwickelt?

Die Lateiner unter uns kennen die Herkunft des Wortes, das von liberalis, zu deutsch die Freiheit betreffend, abgeleitet wird. Ab dem 16. Jahrhundert findet man den Begriff im deutschen Sprachgebrauch im Sinne von großzügig und wohlmeinend. Erst im 19. Jahrhundert wurde der Begriff in Deutschland politisiert. Ausgelöst wurde diese Umbedeutung durch die französische Revolution. Als Liberale wurden Gegner des bestehenden Systems bezeichnet, die sich für

„In einer Welt, in der nichts mehr wirklich wichtig ist, in der man tun kann, was man will, besteht die Gefahr, dass Prinzipien, Wahrheiten und Werte, die in Jahrhunderten mühsam erworben wurden, auf die Müllhalde eines übertriebenen Liberalismus gekippt werden.“

Johannes Paul I.

die Reformierung und für eine neue Gesellschaftsordnung eingesetzt haben. Diese alte Gesellschaft war geprägt durch ein ständisches System, durch eine doktrinäre Kirche und den Absolutismus. Der Einzelne konnte seine Fähigkeiten nicht entfalten, für ihn waren sein Leben und sein beruflicher Werdegang durch die Geburt in seine Familie festgelegt. Daher ist es verständlich, dass sich das unterdrückte Volk von äußeren Zwängen befreien wollte.

Leider ist der ursprüngliche Liberalismus zur Ideologie einer Ellenbogengesellschaft mutiert, in der jeder nur noch sich selbst sieht. Keiner denkt mehr daran, dass jedes individuelle Handeln auch immer ein Handeln für oder gegen unser Volk ist.

Ein aktuelles Beispiel zu finden, das die negativen Auswirkungen des Liberalismus deutlich macht, ist nicht allzu schwer. Der Kölner Oberbürgermeister stellt sich an die vorderste Front. Er ist ein guter Schüler des Liberalismus gewesen und beherrscht seine Regeln gekonnt. Wie kann ein politisch gewählter Mensch auf Kosten der Allgemeinheit verreisen, ohne einen dienstlichen Grund dafür anzugeben? Dieses Phänomen ist in Köln unter dem Stichwort „Lustreisen“ bekannt geworden. Ich frage mich ernsthaft, wie dieser Mann nachts noch schlafen kann, wo er doch weiß, wie nötig die Straßen, öffentlichen Plätze und Einrichtungen einer Sanierung bedürfen? Sicherlich erhält unser Oberbürgermeister von seinem Hausarzt ein gutes Schlafmittel!

Das zeigt, genauso wie die Gammelfleischskandale, der Verkauf von Waffen, Drogen und Alkohol an Minderjährige oder der verbrecherische Umgang mit Arbeitnehmern durch Großkonzerne, dass alle nur noch sich selbst im Blickfeld haben. Wer

Übertriebener Liberalismus ist eine Kölner Spezialität.



aber nur auf seinen eigenen Vorteil bedacht ist, verhält sich langfristig asozial.

Der Patriot stellt nicht in Abrede, dass sich jeder nach seinen Begabungen frei entfalten soll oder ein Mensch sich Wohlstand erarbeiten kann, aber nicht auf Kosten anderer! Die Gedanken an den verantwortungsvollen Umgang mit unserer Umwelt, den Erhalt unserer Ressourcen für nachfolgende Generationen, die Unabhängigkeit des Landes durch Selbstversorgung und der rücksichtsvolle Umgang mit unseren Mitmenschen dürfen nicht verloren gehen. Gemeinnutz sollte immer vor Eigennutz stehen.

Jeder einzelne von euch ist nicht nur ein Individuum, sondern auch ein Teil eines Ganzen.

Wir haben leider schon viel zu viel von der Droge Liberalismus eingenommen, als dass der Entzug schmerzlos vorübergehen wird. Aber jeder einzelne kann sein Verhalten überprüfen und es gegebenenfalls ändern. Seid ihr zu anderen Mitmenschen stets freundlich und hilfsbereit? Achtet ihr anderer Menschen Eigentum? Geht ihr mit der Umwelt sorgsam um? Haltet ihr euch an vereinbarte Abmachungen?

Denkt immer daran: so wie Ihr behandelt werden wollt, so geht auch mit anderen um!
Lydia Herzog, Medizinstudentin, 24 Jahre

BÜRGERBEWEGUNG PRO NRW



**Nordrhein-Westfalen
ist UNSERE HEIMAT!**

**Bürgerbewegung
pro NRW:**

**Wir machen uns stark
für Nordrhein-Westfalen.**

**Gegen Überfremdung,
Kriminalität und Korruption**

**Politik für Normalbürger,
nicht nur für Randgruppen!**

**Die Alternative
zu rotem Filz und
schwarzem Klüngel!**

buerbewegung-pro-nrw.de



Jugendbeauftragter
Jan Weber
Auszubildender,
Jahrgang 1986

**„Mach auch
Du mit, steig
ein in eine
neue Politik
für Nord-
rhein-West-
falen
und Deutsch-
land!“**

**Bürger-
bewegung
pro NRW,
Postfach
10 17 05,
40008
Düsseldorf
[jugend@pro-
nrw.org](mailto:jugend@pro-nrw.org)**

Aufstand gegen die Islamisierung!

Im Gespräch mit dem pro-Köln-Vorsitzenden Markus Beisicht

DS: Herr Beisicht, der geplante Bau einer Großmoschee in Köln-Ehrenfeld macht inzwischen sogar bundesweit Schlagzeilen. Die Bürgerbewegung pro Köln hat das Projekt von Anfang an bekämpft. Schildern Sie uns doch kurz Ihre bisherigen Aktivitäten.

Beisicht: Schon seit Bekanntwerden der ersten Pläne für eine Kölner Großmoschee im Jahr 2001 hat sich die Bürgerbewegung pro Köln konsequent gegen dieses Islamisierungsprojekt ausgesprochen. Von Anfang an haben wir dabei unseren Protest mittels zehntausender Flugblätter, Infostände und Bürgerabend an den örtlichen Medien vorbei an die Bürger kommuniziert. Überall dort, wo ein Standort für eine Großmoschee ins Gespräch kam, waren wir vor Ort und haben die Menschen aufgeklärt und den Widerstand organisiert. Eine schnelle, stillschweigende Umsetzung ohne öffentliche Diskussionen konnte so über Jahre hinweg verhindert werden. Mehrere Standorte für diese islamische Machtdemonstration mußten aufgrund des starken Bürgerprotestes wieder verworfen werden.

Seit Ende 2003 versucht nun die türkisch-islamische Union DITIB – im Verbund mit den etablierten Parteien – in Köln-Ehrenfeld eine Großmoschee durchzusetzen. Auch hier hat pro Köln wieder massiv die Öffentlichkeit aufgeklärt und sogar ein stadtweites Bürgerbegehren auf den Weg gebracht. Dieses wurde von 23.000 Bürgern unterschrieben, wobei die Stadt Köln nun behauptet, daß zum Beispiel wegen Unleserlichkeit oder fehlender Geburtsdaten angeblich 7.000 Unterschriften ungültig wären. Doch unabhängig vom formaljuristischen Ausgang der Angelegenheit: Es bleibt ein wichtiges politisches Signal, ein wahrhafter Aufstand der Anständigen! Gegen alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen, gegen die etablierte Politik und die übelste Medienhetze haben über 20.000 Menschen Zivilcourage bewiesen und mit Name und Anschrift gegen die Überfremdung und Islamisierung Kölns Gesicht gezeigt!

DS: Welche Rolle spielen muslimische Einwanderer heute in Köln? Sehen Sie die Stadt vom Islam bedroht?

Beisicht: In Köln leben nach offiziellen Zahlen bereits über 120.000 Moslems, davon die meisten mit einer türkischen Abstammung. Wir behaupten nicht, daß die Integration aller Moslems gescheitert wäre. Aber gerade aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einem meist nichteuropäischen, islamischen Kulturkreis gibt es mannigfache Probleme. Sei es bei der Beherrschung der deutschen Sprache oder der allgemeinen Akzeptanz der deutschen Leitkultur. Durch die gro-

ße Zahl der moslemischen und türkischen Einwanderer haben sich zudem regelrechte ethnische Ghettos gebildet. In manchen Stadtteilen Kölns sind nur noch weniger als ein Drittel der Kinder deutschstämmig, die Integrationsfrage stellt sich hier andersherum. Ethnische und soziale Spannungen gehen dabei Hand in Hand. Zudem haben viele Mitglieder von brutalen Kölner Jugendgangs einen sogenannten »Migrationshintergrund«.

Die Islamisten sind gut organisiert, verfügen über ausreichende Finanzen und klare Wertvorstellungen. Unter Berücksichtigung der zu erwartenden demographischen Entwicklung besteht deshalb durchaus die Gefahr der Islamisierung und Verfestigung von Parallelgesellschaften.

DS: Für Aufsehen hat auch Ihre Auseinandersetzung mit dem Publizisten Ralph Giordano gesorgt, der behauptete, die Mitglieder von pro Köln würde ihn in einer Gaskammer umbringen wollen, wenn sie könnten. Daraufhin beantragten Sie am 31. Mai eine einstweilige Verfügung und stellten Strafanzeige gegen Herrn Giordano. Zwischenzeitlich verfolgen Sie diesen Streit aber nicht weiter. Wie kam es dazu?

Beisicht: Ralph Giordano, mit dem wir seit Jahren eine profilierte Gegnerschaft pflegen, hat sich im »Großmoschee-Streit« überraschend deutlich islamkritisch zu Wort gemeldet. Weil er damit in dieser Frage zwangsläufig politisch im pro-Köln-Lager verortet wurde, wollte sich Herr Giordano ganz politisch korrekt mit einer völlig überzogenen Kritik an unserer Bürgerbewegung absichern. Mit seiner wirklich schlimmen Gaskammer-Außerung hat er sich dabei völlig verrannt und moralisch wie juristisch ins Abseits gestellt. Auch wenn wir seine Moschee-Kritik teilen, mußten wir dagegen natürlich rechtlich vorgehen. Ich war deshalb einigermaßen erstaunt, als mich Herr Giordano persönlich anrief und mir erklärte, wie es zu dieser Entgleisung kam und daß er sie nicht mehr wiederholen werde. Zudem hat Herr Giordano auch noch durch seinen Anwalt gleiches schriftlich erklären lassen. Für uns ist diese Sache deswegen erledigt, es konnte eine glückliche Einigung erzielt werden. Pro Köln und Ralph Giordano können sich nun wieder voll dem Kampf gegen die Kölner Großmoschee widmen. Respekt habe ich meinerseits vor dem Tabubruch durch Giordano, dessen Ausführungen letztendlich zum Durchbrechen der Medienblockade geführt haben.

DS: Auch andere Gruppen protestieren gegen den Moscheebau. Gibt es mit ihnen eine Zusammenarbeit?

Beisicht: Der Protest wird hauptsächlich von uns und der Ehrenfelder Anwohnerinitiative gegen die Großmoschee getragen, die auch offiziell für das Bürgerbegehren verantwortlich zeichnet. Gemeinsam haben wir zehntausende Flugblätter verteilt und die Unterschriften gesammelt. Zusammen führten wir Infoabende zum Thema durch und informierten die Menschen vor Ort. Nur durch diese vertrauensvolle Zusammenarbeit der Bürger des Stadtteils Ehrenfeld und unserer stadtweiten politischen Organisation wurde ein effektiver Widerstand gegen die Moscheebaupläne der Etablierten erst möglich. Politisches Know-how und Verankerung in der Bevölkerung müssen Hand in Hand gehen. Gerade als nonkonforme, rechtspopulistische Oppositionsgruppierung darf man sich niemals von den normalen Menschen trennen lassen! Im übrigen gibt noch vereinzelt »Widerstandsnester« in der Kölner CDU in Sachen Großmoscheebau, mit denen es teilweise Kontakte und Gespräche gibt. So hat zum Beispiel der Ehrenfelder CDU-Vorsitzende Jörg Uckermann davon gesprochen, daß wahrscheinlich 80 Prozent der einheimischen Bevölkerung gegen das Islamisierungsprojekt seien. Eine Einschätzung, der wir nur zustimmen können!

DS: Gibt es inhaltliche Unterschiede des Protests von pro Köln zu anderen Gruppen?

Beisicht: Im Gegensatz zu manchen rein religiös motivierten Islam-Kritikern und Großmoschee-Gegnern führen wir ausdrücklich keinen Religionskrieg. Uns geht es in erster Linie um die Großmoschee als Symbol der Überfremdung, der Parallelgesellschaft und der türkischen Masseneinwanderung. Die Großmoschee ist ein Symbol der gescheiterten Ausländer- und Einwanderungspolitik der vergangenen Jahrzehnte, was der Normalbürger auch so empfindet. Solche politischen Steilvorlagen nicht zu nutzen oder sogar zu meinen, in einer Art »Querfront-Strategie« von einer Zusammenarbeit mit den Islamisten zu träumen, ist purer Wahnsinn und Verrat an der einheimischen Bevölkerung!

DS: Wie ist das Verhältnis von pro Köln zur örtlichen NPD im Zusammenhang mit dem Moscheebau?

Beisicht: Es gibt zwischen der Bürgerbewegung pro Köln und der Kölner NPD weder bei diesem noch bei anderen Themen eine politische Zusammenarbeit. Dafür gibt es einfach zuviel Trennendes, sowohl inhaltlicher als auch strategischer Natur. Wie Sie sicher wissen, ist pro Köln 2004 deshalb in Konkurrenz zu den klassischen Rechtsparteien in Köln angetreten und hat sich

Markus Beisicht

ist Jahrgang 1963. Der Rechtsanwalt ist verheiratet und Vater von zwei Kindern. Beisicht ist Gründer und seit 2004 auch Vorsitzender der Bürgerbewegung pro Köln e.V., die 1996 als nonkonforme kommunalpolitische Organisation entstand und nach Jahren des Aufbaus 2004 erfolgreich zur Kommunalwahl antrat. Pro Köln zog mit fünf Abgeordneten und damit in Fraktionsstärke in den Rat der Stadt ein. Auch in den Stadtbezirken ist pro Köln überall vertreten. Unlangst sorgte pro Köln durch seine vielfältigen Aktivitäten gegen den Bau einer Großmoschee in Köln-Ehrenfeld für bundesweite Schlagzeilen.



mit weitem Abstand durchgesetzt. Wir nehmen deshalb für uns in Anspruch, in Köln alleine die Oppositionsrolle von rechts wahrzunehmen. Aber wir sehen unsere Hauptaufgabe im Kampf gegen Multikulti, Kriminalität und Korruption, und nicht in der Auseinandersetzung mit rechten Konkurrenzparteien. Die örtlichen alten Rechtsparteien haben zudem das Thema Moscheebau, wie so vieles andere auch, weitgehend verschlafen.*

DS: Wie groß ist der Zuspruch für Ihre Gegenaktivitäten in der Kölner Bevölkerung? Konnten dadurch neue Sympathisanten oder sogar Mitglieder gewonnen werden?

Beisicht: Der Zuspruch bei der einheimischen Bevölkerung ist enorm! Seit Anfang des Jahres konnten wir mehrere Dutzend Neuaufnahmen vermelden, unser Unterstützerumfeld wächst beständig, ebenso wie die Zugriffszahlen auf unsere tagesaktuelle Internetseite (www.prokoeln.org). Hier zählt sich die Bürgernähe und das seriöse Auftreten unserer Gruppierung in vollem Umfang aus! Viele Menschen nehmen uns als ernstzunehmende Alternative und Opposition gegen die Altparteien wahr, nicht nur als kurzfristige Protestbewegung zum »Dampf ablassen«. Und genau das ist entscheidend: Langfristige Erfolge kann es nur durch ein positives Image bei den für uns empfänglichen Menschen geben, reinen Protestwahlen können nichts Grundsätzliches verändern.

DS: Wie reagieren die Vertreter der etablierten Parteien auf die Aktivitäten von pro Köln?

Beisicht: Prinzipiell sehr verunsichert und aggressiv. Von PDS bis CDU steht die Einheitsfront gegen pro Köln geschlossener denn je. Nur die CDU fährt beim Thema Großmoschee einen immer stärkeren Schlingerkurs. Der Druck der einfachen Mitglieder und unteren Funktionäre ist groß, endlich auf pro-Köln-Kurs einzuschwenken. Doch die CDU-Führung hält natürlich ins-

gesamt strikt am Aus- und Abgrenzungskurs gegenüber unserer Bürgerbewegung fest. So werden seit Jahren sämtliche Anträge von pro Köln im Stadtrat grundsätzlich abgelehnt und unsere Fraktion mittels Geschäftsordnungstricks schikaniert, wo es nur geht. Aber das alles kennt man ja, das gehört seit jeher zum Handwerkzeug der »Musterdemokraten« von SPD, CDU und Co. im »Kampf gegen rechts«.

DS: Sie führen am 16. Juni eine Großkundgebung gegen den Moscheebau durch, an der auch der Parteivorsitzende der Freiheitlichen Partei Österreichs »HC« Strache teilnimmt. Damit hat das Thema eine europäische Dimension erreicht. Warum haben Sie Herrn Strache nach Köln eingeladen?

Beisicht: Wir haben seit Jahren sehr gute Kontakte sowohl zur Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), als auch zum Vlaams Belang. Beide rechtspopulistischen Formationen haben für uns Vorbildcharakter hinsichtlich ihres öffentlichen Auftretens und ihrer politischen Themenwahl. Diese guten Beziehungen haben sich nun ausgedehnt: Für die FPÖ werden ihr Vorsitzender »HC« Strache und der Generalsekretär Harald Vilimsky kommen, für den Vlaams Belang der Antwortpener Spitzenfunktionär Bart Debie samt einer größeren Abordnung. In den Gesprächen mit unseren europäischen Partnern wurde klar, daß der Kampf um die Kölner Großmoschee inzwischen weiter über die Stadt hinaus eine politische Bedeutung gewonnen hat. Dieser politische Kampf steht inzwischen stellvertretend für den Widerstand gegen die Islamisierung und Überfremdung Westeuropas, für das Ringen der europäischen Völker um ihre Identität!

DS: Planen Sie im Rahmen der angekündigten Ausweitung von »pro Deutschland« auch Kundgebungen in anderen deutschen Städten?

Beisicht: Hier muß man zuerst einmal klarstellen, daß die Par-

tei »pro Deutschland« in keiner organisatorischen Verbindung zum Verein pro Köln steht. Im Gegenteil: Es gibt eine klare Beschlußlage im pro-Köln-Vorstand, daß die Aktivitäten dieser Partei von pro Köln nicht unterstützt werden! Es gibt lediglich eine relevante Verknüpfung zwischen pro Köln und der Partei »pro Deutschland« in Form eines einzigen Vorstandsmitgliedes – mehr nicht. Deswegen kann ich mich auch nicht zu den geplanten oder nicht geplanten Aktivitäten dieser Partei äußern.

Offizielle überregionale Aktivitäten von pro Köln gibt es ausschließlich in Nordrhein-Westfalen. Dazu wurde die Initiative »pro NRW« ins Leben gerufen, die ähnliche kommunale Wählervereinigungen wie pro Köln an Rhein und Ruhr fördern und koordinieren soll. Derzeit hat es in Anlehnung an das Kölner Erfolgsmodell bereits Neugründungen in Bottrop und Gelsenkirchen gegeben; Düsseldorf, Bonn und Münster sollen in Kürze folgen. Die Prämisse dabei ist, nur da zu den nächsten Kommunalwahlen anzutreten, wo sich noch keine rechte Partei im Stadtparlament etablieren konnte und wo sich genügend geeignete Leute vor Ort finden, die ihre »pro-Bewegung« selbstständig und eigenverantwortlich führen können.

DS: Herr Beisicht, wir danken Ihnen für das Gespräch!

Das Interview führte Holger Szymanski.

* Anmerkung der Redaktion: Der NPD-LV NRW hat auf eine eigene Großveranstaltung verzichtet und will stattdessen am 16. Juni wegen der überragenden Bedeutung des Themas die pro-Köln-Demonstration unterstützen.

Weiterführende Literatur zum Thema: Stolz, Rolf: Kommt der Islam? 368 S., geb. mit SU, 24,90 Euro (Art.-Nr. 100467); Jacobs, Manfred: So erobert der Islam Europa, 240 S., Broschur, 12,70 Euro (Art.-Nr. 100730). Zu beziehen über den DS-Buchdienst, Postfach 100 088, 01571 Riesa, Tel.: 03525-5292-0, Fax: 23, E-Post: bestellung@ds-verlag.de

IM GESPRÄCH

»Bürgerbewegung Pro Köln«

Dem Multikulturalismus vor Ort entgegenzutreten

Die Vorsitzende Judith Wolter über Drogenstrich, Moscheebauten und andere Projekte der Multikulti-Fanatiker in Köln

DS: Frau Wolter, daß eine Frau aus Ihrer Altersgruppe den Vorsitz einer nationalorientierten Organisation innehat, ist zur Zeit noch eher die Ausnahme. Stellen Sie doch bitte zunächst einmal Ihre Person und Ihren bisherigen politischen Werdegang kurz dar.

Judith Wolter: Ich bin 24 Jahre alt, studiere derzeit Jura an der Universität Köln und bin seit circa fünf Jahren bei »Pro Köln« aktiv. Zunächst habe ich mich aus Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien in Deutschland dazu entschlossen, mich selbst politisch zu engagieren. Am meisten hat mich immer gestört, daß man als junger Deutscher nicht selbstbewußt auftreten kann, ohne heftigen öffentlichen Widerspruch hervorzurufen. Wir müssen lernen, wieder aufrecht zu gehen, und dürfen uns nicht ständig für Dinge entschuldigen, die lange vor unserer Geburt passiert sind.

Ich bin immer mehr zu der Überzeugung gelangt, daß Deutschland untergehen wird, wenn an der derzeitigen Entwicklung nichts Grundlegendes geändert wird. Deshalb habe ich beschlossen, in Köln selbst etwas zu unternehmen.

DS: Wie sind Sie daraufhin zu »Pro Köln« gelangt?

Judith Wolter: Die rechten Parteien in Deutschland befinden sich an einem Tiefpunkt. Das hat man spätestens bei der Bundestagswahl im September gesehen. Das Konzept von »Pro Köln«, überparteilich und auf kommunaler Ebene tätig zu werden, hat mich daher überzeugt. Hinzu kommt, daß alle wesentlichen politisch aktiven Personen sich in Köln bei »Pro Köln« zusammengeschlossen haben, so daß sich eigentlich keine Alternative für mich geboten hat.

DS: »Pro Köln« bezeichnet sich als Bürgerbewegung. Was ist die Zielsetzung Ihrer Organisation und wie verortet sie sich politisch?

Judith Wolter: Unser primäres politisches Ziel ist es, bei der Kommunalwahl 2004 in den Rat der Stadt Köln einzuziehen. Ich denke nämlich, daß man derzeit lediglich auf kommunaler Ebene greifbare politische Erfolge erzielen kann, wenn man sich als Opposition zu den etablierten Parteien versteht. Durch das Aufgreifen lokaler Themen, die die Menschen in ihrer unmittelbaren Umgebung betreffen, kann man ihr Interesse für nationale Politik am ehesten wecken. Auf diese Weise kann man auch gut den Unterschied zwischen »Pro Köln« und den derzeit Herrschenden verdeutlichen sowie die Gleichheit aller etablierten Parteien, von den Grünen bis zur CDU/CSU, demonstrieren.

»Pro Köln« versteht sich als nationale Opposition, die sich gegen Überfremdung, Kriminalität und Korruption einsetzt. Letztere ist ja gerade hier in Köln ein großes Problem. Wir sind freiheitlich, unabhängig und vor allem überparteilich. Unser Einsatz gilt zuerst den Interessen der Normalbürger, die heute

Köln als viertgrößte deutsche Stadt ist in besonderem Ausmaß von Überfremdung und Multikulturalismus betroffen. Wie steht »Pro Köln« zu den Plänen der Systemparteien zur Schaffung einer multiethnischen Gesellschaft in Deutschland?

Judith Wolter: In Köln kann man besonders deutlich erkennen, daß das Prinzip des Multikulturalismus fehlgeschlagen ist. In einigen Stadtvierteln sind Deutsche bereits in der absoluten Minderheit. Dies sind denn auch die Stadtteile, in denen die Kriminalität am höchsten ist und wo man sich als Frau nicht mehr alleine auf die Straße trauen kann. Deutsche, die es sich leisten können, ziehen von dort weg. Übrig bleiben sozial schwache Familien, die dann um so mehr unter der Überfremdungssituation zu leiden haben.

»Pro Köln« gibt sich nicht der Illusion hin, daß eine multiethnische Gesellschaft funktionieren könnte. Bis zu einem bestimmten Prozentsatz sind Angehörige fremder Kulturen integrierbar. Dieser Prozentsatz ist in Köln, wie auch in vielen anderen deutschen Städten und Regionen, längst bei weitem überschritten.

Hinzu kommt, daß bei der Masse der Einwanderer nicht der geringste Wille zur Integration besteht. Das hat beispielsweise zur Folge, daß deutsche Kinder in ihren Schulklassen einer Mehrheit fremdsprachiger und gänzlich anders sozialisierter Mitschüler gegenüberstehen – mit entsprechenden Folgen für das Lernniveau. Das Ergebnis haben wir bei der PISA-Studie gesehen.

DS: Weite Bereiche Kölns sind als soziale Brennpunkte zu bezeichnen. Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang das Wirken der etablierten Kommunalpolitiker und wie hat sich »Pro Köln« bisher gegen deren Politik engagiert?

Judith Wolter: Das Handeln der etablierten Parteien ist absolut verantwortungslos. Die Bürgerinnen und Bürger fühlen sich von ihnen mit ihren Problemen allein gelassen und haben mit diesem Eindruck recht. Die Kölner Kommunalpolitiker fördern Randgruppen mit hohen Summen. Der sogenannte »Christopher-Street-Day« wird großzügig unterstützt; neuerdings existiert sogar ein »Schwul-lesbisches Jugendzentrum«. Selbst obskure Multikulti-Projekte werden finanziert. Derweil ist kein Geld mehr für Schulen, Kindergärten und Bibliotheken sowie für die Bewahrung und Förderung der großen kulturellen Tradition unserer Stadt vorhanden.

»Pro Köln« tritt entschieden gegen diese Politik ein. Ein wichtiges Projekt waren dabei zum Beispiel unsere Protestaktionen gegen den städtisch eingerichteten Drogenstrich in Köln-Longerich. Die Stadt hat im letzten

Grundstück sogenannte Vernichtungsboxen zu errichten, wo die drogenabhängigen Prostituierten und ihre Dealer und Zuhälter ungestört ihrem Gewerbe nachgehen können. Dadurch wurde das Drogenproblem lediglich aus dem Innenstadtbereich in einen Außenbezirk verlagert, anstatt es zu lösen. Zunächst sollte dieser städtische Strich in Köln-Niehl eingerichtet werden, was unter anderem durch den von »Pro Köln« organisierten Protest der Anwohner verhindert werden konnte.

Form, was und über wen berichtet werden darf. Von der grundrechtlich garantierten Pressfreiheit ist in Köln daher nicht viel übriggeblieben.

DS: Aktuell gilt Ihr Widerstand einem Lieblingsprojekt der Multikulti-Fanatiker um Oberbürgermeister Fritz Schramma. Worum geht es dabei genau?

Judith Wolter: Es geht um den Plan der Stadtspitze, in zwei Kölner Stadtteilen, nämlich

Chorweiler und Mülheim, welche zu den am stärksten von Überfremdung betroffenen gehören, repräsentative Großmoscheen zu errichten. Der Rat unter Führung des CDU-Oberbürgermeisters Fritz Schramma hält es für notwendig, hierfür jeweils ein städtisches Grundstück zur Verfügung zu stellen.

»Pro Köln« hat eine Petition ausgearbeitet, die sich gegen diese Pläne richtet. Diese Petition haben bereits über 1.800 Anwohner unterzeichnet. Zahlreiche Bürger sind von der Arbeit »Pro Kölns« begeistert und möchten bei der Organisation von Widerstand gegen den Moscheebau mithelfen. Mehrere Infostände in den betroffenen Vierteln hatten enormen Zulauf. Ebenso eine von uns in diesem Zusammenhang organisierte Bürgerversammlung. Es geht in erster Linie darum, den Menschen vor Ort zu verdeutlichen, daß es mit »Pro Köln« nicht zu solchen, gegen

scheidungen gekommen wäre. Ob wir den Bau der Moscheen durch unsere Aktivitäten tatsächlich verhindern können, ist fraglich. Allerdings knickt die Stadt in Chorweiler, wo wir den überwiegenden Teil der Unterschriften gesammelt haben, bereits ein. Nachdem die ersten Unterschriften beim Beschwerdeanschub eingereicht wurden und somit die große Resonanz unserer Forderung in der Anwohnerschaft deutlich wurde – was für die etablierten Parteien ein deutlicher Warnhinweis für die Kommunalwahl in zwei Jahren ist –, verkündete man städtischerseits, man wolle den geplanten Standort noch einmal »überdenken«. Es ist daher notwendig, auch weiterhin möglichst großen politischen Druck zu erzeugen.

DS: Es sind also für die Zukunft noch weitere Aktionen geplant?

Judith Wolter: Wir planen eine Großdemonstration für den 15. März nächsten Jahres, wobei wir auf eine hohe zahlenmäßige Beteiligung der Bürger hoffen. Dann ist es für die quasi gleichgeschaltete Kölner Presse nicht mehr wie bisher möglich, unsere Aktivitäten totzuschweigen. Wenn die Resonanz der Unterschriftensammlung weiterhin so hervorragend ist, ist auch ein Bürgerbegehren denkbar.

Wir werden innerhalb der nächsten zwei Jahre den Bürgern beweisen, daß wir uns für ihre Belange einsetzen. Dadurch haben wir unsere Wahlversprechen dann bereits vor der Wahl eingelöst, die 2004 stattfinden wird. Wir hoffen, uns so von den etablierten Parteien abzuheben, die ihre Wahlversprechen regelmäßig nicht einhalten.

DS: Wie sehen Sie – unabhängig von den örtlichen Problemen mit Muslimen – unter globalstrategischen Aspekten unser Verhältnis zur islamischen Welt, insbesondere vor dem Hintergrund des Nahost-Konflikts und der US-imperialistischen Bedrohung gegen den Irak?

Judith Wolter: Das Verhältnis zur islamischen Welt sollte, von Deutschland aus betrachtet, neutral bis freundschaftlich sein. Solange die Moscheen nicht in Deutschland und anderen europäischen Ländern errichtet werden, sollte der Islam für uns kein Problem darstellen. Genauso, wie wir keine Islamisierung Europas wünschen, sollten wir im Gegenzug auch nicht versuchen, islamischen Ländern unsere Kultur und Werte aufzudrängen. Daher kann ich eine Solidarität mit den USA nicht teilen. Deutschland sollte sich aus diesem Konflikt heraushalten. Ähnliches gilt für den Nahost-Konflikt. Es muß aber möglich sein,

den. Insbesondere, wenn man bedenkt, wie viele UN-Resolutionen Israel nicht beachtet hat. Meiner Ansicht nach haben die Palästinenser einen legitimen Anspruch auf einen unabhängigen Staat in gerechten Grenzen. Die Kriegsdrohung der USA gegen den Irak halte ich für verfehlt, vor allem, weil es noch nicht einmal erwiesen ist, daß der Irak überhaupt über Massenvernichtungswaffen verfügt.

DS: Wie sehen Sie die künftige Entwicklung des Verhältnisses zu anderen nationalen Organisationen?

Judith Wolter: »Pro Köln« ist überparteilich. Jeder, der sich mit unseren Zielen identifiziert, kann bei uns mitarbeiten – unabhängig von seiner Parteizugehörigkeit. Wir bemühen uns stets um ein gutes Verhältnis zu anderen nationalen Organisationen und um konstruktive Zusammenarbeit.

DS: Von vielen Seiten wird »Pro Köln« immer wieder mit der Person des Verlegers Manfred Roush in Verbindung gebracht. Roush Kritik an Persönlichkeiten des nationalen Lagers hat in der Vergangenheit vielfach zu Irritationen geführt. Wie stehen Sie zu dieser Problematik?

Judith Wolter: Manfred Roush ist Vorstandsmitglied von »Pro Köln«. Vorsitzende bin jedoch ich. Grundsätzlich kann man natürlich Äußerungen von einzelnen »Pro-Köln«-Mitgliedern nicht als repräsentativ für die ganze Bürgerbewegung ansehen. Ich kann nur für mich selbst sprechen und sagen, daß ich bisher niemandem angeleidet habe und dies auch künftig nicht vorhaben.

DS: Wie stellen Sie sich ein zukünftiges Deutschland vor?

Judith Wolter: Ich wünsche mir für Deutschland, daß es nicht in einem Multikulti-Einheitsbrei untergeht, sondern seine eigene Identität und Kultur bewahrt. Das eigene Volk sollte wieder im Vordergrund politischen Handelns stehen. Besonders wichtig ist, daß die Freiheit und Souveränität Deutschlands wiederhergestellt wird. Hierzu benötigen wir eine breite Volksbewegung gegen den verhängnisvollen Amerikanismus. Deutsche Politik darf letztendlich nicht in New York oder Washington gemacht werden, sondern von einer neuen selbstbewußten Politikergeneration in Berlin.

Voraussetzung hierfür ist, daß es uns auch in Deutschland gelingt, als Patrioten wie überall sonst in Europa in die Parlamente einzuziehen. Die deutsche Rechte muß endlich parlamentarisch verankert werden. Wir brauchen hierzu jedoch keinen anglistischen konservativen Joinpartner der CDU, sondern eine Fundamentale Opposition gegen die politische Klasse, Multikulturalismus, Globalisierung, Überfremdung, Korruption, Amerikanisierung und Werteverfall.

DS: Frau Wolter, wir bedanken uns für das Gespräch.



Judith Wolter, ist seit Mitte 1999 Vorsitzende der überparteilichen »Bürgerbewegung Pro Köln«. Wegen ihres Engagements gegen Überfremdung, etablierten Parteien und Benachteiligung der deutschen Bevölkerung sieht sich die 24-jährige Jurastudentin bereits diversen Diffamierungskampagnen sogenannter Antifaschisten ausgesetzt.

Schließlich wurde dann ein Grundstück in Longerich ausgewählt. Auch dort haben wir Unterschriften gegen das Vorhaben gesammelt und mehrere Mahnwachen und Demonstrationen durchgeführt. Desweiteren hat »Pro Köln« sich gegen den Bau einer Forensischen Klinik, unter anderem für geisteskranken Straftäter, in Köln-Porz eingesetzt und wird dies auch weiterhin tun. Auch hat »Pro Köln« einen Bürgerantrag gestellt, dem früheren Kölner SPD-Oberbürgermeister Norbert Burger wegen dessen Beteiligung an der Kölner Spendenaffäre die Ehrenbürgerschaft der Stadt zu entziehen.

Jedoch haben wir ein großes Problem: Fast alle Aktivitäten von »Pro Köln« unterliegen einem totalen Medienboykott. Ein linksliberaler Verleger, Alfred Neven DuMont, besitzt die drei wichtigsten Lokalzeitungen »Kölner Stadt-Anzeiger«, »Köl-

Schweinejournalismus

Spitzel, Spalter oder einfach nur Provokateur?

Der Kleinverleger und Mächtgern-Politiker Manfred Rouhs – Prototyp eines Verlierers

Die »Stunde der Verlierer« scheint angebrochen zu sein. Personen, die im nationalen Lager gescheitert sind, weil sie in verschiedenen Parteien ihren angestrebten Posten nicht erhielten oder unfähig waren, ihre Projekte durchzusetzen, versuchen gegenwärtig, ihre Wut an allen national-oppositionellen Kräfte in Deutschland abzureagieren. Dies geschieht, indem sie im Rahmen der jüngsten V-Mann-Entartungen skrupellos und in einer an charakterlicher Verkommenheit nicht mehr zu überbietenden Art und Weise die von Systempolitikern und Medien inszenierte Verdächtigungsspirale gegen nationale Aktivisten weiterdrehen.

Friedrich Weider

Ein typischer Vertreter dieses Verlierertypus ist der Kölner Manfred Rouhs, der seine politische Karriere in den achtziger Jahren bei der NPD begann. Dort brachte er es bis zum nordrhein-westfälischen JN-Landesvorsitzenden. Öffentlich Notiz nahm man von ihm allen Medienbemühungen zum Trotz kaum, nur einmal sollte er für Aufmerksamkeit sorgen, als er den Antrag einbrachte, daß die Stadt Köln dem früheren Reichskanzler Adolf Hitler die damals noch bestehende Ehrenbürgerschaft aberkennen solle. Nachdem es Rouhs nicht gelang, die NPD-Parteiführung davon zu überzeugen, ihm ein Zeitungsprojekt zu finanzieren und ihn zu diesem Zwecke fest einzustellen, trat er Ende der achtziger Jahre frustriert aus der NPD aus. Offiziell begründete er seine Entscheidung mit dem zeitweiligen Wahlbündnis der NPD mit der Deutschen Volkswunion.

Kurz darauf wurde er Mitglied der seinerzeit noch im Aufschwung befindlichen Republikaner. Bei der Verteilung der Pfunde gelang es ihm, ein Mandat im Kölner Stadtrat zu ergattern. Nachdem er aber auch bei den Republikanern scheiterte, weil er dort nicht den gewünschten Einfluß gewann und auch diese die Finanzierung seines Zeitschriftenprojektes ablehnten, wanderte er weiter zur Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH), die schon bei ihrer Gründung als Totgeburt galt. Da Rouhs nicht unbedingt als begnadeter Analytiker und Theoretiker auffiel und politische Substanz immer wieder vermissen ließ, mißlang ihm folgerichtig auch der Wiedereinzug in den Rat der Stadt Köln.

Parteipolitischer Zickzackkurs

Als die DVU vor vier Jahren mit 12,9 Prozent in den Landtag von Sachsen-Anhalt einzog und ihren Wahltritt zur Bundestagswahl verkündete, sah Rouhs die Chance zur Finanzierung seiner Zeitschrift und die Krönung seiner politischen Achterbahnlaufbahn gekommen. Nach dem Motto »Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern« warf er seine früheren Bedenken gegen die DVU angesichts der mit einem eventuellen Bundestagsmandat verknüpften Pfunde über Bord und versuchte, sich bei Dr. Frey anzuwandern. In hündischer Unterwürfigkeit berichtete er in den Folgemonaten über deren Aktivitäten, freilich

vergebens. Nicht nur, daß es ihm nicht gelang, den angestrebten Listenplatz in Nordrhein-Westfalen zu erobern, nein, es gelang ihm nicht einmal, Mitglied der Partei zu werden. Nachdem ihm in der Folgezeit die Türen bei NPD, REP und DVU verschlossen blieben, gründete Rouhs einen eigenen Verein namens »Pro Köln«, der ihn wieder in den Kölner Stadtrat zurückbringen sollte. Auch dieses Unterfangen sollte kläglich scheitern, wie so ziemlich alles im Leben des Manfred Rouhs mißlang.

Auch die geschäftlichen Aktivitäten des Manfred Rouhs verlaufen schleppend. Neben seinen andauernden finanziellen Engpässen weiß man eigentlich nur von ihm, daß er sein Geld mit jenem Personenkreis zu verdienen versucht, über den er sonst nach Belieben herzieht: den Skinheads. Es ist schon bemerkenswert, daß ausgerechnet ein Mächtgern-Intellektueller, der Vertreter des nationalen Widerstandes immer wieder aufgrund des von ihnen geführten »Kampfes um die Straße« als Nestbeschmutzer und Agenten bezichtigt, darunter Nationaldemokraten, die Bereitschaft von Aktivisten im Einsatz für ihr Volk nicht an reinen Äußerlichkeiten festmachen, einen Tonträgervertrieb für Skinheadmusik zu unterhalten versucht.

Kaufmann mit begrenztem Talent

Wer einmal auf seinen Weltnetzseiten recherchiert, kann dort eine von den Systemmedien kaum mehr zu übertreffende Hetzkampagne gegen die nationale Opposition – allen voran gegen die NPD und freie Kameradschaften, aber auch gegen DVU und REP – verfolgen. Besonders dem in Auge Rouhs' sind dabei die Schärfung des politisch-weltanschaulichen Profils und die öffentlichen Demonstrationen der NPD. Allen voran die Proteste gegen die Wehrmachtsausstellung des Herrn Reemtsma, die angeblich ein Schandfleck für das »patriotische Lager« in Deutschland seien. Erstaunlich ist jedoch, daß Rouhs sich nicht scheute, gegen das in Köln ansässige Bundesamt für Verfassungsschutz ebenfalls eine mit nicht einmal 100 Teilnehmern kläglich besuchte Demonstration durchzuführen und dabei auch die Werbeschiene des »Norddeutschen Aktionsbündnisses« freier Nationalisten zu nutzen. Das äußere Erscheinungsbild der Rouhs-Demo war von der einer NPD- oder parteiunabhängigen Veranstaltung folglich auch kaum zu unterscheiden.

Parteinahme für CDU-Wurmfortsatz Schill

Wessen Geistes Kind Manfred Rouhs politisch ist, zeigt sich nicht zuletzt an seiner unverhohlenen Parteinahme für den Hamburger Populisten Ronald B. Schill, was Rouhs letztlich aber nicht hindern sollte, im eigenen Verlag ein kritisches Buch über den Hamburger Innensenator herauszugeben. Aber Geld stinkt bekanntlich nicht.

Interessant ist auch, daß Rouhs immer wieder sein vermeintlich radikaldemokratisches Selbstverständnis zum Ausdruck zu bringen versucht. Schon 1997 wußte er bei der Eröffnung der Wehrmachtsausstellung in Mün-



Rouhs: Denunziationsarbeit zum Nutzen des Systems

chen die Verweigerung seiner Unterschrift bei einer Anti-Kampagne mit der vielsagenden Begründung zu verweigern, daß in einem freien Land jeder seine freie Meinung zum Ausdruck bringen dürfte – also auch Herr Reemtsma!

Allerdings reicht sein radikaldemokratisches Selbstverständnis nicht für das Mindestmaß an Toleranz gegenüber Andersdenkenden aus, wenn es um die Löschung von Forumseinträgen auf seinen Weltnetzseiten geht, die sich kritisch, aber sachlich mit den hanebüchlichsten VS-Verdächtigungen des Manfred Rouhs auseinandersetzen. Reemtsma-Hetze in Ordnung, aber Kritik an der selbstgerechten Polemik von Rouhs? Undenkbar.

Bei der zweifelhaften Karriere des Manfred Rouhs dürfte es nur wenig verwundern, daß sich bei dies im Verlauf der Jahre ein großer Frust angestaut hat. Da Rouhs jedoch nicht die Größe besitzt, die Gründe für sein Scheitern bei sich selbst zu suchen, versucht er andere für sein Scheitern verantwortlich zu machen. Sein fortwährendes Scheitern muß eine Verbitterung ungeheuren Ausmaßes hervorgerufen haben, die stets auf der Suche nach einem Ventil ist. Er sucht verzweifelt Gelegenheiten, um andere mit Dreck zu bewerfen. Nur so schafft er es, sein Versagen nicht bis in sein Bewußtsein vordringen zu lassen. Ein Überdenken seiner bisherigen Vorgehensweise zieht er freilich nicht in Betracht.

V-Mann-Affäre als Frust-Ventil

Da bietet sich ihm die V-Mann-Affäre als optimales Betätigungsfeld zur Eigentherapie an. Hier kann er den in beinahe zwanzig Jahren angestauten Frust einmal ablassen, hier kann er ohne Rücksicht auf Verluste über andere herziehen – daß er dabei das Spiel des Systems betreibt, stört ihn wenig. Für ihn zählt einzig und allein der persönliche therapeutische Wert seiner Betätigung. In übelster Weise tituliert er in aller Öffentlichkeit Personen, an denen er gescheitert ist, als Agenten.

Endgültig zur Lachnummer degradierte sich der abgebrochene Student der Sozialwissenschaften, als er zur Stützung jüngster Verdächtigungen die angebliche Agententätigkeit von Rechtsanwalt Horst Mahler mit dessen Prozeßstrategie im NPD-Verbotsverfahren begründete. Ausgerechnet kurz vor dem ursprünglich angesetzten Termin

zerstören und die Glaubwürdigkeit der Prozeßbevollmächtigten zu demontieren. Wer das Ego von Rouhs kennt, sollte im übrigen auch nicht außer Acht lassen, daß dieser zudem gezielt darauf spekulierte, seinen kläglich Namen und den seines Verlages in dem zu erwartenden Medienecho einer mündlichen Verhandlung des BVG zu plazieren. Einige Medienorgane wie die »Jungle World« oder aber die »Junge Freiheit«, die immer gern jeden Popanz aufzubauen versuchen, um über die vermeintliche Zerstrittenheit des nationalen Lagers berichten zu können, griffen das Rouhsche Husarenstück dann auch nur all zu gern auf.

Verleumdungsattacken gegen NPD-Vertreter

Doch Manfred Rouhs wäre nicht Manfred Rouhs, würde er nun endlich die Konsequenzen aus seinem verächtlichen Tun ziehen. Unvermindert führt er sein skrupelloses Zersetzungsnetzwerk gegen die nationale Opposition fort. Jüngstes Opfer seiner Verleumdungskampagne ist der NPD-Bundesgeschäftsführer Frank Schwerdt. Mehrfach äußerte der Kölner Kleinverleger auf seinen Weltnetz-Seiten nicht nur den Verdacht, bei diesem könne es sich eventuell um einen Mitarbeiter des Verfassungsschutzes handeln, sondern stellte dies gar als erwiesenes Faktum dar. Er bezieht sich dabei auf eine Mitteilung des »Kölner Stadtanzeigers«, der zwar über einen weiteren V-Mann in der NPD berichtet, den Namen von Schwerdt aber nicht genannt hatte. Obwohl dieser ein Hauptsacheverfahren auf Unterlassung der Behauptung vor dem Landgericht Köln einleitete, ließ Rouhs seine Verdächtigungen in der Druckausgabe seiner Postille »Signal« wiederholen.

Offenkundig spekulierte der pseudonationale Nestbeschmutzer darauf, daß ungeachtet späterer Gerichtsentscheidungen genug schmutzige Wäsche gewaschen sein würde, um Schwerdt auf Lebzzeit im nationalen Lager zu diskreditieren. Die Hallosigkeit der angeblich so sicheren Erkenntnisse von Rouhs sollten sich

am 15. Mai vor dem Landgericht Köln erweisen. Nach einem dort geschlossenen Vergleich ist es ihm künftig unter Vertragsstrafversprechen in Höhe von 5.100,00 Euro untersagt, wörtlich oder sinngemäß zu äußern oder zu verbreiten, daß Schwerdt für den Verfassungsschutz tätig oder tätig gewesen sei und Rouhs zu kriminalisieren versucht hätte. Es ist übrigens interessant, daß die Veröffentlichung in »Signal« mit einer Karikatur von A. Paul Weber unter dem Titel »Das Gerücht« illustriert wurde. Besser hätte Rouhs die Absicht seiner Verdächtigungen nicht darstellen können.

Das Verbreiten von Gerüchten gehört neben dem Ausspähen zu den bevorzugten Methoden der Geheimdienste, um Mißtrauen in die Reihen der Opposition zu tragen. Gerade weil das Verbotsverfahren gegen die Nationaldemokraten auf der Kippe steht und kläglich zu scheitern droht, wird jetzt versucht, auf diese Weise die Partei zu destabilisieren. Mit sinnlosen Agentenverdächtigungen soll Unruhe in das gesamte nationale Lager getragen und die von Beckstein und Schily so erhoffte Verdächtigungsspirale zur inneren Zersetzung der nationalen Opposition vorangetrieben werden.

Verdächtigungen zersetzen das nationale Lager

Wer sich an Agentenverdächtigungen – egal aus welchen Motiven – beteiligt, betreibt, ob er dies will oder nicht, das Spiel des Systems. Er hält andere Kameraden von sinnvoller Arbeit ab und schafft ein Klima der Verunsicherung und des Mißtrauens. Er sorgt dafür, daß bestimmte Personen langfristig nicht mehr zusammenarbeiten können, er agiert als Spalter und Zersetzer. Wer Deutschland und der nationalen Sache nutzen will, beteiligt sich nicht an derartigen Spekulationen. Ein verantwortungsvoller Aktivist kümmert sich um die Erledigung der ihm obliegenden Aufgaben und hält sich ansonsten an Fakten. Es wird Zeit, sich darüber Gedanken zu machen, wem die Tätigkeit von Manfred Rouhs eigentlich nützt.

Große und kleine Spalter

Pro Köln möchte geliebt werden und gibt sich selbst doch noch recht zickig

Es gibt große und kleine Spalter. Das ist im Leben nicht anders als in der Politik. Spalter halten besonders sich selbst für das Maß der Dinge, weshalb sie, statt mehrstimmig mitzusingen, lieber solo auftreten, selbst wenn sie nur eine brüchige Stimme haben. Solche Existenzen gibt es auch in Köln. Dort nennen sich jene, die eigentlich nationale Opposition sein wollen, »Bürgerbewegung pro Köln«. Das klingt irgendwie sauber und unbelastet, findet man. Nun wären Namen Schall und Rauch, wie bereits der Geheimrat Goethe zu berichten wußte, wenn stimmt, was hinten dabei herauskommt. Aber es scheint sich niemand so recht für die Bürgerbewegung zu begeistern. Die etablierte Journalle interessiert sich ohnehin nur für politische Inzucht, die konservative *Junge Freiheit* würde sich

vielleicht interessieren, darf aber nicht, weil deren Chefredakteur eine Rechtsneurose hat, und der freien nationalen Presse möchte man die Beschäftigung auch fast nicht mehr empfehlen.

Da beschwerte sich der Pro-Köln-Pressechef erst Ende August darüber, daß nicht nur die Anträge der Bürgerbewegung nie gehört würden, auch die Junge Freiheit würde einfach nicht beachtet. Und dies, obwohl man etwa Polizeipräsident Dieter Klingger nach seinen islamkritischen Äußerungen unterstützt habe. Die Bürgerbewegung habe die Anerkennung der Ehrenbürgerwürde des bekannten Medienzaren Alfred Neven DuMont gefordert und so weiter und so fort. Man sei ja prinzipiell froh, daß es die konservative Wochenzeitung gäbe: »Aber wenn die JF mißliebige Gruppierungen ignoriert und tot-

schweigt, dann ist sie nicht besser als die oft von ihr gerügten etablierten Medien. Für solch eine JF bestünde wirklich kein Bedarf mehr – das könnten dann FAZ, Focus, Rheinischer Merkur beser.« Es stellt sich hierbei nur die Frage, wie es die Bürgerbewegten bisher geschafft haben, diesen gesinnungsmäßigen Degenerierungsprozeß der JF zu übersehen.

Nun wollte die *Deutsche Stimme* auch bei Spaltern nachfragen – eingedenk Goethes. Die Frage an die Bürgerbewegung, ob einer der Repräsentanten für eine kritische Befragung zur Verfügung stünde, wurde prompt beantwortet. Man müsse verstehen, daß ein Interview mit der DS natürlich nicht in Frage käme. Dies würde die Bürgerbewegung kompromittieren. Das »freundliche« Schreiben wurde von Manfred Rouhs unterzeichnet, der jetzt in Köln die kul-

turelle Dominanz des Islams beklagt und der vor einigen Jahren seine Ziele in anderen Zeitungen ausbreitete und sich als NPD-Funktionär anpries. Damals noch in der *Deutschen Stimme*, heute »geläuterter Jungdemokrat«, der lediglich mit einem Anruf beim Aussteigerprogramm vielleicht noch ein wenig Popularität in seine blasse politische Karriere bringen könnte. Rouhs' Initiative geht eine geplante Großmoschee nicht ungehört verhallen. Ohne Bündnispartner macht es sich eben schlecht Politik. Nur in einem haben die Pro Kölner ja recht. Wer mißliebige Gruppierungen ignoriert und totschweigt, ist kein bißchen besser als die viel gerügten etablierten Parteien. Für solch eine Bürgerbewegung bestünde in Köln dann wirklich kein Bedarf mehr.

Hauke Nanninga



Extreme Rechte | Pro NRW und Pro D wieder vereint

Wieder Freunde: Markus Beisicht (li.) und Manfred Rouhs

Von Jan Spreuk

Burgfrieden

Pro NRW und pro D wieder vereint

Monatlang schien es, als würden die beiden „pro Köln“-Funktionäre Markus Beisicht und Manfred Rouhs getrennte Wege gehen beim Versuch, das Konzept ihrer „Bürgerbewegung“ über die Domstadt hinaus auszudehnen. Doch Ende Juli schlossen sie eine Art Burgfrieden.

Während die Mehrheit der Kölner Funktionäre seit Anfang 2007 den Aufbau einer *Bürgerbewegung pro NRW* vorantrieb, angeführt vom *pro-Köln*-Vorsitzenden **Markus Beisicht**, setzte *pro-Köln*-Schatzmeister **Manfred Rouhs** bereits seit Januar 2005 auf sein Projekt einer *Bürgerbewegung pro Deutschland. Pro NRW* konzentrierte sich weitgehend auf NRW, während *pro D* sich über die Landesgrenzen hinaus ausdehnen wollte und z.B. einen Ableger in Berlin förderte. Differenzen gab es auch in der Frage, wie deutlich man sich zu anderen extrem rechten Gruppierungen abgrenzen sollte. *Pro D* bekannte sich „zu den Werten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes“. Die Gruppe erteilte „jeder Form von politischem Extremismus eine scharfe Absage“. Bei Beisicht klang das distanzierter: „Jeder, der in der Bundesrepublik Deutschland Politik betreiben will, muß sich zu den freiheitlich-demokratischen Grundwerten bekennen“, ließ er in einem Interview wissen. Diese (erzwungene?)

Einsicht und das Bemühen, sich von „rechten Politsekten“ zu distanzieren und „als politischer Mitbewerber die Bürger nicht zu verschrecken“, hielt ihn aber nicht davon ab, erst kürzlich dem NPD-Blatt *Deutsche Stimme* ein Interview zu geben. Und auch seine Stellvertreterin im *pro-NRW*-Vorsitz, **Judith Wolter**, scheute nicht vor einem Interview mit der DVU-nahen *Nationalzeitung* zurück.

Rouhs erklärte nun am 31. Juli seinen Beitritt zu *pro NRW* und dass er beim Aufbau von Strukturen im Rheinland mithelfen werde. Bis zur Kommunalwahl 2009 werde *pro D* „keinen aktiven Verbandsaufbau betreiben“, so Rouhs. Beisicht erklärte, Rouhs werde sogar „weitere personelle und finanzielle Ressourcen einbringen“. Möglicherweise kam die Einigung zustande, weil *pro NRW* zuvor angekündigt hatte, in den Rouhs'schen Gefilden außerhalb von NRW wildern zu wollen.

Im August wurde die Gründung neuer Kreisverbände in die Wege geleitet. In Bonn fungiert **Markus Ro-**

drian als „Beauftragter für die Kreisverbandsgründung“, im Rhein-Sieg-Kreis **Dieter Danielzick**, der von der extrem rechten Kleinstpartei *Ab jetzt... Bündnis für Deutschland* kommt. In Hürth fungiert **Peter Normann** als Ansprechpartner, in Pulheim Prof. Dr. **Günther Dietz**. In Leverkusen sollen **Jörg Frischauf** und **Willy Müller** die Aufbauarbeit koordinieren. In Gelsenkirchen ist die Gruppierung nach dem Beitritt des früheren REP-Stadtverordneten **Kevin Gareth Hauer** bereits im Rat vertreten. Schon im Februar wurde die Gründung von *pro Bottrop* gemeldet, das von dem Bezirksvertreter **Josef Scholand** geführt wird. Auch in Münster, Warendorf, Düsseldorf und dem Märkischen Kreis sollen sich *pro*-Gruppen bilden.

„Insgesamt haben wir somit zwei Jahre vor den nächsten Kommunalwahlen und fast drei Jahre vor der NRW-Landtagswahl eine erfreuliche Zwischenbilanz vorzuweisen auf unserem Weg zu einer flächendeckenden Präsenz in Nordrhein-Westfalen“, meint Beisicht. Und freut sich über „prominenten“ Zuwachs beim Kampf gegen „Moscheebauten und andere Projekte der Multikultur-Fanatiker“. „Der bekannte Solinger Unternehmer **Günther Kissel** ist heute der Bürgerbewegung *pro NRW* beigetreten“, meldete er am 16. August. Dabei hatte die Firma des Auschwitzleugners erst kürzlich den Rohbau der Merkez-Moschee in Duisburg fertiggestellt (vgl. *LOTTA* #25, S. 29).

Argwöhnisch beäugt wird die Entwicklung von der NPD, die kommunalpolitisch ihre Felle davonschwimmen sieht. NPD-Landesorganisationsleiter **Timo Pradel** wirft *pro Köln* „Anbiederung an Systemparteien“ und „Abgrenzung zur authentischen nationalen Opposition in Gestalt von NPD und parteifreien Kräften“ vor. Auch die militante Neonaziszene hat sich eine Meinung über die *pro*-Bewegung gebildet. Das *AB West* nennt beispielsweise *pro Köln* eine „reaktionäre, populistische, philosemitische und absolut spießbürgerliche Partei“.

★

Rechte Szene

„Patrioten“ in Europa

Die deutsche extreme Rechte streckt ihre Fühler nach erfolgreichen Parteien wie der FPÖ und dem Vlaams Belang aus.

Vor allem „pro NRW“ beziehungsweise „pro Köln“ und die Republikaner buhlen derzeit intensiv, um die Gunst der westeuropäischen Rechtsaußen-Parteien. Der „pro Köln“-Vorsitzende Markus Beisicht kündigte Ende November nach einem Treffen mit Vertretern der FPÖ, darunter deren Generalsekretär Harald Vilimsky, einen „ersten gesamteuropäischen Anti-Islamisierungskongress“ an, der im Herbst 2008 in der Domstadt stattfinden soll. Im Überschwang der Gefühle sprach „pro Köln“ von einer „historischen Entscheidung der patriotischen Parteien Europas“ und einer „euphorischen Stimmung“ angesichts der Kongress-Planung. Bei dem mehrtägigen Kongress wollen „die Spitzen von pro Köln/pro NRW, FPÖ, Vlaams Belang, Front National und anderer europäischer Rechtsparteien über Gegenstrategien zur unkontrollierten Massenzuwanderung, Überfremdung und Islamisierung beraten und versuchen, einen gemeinsamen Weg der Patrioten in Europa aufzuzeigen“.

Wenige Tage zuvor war eine Delegation von „pro Köln“ zur Wahlkampfunterstützung der FPÖ nach Graz gereist, Seite an Seite mit dem Vlaams Belang-Fraktionschef Filip Dewinter aus Antwerpen. Unterstützen wollten die Kölner in Graz die FPÖ-Spitzenkandidatin für den Gemeinderat, Susanne Winter, die in ihrem Wahlkampf immer wieder durch rechtsradikale und rassistische Äußerungen auffällt und im Interview mit der Wochenzeitung „Zur Zeit“, herausgegeben unter anderem vom FPÖ-Europaabgeordneten Andreas Mölzer, „Graz wieder den Grazern“ fordert und den Islam als „Feindreligion“ bezeichnet. Sie schwadroniert von einem „Kulturkampf gegen den Islam“ und vom „muslimischen Einwanderungs-Tsunami“. Kein Wunder, dass sie Dewinter zustimmt, wenn der sagt, der Islam habe in Europa nichts verloren. Winter: „Der Islam muss wieder dorthin ‘zurückgeworfen’ werden, wo er herkommt. Nämlich jenseits des Mittelmeeres.“ Das werde man aber nur im Zuge einer europäischen Vernetzung schaf-

fen, meint die FPÖ-Politikerin. Ein erster Schritt aus ihrer Sicht: ein „Städtebündnis gegen die Islamisierung Europas...“, das am Anfang aus der Achse Antwerpen–Köln–Graz bestehen wird“. Winters Ausfälle könnten einen Vorgeschmack darauf geben, welche Töne im Herbst beim „Anti-Islamisierungskongress“ in Köln zu hören sein werden.

Von FPÖ und Vlaams Belang lernen heißt siegen lernen, denkt man sich auch bei den Republikanern. Der baden-württembergische Landesvorsitzende Ulrich Deuschle bedient sich seit einigen Monaten sogar bevorzugt des FPÖ-Slogans von der „sozialen Heimatpartei“, wenn er die Republikaner als „Schutz vor Globalisierung und Islamismus“ positionieren will. Am 1. Dezember lud der Republikaner-Landesverband in Stuttgart zu einem Fachkongress „Familie kontra Zuwanderung“ mit europäischen Gästen ein. Beteiligt auch hier laut einer Ankündigung der Republikaner: die FPÖ und der Vlaams Belang. Mit der Tagung wolle man an den „erfolgreichen Europakongress“ in Mainz am 6. Oktober anknüpfen, hatten die Republikaner verbreitet. Dabei war jener Mainzer Kongress aus Sicht der Parteispitze eigentlich gar nicht so erfolgreich. Die Hoffnung, von anderen europäischen Rechtsaußenparteien quasi als die deutsche Rechtspartei geadelt zu werden und im Windschatten der bei Wahlen erfolgreichen FPÖ und VB ins Europaparlament zu segeln – womöglich sogar auf einer grenzüberschreitenden Liste –, zerschlug sich. Mölzer mahnte statt dessen, die „deutsche Rechte“ müsse ihre Spaltung überwinden und die „Ausgrenzung der Ausgegrenzten“ beenden. Und FPÖ-Chef Hans-Christian Strache erklärte, die „Freiheitlichen“ würden keine Parteien unterstützen, sondern nur eine „überparteiliche Plattform“.

Bleibt aus Sicht der REP-Spitze wohl nur, entweder im Falle eines Alleingangs einer weiteren sicheren Wahlpleite entgegenzusehen oder sich zumindest der DVU ein wenig anzunähern. Die hatte ja im mit der NPD vereinbarten „Deutschlandpakt“ die Europawahl für sich reserviert bekommen. Harald Neubauer versuchte in Gerhard Freys „National-Zeitung“, den Republikanern Brücken zu bauen: Das Kooperationsmodell von DVU und NPD verstehe sich „als Kristallisationspunkt für weitere patriotische Bündnisbemühungen“ – und das „auf dem Boden des Grundgesetzes“, wie Neubauer betonte.

Tomas Sager

Aufbau von unten Konstruktiv politisch arbeiten für Deutschland

Die Bürgerbewegung pro Deutschland hat am 28. Januar 2006 in Köln in einem Strategieseminar ihr Konzept für den Aufbau von Kreisverbänden in den Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland vorgestellt. An der gut besuchten Veranstaltung nahmen politisch aktive Mitglieder der Bürgerbewegung aus West- und Mitteldeutschland teil. Manfred Rouhs stellte in drei Schritten den Weg vor, den die Bürgerbewegung in Köln von 2001 bis zum Ratseinzug bei der Kommunalwahl 2004 zurückgelegt hat: allerdings in einer generalisierten, überall in Deutschland umsetzbaren Form. Das Besondere daran ist, daß dieses Konzept politische Erfolge unabhängig von der oft wechselhaften oder gar destruktiven Berichterstattung der etablierten Massenmedien möglich macht.

Im Jahr 2001 hatte die Bürgerbewegung pro Köln nur eine Handvoll aktive Mitglieder. Sie war in der Domstadt aufgrund einer absoluten Medienblockade völlig unbekannt und hätte nicht einmal alle 45 Kölner Kommunalwahl-Kreise mit eigenen Kandidaten besetzen können. Ihre finanziellen Möglichkeiten bewegten sich im Bereich von wenigen hundert Euro. Drei Jahre später zog pro Köln mit einer Fraktion in den Stadtrat ein, setzte jährlich insgesamt einen knapp sechsstelligen Euro-Betrag um, gewann in der Domstadt eine dreistellige Mitgliederzahl und nahm erfolgreich Einfluß auf kommunalpolitische Entscheidungen der Stadtspitze. Das politische Umfeld der Bürgerbewegung, aus dem heraus dieser Erfolg möglich gemacht wurde, umfasste in 2004 rund 13.000 Haushalte. Es wuchs bis 2006 trotz der unvermeidbaren Fluktuation auf gut 14.000 Haushalte an.

Die drei nachfolgend beschriebenen Schritte machen den Wandel von der belächelten Kleingruppe zum erstzunehmenden politischen Faktor möglich:

1.) Handlungsfähigkeit herstellen

Der erste Schritt ist denkbar konventionell und zielt auf die Herstellung der eigenen Handlungsfähigkeit ab. Mindestens sieben Mitglieder der Bürgerbewegung pro Deutschland müssen vor Ort ansässig sein und in Absprache mit dem Bundesvorstand einen Kreisverband gründen. Zur Mitglieder-Werbung in der Startphase kann das Kampagnen-Flugblatt des Bundesverbandes gegen die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union herangezogen werden. Vorhanden sein muß allerdings ein geeigneter Kandidat für den Kreisvorsitz und ein zuverlässiger Bewerber für das Amt des Schatzmeisters. Mindestens einer muß da sein, der als Motor die Arbeit vor Ort antreibt. Besser ist es, wenn mehrere Aktive die Umsetzung des pro-Deutschland-Konzeptes anschieben. Ein einzelner Mensch kann mit acht bis zehn Stunden wöchentlichem Einsatz die politische Landschaft in seiner Heimatregion wesentlich verändern!

Der Kreisverband muß eine Postanschrift einrichten, beispielsweise ein Postfach, und bei der örtlichen Sparkasse ein Girokonto eröffnen. Die Sparkassen sind verpflichtet, auch für oppositionelle Gruppen Girokonten auf Guthabenbasis zu führen.

Und eine eigene Internetseite gehört zum Pflichtprogramm! Sie muß freigeschaltet werden, bevor die ersten Kampagnen-Flugblätter in Druck gehen, damit von Anfang an jedes verteilte Flugblatt gleichzeitig für die lokale Internetseite wirbt. Bei der Einrichtung der Internetseite kann der Bundesverband, falls nötig, Hilfe leisten. Im Kreisverband muß (im ungünstigsten Fall) lediglich mindestens ein Mitglied über Grundkenntnisse im Umgang mit dem Internet verfügen.

Sodann sollten in der eigenen Region die seriösen patriotischen Kräfte gesammelt werden. Dabei gilt der Grundsatz: „Weniger ist mehr!“ Spinner und radikale, verfassungsfeindliche Phrasendrescher werden in die Bürgerbewegung nicht aufgenommen. Pro Deutschland positioniert sich eindeutig innerhalb des demokratischen Spektrums. Das schließt die Aufnahme von ehemaligen Mitgliedern der klassischen politischen Parteien nicht aus, soweit sie sich in glaubwürdiger Form zum Programm der Bürgerbewegung bekennen. Mehrfach-Mitgliedschaften in (potentiell) konkurrierenden Parteien sind aber ausgeschlossen.

Wichtig ist es, ein konkretes politisches Ziel anzuvisieren, beispielsweise die Teilnahme an der nächsten Kommunalwahl. Auf dieses Ziel sollten die eigenen Aktivitäten nunmehr möglichst langfristig ausgerichtet werden. Mit Blick auf die Kommunalwahl-Teilnahme kann man werbend an politisch interessierte Personen herantreten, die noch nicht im Boot der Bürgerbewegung sitzen.

Wichtig ist es, ein regelmäßiges Treffen des Kreisverbandes zu installieren: am besten wöchentlich, hilfsweise monatlich. Dabei sollten der Ort und die Uhrzeit immer gleich sein; das Treffen muß sich zu einem „festen Anlaufpunktes“ entwickeln. Ort und Termin werden nicht öffentlich bekannt gegeben. Eingeladen werden nur die Mitglieder sowie Personen, die als zuverlässig bekannt sind.2.) Menschen binden

Dies nun ist die ständige Kernarbeit der Bürgerbewegung: Wir müssen unsere Mitbürger ansprechen und sie mit unseren politischen Vorstellungen vertraut machen.

Dazu ist es zunächst nötig, die richtigen Themen zu finden. Wir dürfen nicht warten, bis sich uns ein Thema aufdrängt, wir

müssen vielmehr die Themen aktiv suchen. Die Themensuche ist das Alpha und das Omega unserer politischen Arbeit. Wir werden also unsere Augen und Ohren offen halten, und zumindest ein Mitglied des Kreisverbandes wird die größte regionale Tageszeitung abonnieren und deren Berichterstattung sorgfältig verfolgen. Zu den für uns interessanten Bereichen Multi-Kulturalismus, Kriminalitätsentwicklung, Korruption und soziale Gerechtigkeit sollten jeweils aktuelle Meldungen auf der Internetseite erscheinen. Und sobald im Segment Multi-Kulturalismus irgend etwas geschieht, was unseren Widerspruch herausfordert, werden wir dazu eine Petition aufsetzen, die im Regelfall an den Beschwerdeausschuß des Stadtrates gerichtet ist. Der Inhalt der Petition muß so gehalten sein, daß der Stadtrat für die Angelegenheit sachlich auch tatsächlich zuständig ist; dabei kann der Bundesverband helfen. Die Petition wird umso erfolgreicher sein, je lokaler sie inhaltlich angelegt ist. Je weiter das Thema von den Menschen weg ist, desto geringer wird deren Neigung sein, eine Unterschrift zu leisten.

Der Text der Petition darf nicht ausländerfeindlich sein. Nicht die Ausländer sind unsere Gegner, sondern unsere eigenen deutschen Politiker, die eine verfehlte Ausländerpolitik betreiben! Seriösität ist wichtig!

Aus der Petition machen wir nun mit einem erklärenden Text ein Flugblatt, das wir in hoher Auflage an die Haushalte verteilen. Je nach der Größe des Einzugsgebietes werden wir eine Auflage von 5.000, 10.000, 20.000 oder 50.000 Stück drucken. (Die allgemeine Petition der Bürgerbewegung pro Köln gegen den geplanten Bau einer Großmoschee in der Domstadt wurde mit sieben Mal 50.000 Exemplaren aufgelegt, also mit insgesamt 350.000 Stück.) Dafür kann der Bundesverband einen Zuschuß leisten.

Die eingehenden Petenten-Adressen müssen sorgfältig erfaßt werden. Den Adressen-Bestand werden wir strukturieren, z.B. nach Mitgliedern, Spendern, Unterstützern und Interessenten, wobei jeder, der lediglich eine Unterschrift geleistet hat, zunächst die Kennung "Interessent" bekommt und später gegebenenfalls "hochgestuft" wird. Jede Aussendung werden wir mit dem Vermerk "Falls verzogen, bitte mit neuer Anschrift zurück!" oberhalb des Adressfeldes versehen. Und die Rückläufer werden wir selbstverständlich zeitnah bearbeiten, um unseren Adressenbestand, der unser wichtigstes politisches Kapital darstellt, auf dem neuesten Stand zu halten.

Für die regelmäßige Kommunikation mit den Menschen, die wir überzeugen und an uns binden wollen, werden wir eine eigene Informationsschrift herausgeben, für die der Bundesverband eine Hilfestellung leisten kann. Diese Publikationen verschicken wir bis zu vier Mal im Jahr an den gesamten Adressenbestand – versehen jeweils mit einem Spendenaufruf, durch den die Aussendungen finanziert werden. Sie behandeln nicht nur, aber vor allem regionale politische Themen.

Zudem müssen die Adressen an den Bundesverband weitergegeben werden, damit die interessierten Bürger zusätzlich gelegentliche Aussendungen des Bundesverbandes erhalten, so daß eine möglichst häufige, umfassende Ansprache erfolgt. Das schafft Bindungen. Wer zwei, drei Jahre lang ständig von pro Deutschland hört, wird nachhaltig geneigt sein, der Bürgerbewegung bei der nächsten Kommunalwahl seine Stimme zu geben.

In größeren zeitlichen Abständen – vielleicht ein- oder zweimal im Jahr – führt der Kreisverband eine Versammlung durch, bei der ein Redner des Bundesverbandes auftritt. Zu solchen Versammlungen werden gezielt die Mitglieder, Spender und Unterstützer eingeladen. Der Versand einer solchen Einladung gibt auch Gelegenheit, diesen ausgesuchten Empfänger-Kreis auf das regelmäßige wöchentliche (hilfsweise monatliche) Treffen hinzuweisen. Dabei werden neue Mitglieder und Spender geworben. Bei jeder Versammlung wird eine Anwesenheitsliste geführt, die entsprechend ausgewertet werden muß.

Die fleißig gesammelten Petitionen werden nach der Erfassung der Adressen – wobei mehrere Personen, die unter einer Anschrift wohnen, selbstverständlich zu nur einer Adresse zusammengefaßt werden, um Porto und Werbemittel zu sparen – an den zuständigen Beschwerdeausschuß weitergeleitet. Der städtische Ausschuß lädt nach einiger Zeit zur Behandlung des Bürgerantrages in öffentlicher Sitzung ein. Dabei hat ein Vertreter des Kreisverbandes das Recht, die Petition zu begründen. Zu dieser Sitzung des Beschwerdeausschusses muß unbedingt eine Einladung an alle in der Region vorhandenen Adressen verschickt werden; der Termin kann genutzt werden, um unsere dort erscheinenden Unterstützer, von denen wir manche wahrscheinlich noch gar nicht persönlich kennen, anzusprechen. Den Verlauf der Ausschußsitzung werden wir selbstverständlich – am besten mit Fotos – im Internet dokumentieren und auch zum Gegenstand der Berichterstattung in der nächsten Aussendung machen.

Das hier beschriebene Procedere zur Ansprache und Bindung von Menschen – Thema suchen, Petition erstellen, Adressen einpflegen, Info-Blatt aussenden, usw. – wird ständig wiederholt. Sobald ein Handlungszyklus abgeschlossen ist, folgt der nächste: wir suchen ein neues Thema, erstellen die nächste Petition, und so weiter. Gelegentlich werden wir – falls es uns finanziell möglich ist – auch regionale Themenflugblätter machen, die nicht auf die Erweiterung unseres Adressenbestandes abzielen. Die auf die Anbindung von Menschen abzielenden Petitionen aber sind unser Kerngeschäft, mit dem der Erfolg unserer politischen Arbeit steht oder fällt.

Sobald es uns gelungen ist, im Wahlgebiet zwei Prozent aller Haushalte in den Adreßbestand aufzunehmen, sind wir zu 100 Prozent wahlkampffähig. Denn hinter zwei Prozent der Haushalte stehen – die bei Kommunalwahlen typischerweise niedrige Wahlbeteiligung vorausgesetzt – rund vier Prozent der Wähler. Wer die Vier-Prozent-Hürde

überspringt, hat gute Chancen auf den Fraktionsstatus. In Chemnitz beispielsweise ist bei etwa 125.000 Haushalten die 100prozentige Wahlkampffähigkeit erreicht, sobald 2.500 Adressen erfaßt worden sind. In Köln waren dafür bei 524.000 Haushalten 10.480 Adressen nötig.

Von 8,4 Millionen Haushalten in Nordrhein-Westfalen müßten 168.000 erfaßt sein, um unter Zugrundelegung der Kriterien für die kommunale Wahlkampffähigkeit 100 Prozent zu erreichen.

Wer zur Kommunalwahl antreten will, sollte mit der hier beschriebenen Arbeit möglichst früh anfangen. Der 24. Monat vor dem Wahltermin markiert eine Grenze, die nicht überschritten werden darf. Die 100prozentige Wahlkampffähigkeit sollte etwa 12 Monate vor dem Wahltag erreicht sein.3.) Wahlantritt

Ein Wahlantritt setzt neben der 100prozentigen Wahlkampffähigkeit hinsichtlich des Adressenbestandes die Verfügbarkeit persönlich zuverlässiger Kandidaten für alle Wahlkreise voraus. Unbesetzte Wahlkreise schlagen mit Null Stimmen zu Buche und ziehen das Gesamtergebnis nach unten. Die „Marke“ pro Deutschland darf nicht verschlissen werden: aussichtslose Kandidaturen kommen nicht in Frage! Ein Wahlantritt setzt neben der 100prozentigen Wahlkampffähigkeit hinsichtlich des Adressenbestandes die Verfügbarkeit persönlich zuverlässiger Kandidaten für alle Wahlkreise voraus. Unbesetzte Wahlkreise schlagen mit Null Stimmen zu Buche und ziehen das Gesamtergebnis nach unten. Die „Marke“ pro Deutschland darf nicht verschlissen werden: aussichtslose Kandidaturen kommen nicht in Frage!

Die Kandidaten für die Kommunalwahl müssen sofort nach der Bekanntgabe des Wahltermins durch den Wahlleiter aufgestellt werden. Nur aktive, bereits möglichst lange bekannte Mitglieder sollten die vorderen Plätze auf den Reservelisten für den Rat und die Bezirksvertretungen einnehmen. Zu achten ist auch auf die strenge Einhaltung der vom Wahlamt vorgegebenen Formalitäten.

Mit der bei einer Erstkandidatur obligatorischen Sammlung von Unterstützungsunterschriften für die Wahlvorschläge muß so früh wie rechtlich zulässig begonnen werden. Zuerst ist hierfür der Adressenbestand zu nutzen. In problematischen Wahlkreisen dürfen auf keinen Fall bezahlte „Drückerkolonnen“ eingesetzt werden, die vor dem Hintergrund ihrer kommerziellen Motivation womöglich den Bürger über Sinn und Zweck der Unterstützungsunterschrift täuschen. Statt dessen ist der Sammlung von Tür zu Tür durch eigene Mitglieder der Vorzug zu geben. Im Notfall leistet der Bundesverband Hilfe.

Für die Finanzierung des Wahlkampfes ist auf die im Laufe der Zeit geworbenen Spender und die Mitglieder zurückzugreifen, die einer adäquaten Ansprache bedürfen. In den letzten sechs Wochen vor der Wahl muß insbesondere eine massive Plakatierung sichergestellt werden. Sie wirkt auch gegenüber den regelmäßigen Beziehern unserer Informationssendungen als Resonanzverstärker und macht die regionale Stärke der Bürgerbewegung sichtbar. Infostände, Flugblätter und gegebenenfalls zusätzliche unkonventionelle Werbemittel ergänzen die Plakatierung.

Der Erfolg des Ratseinzuges ist nach diesem Verfahren sicher, die Fraktionsbildung wahrscheinlich.

Politische Abläufe unterliegen durchaus bestimmten Regeln, die erlernt und erfolgreich angewandt werden können – ihre Mißachtung hat Niederlagen und ihre handwerklich saubere Umsetzung hat positive Ergebnisse zur Folge. Es liegt an Ihnen, die gegebenen Chancen zu verspielen oder sie zu nutzen!



Interesse?

Bitte senden Sie mir Informationsmaterial.

Ich möchte bei pro NRW mitmachen, bitte rufen Sie mich an!

Name:

Vorname:

Straße:

PLZ, Ort:

Tel.:

E-Post:

Bitte ausschneiden und einsenden an:
Bürgerbewegung pro NRW e.V.,
Am Weiher 12, 51399 Burscheid
E-Post: info@pro-nrw.org

V.i.S.d.P.: Markus Beisicht, Am Weiher 12,
51399 Burscheid

Satz und Druck: Medienservice Bernd M. Schöppe,
Peter-Franzen-Str. 27, 50827 Köln,
Fernsprecher: 01772 02 07 16

buergerbewegung-pro-nrw.de



Rechtsanwalt
Markus Beisicht,
Vorsitzender von
pro NRW



„Sehr
geehrte
Bürgerinnen
und Bürger,

die Unzufriedenheit

wächst: Längst sind es die Menschen in NRW leid, von den Altparteien an der Nase herumgeführt zu werden.

Massenzuwanderung trotz millionenfacher Arbeitslosigkeit, immense Staatsverschuldung, hohe Kriminalität und arrogante Entscheidungen wider den Volkswillen – das hat Unmut hervorgerufen.

Die Bürgerbewegung pro NRW tritt an, um der „schweigenden Mehrheit“ wieder eine Stimme zu geben. Knallharte Lobbyarbeit für die einheimische Bevölkerung unseres Landes – das ist das Ziel unserer Arbeit.

Machen Sie mit, steigen auch Sie ein in eine neue Politik für Nordrhein-Westfalen und Deutschland!

buergerbewegung-pro-nrw.de

BÜRGERBEWEGUNG PRO NRW



**Nordrhein-Westfalen
ist UNSERE HEIMAT!**

**Bürgerbewegung
pro NRW:**

**Wir machen uns stark
für Nordrhein-Westfalen.**

**Gegen Überfremdung,
Kriminalität und Korruption**

**Politik für Normalbürger,
nicht nur für Randgruppen!**

**Die Alternative
zu rotem Filz und
schwarzem Klüngel!**

buergerbewegung-pro-nrw.de



pro NRW: Unsere Ziele

1. Für ein friedliches Miteinander, aber gegen Überfremdung



Konsequente Abschiebung krimineller Ausländer



Keine Duldung illegal eingereister Scheinasylanten



Keine Kopftücher an Schulen und Universitäten



Keine Großmoscheen nach Nordrhein-Westfalen

2. Für Sicherheit

durch Recht und Ordnung



Mehr Polizeistreifen, konsequente Bekämpfung von Kriminalität



Opferschutz vor Täterschutz



Härteres Vorgehen gegen Graffiti, Vandalismus und Vermüllung



pro NRW: Unsere Ziele

3. Für ein soziales Land, in dem man sich wieder wohl fühlt:



Direkte Demokratie wagen: Mehr Mitbestimmung der Bürger bei politischen Entscheidungen!



Mehr Unterstützung von Familien, gegen die Schließung von Kinderhorten!



Mehr Geld für Schulen, Kindergärten, Spielplätze, Schwimmbäder und andere soziale und kulturelle Einrichtungen!



Kein Geld für Multi-Kulti-Prestigeobjekte wie Großmoscheen, islamische Kulturvereine u.a.!



Keine Förderung von Lesben- und Schwuleneinrichtungen!



Bekämpfung des Missbrauchs unserer Sozialsysteme!



Vom Erfolgsmodell pro Köln ...

Bei der Kommunalwahl 2004 erreichte die Bürgerbewegung pro Köln rund 5 der Stimmen und zog in Fraktionsstärke in den Kölner Stadtrat ein. Seitdem

vertritt sie dort mit

großem Erfolg die

Interessen der ein-

heimischen Bevölke-

rung. Mit der Bürger-

bewegung pro NRW

wird dieses Erfolgs-

modell jetzt auf

andere Städte Nord-

rhein-Westfalens

übertragen. Ziel ist es, bei der Kommunalwahl 2009 und danach bei der Landtagswahl 2010 für ein politisches Erdbeben an Rhein und Ruhr zu sorgen. Machen auch Sie mit!



Rechtsanwältin
Judith
Wolter,
Fraktionsvorsitzende
pro Köln,
stellv.
Vorsitzende
pro NRW

... zu einem erfolgreichen Neuanfang in ganz NRW!

„Was in Köln möglich war, kann auch überall in Nordrhein-Westfalen geschafft werden“, zeigt sich die stellvertretende Vorsitzende Judith Wolter überzeugt. „Wir wollen im bevölkerungsreichsten Bundesland Deutschlands die nonkonforme Trendwende schaffen. Mit Ihrer Hilfe packen wir es!“



Rechte Runde (v.li.): Markus Beisicht und Judith Wolter (beide pro Köln), Grazer FPÖ-Obfrau Dr. Susanne Winter & Filip Dewinter (Vlaams Belang)

Hunderte wider den Pöbel

Das Freiheitliche Bildungsinstitut (FBI) lud am 22. November 2007 in Graz zu einem Vortragsabend mit dem Thema „Der 'rechte' Weg für Europa“ – Kommunale Entwicklungen zwischen Bürgerfreiheit und Ghettogesellschaft“ ein. Als Referenten waren neben dem freiheitlichen EU-Abgeordneten Andreas Mölzer der Chef des flämischen Vlaams Belang, Filip Dewinter, und Rechtsanwalt Markus Beisicht, Vorsitzender der Bürgerbewegung pro Köln und frischgebackener Obmann der Bürgerbewegung pro NRW, erschienen. Als Tagungsort war der im Eigentum des Landes stehende Heimatsaal vorgesehen.

Die erste böse Überraschung gab es schon einen Tag vor der Veranstaltung. Der Vermieter in Gestalt des ultralinken Kulturreferenten Kurt Flecker kündigte aus fadenscheinigen Gründen den Vertrag und reihte sich so in die Phalanx der Gutmenschen ein, die in der BRD schon lange ihr Unwesen gegen DVU und NPD treiben. Dank der Bereitschaft der akademischen Sängerschaft Gothia, ihren Gothensaal zur Verfügung zu stellen, konnte von einer Absage abgesehen werden. Der linksfaschistische Antifa-Pöbel formierte sich daraufhin vor dem Gothenhaus, der haßerfüllt abgedroschene Parolen krakeelte und dabei sogar den Straßenbahnbetrieb lahmlegte.

Die anwesende Polizei konnte erst nach Verzögerung – bis sich die zeitgeistige Einsatzleitung bequemte, für Ordnung zu sorgen – einschreiten. Da das verwahrloste Gesindel den Eingang blockierte, drängten die Einsatzkräfte mit Hund und Helm die aufgebrauchte Meute ab, so daß die Referenten und weit über 100 Interessierte, darunter zahlreiche

Pressevertreter, zum Veranstaltungsraum vordringen konnten. Wie friedlich das Antifa-Lumpenpack, das zuvor Flugzettel ohne Impressum mit der Überschrift „Rechtsextremen-Treffen blocken! FPÖ und Vlaams Belang“ stoppen!“ verteilt hatte, war, zeigte sich bei der Duchsung zweier Gestalten, die verbotene Waffen wie Pflastersteine, Steinschleuder, Seitenschneider und Messer bei sich trugen. Sie wurden auf die Polizeiwache verfrachtet, wobei deren Spießgesellen sogar mitzogen und lauthals die Freilassung der Täter forderten. Ein Polizeibeamter wurde vor dem Gothenhaus durch die Linkskriminellen verletzt.

Im Gothensaal hingegen herrschte Hochstimmung. Nach einleitenden Worten der blauen Stadtparteiobfrau Susanne Winter und Landesparteiobmann Gerhard Kurzmann trat als erster Redner Filip Dewinter ans Pult. Er nannte den Islam unvereinbar mit der Demokratie und sagte, daß in Antwerpen bereits 15 Prozent der Einwohner Zuwanderer seien. Die Einheimischen hingegen verließen ihre Stadt. Multikulturelle Gesellschaften seien Konfliktgesellschaften, die Ghettogesellschaften hervorbrächten, in denen ein islamisches Eigenleben entstehe. Mittels Totschlagbegriffen wie Rechtsextreme, Rassisten oder Ausländerfeinde würden heimattreue Bürger verteufelt.

Man solle daher nicht durch den Staub kriechen und sich dauernd entschuldigen, sondern offensiv agieren. Stück für Stück schafften sich die Einwanderer Raum und durch servile Gutmenschen auch ihr eigenes Recht, etwa durch Schweinefleisch- und Kreuzverbot, was als „kultureller Dschihad“ zu bezeichnen sei. Die sich ständig radikalisierenden

Österreich

Moslems der vierten und fünften Generation würden sich nicht anpassen, sondern nur darauf warten, bis sie in der Mehrheit seien. Wer sich nicht anpasse, solle ausreisen müssen, so Dewinter.

Markus Beisicht blies ins selbe Horn und gab einen Überblick über die Islamisierung Kölns. Die Politiker der Altparteien seien zu Erfüllungsgehilfen der Moslems geworden. Während es 1970 nur drei Moscheen in der Domstadt gegeben habe, seien es jetzt schon 75! In der gesamten BRD gebe es schon 4.500. Diskussionen über Moscheebauten habe es jahrelang nicht gegeben, erst die Bürgerbewegung pro Köln habe diese erzwungen. Von den 200 „Intensivtätern“ in Köln, also solchen, die mindestens neun aktenkundige Verbrechen aufwiesen, hätten 75 Prozent einen Migrationshintergrund. 30 gewaltbereite Jugendgangs mit eigener Internetseite seien in der Domstadt vorhanden.

Nach Beisicht ist Widerstand gegen politische Korrektheit, Meinungsterror und Denkverbote „absolute Bürgerpflicht“. Pro Köln sei primär den eigenen steuerzahlenden Bürgern verpflichtet. Er erwähnte auch, daß es in Köln 12.000 illegale gebe, zumeist Zigeuner, die der Stadt mit jährlich 35 Millionen Euro auf der Tasche lägen. Diese erhielten sogar ein „Köln-Ticket“, womit sie kostenlos die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen und verbilligt Museen besuchen könnten. Angesichts derartiger Defizite in der herrschenden Politik sei es an der Zeit, endlich den Rechtsstaat wiederherzustellen!

Im Schlußreferat bezeichnete der EU-Abgeordnete Mölzer die Integration als problematisch, die Assimilation für unrealistisch. Da die deutschen Österreicher bald in der Minderheit seien, gelte der Spruch: „Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht!“ Man müsse gegen die Pseudomoral der gutmenschlichen Tugendterroristen ankämpfen. Das eigene Sozialsystem werde durch Ausländer, die vielfach arbeitslos seien, ausgeplündert, wobei ganze Sippschaften am Tropf der öffentlichen Gelder hingen.

Die Dritte Kraft, die FPÖ, müsse die Mißstände ansprechen und sich dem Ethnosuizid, der Umvolkung, entgegenstellen. Integration setze nicht nur Integrationswilligkeit, sondern auch Integrationsfähigkeit voraus. **Martin Pfeiffer**

Zu weit gegangen

Die Ehrenfelder CDU und ihr Vorsitzender sind nicht zimperlich in ihrer Wortwahl, wenn es um die Interessenvertretung gegenüber der Parteispitze geht. Doch diesmal ist Jörg Uckermann zu weit gegangen: Ohne Skrupel unterstützt er und damit die Ehrenfelder CDU ein Bürgerbegehren, für das Rechtsextreme seit Monaten Unterschriften sammeln. Eine Gruppierung, für die der Moscheebau ein „Symbol für eine andere Stadt“ und das Thema ein Mittel zum Stimmenfang ist, kann für die



Helmut Frangenberg über die CDU-Position zum Moscheebau

CDU kein Bündnispartner in einer Diskussion um Sachfragen wie Verkehrsbelastung oder Minarethöhe sein. Die CDU-Führung, die von Uckermann nicht zum ersten Mal herausgefordert wird, muss Flagge zeigen, auch wenn sie sich das beim Parteitag ersparen wollte. Dabei geht es nicht nur um das Pro und Kontra beim Moscheebau. Sie muss sich die Frage stellen, ob die Unterstützung des Bürgerbegehrens durch Uckermann mit den Werten der CDU in Einklang zu bringen ist.

Das erneute Vorpreschen der Ehrenfelder offenbart das Versagen all jener Politiker, die den Moscheebau unterstützen. Die versprochenen Informationskampagnen sind ausgeblieben. Die notwendige Debatte mit den Menschen auf der Straße wird nicht geführt.

Auch der Bauherr Ditib hat keine Konsequenzen aus der für ihn überraschenden Ablehnung in der Nachbarschaft gezogen, mit der er glaubte, seit Jahrzehnten in friedlichem Einvernehmen zusammenzuleben. So haben es die Rechtsextremen von „Pro Köln“ leicht, Fehlinformationen, diffuse Ängste und latente Ausländerfeindlichkeit für sich auszuschlachten. Dass ihnen dabei ein Ortsverband der CDU hilft, macht die Sache nur noch schlimmer.

CDU Ehrenfeld stützt Bürgerbegehren

Moscheebau: Ortsverband will neuen Kurs der Partei – Umstrittener Kompromiss vor Parteita

Das Bürgerbegehren gegen die Moschee sorgt für Unstimmigkeiten.

VON HELMUT FRANGENBERG

Der CDU-Parteitag am Montag soll sich mit Grundsatzfragen zum zukünftigen Bundesprogramm der Partei beschäftigen. Mehrere Arbeitsgruppen haben getagt und Vorschläge für eine konstruktive, zukunftsgerichtete Diskussion erarbeitet. Da passte es der Parteispitze gar nicht, dass die Ehrenfelder CDU – seit Monaten als Gegner des Moscheebauprojekts bekannt – von der Stadtpartei den Offenbarungseid verlangte. Eine große Image schädigende Debatte um den Moscheebau sollte verhindert werden. Bundestagsabgeordnete Ursula Heinen wurde als Vermittlerin nach Ehrenfeld geschickt. Nun soll eine

Arbeitsgruppe statt des Parteitags diskutieren – worüber, ist jedoch umstritten. Parteispitze und Ehrenfelder legen den gefundenen Kompromiss unterschiedlich aus.

Der ursprüngliche Plan der Ehrenfelder sah vor, die Parteibasis über die Pläne des Moschee-Bauherrn Ditib abstimmen zu lassen. Die Partei, so die CDU Ehrenfeld, solle die Fraktion zurückschicken, die sich klar für die Baupläne an der Inneren Kanalstraße ausgesprochen hatte. „Wir sind gegen eine Zentralmoschee in dieser Größe mit überregionaler Bedeutung“, sagt Jörg Uckermann, Chef des Ortsverbandes. Nun geht er noch einen Schritt weiter: Das Bürgerbegehren einer Anwohnerinitiative und der rechtsextremen Gruppierung „Pro Köln“ gegen den Moscheebau werde „von der Ehrenfelder CDU als Volkspartei unterstützt“.

Angesichts der klaren Position der Ehrenfelder war nicht nur Uckermann überrascht, als Parteichef Walter Reinartz in der vergangenen Woche erklärte, die CDU wolle mit den Ehrenfeldern eine Informationskampagne starten, um „das Feld der Information“ nicht den Rechtsextremen zu überlassen. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe, an der sich auch Vertreter der Fraktion und des Stadtbezirks Innenstadt beteiligen, solle dafür Ideen entwickeln und die offenen Fragen klären. Den Vorschlag, ob die CDU noch einmal grundsätzlich über das Bauprojekt verhandeln wolle, wies er klar zurück. Auch über die Größe der Moschee solle nicht noch einmal diskutiert werden.

Bei Uckermann klingt das ganz anders: Man habe dem Kompromiss, den man für einen gemeinsamen Parteitag antrag gefunden habe, nur unter der Bedingung zugestimmt, dass alle Fragen ergebnisoffen diskutiert würden. Und so liest sich auch der Antrag, der nun zur Abstimmung vorliegt: „Ungeachtet des Bekennnisses zum Bau einer attraktiven, architektonisch wertvollen Moschee sind zahlreiche Fragen nur unzureichend geklärt: Dies betrifft etwa mögliche Veränderungen des Bauplans, die tatsächliche Größe des Baus, die verkehrsmäßige Anbindung, die Bereitstellung von Parkplätzen, die Höhe und Nutzung des Minarets.“ Zu all diesen Fragen soll ein „Positionspapier“ der CDU erstellt werden. Das klingt etwas an-

ders, als das, was der Parteichef Walter Reinartz in der vergangenen Woche der Presse erläuterte.

Reinartz ist derzeit in Urlaub konnte zum Streit nichts sagen. Bundestagsabgeordnete Ursula Heinen, die den Kompromiss den Ehrenfeldern vermittelte, wies sich nur zurückhaltend äußern. „Ich verstehe den Antrag schon so, die Arbeitsgruppe zu den aufgetreten Themen Positionen für die Parteispitze festlegen solle. Klarer ist ihre Position zum Thema Bürgerbegehren auch der stellvertretende Parteichef Anton Bausinger eine Angelegenheit. Uckermanns Unterstellung sei falsch. „Das entspricht nicht der Meinung der Mehrheit der Partei“, so Bausinger. „Wir lehnen das Bürgerbegehren ab.“

Kommentar

Architektonisch wertvoller Bau

JÖRG UCKERMANN

12. Dezember 2007

Zweifelhafte Interessenvertretung des Ruhrgebiets

Selbsternannter Verein „pro Ruhrgebiet“ betreibt einseitige Parteipropaganda zu Lasten der einheimischen Bevölkerung.

„Pro“ ist eine gute Sache: Für etwas sein, die Dinge zum Positiven verändern – das gibt auch der Verein „Pro Ruhrgebiet“ vor zu wollen. Dieser Verein, der nach eigenen Angaben einen Zusammenschluß von „350 Unternehmen und Einzelpersonlichkeiten“ repräsentiere, hat sich nun als willfähriges Instrument der herrschenden Altparteien offenbart. In einer [Erklärung](#) distanziert sich der Verein von der neuen erfolgreichen Rechtsformation pro NRW.

Warum eigentlich?

Hat doch gerade die Bürgerbewegung pro NRW auf ihrem Gründungsparteitag ein Programm verabschiedet, in dem auch ausdrücklich auf die Struktur- und Wirtschaftsprobleme im Ruhrgebiet eingegangen und Abhilfe gefordert wird:

„6) Das Ruhrgebiet stärken!

Kohleförderung erhalten – Freie Bahn für den ‚Aufbau West‘!

Wir in Nordrhein-Westfalen dürfen uns nicht vollständig von importierter Energie abhängig machen. Unsere heimische Kohleförderung muß überall dort und so lange erhalten bleiben, wo und wie dies wirtschaftlich vertretbar ist. Gleichzeitig muß in den Bergbau-Regionen in die Zukunft investiert werden. In diesem Zusammenhang ist 20 Jahre nach der Wiedervereinigung der Solidaritätszuschlag auf den Prüfstand zu stellen. Wo wirtschaftlich prosperierende Städte wie Dresden und Leipzig vom Steuerzahler aus dem Ruhrgebiet subventioniert werden, fließen offensichtlich staatliche Zuschüsse in die falsche Richtung. Pro NRW fordert einen ‚Aufbau West‘ im Ruhrgebiet, dessen Menschen wieder eine Chance bekommen müssen. Der weltweite industrielle Strukturwandel darf nicht zu Lasten einiger Weniger gehen, seine nachteiligen Folgen dürfen nicht im Ruhrgebiet regionalisiert werden, sondern müssen solidarisch von allen Deutschen getragen werden!



Die Bürgerbewegung pro NRW räumt dem Umweltschutz einen hohen Stellenwert ein. Einschlägige Maßnahmen dürfen aber nicht die wirtschaftliche Entwicklung behindern. Moderne Technik ist der beste Umweltschutz! Die Sicherung von Arbeitsplätzen hat Vorrang vor gut gemeinten umweltschützerischen Experimenten, deren Erfolg oft zweifelhaft ist.“

Von diesen Inhalten distanziert sich also der selbsternannte Verein „pro Ruhrgebiet“? Welche Interessen vertreten die führenden Köpfe dieses Vereines eigentlich: die des Ruhrgebietes oder die der herrschenden Altparteien?

Solche Fragen müssen sich diese Damen und Herren, allen voran der Geschäftsführer Dr. Roland Kirchhof, in Zukunft wohl noch öfters gefallen lassen.

Kontaktadresse „pro Ruhrgebiet“:

info@proruhrgebiet.de

- Home
- Struktur
- Aktivitäten
- Veranstaltungen
- Presse/Medien/Publikationen
- English Summary

Die Kräfte der Region zusammenführen!
 pro Ruhrgebiet.de

Projekte und
Partnerorganisationen



MEDECON RUHR



SENIOR LERNEN
LEISTEN
LEBEN
CONSULTING

[Ruhr-Links](#)



Aktuell



„Pro Ruhrgebiet“ verurteilt rechtsradikales Gedankengut

Der Verein „pro Ruhrgebiet“ sieht seinen guten Namen verunglimpft. Nach Presseberichten versucht derzeit eine als Bürgerbewegung getarnte rechtradikale Partei unter dem Titel „pro NRW“ Fuß zu fassen.

Seit 26 Jahren arbeitet der Verein pro Ruhrgebiet für das Miteinander der Menschen in der Metropole Ruhr. Dafür stehen 350 Unternehmen und Einzelpersonen, die sich für das Wohlergehen der Region einsetzen. „Die Menschen im Ruhrgebiet wissen, dass sich Integration und Toleranz gegenseitig bedingen“, so sein Geschäftsführer Dr. Roland Kirchhof. „Wir können stolz darauf sein, dass der Strukturwandel in der Region mit der längsten und intensivsten Migrationsgeschichte Deutschlands bis heute ohne große soziale Verwerfungen und ohne Krawalle, wie sie gegenwärtig in Frankreich zu beobachten sind, von statten gegangen ist.“ Das hänge auch damit zusammen, dass sich die Menschen an der Ruhr nicht durch rechtsradikale Scharfmacher beirren ließen. Selbstverständlich hätten Muslime ihren Platz im Ruhrgebiet.

Wenn die Meldungen zuträfen, dass sich jetzt eine neue Partei als scheinbare Bürgerbewegung „pro NRW“ benenne, die sich ganz bewusst antolerant gebe und die Religionsfreiheit nicht achte, so sei dies eine Beschmutzung des ehrenwerten Namens „pro Ruhrgebiet“. Rechtsradikale seien in Wahrheit nicht „pro“ sondern „contra“: Gegen ein gedeihliches Zusammenleben, gegen die Akzeptanz von Andersgläubigen, gegen Ausländer und Zugewanderte und gegen gemeinsame Anstrengungen für unsere Zukunft. Das zeige die Website der sog. Bürgerbewegung. Diese habe als Logo das bekannte Verbotsschild (Roter Kreis auf weißem Grund) mit dem Bild einer Moschee hinterlegt, das durch einen roten Balken durchgestrichen ist.

Als Metropole Ruhr, so pro Ruhrgebiet, müssten wir noch stärker als bisher auf Internationalität und internationale Kontakte und Austauschbeziehungen setzen. Nur das sei einer europäischen Metropole angemessen. Rechtsradikales Gedankengut würde genau diese Bestrebungen vereiteln.

Für pro Ruhrgebiet wird diese Art von Contra-Propaganda Anlass

sein, die Bedeutung von Integration und Toleranz für eine erfolgreiche Zukunft der Metropole Ruhr heraus zu stellen. Der Verein hat den Wunsch, dabei mit vielen anderen Organisationen, die gleicher Auffassung sind, zusammen zu arbeiten.

Der Verein pro Ruhrgebiet setzt sich seit über 26 Jahren aktiv für den Strukturwandel und die Modernisierung der Region ein. Immer wieder führt er die Akteure aus Politik und Wirtschaft zusammen und ermöglicht den Meinungsaustausch auf breiter Ebene. Der Verein hat wird derzeit von 350 Mitgliedern unterstützt. Den Vorsitz des Vereins pro Ruhrgebiet hat seit Januar 2007 Helmut an de Meulen, Geschäftsführender Gesellschafter der Materna GmbH Information & Communications, Dortmund. Geschäftsführer ist Rechtsanwalt Dr. Roland Kirchhof.

Pressekontakt:

Verein pro Ruhrgebiet, Semperstr. 51, 45138 Essen
Dr. Roland Kirchhof,
Telefon: 0201/89415 -0, Fax 0201 /89415-10
E-Mail: info@proruhrgebiet.de
